



Geschäftsbericht des Ostalbkreises 2010 – 2011



Geschäftsbericht des Ostalbkreises

2010 - 2011





LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

mit dem Jahr 2010 ging eine rund zweijährige Finanzund Wirtschaftskrise zu Ende, die unsere Generation in diesem Ausmaß noch nicht erlebt hat. Dank der sich erholenden wirtschaftlichen Entwicklung und den damit verbundenen Verbesserungen am Arbeitsmarkt sank die Arbeitslosenquote im Ostalbkreis wieder auf 4,5 Prozent. Aufgrund unserer schlechten finanziellen Situation mussten wir uns bei den Investitionen auf das Notwendigste beschränken und gleichzeitig unsere Nettoneuverschuldung um über drei Millionen Euro steigern. Auch unsere Sonderinvestitionsprogramme im Kreisstraßenbau mussten um rund eine Million Euro reduziert werden. Zwar konnten wir im Frühjahr 2010 am Aalener Ostalb-Klinikum ein vom Zentral-OP getrenntes, ambulantes Operationszentrum in Betrieb nehmen, an der Ellwanger St. Anna-Virngrund-Klinik die Baumaßnahmen für den vierten und letzten Bauabschnitt für die Innere Medizin weiter vorantreiben und am Mutlanger Stauferklinikum die prekäre Parkplatzsituation durch die Eröffnung eines neuen Parkhauses am 1. Oktober entschärfen. Jedoch konnten wir nur eine einzige Baumaßnahme, nämlich den bereits finanzierten Neubau der Frauenklinik am Aalener Ostalb-Klinikum mit einem Trägeranteil des Kreises von rund 9,5 Millionen Euro, kurz vor den Weihnachtsfeiertagen beginnen.

An unseren drei Beruflichen Schulzentren haben wir Maßnahmen – vorwiegend energetischer Art und noch aus dem Konjunkturpaket II kofinanziert – umgesetzt. Größte Baustelle war dabei das Berufliche Schulzentrum in Schwäbisch Gmünd, wo 5.000 m² Sheddächer saniert wurden. Ergänzend zu den in den Vorjahren getätigten Bildungsinvestitionen im baulichen Bereich startete im April 2010 mit der damaligen Kultusministerin Prof. Dr. Marion Schick die Bildungsregion Ostalb. Außerdem konnten wir im Juli als einer der ersten Landkreise den Pflegestützpunkt Ostalb als kostenlose und neutrale Anlaufstelle zu Fragen im Vor- und Umfeld einer Pflegesituation eröffnen. Im Zuge der Umsetzung unseres Gesamtentwicklungskonzeptes Weltkulturerbe Limes haben wir nach der Grundsteinlegung Ende März mit Regierungspräsident Johannes Schmalzl Ende Juli den Glaskubus zum Schutz des einzigartigen Limestors in Dalkingen eingeweiht.



Das Jahr 2011 war dann ein Jahr des Wechsels, der Veränderungen und der Wende. Am 27. März haben sich die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs bei der Landtagswahl für einen Regierungswechsel entschieden. Damit verbunden war nach der verheerenden Atomkatastrophe im japanischen Fukushima eine landes- und bundesweite Energiewende. Verändert hat sich mit der neuen Landesregierung auch die Einbeziehung der Bürgerschaft in die politische Willensbildung – erstmals in der Geschichte Baden-Württembergs konnten die Wählerinnen und Wähler bei einer Volksabstimmung Ende November direkt über das weitere Vorgehen bei der Umsetzung des Bahnprojekts Stuttgart 21 entscheiden. Der neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann besuchte im Juni als ersten Landkreis den Ostalbkreis und informierte sich über aktuelle Themen wie etwa die Strategie des Ostalbkreises für einen flächendeckenden Breitbandausbau, den Sozialbericht des Ostalbkreises sowie innovative Ideen im Bereich des Straßenbaus.

Trotz stringenter Sparvorgaben konnten wir in 2011 einige noch in den Vorjahren begonnene Investitionsmaßnahmen zu Ende bringen. Im Mai haben wir das ehemalige Schwäbisch Gmünder Margaritenhospital als interdisziplinäres "Haus der Gesundheit" offiziell seiner Bestimmung übergeben. Mit Investitionen von rund 15 Millionen Euro wurden die Voraussetzungen für moderne Strukturen der medizinischen Dienstleistung geschaffen. Angelaufen sind die Bauarbeiten am Aalener Ostalb-Klinikum für ein Zentrum für Altersme-

dizin. Bedingt durch die Schließung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik der Samariterstiftung in Aalen hatte der Kreistag entschieden, am kreiseigenen Klinikum in Aalen ein solches Zentrum einzurichten, das stufenweise die gesamte Behandlungskette von der akuten Phase über die Frührehabilitation, die geriatrische Rehabilitation, die tagesklinische Versorgung und die Prävention anbieten kann.

Weiter vorangetrieben haben wir die bereits im Mai 2010 vom Kreistag beschlossene Klimaschutzinitiative Ostalbkreis. In Zusammenarbeit mit unserem Beratungszentrum Energiekompetenz Ostalb e.V. in Böbingen und unserem strategischen Gebäudemanagement konnten wir in unseren Einrichtungen in den vergangenen Jahren den Anteil erneuerbarer Energien deutlich erhöhen und die energetische Sanierung unserer Gebäude voranbringen. Das Innovationszentrum für Anlagen- und Energietechnik am Kreisberufsschulzentrum Ellwangen, das wir im September einweihen konnten, wird dabei eine weitere maßgebliche Rolle spielen.

Trotz eines engen Finanzkorsetts ist es uns in den vergangenen beiden Jahren wiederum gelungen, neben den laufenden Aufgaben, die wir als untere Verwaltungsbehörde und als kommunale Selbstverwaltungsbehörde täglich zu erledigen haben, bemerkenswerte Initiativen und Projekte ins Leben zu rufen. Die aus unserer Sicht wichtigsten Ereignisse haben wir auf den folgenden Seiten für Sie zusammengefasst.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre und grüße Sie herzlichst!

Klaus Pavel

Landrat des Ostalbkreises



INHALT

4 Vorwort

8 Kreispolitik

- 8 Der Kreistag
- 11 Kommunalaufsicht

12 Wahlen

- 12 Wahlen im Ostalbkreis
- 12 Landtagswahl 2011
- 13 Volksabstimmung zum S 21-Kündigungsgesetz
- 14 Bürgermeisterwahlen

15 Landkreis als Arbeitgeber

19 Information und Kommunikation

20 Gebäudemanagement

- 21 Investitions- und Baumaßnahmen
- 23 Erneuerbare Energien und Energiemanagement

24 Kreisarchiv und Öffentlichkeitsarbeit

- 24 Kreisarchiv
- 25 Öffentlichkeitsarbeit

28 Finanzen

- 28 Kreishaushalt
- 31 Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR)
 - Umstellung auf die Kommunale Doppik
- 33 Rechnungsprüfung

35 Wirtschafts- und EU-Strukturförderung

- 35 Zahlen Daten Fakten
- 36 Erstrangig bei der ELR-Förderung (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum)
- 37 LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion
- 38 Breitband
- 39 Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb
- 43 Kontaktstelle Frau und Beruf

45 Soziale Sicherung

- 45 Soziales
- 46 Jugend und Familie
- 47 Integration und Versorgung
- 50 Jobcenter Ostalbkreis
- 52 Geschäftsstelle Europäischer Sozialfonds (ESF)
- 53 Beratung, Planung, Prävention
- 59 Altenhilfefachberatung/

Behindertenkoordination/

Pflegestützpunkt

Inhaltsverzeichnis



- 61 Jugendarbeit
- 62 Gleichstellung von Mann und Frau
- 63 Bildung
- 66 Kunst und Kultur
- 68 Partner in Europa
- 68 Tourismus
- 72 Gesundheitswesen
 - 72 Dienstleistungen beim Gesundheitsdezernat
 - 81 St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen
 - 84 Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd
 - 90 Vom Margaritenhospital zum Haus der Gesundheit
- 91 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
- 95 Vermessung und Geoinformation
- 97 Straßen und Verkehr
 - 97 Straßenbau
 - 99 Straßenverkehr
- 101 Nahverkehr
- 102 Baurecht und Naturschutz
 - 102 Naturschutz
 - 103 Baurecht
- 104 Umwelt und Gewerbegufsicht
 - 104 Gewerbeaufsicht
 - 105 Immissionsschutz
 - 107 Bodenschutz und Altlasten
- 108 Flurnevordnung und Landentwicklung
- 111 Wasserwirtschaft
- 112 Wald und Forstwirtschaft
- 117 Landwirtschaft
- 119 Sicherheit und Ordnung
- 120 Abfallwirtschaft





DER KREISTAG

Als wichtigstes Organ des Landkreises legt der Kreistag die Richtlinien für die Verwaltung fest und trifft alle

maßgebenden Entscheidungen über grundsätzliche Angelegenheiten des Ostalbkreises. Die Kreiseinwohner wählen die Mitglieder des Kreistags auf fünf Jahre. Der derzeit amtierende Kreistag wurde am 7. Juni 2009 gewählt und setzt sich aus 76 Kreisräten zusammen.



Die Fraktionsvorsitzenden					
CDU- Fraktion:	Peter Seyfried (Bürgermeister der Gemeinde Mutlangen)				
SPD-Fraktion:	Josef Mischko (Zweiter Bevollmächtigter der IG-Metall Aalen)				
Freie Wähler Ostalbkreis:	Peter Traub (Bürgermeister der Stadt Oberkochen)				
Bündnis 90/Die Grünen:	Volker Grab (Erster Bürgermeister der Stadt Ellwangen)				
FDP-Fraktion:	Michael Lang (Direktor am Amtsgericht Aalen)				

AUSSCHÜSSE DES KREISTAGS

Um die Vielzahl der Aufgaben meistern zu können, bildet der Kreistag Ausschüsse. Diese können Entscheidungen vorberaten und in bestimmten Bereichen auch selbst Entscheidungen treffen. Im Ostalbkreis wurden mit der Neufassung der Hauptsatzung in der konstituierenden Sitzung am 21. Juli 2009 folgende Ausschüsse gebildet:

Ausschuss für Bildung und Finanzen	24 Mitglieder	Sozialausschuss	27 Mitglieder
Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklur	ng16 Mitglieder	Jugendhilfeausschuss	26 Mitglieder
Krankenhausausschuss	16 Mitglieder	Stiftungsausschuss	8 Mitglieder

Beim Sozialausschuss sind neben den 17 stimmberechtigten Kreistagsmitgliedern zehn beratende Mitglieder von verschiedenen sozialen Institutionen im Landkreis vertreten. Beim Jugendhilfeausschuss sind neben sechs Kreisrätinnen und Kreisräten neun weitere stimmberechtigte Mitglieder (in der Jugendhilfe erfahrene Personen) und elf beratende Mitglieder von verschiedenen Institutionen vertreten. Das Verhältnis der Parteien und Wählervereinigungen in den Ausschüssen richtet sich grundsätzlich nach ihrer Stärke im Kreistag.

Mit der erfolgreichen Optionsbewerbung des Ostalbkreises als kommunaler Träger für den Bereich des Sozialgesetzbuches II (SGB II) wurde mit Beschluss des Kreistags am 7. Juni 2011 ein neuer beschlie-Bender Ausschuss, der Ausschuss für Arbeit und Grundsicherung, zum 1. Januar 2012 bei der Landkreisverwaltung eingerichtet. Die Hauptsatzung des Ostalbkreises wurde entsprechend erweitert und regelt die Zuständigkeit dieses neuen Fachausschusses, welcher zukünftig die Aufgaben und Ziele im Bereich SGB II festlegt. Der Ausschuss für

Arbeit und Grundsicherung besteht aus 17 Mitgliedern.

AUS DER ARBEIT DES KREISTAGS

Ende des Jahres 2010 neigte sich die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dem Ende zu. Die Jahre 2010 und 2011 waren im kommunalpolitischen Geschehen von der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II gekennzeichnet. So konnten im Ostalbkreis insbesondere energetische Maßnahmen an den Beruflichen Schulzent-



ren realisiert werden. Den Schwerpunkt nahm dabei die energetische Sanierung von 5.000 m² Sheddächern am Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd ein (Kostenersparnis an Energieaufwendungen: jährlich 100.000 Euro). Weiter wurde am Kreisberufsschulzentrum Ellwangen das Innovationszentrum für Energie- und Anlagentechnik errichtet und nach der Sommerpause 2011 eingeweiht. Hier sollen den Schülern die Werkstattarbeit an den modernen Geräten und alle praktischen Fertigkeiten für Einbau, Wartung und Reparatur von neuester Energie- und Gebäudetechnik sowie Anlagenmechanik vermittelt werden. Parallel bietet das Innovationszentrum für das Handwerk eine hervorragende Plattform für die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern.

Das Thema Bildung hat sich zu einem "Megathema" in der Kreispolitik entwickelt. Das Bildungsbüro des Ostalbkreises nahm im Februar 2010 seine Arbeit auf und gab im Frühjahr 2011 den ersten Bildungsbericht des Ostalbkreises heraus. Interessante Erkenntnisse und Aufgaben, wie beispielsweise die Erstellung eines kreisweiten Sprachförderkonzeptes, haben sich hieraus ergeben. Die erste Bildungskonferenz erarbeitete im Juli 2011 Handlungsmöglichkeiten für eine Bildungsoffensive. Die Einführung der Werkrealschulen sorgte für eine kontroverse Diskussion im Kreistag. Hieraus resultieren für den Ostalbkreis Mehraufwendungen in der Schülerbeförderung in Höhe von rund 60.000 Euro, da neue Buslinien vom Landkreis sichergestellt werden müssen.

Wie auch in den vergangenen Jahren bildeten die kreiseigenen Kliniken den Investitionsschwerpunkt. Die Baufreigabe für den Neubau der Frauenklinik am Ostalb-Klinikum Aalen erteilte der Kreistag in seiner letzten Sitzung im Jahr 2010. Dies war die einzige neue und große Investitionsmaßnahme im Jahr 2011. Der Landkreis nahm hierfür als Kostenträger einen Betrag in Höhe von insgesamt rund 9,5 Mio. Euro in die Hand. Weiter erfolgte die Inbetriebnahme des Ambulanten OP-Zentrums am Ostalb-Klinikum im Jahr 2011. Damit folgt der Landkreis dem bisherigen Kurs, Gesundheitszentren am Standort der Kliniken entstehen zu lassen.

An der St. Anna-Virngrund-Klinik lag der Schwerpunkt beim 4. Bauabschnitt im Bereich Innere Medizin. Am Stauferklinikum konnte mit gro-Ber Freude der Bau des vom Kreistag beschlossenen neuen Parkhauses seiner Bestimmung übergeben werden. Die Planung für ein entsprechendes Parkhaus am Standort Ellwangen hat der Kreistag bereits verabschiedet. Der Krankenhausausschuss stimmte der Einrichtung einer Notfallpraxis an der St. Anna-Virngrund-Klinik ab 2012 zu. Die Kreistagsfraktionen forderten während den Haushaltsplanberatungen zum Kreishaushalt 2012 dies auch für den Standort am Ostalb-Klinkium in Aalen.

Im ehemaligen Margaritenhospital konnte das neue "Haus der Gesundheit – Margaritenheim Schwäbisch Gmünd" in Betrieb genommen werden. 90% der Flächen sind bereits vermietet und damit hat der Landkreis für eine hervorragende Nachnutzung gesorgt. Im Mai 2011 erfolgte die offizielle Übergabe als interdisziplinäres Haus der Gesundheit.

Bedingt durch die Schließung der Geriatrischen-Reha-Klinik Aalen hat der Kreistag des Ostalbkreises im Frühjahr 2011 den Grundsatzbeschluss für ein Zentrum für Altersmedizin gefasst und damit die Rehabilitationsmedizin-Ostalb GmbH gegründet. Der Kreistag begrüßte die Planung und gab das vorgelegte Konzept frei. In der Sitzung im Juli 2011 wurde die Genehmigung der erforderlichen Vertragsbeschlüsse vom Kreistag erteilt. Dies war der Startschuss für die bauliche Umsetzung. Dr. Iris Heßelbach wurde vom Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft als Chefärztin ab 2012 bestellt.

In den Jahren 2010 und 2011 standen weitere Wahlen bzw. Wiederbestellungen statt: Für die Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie wurde Dr. med. Michael Oberst zum Chefarzt am Ostalb-Klinikum gewählt. Dr. Denise Rossaro übernahm die Leitung der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der St. Anna-Virngrund-Klinik in Ellwangen. Chefarzt Dr. Manfred Wiedemann wurde zum Ärztlichen Direktor des Stauferklinikums wiederbestellt.

Die zahlreichen Diskussionen über die Neuorganisation des Sozialgesetzbuches II fanden im Jahr 2011 ein Ende. Der Kreistag sprach sich einstimmig bei einer erforderlichen 2/3-Mehrheit für die Optionsbewerbung des Ostalbkreises aus. Im Frühjahr 2011 erhielt der Ostalbkreis den Zuschlag als kommunaler Träger und ist damit für die Aufgaben des Sozialgesetzbuches II ab Januar 2012 selbst verantwortlich. Der Kreistag fasste den Beschluss, die G.O.B. gmbH aufzulösen, die Hauptsatzung des Ostalbkreises wurde geändert und der neue beschließende Ausschuss für Arbeit und Grundsicherung ins Leben gerufen. Dieser konstituierte sich frühzeitig. In der ersten Sitzung wurde über das angestrebte Arbeitsmarktprogramm 2012 informiert. Als Leiter des Jobcenters Ostalbkreis wurde vom Kreistag Thomas Koch für die Nachfolge von Martina Häusler gewählt.

Der Sozialbericht des Ostalbkreises war weiterhin eine wichtige Grundlage für die Kreistagsarbeit. Am 17.



April 2010 wurde ein öffentliches Forum veranstaltet. Rund 250 Kommunalpolitiker, Fachleute und Bürger erarbeiteten ein 76-Punkte-Papier, welches zur Beratung an die Fraktionen weitergeleitet wurde.

Der Kreistagsbeschluss über die Einrichtung eines Pflegestützpunktes wurde im Sommer 2010 umgesetzt. Damit ist die unabhängige und individuelle Hilfe im Alter sichergestellt. In einer gemeinsamen Sitzung des Sozial- und Jugendhilfeausschusses zeigte Dr. Ulrich Bürger vom Kommunalverband für Jugend- und Soziales den demografischen Wandel bei Kinder- und Jugendlichen auf. Dieser Rückgang war im Ostalbkreis erstmals bei den Schülerzahlen 2011/2012 festzustellen und damit in der Region angekommen. Mit einer Zwischenbilanz 2005-2010 zum Sozialplan für geistig und geistig mehrfach behinderte Menschen zeigte das Sozialdezernat auf, dass die Planung von Politik und Verwaltung stimmig ist. Zukünftig rechnet man mit einer noch intensiveren Nachfrage bei ambulanten und tagesstrukturierten Angeboten. Der Kreistag verabschiedete am 8. November 2011 den Teilhabeplan für Menschen mit chronischer und psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung als wegweisendes Zukunftskonzept in der Sozialplanung. Die Fortschreibung der Konzeption zur Förderung von Schulsozialarbeit wurde 2011 vorläufig "auf Eis" gelegt, nachdem das Land beabsichtigte, sich zukünftig finanziell stärker zu beteiligen.

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Arbeit des Kreistags war das Thema Energie- und Klimaschutz. Mit der verabschiedeten Energie- und Klimainitiative im Mai 2010 setzte sich der Ostalbkreis zum Ziel, 50% des gesamten Energie- und Wärmebedarfs bis zum Jahr 2025 über regenerative Energien zu decken.

In diesem Zusammenhang wurde Energiekompetenzzentrum Ostalb personell gestärkt und die Angebote ausgebaut. Der jährliche Energiebericht hat in den Sitzungen seinen festen Platz und beinhaltete im Jahr 2011 zum ersten Mal die energetischen Kennzahlen der Klinik-Eigenbetriebe des Ostalbkreises. Im Februar 2011 beschloss der Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung, innerhalb von 24 Monaten den Bezug von Ökostrom auf 50% zu erhöhen. Für das Jahr 2012 ist eine Energieoffensive für den Ostalbkreis geplant. Hier soll u.a. die Ausweisung von neuen Windkraftstandorten im Ostalbkreis diskutiert werden.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erarbeitete der Kreistag zu Beginn des Jahres 2010 ein Maßnahmenpaket über Einspar- und Optimierungspotenziale. Dies bedarf größter Anstrengungen, da der Landkreis aufgrund des dramatischen Rückgangs der Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden große Einnahmeausfälle zu verkraften hatte. Die Kreisumlage wurde bei 37 % für das Jahr 2011 festgelegt und es wurde vereinbart, das vom Kreistag verabschiedete Sparpaket nicht aufzuschnüren. Dies betraf insbesondere die Bereiche Kreisstraßen, Jugend und Soziales sowie Personal und Verwaltung. Im Folgejahr wurde für den Kreishaushalt die Kreisumlage auf 35,5 Prozentpunkte mit großer Mehrheit festgelegt und der Landkreis setzte sich zum Ziel, keine Nettoneuverschuldung einzugehen. Die Mehreinnahmen aus Zuschüssen in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro von Seiten des Landes begünstigten diese Umsetzung. Der Kreistag sprach sich für die Einführung des neuen Haushalts- und Finanzwesens aus und wurde hierzu frühzeitig vom Finanzdezernat geschult. Am 20. Dezember 2011 wurde dann der

erste doppische Kreishaushalt des Ostalbkreises verabschiedet. Der Landkreis muss dabei zum ersten Mal seine Abschreibungen in voller Höhe erwirtschaften.

Im Bereich ÖPNV wurden nach zwei Klausurtagungen konkrete Sparvorschläge in Höhe von 2,5 Mio. Euro vorgestellt und umgesetzt. Der ÖPNV entwickelt sich mit verschiedenen Maßnahmen, wie beispielsweise der Gründung des Fahrbusses Ostalb, weiter und die Themen sind im Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung kontinuierlich präsent. Dies steht auch mit der anstehenden Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Ostalbkreises aus dem Jahr 1999 in Zusammenhang. Der Kreistag fasste hierzu im März 2011 den Grundsatzbeschluss, im Oktober 2011 wurde dem Ausschuss für Umweltschutz- und Kreisentwicklung ein Anforderungsprofil vorgelegt. Die Vergabe war für die erste Sitzung des Kreistags im Jahr 2012 vorgemerkt.

Im Verkehrsnetz des Ostalbkreises stellt sich die B 29 als eine Perlenkette ungelöster Probleme dar, worüber in regelmäßigen Abständen im Kreistag berichtet und diskutiert wurde. Bei der Straßen- und Radwegebesichtigungsfahrt wurden verschiedene Knoten- und Problempunkte vorgestellt.

Vor dem Hintergrund der Sperrung der B 25 beschloss der Kreistag die Korridorsperrung für den nordöstlichen Teil des Ostalbkreises jenseits der Autobahn A 7. Bald zeichnete sich ab, dass diese um den Bereich Neresheim-Ohmenheim erweitert werden muss, da Zählungen belegen, dass auch diese Raumschaft vom Mautausweichverkehr betroffen ist.

Der Kreistag begrüßte die Fortschreibung der Kreisstraßenzustandserfassung. Diese belegt, dass sich das Verkehrsnetz der Kreisstraßen



verbessert hat. So befinden sich von bisher 50 % nur noch 30 % der Kreisstraßen in einem schlechten Zustand. Zukünftig will der Landkreis auch das Radwegenetz optimieren und hierzu eine kreisweite Konzeption im Jahr 2012 vorlegen.

Die Abfallgebühren blieben im Jahr 2010 und 2011 unverändert. Gespannt wurde das vom Bund beabsichtigte neue Kreisabfallwirtschaftsgesetz erwartet. Über die möglichen Auswirkungen wurde regelmäßig in den Gremien informiert.

Der Kreistag hat in den vergangenen zwei Jahren folgende **Resolutionen** verabschiedet:

- Resolution zum Erhalt des Bundeswehrstandortes Ellwangen
- Resolution zum Einbau eines Filters in Schwäbisch Gmünd
- Resolution zu den geplanten Mittelkürzungen des Bundes im Bereich Sozialgesetzbuch

KOMMUNALAUFSICHT

Der Geschäftsbereich Kommunalaufsicht ist als Untere Verwaltungsbehörde für 39 kreisangehörige Städte und Gemeinden – ohne die Großen Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd – zuständig. Weiter unterstehen dieser Aufsicht fünf Gemeindeverwaltungsverbände, zwölf Zweckverbände und 199 Verbände nach dem Wasserverbandsrecht (davon 50 Abwasserverbände, drei Hochwasserverbände und derzeit 144 Dränageverbände).

Die Rechtsaufsicht dient der Kontrolle darüber, dass die Gemeinden bei Erfüllung der weisungsfreien Aufgaben den ihnen durch Gesetz auferlegten Pflichten nachkommen und die gesetzlichen Schranken beachten; sie hat grundsätzlich nicht die Kontrolle der Zweckmäßigkeit der Gemeindeverwaltung zum Inhalt. Neben den typischen Aufsichtsfunktionen im weisungsfreien Aufgabenbereich stand und steht der Beratungsauftrag im Vordergrund der Arbeit. Dies gilt bei den haushalts- und kommunalverfassungsrechtlichen Themen und Aufgabenstellungen der Kommunen ebenso wie bei nach der Gemeindeordnung vorlage- oder genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften.

Als Widerspruchsbehörde insbesondere in abgaberechtlichen Streitigkeiten prüft die Kommunalaufsicht die Rechtmäßigkeit des gemeindlichen Handelns und versucht – soweit möglich – die Angelegenheiten rechtlich innerhalb des Widerspruchsverfahrens nach der Verwaltungsgerichtsordnung zu klären und zu schlichten, ohne dass der Verwaltungsrechtsweg und damit oft lang andauernde Verfahren vor den Verwaltungsgerichten erforderlich werden. Oft geht es um hohe Geldbeträge und unterschiedliche Standpunkte sind naturgemäß so gut wie vorprogrammiert.

KOMMUNALFINANZEN – IM ZEICHEN DER ERHOLUNG

Das Haushaltsjahr 2010 stand einerseits im Zeichen der Nachwehen der globalen Wirtschaftskrise, die das Haushaltsjahr 2009 prägte, verlief gleichzeitig allerdings bei vielen Kommunen deutlich positiver als prognostiziert. Dies war der starken konjunkturellen Erholung der Wirtschaft geschuldet. Gewerbesteuereinnahmen liefen oftmals deutlich besser als erwartet, vor allem der Anteil der Gemeinden an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen des Landes waren wichtige Einnahmequellen. Letztere vor allem für kleinere Kommunen im ländlichen Raum, die einen geringen Gewerbebestand vorweisen.

Auch in 2011 hat die gute Konjunktur den Gemeinden gute Einnahmen beschert, und die öffentlichen Haushalte konnten besser wirtschaften

als zunächst befürchtet. Den steuerschwachen Kommunen wird es über die Nachlaufeffekte des Kommunalen Finanzausgleichs erst 2012 gelingen, ihre laufenden Haushalte ins Lot zu bringen. Es zeigte sich auch in den letzten beiden Haushaltsjahren, dass viele Kommunen nur dank der fremdbestimmten Einnahmen des Einkommenssteueranteils und der Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich in der Lage waren, ihren Verwaltungshaushalt zu finanzieren und eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt zu erwirtschaften. Viele Kommunen waren vor allem im Haushaltsjahr 2011 investiv gefordert, um den Rechtsanspruch der Kleinkindbetreuung unter drei Jahren auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung, der ab 1. August 2013 wirksam wird, zu gewährleisten.

AUSGLEICHSTOCK WICHTIGE FINANZIERUNGSSÄULE FÜR KOMMUNALE INVESTITIONEN

Als eine Kernaufgabe sieht der Geschäftsbereich Kommunalaufsicht die Unterstützung der Kommunen bei der Antragsstellung von Investitionshilfen des kommunalen Ausgleichstocks. Ein wirkungsvolles Instrument, um insbesondere finanzschwache Kommunen in die Lage zu versetzen, eine sowohl notwendige als auch attraktive Infrastruktur für



ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und auch zu erhalten. Die Förderung durch den Ausgleichstock, die bei der Mittelbewilligung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden im Einzelfall entsprechend gewichtet, bildete bei der Investitionstätigkeit vieler Kommunen eine unverzichtbare Voraussetzung.

Nachdem angesichts der globalen Wirtschaftskrise der Bund Anfang 2009 das Konjunkturpaket II verabschiedete, wurden unter anderem zusätzliche Investitionen von Kommunen und den Bundesländern gefördert. Das Jahr 2009 war in der Folge mit 32 geförderten Ausgleichstockmaßnahmen im Ostalbkreis ein

Jahr mit einer weit überdurchschnittlichen Antragssumme. In den Jahren 2010 und 2011 war dann feststellbar, dass viele Kommunen ihre Investitionstätigkeit reduziert hatten.

Schaffung von Dorfgemeinschaftshäusern oder auch der Bau bzw. die Sanierung von Sportplätzen, Schulgebäuden, Feuerwehrgerätehäusern oder Rathäusern.

Ausgleichstock 2010 und 2011 im Ostalbkreis – ohne Große Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd							
Jahr	Zahl der geförderten Maßnahmen	Gesamtkosten	Bewilligte Investitionshilfen Ausgleichstock	Komplementär- förderung (ELR, ZFeu, GVFG,)	öffentliche Förderung gesamt	öffentliche Förderung in v.H.	
		in Tausend Euro					
2010	20	11.719	2.690	4.583	7.273	62,06%	
2011	20	9.499	3.130	1.859	4.989	52,52%	

Gefördert wurden dadurch wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie der Neubau oder die Sanierung von Gemeinde- und Mehrzweckhallen, die Sanierung schadhafter Gemeindeverbindungsstraßen, die Kurz gefasst: Gefördert wurde die Schaffung und der Erhalt von öffentlichen Einrichtungen, die der Bürgerschaft direkt und unmittelbar dienen.

Wahlen

WAHLEN IM OSTALBKREIS

Vor allem das Jahr 2011 stand im Zeichen von Wahlen. So wurden im März die Landtagswahl und im November die Volksabstimmung zum Stuttgart21-Kündigungsgesetz durchgeführt. Außerdem fanden in 2010 insgesamt neun und in 2011 weitere fünf Bürgermeisterwahlen statt. Bei der Landtagswahl und der Volksabstimmung war das Team des Geschäftsbereichs Kommunalaufsicht als koordinierende, organisie-

rende und auch als durchführende Kreiswahlbehörde aktiv, bei den Bürgermeisterwahlen als Wahlprüfungsbehörde.

LANDTAGSWAHL 2011

Am 27. März 2011 wurden in insgesamt 70 Wahlkreisen Baden-Württembergs die Mitglieder des neuen Landtags gewählt. Bei der Kommunalaufsicht des Ostalbkreises liefen die Fäden für zwei Landtagswahlkreise mit jeweils 22 bzw. 20 Städten und Gemeinden zusammen, zum einen der Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd mit 22 Städten und Gemeinden und zum anderen der Wahlkreis 26 Aalen mit 20 Kommunen. Rund 230.000 Wählerinnen und Wähler des Ostalbkreises waren wahlberechtigt und aufgerufen, über die zukünftige Entwicklung Baden-Württembergs mitzubestimmen. Vorausgegangen war im Zuge einer Wahlkreisreform die Zuordnung der Gemeinde Essingen vom Wahlkreis Aalen zum Wahlkreis Schwäbisch Gmünd. Dies wurde vom Landtag mit dem Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes vom 19. Oktober 2009 festgelegt.

Für die beiden Wahlkreise wurde unter Leitung von Landrat Klaus Pavel in seiner Funktion als Kreiswahlleiter ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet, der im Vorfeld der Wahl über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge und nach der Wahl über die Feststellung der endgültigen Wahlkreisergebnisse zu entscheiden hatte.

In der Folge wurden für die rund 108.000 Wahlberechtigten in den Kommunen des Wahlkreises 25 und für die rund 122.000 Wahlberechtigten in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises 26 die Stimmzettel gedruckt und an die Bürgermeisterämter verteilt. Die Vorbereitung als auch die Durchführung der Wahl am Wahltag selbst lief reibungslos.



Folgende gewählte Abgeordnete vertreten die Wahlkreise 25 und 26 und damit auch den Ostalbkreis im 15. Landtag von Baden-Württemberg, dessen Legislaturperiode von 2011 bis 2016 läuft:







Klaus Maier MdL WK 25 Zweitmandat



Winfried Mack MdL WK 26 Direktmandat

Nachfolgend die Ergebnisse in den Wahlkreisen (mit Vorwahlergebnissen):





VOLKSABSTIMMUNG ZUM S 21-KÜNDIGUNGSGESETZ

Baden-Württemberg hat abgestimmt und sich deutlich für den Tiefbahnhof Stuttgart 21 entschieden. Bei der Volksabstimmung am 27. November 2011 haben sich 58,8% der Abstimmenden gegen den Ausstieg des Landes aus der Projektfinanzierung von S 21 ausgesprochen, 41,2% stimmten für den Ausstieg. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 48,3%. Damit war das S 21-Kündigungsgesetz der Landesregierung gescheitert. Im Ostalbkreis war die Abstimmungsbeteiligung mit 49,6% überdurchschnittlich hoch (landesweit 48,3%). 68,1% der Abstimmenden im Ostalbkreis haben sich gegen den Ausstieg des Landes aus der Projektfinanzierung von S21 ausgesprochen und mit "Nein" gestimmt.



BÜRGERMEISTERWAHLEN

In 2010 und 2011 fanden in den Städten und Gemeinden, die der Kommunalaufsicht des Ostalbkreises unterstehen, insgesamt 14 Bürgermeisterwahlen statt. Davon

im Jahr 2010: 9 Wahlenim Jahr 2011: 5 Wahlen

2010 Erstmals gewählt wurden:



am 27. Juni 2010 Jochen König Eschach mit 46% der abgegebenen Stimmen



am 5. Dezember 2010 Armin Kiemel Abtsgmünd mit 60% der abgegebenen Stimmen

2010 Wiedergewählt wurden:



am 17. Januar 2010 Dieter Gerstlauer Durlangen mit 97 % der abgegebenen Stimmen



am 17. Januar 2010 Günter Ensle Hüttlingen mit 98% der abgegebenen Stimmen



am 7. Februar 2010 Klemens Stöckle Iggingen mit 97% der abgegebenen Stimmen



am 7. März 2010 Peter Seyfried Mutlangen mit 99% der abgegebenen Stimmen



am 11. Juli 2010 Uwe Debler Rosenberg mit 93% der abgegebenen Stimmen



am 10. Oktober 2010 Peter Lang Heuchlingen mit 99% der abgegebenen Stimmen



am 17. Oktober 2010 Thomas Saur Wört mit 96% der abgegebenen Stimmen

2011 Erstmals gewählt wurden:



am 24. Juli 2011 Willibald Freihart Riesbürg mit 60% der abgegebenen Stimmen



am 9. Oktober 2011 Frederick Brütting Heubach mit 67,3% der abgegebenen Stimmen

2011 Wiedergewählt wurden:



am 15. Mai 2011 Karl Hilsenbek Ellwangen (Jagst) mit 98% der abgegebenen Stimmen



am 17. Juli 2011 Jürgen Stempfle Böbingen an der Rems mit 97% der abgegebenen Stimmen



am 24. Juli 2011 Erwin Hahn Adelmannsfelden mit 96% der abgegebenen Stimmen

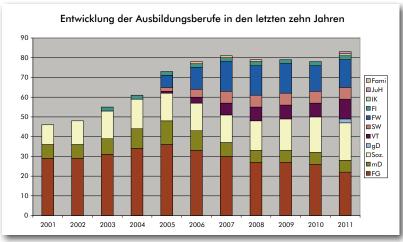


AUSBILDUNG BEIM OSTALBKREIS

Das Landratsamt Ostalbkreis ist ein attraktiver und begehrter Ausbildungsbetrieb und bietet mittlerweile Ausbildungsplätze in insgesamt zehn Berufsfeldern an. Neben klassischen Verwaltungsberufen wie "Fachangestellte für Bürokommunikation" und "Beamte im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst" gehören auch gewerblich-technische Berufe wie Forstwirt, Straßenwärter und Vermessungstechniker zur Ausbildungspalette des Ostalbkreises. Der soziale Bereich wird durch die Möglichkeit eines Studiums zum Bachelor of Arts (B. A.) - Studienbereich Sozialwesen abgedeckt. Stark nachgefragt sind zwischenzeitlich auch die Ausbildungsplätze im Berufsbild Fachinformatiker - Systemintegration. In diesem Beruf bildet das Landratsamt Ostalbkreis im 3-jährigen Rhythmus aus. Erstmals wurde zum Herbst 2011 auch eine Ausbildung zum Informatikkaufmann ermöglicht.

Um den Nachwuchsproblemen im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst gegenzusteuern, hat sich die Landkreisverwaltung entschlossen, erstmals ab Herbst 2011 selbst Ausbildungsplätze bereitzustellen. Bereits in der Vergangenheit haben Auszubildende im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst ihre Praxisphasen beim Ostalbkreis absolviert. Zudem betritt das Landratsamt mit der Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes "Jugendund Heimerzieher" an der Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd ab Herbst 2011 Neuland.

Die Übersicht macht deutlich, dass sich die Ausbildungspalette beim Ostalbkreis enorm vergrößert hat: Von einst drei Ausbildungsberufen im Jahr 2001 bis hin zu zehn Ausbildungsberufen im Jahr 2011. Zusammenfassend kann festgehal-



FG - Fachangestellte für Bürokommunikation, mD - Beamte mittlerer Dienst,
Soz - Sozialpädagogen, gD - Beamte gehobener Dienst, VT - Vermessungstechniker,
SW - Straßenwärter, FW - Forstwirte, FI - Fachinformatiker, IK - Informatikkaufmann,
JuH - Jugend- und Heimerzieher, Fami - Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste

ten werden, dass das Landratsamt den Großteil der eigenen Mitarbeiter selbst ausbildet und damit sehr gute Erfahrungen macht. Dies wird unter anderem dadurch deutlich, dass die Mehrzahl der Auszubildenden die Abschlussprüfung mit Auszeichnung (Preis oder Belobung) ablegt. Im Jahr 2011 haben zum Beispiel sämtliche neun Fachangestellte für Bürokommunikation die Abschlussprüfung mit Auszeichnung abgelegt: Vier Auszubildende mit einem Preis und fünf Auszubildende mit einer Belobung.

Die Landkreisverwaltung legt großen Wert darauf, den Auszubildenden nicht nur berufsspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern auch soziale Kompetenzen zu vermitteln. So besteht seit dem Jahr 2007 eine Kooperation mit dem Rabenhof Ellwangen. Auszubildende in Verwaltungsberufen absolvieren auf freiwilliger Basis ein Praktikum im Rabenhof und arbeiten Hand in Hand mit Menschen mit Behinderung zusammen. Ferner werden in Zusammenarbeit mit der AOK Ostwürttemberg seit Sommer 2010 sogenannte "Azubitage" durchgeführt. Bei diesen ganztägigen Veranstaltungen werden den Auszubildenden Kenntnisse und Fertigkeiten zur Bewältigung des Berufsalltags im Hinblick auf die gesundheitlichen Belange vermittelt.

Seit Herbst 2010 werden ferner Seminare zur interkulturellen Sensibilisierung angeboten. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sowohl bei den Kunden der Landkreisverwaltung als auch bei den Beschäftigten selbst stetig zunimmt.

Erstmals wurde im Jahr 2011 auch ein Auslandspraktikum für Auszubildende im Berufsbild Fachangestellte für Bürokommunikation ermöglicht. Es handelt sich hierbei um ein Praktikum im Rahmen des Projektes "Go for Europe", für das die EU Fördermittel bereitstellt. Drei Auszubildende hatten nach einem einwöchigen Sprachkurs drei Wochen lang Gelegenheit, Verwaltungsabläufe bei verschiedenen Verwaltungseinrichtungen in einer Nachbarregion der Provinz Ravenna kennen zu lernen.



Ausbildungsleiterin Ursula Winkler (links) beim Italienisch-Sprachkurs im Landratsamt zur Vorbereitung von drei Auszubildenden auf das Auslandspraktikum

Landkreis als Arbeitgeber



FORTBILDUNG

In den Jahren 2010/2011 wurden wieder mehrere Inhouse-Seminare für die Beschäftigten beim Landratsamt angeboten. Dabei wurden die verschiedensten Themen sowohl für das fachliche Fortkommen, wie auch für die eigene Persönlichkeitsentwicklung behandelt.

Im Einzelnen handelte es sich um folgende Veranstaltungen:

Kundenorientierung

(Zielgruppe: Beschäftigte in publikumsintensiven Bereichen)

 Büro-Effizienz: Informationsflut bewältigen (Zielgruppe: Verwaltungssekretariate)

Teambildung

(Zielgruppe: ausgewählte und interessierte Geschäftsbereiche)

- Professionelles Telefonverhalten (Zielgruppe: Verwaltungssekretariate)
- Mit Stil und Kompetenz erfolgreich (Zielgruppe: Verwaltungssekretariate)
- Umgang mit Menschen in Ausnahmesituationen (Zielgruppe: ausgewählte Geschäftsbereiche)

Die Seminarangebote wurden bei den Beschäftigten der Landkreisverwaltung sehr gut angenommen. Einzelne Seminare mussten aufgrund der großen Nachfrage zu mehreren Terminen angeboten werden. Der Ostalbkreis ist sich seiner Verantwortung für die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten bewusst und wird auch in Zukunft im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten das interne Weiterbildungsangebot weiter ausbauen.

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Mit einem Aktionstag am 15. April 2010 konnte die betriebliche Gesundheitsförderung "Gesundheit ok – alles ok" ein stolzes 10-jähriges Jubiläum feiern. Bei einem "Marktplatz" der Gesundheit konnten sich die Beschäftigten der Landkreisverwaltung über verschiedenste Themenbereiche informieren und Untersuchungen durchführen lassen. Geboten waren u.a.

- ein Stresstest zur persönlichen Belastbarkeit,
- eine Impfberatung,
- eine Beratung über gesunde Ernährung, richtiges Sitzen und Raucherentwöhnung,

- ein Rauschbrillenparcours zum Test der Reaktionsfähigkeit bei Alkoholgenuss,
- Schnupperkurse Wirbelsäulengymnastik und Fitness und
- Massageangebote einer Physiotherapiepraxis.

Mit dem Kooperationspartner, der AOK Ostwürttemberg, wurden auch in den Jahren 2010 und 2011 zahlreiche Kurse zum Thema gesunde Ernährung und gesunder Rücken angeboten. Ferner wurden durchgängig Pilates-Kurse, Nordic-

Walking-Tage sowie Aqua-Jogging-Kurse angeboten. Auch das Thema "Entspannungstechniken" wurde erstmals mit einem Schnuppertag zur "Progressiven Muskelentspannung" aufgegriffen. Der Fokus in den Jahren 2010 und 2011 lag darauf, vermehrt Kurse vor Ort für die Beschäftigten in Ellwangen und Schwäbisch Gmünd anzubieten.

Traditionell wurden auch in den Jahren 2010 und 2011 Blutspendeaktionen im Landratsamt durchgeführt. Am 11. Mai 2011 fand die insgesamt 10. Blutspendeaktion für die Beschäftigten der Landkreisverwaltung statt. Eine Aktion, die sich seit Einführung sehr bewährt hat und gemeinsam mit dem DRK und Amtsärzten des Landkreises professionell im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes durchgeführt wird.

Mit dem Beginn der kalten Jahreszeit wurden ab dem Monat Oktober sowohl 2010 als auch 2011 wieder Grippeschutzimpfungen für die Beschäftigten an verschiedensten Standorten der Landkreisverwaltung angeboten. Große Unterstützung war hierbei der betriebsmedizinische Dienst mit dem Betriebsarzt Hariolf Zawadil.



Landrat Klaus Pavel (rechts) beim "Stresstest"

Landkreis als Arbeitgeber



PROSALUTO

Mit dem Ziel, die vielfältigen Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung in ein Gesundheitsmanagement zu integrieren, ist der Ostalbkreis seit August 2010 landesweit einer von zwei Pilotteilnehmern des Projektes ProSalutO, das Gesundheitsbildung und Organisationsentwicklung erfolgreich verbindet. ProSalutO ist ein verbandseigenes Konzept des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg zur betrieblichen Gesundheitsförderung durch betriebliches Gesundheitsmanagement. Der rechtlich geschützte Begriff ProSalutO steht dabei für Prozessorientierung und Salutogenese in der Organisation.

Unter Federführung des Geschäftsbereichs Personal und Organisation wurde zunächst der Steuerkreis "Gesundheit" ins Leben gerufen. In dieser Steuergruppe sind Personalstelle, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, der Betriebsarzt sowie die Leiter von zunächst vier ausgewählten Geschäftsbereichen vertreten. Für den Projektstart wurden, um die Gesamtstruktur der Kreisverwaltung repräsentativ zu berücksichtigen, einzelne Geschäftsbereiche ausgewählt, die sowohl technische als auch reine Verwaltungsbereiche vorhalten. Dazu gehören die Bereiche Soziales, Straßenbau, Vermessung und Geoinformation sowie Umwelt und Gewerbeaufsicht. Alle rund 300 Mitarbeiter dieser Bereiche wurden anhand eines vom Fraunhofer Institut entwickelten Fragebogens zu den Einflüssen, die sich aus ihrer Sicht negativ auf die Gesundheit im Berufsleben auswirken, befragt. Abgefragt wurden auf anonymisierten Fragebögen im Wesentlichen Angaben zur Arbeitsplatzsituation, zur Zufriedenheit, zu psychischen und physischen Belastungen, zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, zur Unterstützung durch Vorgesetzte, zur Fort- und Weiterbildung, zur Informationspolitik und Mitarbeiterbeteiligung, zum eigenen Gesundheitszustand, zum Gesundheitsverhalten, zu arbeitsmedizinischen Angeboten und zur Gesundheitsförderung sowie zur sozialen Unterstützung durch Vorgesetzte, Kollegen und andere Personen.



Körperliche Beschwerden, mentale Belastungen, fehlende oder mangelnde Wertschätzung des Vorgesetzten, zu wenig Fortbildungen, mangelnder Informationsfluss, schwierige Kundenkontakte – die Punkte, die in den Fragebögen genannt wurden, waren vielfältig und wurden von der Steuergruppe detailliert aufgearbeitet.

Nach einer umfassenden Diagnose wurden folgende Themenschwerpunkte identifiziert, die Grundlage für die weitere Maßnahmenplanung waren:

- Arbeitsschutz
- Kommunikation/Information
- Betriebsklima/Wertschätzung
- Beteiligung/Transparenz
- Schulung und Fortbildung
- Organisation/Arbeitszeiten

Als erste konkrete Maßnahme wurde an der Kommunikationskultur innerhalb der Kreisverwaltung gearbeitet. Die Führungskräfte der vier ausgewählten Geschäftsbereiche setzten sich in halbtägigen Workshops mit salutogenetisch fundiertem Führen auseinander und suchten nach Formen der Beteiligung in verlässlicher und wertschätzender Kommunikation auch im Gespräch mit den Mit-

arbeitern. Außerdem wurden Deeskalationstrainings und Fortbildungen für Führungskräfte zum Thema "Austauschgespräche mit Mitarbeitern führen" angeboten.

Im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes erhielt der Arbeitsschutzausschuss eine Geschäftsordnung. Außerdem wird der Arbeitsschutz im Leitbild der Kreisverwaltung verankert. Die Anschaffung von Schutzkleidung für technische Beschäftigte wurde forciert. Zur weiteren Verbesserung der innerbetrieblichen Kommunikationskultur werden weitere Führungskräfteseminare zum Thema "Gesund führen = Mitarbeitergespräche führen und sich kümmern" angeboten. Um die Mitarbeiter für konfliktträchtige Kundengespräche zu schulen, wurden Seminare zum Umgang mit Menschen in Ausnahmesituationen durchgeführt. Auf den Weg gebracht wurde auch eine Kooperation mit Fitnessstudios im Kreis, die kostenlose Probetrainings, Schnupperkurse im Präventionsbereich oder auch Rabatte auf die regulären Studiopreise vorsieht. Raucherentwöhnung, Körperbewusstsein und Gewichtsreduktion sind weitere Themen, die auf der Agenda des Projektes ProSalutO stehen.

ARBEITSSCHUTZ

Das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) schreibt vor, dass Arbeitgeber in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten einen Arbeitsschutzausschuss zu bilden haben. Nachdem der Arbeitsschutzausschuss des Ostalbkreises bereits seit dem Jahr 2008 in unregelmäßigen Abständen tagt, wurde am 1. November 2011 erstmals eine Geschäftsordnung erlassen, um den Arbeitsschutz beim Landratsamt Ostalbkreis noch tiefer zu verankern.

Der Arbeitsschutzausschuss tagt vierteljährlich in nichtöffentlicher Sit-

17

Geschäftsbericht des Ostalbkreises 2010 – 2011



zung. Er hat die Aufgabe, Anliegen des Arbeitsschutzes, der Gesundheitsvorsorge und der Unfallverhütung zu beraten und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Hierbei soll er insbesondere dem Arbeitgeber bei der Erfüllung der Aufgaben nach dem ASiG Hilfestellung leisten. Der Arbeitsschutzausschuss hat die Zusammenarbeit der bei der Landkreisverwaltung mit dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung befassten Stellen zu koordinieren.

Mitglieder im Arbeitsschutzausschuss sind der Arbeitgeber oder eine von ihm beauftragte Person, zwei vom Personalrat bestimmte Mitglieder der Personalvertretung, der für die Landkreisverwaltung bestellte Betriebsarzt, die bestellten Fachkräfte für Arbeitssicherheit, zwei Vertreter der Sicherheitsbeauftragten nach § 22 SGB VII, ein Vertreter des Geschäftsbereichs Personal und Organisation sowie, mit beratender Stimme, die Vertrauensperson der Schwerbehinderten.

Der Arbeitsschutzausschuss hat bereits wichtige Weichenstellungen in den Bereichen Arbeitsschutz und Unfallverhütung getroffen. So wurden bereits in mehreren Geschäftsbereichen Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt und entsprechend dieser Beurteilungen passende Maßnahmen, wie z.B. die Anschaffung neuer Schutzbekleidung, ergriffen. Bei den Arbeitsschutzbegehungen wurden direkt vor Ort Gefahrenquellen identifiziert, Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen ergriffen sowie den Mitarbeitern Tipps zur Gesundheitsvorsorge gegeben. Etliche weitere Maßnahmen wie z.B. die Ausbildung von Sicherheitsbeauftragten, die Erstellung neuer Rettungs- und Fluchtpläne, die Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen sowie weiterer Schulungen und Infoveranstaltungen rundeten den Themenkomplex "Arbeitsschutz" ab.

ZENTRALE DIENSTE

In Kooperation mit der EnBW ODR AG wurde im Januar 2011 ein E-Bike zur Nutzung für Dienstfahrten beschafft. Der Ostalkreis ist dabei Teilnehmer am Forschungsprojekt "Wir machen Baden-Württemberg E-Mobil". Das umweltfreundliche Dienstfahrzeug bietet sich für kürzere Dienstfahrten im Stadtgebiet an. Die Höchstgeschwindigkeit des E-Bikes liegt bei 45 km/h; die Reichweite beträgt 65 Kilometer.



E-Bike im Foyer des Aalener Landratsamts

KINDERBESUCHSTAG "ICH BESUCHE MAMA UND PAPA IM BÜRO"

oder ihren Papa im Kreishaus in Aalen besuchen konnten. Insgesamt 23 Kinder nahmen diese Möglichkeit während der Herbstferien wahr. Der 2. November begann für die jungen Besucher früh morgens mit einem gemeinsamen Frühstück im kleinen Sitzungssaal. Nach der Begrüßung und der Einteilung in vier Gruppen wartete ein buntes Programm auf die Kinder. An mehreren Stationen zeigten verschiedene Geschäftsbereiche in spielerischer Form Ausschnitte aus ihren jeweiligen Aufgabengebieten. Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit den Eltern oder dem Betreuungspersonal stand ein Kinderparlament mit Landrat Pavel auf dem Programm, in welchem die Kinder neben Fragen zum Landratsamt auch allerlei private Fragen an den Landrat stellten. Zum Abschluss konnten die jungen Besucher bei einer Hausführung noch einen Blick hinter die Kulissen des Landratsamtes werfen.

Beim 2. Kinderbesuchstag am 2. November 2011 reichte der kleine



Im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf veranstaltete die Kreisverwaltung im Jahr 2010 erstmals einen Besuchstag, bei dem die Kinder der Beschäftigten ihre Mama Sitzungssaal schon nicht mehr aus, so dass in den Großen Sitzungssaal ausgewichen werden musste. Insgesamt 46 angemeldete Kinder im Alter zwischen fünf und 13 Jah-

Information und Kommunikation



ren sind ein toller Beweis für die Attraktivität des Besuchstages. Das Programm war ähnlich gestaltet wie im Vorjahr. Nach der Begrüßung, einigen kleinen Gruppenspielen mit dem Betreuerteam und einer Hausführung stand noch am Vormittag das Kinderparlament auf dem Plan. Die Kinder machten dabei wiederum rege von der Möglichkeit Gebrauch, mit dem Landrat zu diskutierten. Nach dem gemeinsamen Mittagessen mit den Eltern teilten die Gruppen sich auf die verschie-

denen von den Geschäftsbereichen gestaltete Stationen auf. Hier stand neben Spiel und Spaß auch ein Lerneffekt zu den unterschiedlichen Themenstellungen im Vordergrund. Besonders erfreulich war, dass der Kinderbesuchstag 2011 von einem Kamerateam des SWR-Fernsehens begleitet wurde. Dieses erstellte einen Bericht, der noch am selben Abend in allen drei Ausgaben der Landesschau gezeigt wurde und eine tolle Werbung für das Landratsamt darstellte. Die Kinder der Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter waren von beiden Veranstaltungen sehr begeistert und freuen sich schon auf die nächste Gelegenheit, um Mama und Papa im Büro besuchen zu können. Auch für die Beschäftigten war dies eine gelungene Abwechslung vom "normalen" Büroalltag und stellt eine sinnvolle Feriengestaltung für ihre Kinder dar. Nicht zuletzt verdeutlicht diese Veranstaltung auch den steigenden Stellenwert der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Information und Kommunikation

Der Geschäftsbereich Information und Kommunikation (IuK) ist in den letzten Jahren zum internen IT-Dienstleister für die Landkreisverwaltung geworden. Die luK befasst sich ständig mit neuen Techniken, um die Infrastruktur innerhalb der Landkreisverwaltung auf einem modernen aktuellen Stand zu halten. Waren in der Vergangenheit Begriffe wie WAN-Beschleunigung oder Speichermanagement ein neues Thema, so sind diese Technologien zwischenzeitlich bereits vielfach im Einsatz und haben sich allesamt mehr als bewährt.

Der Speicherbedarf innerhalb der Landkreisverwaltung hat dem allgemeinen Trend entsprechend eine enorme Größe angenommen. Im Moment befinden sich auf den Datenspeichern der Landkreisverwaltung 12 TByte an Daten. Waren es in der Vergangenheit hauptsächlich Dokumente mit Textinhalten oder Tabellen, so sind es heute hauptsächlich Bilder die Speicherplatz benötigen. So wird es eine der Herausforderungen der Zukunft sein, die für viele Zwecke inzwischen unverzichtbare Flut von Daten und Bildern zu speichern und auch zu verwalten.

Die Anzahl der von der IuK betriebenen Datenverbindungen zu externen Standorten, hierzu zählen neben den eigentlichen Standorten der Landkreisverwaltung auch Heimarbeitsplätze, beträgt inzwischen mehr als 70. Die Gewährleistung der Sicherheit und des Datenschutzes stehen hierbei an oberster Stelle.

JOBCENTER

Zu Beginn des Jahres 2011 stellte der Ostalbkreis einen Antrag auf Option, d.h. die Übernahme der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) in eigener Zuständigkeit. Dem Antrag wurde stattgegeben. Daraus entwickelte sich für die luK der Auftrag, eine neue Infrastruktur in der Größe eines mittelständischen Betriebes, verteilt auf vier Standorte, zu konzipieren und umzusetzen. Es musste ein Konzept erstellt werden für insgesamt 160 Arbeitsplätze. Eine besondere Herausforderung stellte dabei die Tatsache dar, dass der bisherige Betreiber alle Dienste zum Ende 2011 einstellte und die luK ab dem 1. Januar 2012 den Dienstbetrieb sicherstellen musste, einschließlich Telefonie und Kopiergeräten. Hierzu waren viele Einzelplanungsmaßnahmen erforderlich, die alle zum selben Stichtag umgesetzt werden mussten. So mussten beispielsweise 160 PC, aufgeteilt in drei Teile, innerhalb von nur jeweils zwei Tagen neu installiert und anschließend wieder aufgebaut werden.

EINFÜHRUNG DOPPIK

Ein weiteres umfangreiches Tätigkeitsfeld der luK im Jahr 2011 war die Einführung der Doppik im Bereich des Haushaltswesens. Hierbei war für die IuK die besondere Herausforderung, ebenfalls zum Stichtag 1. Januar 2012 die Schnittstellen von allen bei der Kreisverwaltung verwendeten Vorverfahren an die Doppik anzupassen. Hierzu wurde iedem Anbieter eines Vorverfahrens bereits zur Jahresmitte ein Pflichtenheft und eine Schnittstellenbeschreibung übergeben. Anschlie-Bend wurde mit jedem Anbieter ein Workshop durchgeführt. Die einzelnen Schnittstellen konnten dann ab September getestet werden. Diese Tests dauerten bis in den Dezember. Die Aufgaben der luK endeten vorläufig mit der Umstellung des Echtbetriebs der Vorverfahren zu einem mit den Fachbereichen abgestimmten Zeitpunkt.



AUSSTATTUNG



Die Gesamtzahl der im Einsatz befindlichen IT-Arbeitsplätze (PC, Drucker und Bildschirm) hat mit einem Stand von ca. 1.400 Arbeitsplätzen einen neuen Höchststand erreicht. Hierbei ist anzumerken, dass sich die Anzahl der mobilen Arbeitsplätze stetig erhöht. Die aktuelle Anzahl der mobilen Endgeräte beläuft sich auf ca. 150.

E-BÜRGERDIENSTE

Das begonnene Konzept der E-Bürgerdienste wurde durch die Umsetzung der beiden Großprojekte im Jahr 2011 verlangsamt. Da der Einsatz von E-Bürgerdiensten in der Zukunft einen immer größeren Stellenwert einnehmen wird, werden die Anstrengungen in diesem Bereich im Jahr 2012 wieder intensiviert werden. Die hierzu, unter anderem, erforderliche VPS (virtuelle Poststelle) wurde zwischenzeitlich eingerichtet und bearbeitet verschlüsselte und signierte ein- und ausgehende E-Mails.

Gebäudemanagement

Der Geschäftsbereich Gebäudemanagement nimmt als zentrale Organisationseinheit die Aufgaben des Hochbaus sowie der Unterhaltung und Bewirtschaftung der kreiseigenen und angemieteten Liegenschaften wahr. Zu den wichtigsten Kreisliegenschaften zählen die drei Kreisberufsschulzentren und die vier Sonderschulen. Mit den Dienststellen des Landratsamts ist die Verwaltung im gesamten Ostalbkreis präsent. Auch die zwei großen angemieteten Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber in Aalen und Schwäbisch Gmünd stehen in der Verantwortung des Ostalbkreises. Darüber hinaus zählen Forst-Außenstellen, Straßenmeistereien und Schülerwohnheime zum Aufgabenkreis des Gebäudemanagements. Als Schulträger und Verwaltungsbehörde ist der Ostalbkreis für den Erhalt und die Bereitstellung dieser kreiseigenen und angemieteten Objekte verantwortlich.

GEBÄUDEZUSTANDSBERICHT ALS GRUNDLAGE FÜR EIN MODERNISIERUNGSKONZEPT

Im Juni 2011 wurde dem Kreistag der umfassende Gebäudezustandsbericht präsentiert, der vom Gremium durchweg als sehr gute Grundlage für die künftigen Modernisierungsund Sanierungsmaßnahmen bei den kreiseigenen Liegenschaften anerkannt wurde. Im Gebäudezustandsbericht werden alle im Eigentum des Ostalbkreises stehenden oder durch ihn zu unterhaltenden Gebäude systematisch erfasst und bewertet. Außerdem erfolgt eine Darstellung des Mitteleinsatzes zur baulichen und technischen Unterhaltung der Gebäude und ein Vergleich mit den empfohlenen Richtwerten zur Bemessung dieser Mittel. Schließlich wurden die zwölf größten kreiseigenen Liegenschaften in ausführlichen Einzelübersichten dargestellt. Für jedes Objekt wurde ein Investitionsfahrplan für die nächsten Jahre aufgestellt, der als Grundlage für die Mittelbereitstellung im Rahmen der Haushaltsplanung dienen soll.

VERKAUF DER EHEMALIGEN SCHWESTERNSCHULE IN AALEN

In der Hopfenstraße 65 in Aalen wurde Ende der 1960er Jahre eine Schwesternschule mit Schwesternwohnheim im Turmgebäude errichtet. Nachdem sich die Ausbildung im Krankenhausbereich sowie die Wohnungsansprüche geändert haben, stand die Schwesternschule seit Ende

der 1990er Jahre weitgehend leer. Da eine Nutzung des Turmgebäudes durch die Landkreisverwaltung erst nach einer sehr kostenintensiven Sanierung möglich gewesen wäre, entschloss sich der Ausschuss für Bildung und Finanzen im Februar 2011, das Areal zu veräußern. Nach einer öffentlichen Ausschreibung konnte bereits im Juni 2011 der Gebäudekomplex an die Schatz-Gruppe aus Schorndorf veräußert werden. Der Erwerber plant, im Turmgebäude ein Studentenwohnheim einzurichten und dafür eine aufwändige technische und energetische Sanierung durchzuführen. In der ehemaligen Schwesternschule im sogenannten Flachbau ist weiterhin die Geschäftsstelle Aalen des Jobcenters Ostalbkreis untergebracht. Diese ideale Unterbringung wurde durch einen langjährigen Mietvertrag mit dem neuen Eigentümer des Areals gesichert.





INVESTITIONS- UND BAUMASSNAHMEN

ENERGETISCHE DACHSANIERUNG AM KREISBERUFSSCHULZENTRUM SCHWÄBISCH GMÜND

Im Rahmen des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung hat der Ostalbkreis insgesamt 3.290.000 Euro in die energetische Dachsanierung am Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd investiert. Die Förderung durch das Konjunkturprogramm II betrug 2.222.500 Euro oder 68%, womit der Ostalbkreis noch 1.067.500 Euro zu tragen hatte. In der Zeit von Juni 2009 bis Oktober 2010 wurden zunächst die Sheddächer der Werkstätten mit einer neuen Wärmeschutzverglasung ausgestattet und danach die Oberlichter des Hauptgebäudes erneuert und energetisch verbessert. Neben der Substanzerhaltung des Gebäudes war das Hauptziel eine Verringerung des Wärmeverbrauchs vor allem im Werkstattbereich, der sehr viel Wärme über die mangelhaften Sheddächer verloren hatte.



Die sanierten Sheddächer des Werkstattbereiches am Beruflichen Schulzentrum Schwäbisch Gmünd

INNOVATIONSZENTRUM AM KREISBERUFSSCHULZENTRUM ELLWANGEN

Mit einer Feier wurde am 23. September 2011 der Neubau des Innovationszentrums für Anlagen- und Energietechnik beim Kreisberufsschulzentrum Ellwangen offiziell seiner Bestimmung übergeben. Im Rahmen des landesweiten Energietages besuchte auch Umweltminister Franz Untersteller das Innovationszentrum und informierte sich über dieses Modellprojekt vor Ort.



ZENTRUM PRÄSENTIERT NEUESTE TECHNISCHE ENTWICKLUNGEN FÜR DIE HAUSTECHNIK

Im Innovationszentrum für Anlagen- und Energietechnik werden Zukunftsentwicklungen in der Haustechnik im Betrieb präsentiert. Im Mittelpunkt stehen zwei aktuelle Blockheizkraftwerke (BHKW), die neben der für ein Gebäude erforderlichen Heizwärme auch elektrische Energie produzieren. Diese wird ebenso wie der Strom aus der hier installierten Photovoltaik-Anlage in das örtliche Stromnetz eingespeist. Die BHKWs sind so konzipiert, dass sie einzeln im Ein- und Zweifamilienhausbereich die Energiezentrale darstellen, also Heizwärme, warmes Trinkwasser und elektrische Energie zur Verfügung stellen können. Denkbar ist dabei auch der Einsatz als Spannungsquelle zum Aufladen eines Elektrofahrzeugs. Neueste Entwicklungen beim Heizen mit Wärmepumpen sollen an einer Luft-Wasser-Wärmepumpe und einer Sole-Wasser-Wärmepumpe begreifbar gemacht werden. Umweltwärme kann mit einer Wärmepumpe so aufbereitet werden, dass das Temperaturniveau für Heizzwecke nutzbar wird.



Als weitere Energiequellen im Innovationszentrum Ellwangen dienen thermische Solaranlagen in Form von Flach- und Röhrenkollektoren. Um deren Effizienz beurteilen zu können, arbeiten zwei Kollektoren fest auf dem Dach installiert und zwei weitere auf einem Segel, das der Sonne nachgeführt werden kann. Ziel ist dabei, die Sonneneinstrahlung bestmöglich zu nutzen und tages- und jahreszeitliche Schwankungen der Sonnenposition computergesteuert auszugleichen. Es kann damit die Frage beantwortet werden, inwieweit sich die Investition in eine Anlage zur Nachführung lohnt. Zur Ausstattung des Segels gehören auch Photovoltaik-Module, um auch hier einen Leistungsvergleich zu den fest auf dem Dach installierten Modulen zu ermöglichen.

Das Gebäude des Innovationszentrums benötigt selbst nur einen Bruchteil der erzeugten Energie. So wird zum Beispiel die entstehende Heizwärme in einen topmodernen Pufferspeicher geladen und kann von dort auch in das Wärmenetz des Hauptgebäudes des Berufsschulzentrums abgegeben werden. Die unterschiedlichen Wärmeerzeuger vari-



ieren in ihrer Leistungsabgabe sehr stark und liefern damit auch sehr unterschiedliche Temperaturen. Werden diese nicht vermischt, sondern in Schichten gespeichert, so bleibt ihr Energiegehalt voll erhalten und kann sinnvoll für Heizung oder Trinkwassererwärmung genutzt werden.

Eine kontrollierte Wohnraumlüftung rundet das Gesamtkonzept ab. Damit kann gezeigt werden, dass auch bei der modernen, luftdichten Bauweise von Gebäuden frische Luft energiesparend ins Haus gebracht werden kann. Die verbrauchte Luft gibt in der Lüftungsanlage ihre Wärmeenergie in einem Wärmetauscher an die Frischluft ab.

Um den Nutzen der eingebauten modernen Haustechnik zu erfassen, werden alle Energie- und Stoffströme von einer ausgeklügelten Messtechnik aufgenommen und in einem Datenbanksystem zur Verfügung gestellt. Damit lassen sich die gewonnenen und abgegebenen Energiemengen darstellen und auswerten.

SCHÜLER KÖNNEN IN MODERNSTER TECHNIK UNTERRICHTET WERDEN

Ziel ist es, die Schüler der Bereiche Energie- und Gebäudetechnik sowie Anlagenmechaniker SHK in die Lage zu versetzen, modernste Technik mess-, regel- und verfahrenstechnisch zu erfassen. Außerdem sollen diese Schülern durch die Werkstattarbeit an den modernen Geräten auch alle praktischen Fertigkeiten für Einbau, Wartung und Reparatur dieser Technologien vermittelt werden. Bereits im Beruf Stehenden sollen in Lehrgängen entsprechende Nachqualifikationen ermöglicht werden. Dadurch können die Handwerksbetriebe in Ostwürttemberg Kundenwünsche nach dieser Haustechnik auch vor Ort noch besser realisieren. Schließlich wird interessierten Privatleuten in Zusammenarbeit mit dem EKO, dem Energiekompetenzzentrum des Landkreises, eine wohnortnahe Informationsmöglichkeit zum Thema Haustechnik geboten.

Für die Ausstattung des Innovationszentrums mit Maschinen und Geräten wurden insgesamt rund 420.000 Euro aufgewendet. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes (Konjunkturpaket II) erhielt der Ostalbkreis eine Förderung von 225.000 Euro, womit der Eigenanteil 195.000 Euro beträgt. Die Kosten für den Neubau des Gebäudes in Höhe von rund 320.000 Euro übernahm der Ostalbkreis. Da das Regierungspräsidium Stuttgart einen zusätzlichen Raumbedarf festgestellt hat, wurde ein Landeszuschuss in Höhe von 100.000 Euro gewährt.

SCHUTZHAUS FÜR DAS LIMESTOR DALKINGEN EINGEWEIHT



Landrat Klaus Pavel und Regierungspräsident Johannes Schmalzl bei der Grundsteinlegung

Das Limestor Dalkingen ist ein in seiner Art einzigartiges Kulturdenkmal am obergermanisch-rätischen Limes. Seit 2005 gehört die unter Kaiser Caracalla zur Ehrenpforte ausgebaute Anlage zusammen mit der gesamten römischen Grenzbefestigung zum UNESCO-Weltkulturerbe und ist Teil des 1972 eingerichteten Freilichtmuseums am rätischen Limes, zu dem auch das nahe Kastell Buch und dessen Zivilsiedlung gehören. Das Tor liegt heute zwischen den Orten Schwabsberg und Dalkingen im Ostalbkreis. Am 24. Juli 2010 wurde der gläserne



Landrat Klaus Pavel (4. v. r.) und Staatssekretär Dr. Stefan Scheffold (5. v. r.) eröffnen mit weiteren Ehrengästen das Schutzhaus für das Limestor

Kubus, der das Limestor künftig vor witterungsbedingten Schäden schützt, mit einem Fest eingeweiht.

Nach mehrjähriger Planung wurde Ende März 2010 durch Landrat Klaus Pavel und Regierungspräsident Johannes Schmalzl der Grundstein für das Schutzhaus des Limestores Dalkingen gelegt. Mit der Aufnahme in die Liste der Weltkulturerbestätten wurde der Limes, die einstige Außengrenze des Römischen Reichs, ganz offiziell zu einem kulturgeschichtlichen Zeugnis von Weltrang erklärt. Dies hat auch bestätigt, dass es sich bei dem Limestor Dalkingen um ein herausragendes archäologisches Denkmal handelt, dessen Erhalt für künftige Generationen eine wichtige Aufgabe ist.

Unter den römischer Bauten entlang des Limes, von denen sich bis heute Reste erhalten haben, kommt dem ehemaligen Limestor bei Dalkingen besondere Bedeutung zu. An der Außengrenze des Römischen Weltreichs ist hier - vermutlich im Zusammenhang mit einem siegreichen Feldzug Kaiser Caracallas gegen die Alamannen in den Jahren 213 und 214 n. Chr. - ein prunkvoller, 12 Meter hoher römischer Ehrenbogen mit einer überlebensgroßen Kaiserstatue aus Bronze entstanden. Es handelt sich um die bislang einzige durch Baubefunde nachgewiesene Toranlage entlang des über 500 km langen, von der Donau bis zum Rhein reichenden obergermanischrätischen Limes.



Seit die historische Bausubstanz bei Ausgrabungen 1973/74 freigelegt wurde, hat sie durch Witterungseinflüsse stark gelitten. "Um die einmalige Bausubstanz für die Nachwelt dauerhaft zu sichern und zu erhalten, ist ein geschlossener Schutzbau unbedingt erforderlich", waren sich Regierungspräsident Schmalzl und Landrat Pavel einig. Genau 1.797 Jahre nach der Errichtung des Ehrenbogens wurde nun über der historischen Bausubstanz ein gläserner Kubus errichtet, der die Ruine dauerhaft schützen soll. "Mit dieser Maßnahme wird der ehrenvollen Verpflichtung nachgekommen, das Limestor und damit eine wichtige Komponente des UNESCO-Welterbes "Grenzen des Römischen Reiches" für die Nachwelt zu erhalten", so der Landrat. Mit der Ruine und dem Schutzbau, für den der Zweckverband Erholungsgebiet Rainau-Buch die Bauherrschaft übernommen hat, trifft die Moderne auf die Antike. Dabei ist ein großartiges Bauensemble entstanden, das am Limes seinesgleichen sucht.

Der Schutzbau besteht aus einer filiaranen Stahlkonstruktion in Form eines Glaskubus mit einer Breite von 23,10 m, einer Länge von 22,85 m und einer Höhe von 7 bis 16 m. Durch eine über dem originalen Mauerwerk frei schwebende, mit bedruckten Stoffbahnen bespannte Leichtmetallkonstruktion innerhalb des Glaskubus wurden die Abmessungen und das Aussehen des einstigen Limestores weithin sichtbar wieder hergestellt. Zwischen den kulissenartig aufgehängten Stoffbahnen und dem originalen Mauerwerk bleibt dabei ein Zwischenraum, damit die römische Bausubstanz noch genügend wirken kann.

Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 1.870.000 Euro, wobei der Eigenanteil des Ostalbkreises bei 282.150 Euro liegt. Da die Gemeinde Rainau in der Förderkulisse Brenzregion liegt, konnte eine Zuwendung aus der LEADER-Förderung 2007-2013 erfolgreich beantragt werden. Aus diesem Förderprogramm floss ein Betrag von 750.000 in das Projekt. Das Landesamt für Denkmalpflege, welches die Ausgrabungen und die Forschung am Limestor seit vielen Jahren aktiv begleitet, gewährte einen Zuschuss von 107.850 Euro. Die Landesstiftung Baden-Württemberg förderte dieses überregional bedeutsame Kultur- und Tourismusprojekt mit 630.000 Euro und die Denkmalstiftung Baden-Württemberg trug 100.000 Euro als Förderung bei. Die Zuschüsse betragen demnach insgesamt 1.588.000 Euro, was einer Förderquote von 85% entspricht.

ERNEUERBARE ENERGIEN UND ENERGIEMANAGEMENT

ERNEUERBARE ENERGIEN BEI DER WÄRMEVERSORGUNG

Mit dem jährlichen Energiebericht informiert die Landkreisverwaltung umfassend über den Energieverbrauch der Liegenschaften des Ostalbkreises. Außerdem werden durchgeführte Sanierungsmaßnahmen sowie Energieeinsparmaßnahmen ausführlich dargestellt. Der Energiebericht informiert auch über den Einsatz von erneuerbaren Energien bei den Kreisliegenschaften. Mit einem Anteil von 32,8% an erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung und der Aufstockung des Ökostromanteils auf 50% hat der Ostalbkreis im Wege seiner Vorbildfunktion schon viel erreicht und auch ein deutliches Signal für ein nachhaltiges Verhalten beim Ressourcenverbrauch und dem Umgang mit unserer Erde gesetzt.

ANSCHLUSS DER HEIDESCHULE AN DAS NAHWÄRMENETZ DER GEMEINDE MUTLANGEN

Die Gemeinde Mutlangen hat im Jahr 2011 zur Wärmeversorgung ihres Schul- und Sportzentrums ein Nahwärmenetz errichtet. Die Wärme wird zum Großteil über eine Holzhackschnitzelheizung und damit umweltfreundlich und CO2neutral erzeugt. Neben dem neu errichteten Franziskus-Gymnasium hat sich auch der Ostalbkreis als Schulträger der Heideschule Mutlangen zu einem Anschluss an das Nahwärmenetz entschlossen. Die Sprachheilschule, die pro Schuljahr rund 130 Schülerinnen und Schüler besuchen, wurde bisher über einen Heizölkessel mit Wärme versorgt. Durch das vorbildliche Projekt der Gemeinde Mutlangen konnten Synergieeffekte genutzt werden, um eine ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Investitionsmaßnahme mit einem Volumen von rund 1,8 Mio. Euro gemeinsam umzusetzen.

ERSTE LANDKREISEIGENE PHOTOVOLTAIKANLAGE: EIGENVERBRAUCH DES ERZEUGTEN SOLARSTROMS

Der Ausschuss für Bildung und Finanzen hat am 12. Juli 2011 den Vorschlag der Landkreisverwaltung zur Errichtung der ersten landkreiseigenen Photovoltaikanlage unterstützt und 30.000 Euro Investitionsmittel bereitgestellt. Anfang September wurde auf dem Nebengebäude des Ostalbkreishauses eine Photovoltaikanlage mit Eigenverbrauch installiert. Die Photovoltaikanlage besteht aus 51 Modulen je 0,235 kW und verfügt somit über eine Leistung von 12 Kilowatt (kW). Die Besonderheit



der Solarstromanlage besteht darin, dass der erzeugte Strom sofort auf dem Areal des Ostalbkreishauses verbraucht werden kann. Neben der umweltfreundlichen und im Betrieb CO₂-freien Stromerzeugung wird dadurch auch das Stromnetz nicht belastet. Der Ostalbkreis erhält für den selbst genutzten Strom deshalb eine Eigenverbrauchsvergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die jedoch unter der Einspeisevergütung liegt. Da sich der externe Strombezug durch die Eigenverbrauchsanlage reduziert, wird sich die Photovoltaikanlage nach rund acht Jahren amortisiert haben. Die Photovoltaikmodule werden über eine Gesamtlebensdauer von geschätzten 30 Jahren umweltfreundlich Strom für das Aalener Landratsamt produzieren.

WEITERE PHOTOVOLTAIKANLAGEN AUF KREISEIGENEN GEBÄUDEN

Seit dem Jahr 2006 stellt der Ostalbkreis Dachflächen der Beruflichen Schulzentren Aalen (413 kW Leistung) und Schwäbisch Gmünd (528 kW) für Photovoltaikanlagen



Im Bildvordergrund ist die erste landkreiseigene Photovoltaikanlage auf der Parkplatzüberdachung zu sehen. Auf dem Gebäudedach die Photovoltaikgemeinschaftsanlage von insgesamt 15 Beschäftigten der Landkreisverwaltung, die bereits im Jahr 2009 installiert wurde

von privaten Dritten zur Verfügung. Im Jahr 2009 kam auch die Jagsttalschule Westhausen (141 kW) sowie eine Photovoltaikgemeinschaftsanlage von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem Ostalbkreishaus mit einer Leistung von 15 kW hinzu. Insgesamt haben diese Anlagen im Jahr 2010 rund 877.000 kWh Strom erzeugt.

Im Jahr 2011 kamen zuerst die Photovoltaikanlage des Fördervereins Innovationszentrum (10,6 kW) und dann die Anlage beim Ostalbkreishaus (12 kW) hinzu, sodass auf kreiseigenen Gebäuden eine Leistung von 1.120 kW aus Photovoltaikanlagen installiert ist. Die erzeugte Strommenge entspricht dem Verbrauch von rund 300 Vier-Personen-Haushalten.

Kreisarchiv und Öffentlichkeitsarbeit

KREISARCHIV

KLEINDENKMALE WERDEN INVENTARISIERT

Die Jahre 2010 und 2011 brachten für das Kreisarchiv wiederum eine Reihe von Sonderaufgaben, von denen die kreisweite Inventarisation der Kleindenkmale die bei weitem umfangreichste war. Auf Initiative des Schwäbischen Heimatbundes und des Schwäbischen Albvereins wurden unter der Leitung des Landesdenkmalamtes dabei die sogenannten Kleindenkmale wie z.B. Feldkreuze, Bildstöcke, Sühnekreuze und auch Brunnen und Wegkapellen

in Baden-Württemberg erfasst und inventarisiert. Die Koordination lag beim jeweiligen Landkreis, der Kreisarchivar war für die ehrenamtlichen Mitarbeiter vor Ort beratend und unterstützend tätig.

Den besonderen Stellenwert dieser Aktion unterstrich die Teilnahme von Regierungspräsident Johannes Schmalzl beim Auftaktabend am 29. März 2010 im Ostalbkreishaus. Obwohl sich schon damals zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stellten, war es nicht einfach, für einen so großen Landkreis mit 100 ehemaligen Gemarkungen

Bearbeiter vor Ort zu finden. Dass dies gelungen ist, ist besonders auch den beiden Gauvorständen des Schwäbischen Albvereins Gerhard Vaas und Georg Haas zu verdanken, die bei der Inventarisation als Koordinatoren tätig waren.

Mittlerweile sind bereits zahlreiche Gemarkungen bearbeitet und abgeschlossen. Die gesammelten Informationen werden im Landesdenkmalamt aufbereitet und vereinheitlicht. Ab 2013 steht dann das fertige Inventar zur Verfügung, das danach im Kreisarchiv aufbewahrt wird.



NEUER FOTOWETTBEWERB FÜR BILDBAND

Nach dem großen Erfolg des Fotowettbewerbs 2008 und dem daraus entstandenen Bildband hat Landrat Klaus Pavel einen weiteren Fotowettbewerb angeregt, der im Frühjahr 2011 ausgeschrieben wurde. Wiederum haben alle Fotografen ein Jahr Zeit, Impressionen aus dem Ostalbkreis zu sammeln. Abgabeschluss ist dieses Mal der 1. August 2012, der daraus geplante Bildband soll dann im November der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

60 JAHRE BADEN-WÜRTTEMBERG – DER OSTALBKREIS FEIERT MIT

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2011 begannen die Vorbereitungen für zwei weitere Projekte, mit denen sich der Ostalbkreis am 60-jährigen Jubiläum des Landes Baden-Württemberg am 25. April 2012 beteiligt: Eine große Ausstellung im Ostalbkreishaus soll die 50er Jahre im Ostalbkreis dokumentieren und besonders auch den Vergleich damals - heute darstellen. In die Vorbereitung der Ausstellung waren die einzelnen Geschäftsbereiche des Landratsamtes integriert, die zu ihren jeweiligen Schwerpunkten Themen und Ausarbeitungen liefern.

Außerdem hat das Kreisarchiv die Bürger des Ostalbkreises aufgerufen, ihre Familienalben zu öffnen, um mit den Bildern das Leben und die Kultur der 50er Jahre im Ostalbkreis in einem Bildband darzustellen. Weit über 1.000 Bilder sind eingegangen und versprechen schon nach einer ersten Durchsicht interessante Einblicke in die 50er Jahre mit dem demokratischen Neubeginn, der Aufnahme der Heimatvertriebenen und vor allem dem schon damals so genannten Wirtschaftswunder. Der Fokus des Bildbandes soll aber

nicht im Bereich der Politik liegen, vielmehr soll der Alltag der Menschen damals dargestellt werden.

VOR- UND FRÜHGESCHICHTE

Im Bereich der Archäologie liegen neue Forschungen zur Vor- und Frühgeschichte der Gemeinde Abtsgmünd, die vor allem in Bezug auf den Virngrund und seine Siedlungsgeschichte neue Ergebnisse brachten. Nachzulesen sind diese neuen Ansätze im 2011 erschienenen Heimatbuch der Gemeinde Abtsgmünd.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

DER OSTALBKREIS – GANZ PERSÖNLICH

Am 27. Oktober 2011 konnte Landrat Klaus Pavel im Großen Sitzungssaal des Aalener Landratsamts das neue Kreisbuch mit dem Titel "Der Ostalbkreis – ganz persönlich" der Öffentlichkeit vorstellen. Mit dabei waren der Schwäbisch Gmünder Kabarettist Werner Koczwara und die Europa-Miniköche.

In zahlreichen Publikationen wurde der Ostalbkreis bereits in Wort und Bild, meist eher nüchtern mit Zahlen, Daten und Fakten beschrieben. Was aber macht den Ostalbkreis zu etwas ganz Besonderem? Was macht ihn für so viele zur Heimat? Was verbindet die Menschen mit der Region und lässt sie immer wieder hierher zurück kommen? Und warum fühlen sich Unternehmer nachhaltig mit dem Ostalbkreis verbunden?

In rund einjähriger Arbeit wurden Antworten auf diese Fragen im neuen Portrait über den Ostalbkreis festgehalten. 89 namhafte Autoren vom Ministerpräsidenten bis zum Bischof, von Unternehmensführern bis zu Wissenschaftlern, Journalisten und Spitzensportlern – haben dazu ihren ganz persönlichen schriftlichen Beitrag geleistet. Entstanden ist so erstmals ein vielschichtiges, sehr emotionales und äußerst abwechslungsreiches Bild unseres Ostalbkreises. Portraits von 63 Einrichtungen und Unternehmen, die sich persönlich präsentieren, fügen sich nahtlos in die Reihe der interessanten Geschichten der Autoren ein. Zur besonderen Originalität und



v. l.: Philipp-Hariolf Jenninger, Monsignore Sieger Köder, Wolfgang Roth, Dr. Dieter Kress und Landrat Klaus Pavel werfen einen Blick ins neue Kreisbuch



Emotionalität tragen stimmungsvolle Fotos bei, die Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Brauchtum, Gastlichkeit und soziales Leben in den Blick rücken. Aus dem Bildarchiv des Kreisarchivs konnten dafür zahlreiche Fotos beigesteuert werden.

Eine gleichnamige Ausstellung "Der Ostalbkreis – ganz persönlich", die als "begehbares Buch" gestaltet war, vermittelte am Präsentationsabend einen Eindruck von dem, was die Leserinnen und Leser an Interessantem erwartet. Das Kreisbuch ist im Buchhandel zum Preis von 34 Euro erhältlich.

DAS LANDRATSAMT TWITTERT



Seit 9. März 2010 "zwitschert" die Landkreisverwaltung. Pressemitteilungen, Veranstaltungen und weitere aktuelle Informationen werden seitdem nicht mehr nur über die regionalen und überregionalen Printmedien, Radio- und Fernsehsender sowie die Homepage www.ostalbkreis.de verbreitet, sondern auch über Twitter. Twitter ist ein Echtzeit-Informationsnetzwerk, das den Nutzer mit den neuesten Geschichten, Ideen, Meinungen und Nachrichten versorgt. Die Informationseinheiten sind sogenannte Tweets, bestehend aus maximal 140 Zeichen. Mit Blick auf die zunehmende Verbreitung von sogenannten Social Media wie Facebook, Google + u.a. hat die Pressestelle Ende 2011 Vorbereitungen für eine eigene Facebook-Präsenz getroffen



v. I.: Dr. Christoph Morawitz (Vorstand Kreissparkasse), Landrat Klaus Pavel, Dr. Joachim Gauck, Carl Trinkl (Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse) und Andreas Götz (Vorstand Kreissparkasse)

und wird dort in der zweiten Jahreshälfte 2012 online sein. Auch eine eigene Ostalbkreis-App wird dann voraussichtlich angeboten.

JOACHIM GAUCK ZU GAST IM OSTALBKREIS

Im Rahmen des Sparkassenforums am 14. September 2011 konnte Landrat Klaus Pavel in seiner Funktion als Verwaltungsratsvorsitzender Dr. Joachim Gauck in der Aalener Stadthalle begrüßen. Vor gut 1.000 Zuschauern referierte Gauck zum Thema des Abends "Freiheit – Verantwortung – Gemeinsinn". Er sprach über die Unfreiheit in der früheren DDR und das wertvolle Privilea der individuellen Freiheit in der wiedervereinigten Bundesrepublik. Über eine Stunde lang zog er das Publikum in seinen Bann und erhielt begeisterten und lang anhaltenden Applaus für seine eindrucksvolle Rede.

ANTRITTSBESUCH DES NEUEN MINISTERPRÄSIDENTEN

Als ersten Landkreis in Baden-Württemberg besuchte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 30. Juni 2011 den Ostalbkreis. Im Aalener Landratsamt traf er sich mit Landrat Klaus Pavel zu einem Vier-Augen-Gespräch, besichtigte anschließend die Firma Alfing Kessler in Aalen-Wasseralfingen, um von dort aus weiterzufahren zu den Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Firma.

Eine knappe Stunde lang informierte Landrat Pavel den Ministerpräsidenten über Themen, die den Ostalbkreis aktuell beschäftigen. Anschließend berichteten Pavel und Kretschmann bei einem Pressegespräch über die wesentlichen Inhalte. "Ich bin sehr dankbar, dass sich der Ministerpräsident viel Zeit nimmt, um vom Ostalbkreis etwas über die speziellen Themen und kreispolitischen Projekte zu erfahren, die uns bewegen und die wir angestoßen haben. Für die große Aufgeschlossenheit herzlichen Dank", so der Landrat an Kretschmann. Man sei

Kreisarchiv und Öffentlichkeitsarbeit





Landrat Klaus Pavel und Ministerpräsident Winfried Kretschmann beim Vier-Augen-Gespräch im Amtszimmer des Landrats

Der Ministerpräsident trägt sich im Rahmen des anschließenden Pressegesprächs in das Goldene Buch des Ostalbkreises ein

sich in vielen Themen sehr einig gewesen, das Land und der Kreis spielten zusammen und im ländlich geprägten Raum des Landes spiele der Ostalbkreis eine gute Rolle, so der Kreischef weiter.

Anlass seines Besuches sei, so der Ministerpräsident, die Feier des 100-jährigen Bestehens der Firma Alfing Kessler in Wasseralfingen gewesen. "Da war es naheliegend, ein Gespräch mit dem Landrat zu führen, der als sehr innovativ gilt und gute Ideen entwickelt", erzählte Kretschmann weiter, "denn bei einer Politik des Gehörtwerdens ist ein enger Kontakt zu den Menschen vor Ort nötig."

Zu den von Pavel im Rahmen des Vier-Augen-Gespräches vorgestellten Themenkomplexen nahm der Ministerpräsident im Einzelnen Stellung:

Die Idee, für die flächendeckende Breitbandversorgung im Ostalbkreis einen Zweckverband zu gründen, der als stärkerer Marktpartner fungieren kann, werde vom Land als Impuls aufgegriffen. Allerdings – so schränkte der Ministerpräsident ein – müssten wettbewerbsrechtliche Fragen noch gelöst werden. Das Problem, dass es nichts nütze, wenn das Land den Breitbandausbau fördere und anschließend kein Betreiber gefunden werden könne, sei erkannt.

Die von der Zukunftsinitiative Ostwürttemberg erzielten Ergebnisse und Projekte bezeichnete Kretschmann als vorbildlich. Top-Thema sei der Fachkräftemangel, denn der Trend, dass die Menschen zurück in die Städte ziehen, setze sich fort. Der ländliche Raum müsse unter dem demographischen Druck attraktive Bedingungen in Punkto Kultur, Schulen und Kinderbetreuung bieten. Mit der Initiative habe der Ostalbkreis den Kern des Problems beim Schopfe gegriffen. In Sachen Straßenbau habe man im Gespräch verschiedene Modelle erörtert, die der Ministerpräsident jedoch nicht im Detail benennen wollte. Zuvor müssten mit den kompetenten Stellen noch Gespräche geführt werden.

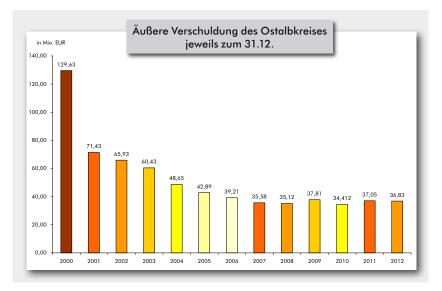
Den Sozialbericht des Ostalbkreises empfand Kretschmann als "super Anregung, dies regional zu machen". Und mit Blick auf den vom Ostalbkreis erstellten Bildungsbericht bestärkte Kretschmann das Engagement des Kreises, denn schließlich wolle man den Kommunen und Kreisen im Bildungsbereich stärkere Mitwirkungsrechte einräumen vor dem Hintergrund der pädagogischen und demographischen Entwicklung.



Finanzen KREISHAUSHALT

Der Kreishaushalt 2012 ist mit den Vorgängerhaushaltsplänen nicht mehr vergleichbar. Zum 1. Januar 2012 hat der Ostalbkreis von der Kameralistik auf die doppische Haushaltsführung umgestellt. In der kommunalen doppischen Haushaltsführung erfolgt die Darstellung in einem Ergebnis- und einem Finanzhaushalt mit den Positionen Aufwand und Ertrag. Kernstück des Haushaltsplans sind definierte Produkte, die sämtliche Verwaltungsleistungen darstellen, die innerhalb eines Geschäftsbereiches erbracht werden. Dieser Ansatz soll ermöglichen, die Leistungen der Verwaltung unter den Gesichtspunkten Mengen, Kosten, Zeit und Qualität zu betrachten und Ergebnisse für die Steuerung der Verwaltungshandlung bereit zu stellen.

Das Volumen des Gesamthaushalts des Ostalbkreises für das Jahr 2012 beträgt rund 541 Millionen Euro. Der Gesamtergebnishaushalt 2012 weist ordentliche Erträge in Höhe von 321.516.362 Euro sowie Gesamtaufwendungen in Höhe von 315.380.750 Euro aus. Aufgrund größter Sparanstrengungen konnte damit der Ergebnishaushalt mit einem veranschlagten Gesamtergebnis in Höhe von 6.135.612 Euro abgeschlossen werden. Mit dem Ergebnis des Ergebnishaushaltes und durch die erwirtschafteten Abschreibungen in Höhe von 8.550.577 Euro, die Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen in Höhe von 2.619.611 Euro, wurde ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 10.850.579 Euro erreicht. Dies entspricht der bisherigen Zuführung zum Vermögenshaushalt. Durch diesen Zahlungsmittelüberschuss und Einzahlungen für Investitionstätigkeiten in Höhe von 1.643.500 Euro können die Investitionen in Höhe von 12.277.130 Euro ohne zusätzliche neue Kredite über die Tilgungen hinaus geschultert werden. Der Ostalbkreis kann seine Verschuldung sogar um rund 217.000 Euro senken. Das Volumen der Wirtschaftspläne der Kliniken beträgt 207,22 Mio. Euro. Der Ostalbkreis als Optionskommune hat zum 1. Januar 2012 die Gesamtverantwortung für den Bereich Hartz IV übernommen. Sämtliche Leistungen im Bereich Hartz IV von der Grundsicherung



Mit Augenmaß sollen das Machbare realisiert und die neuen Zuständigkeiten und Herausforderungen gemeistert werden. Durch hohe Investitionstätigkeit werden regionale Konjunkturimpulse gesetzt. Wichtige Schwerpunkte sind die Investitionen in den Klinik-Eigenbetrieben, den Kreisberufsschulzentren und Verwaltungsgebäuden und bei den Kreisstraßen:

- Investitionsfördermaßnahmen an Kliniken 3.588.000 Euro
- Erwerb von beweglichem Vermögen (Schulen und Bildung)
 1.367.404 Euro
- Baumaßnamen an Schul- und Verwaltungsgebäuden 1.318.500 Euro
- Baumaßnahmen/Sonst. Investitionsausgaben an Kreisstraßen 4.935.500 Euro

Hinzu kommen neue umfassende Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherung und der Jugendhilfe. Allein die sozialen Leistungen nehmen mit aktuell 181.104.002 Euro Aufwendungen über 57% des gesamten Ergebnishaushaltes ein. bis zu den Kosten für Unterkunft und Heizung werden nun durch das Jobcenter des Ostalbkreises ausbezahlt. Dieses neue Aufgabenfeld schlägt sich mit brutto rund 64,5 Mio. Euro im Kreishaushalt nieder.

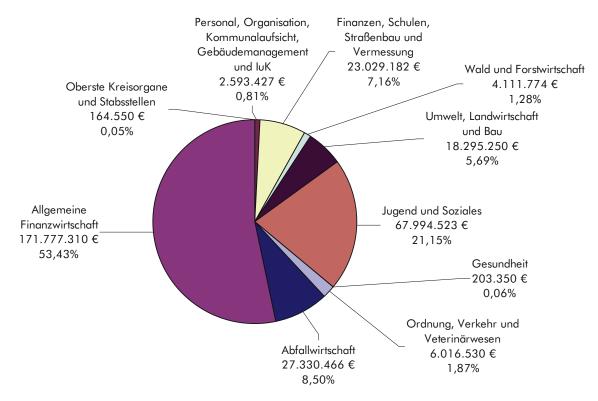
Der Kreisumlagesatz wurde vom Kreistag mit 35,5% beschlossen. Dies entspricht einer Reduzierung um 1,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Das Aufkommen beträgt damit 111.160.930 Euro. Trotz dieser Senkung ist der Finanzhaushalt ausgeglichen, so dass keine Rücklagenentnahme erforderlich wurde.

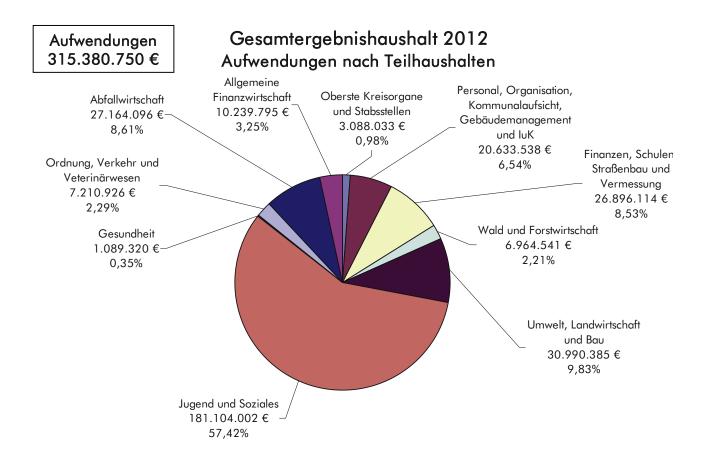
Die folgenden Grafiken zeigen die finanziellen Schwerpunkte innerhalb des gesamten Aufgabenspektrums der Landkreisverwaltung auf:



Erträge 321.516.362 €

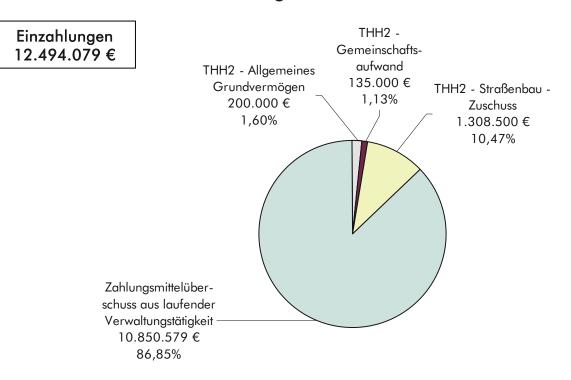
Gesamtergebnishaushalt 2012 Erträge nach Teilhaushalten



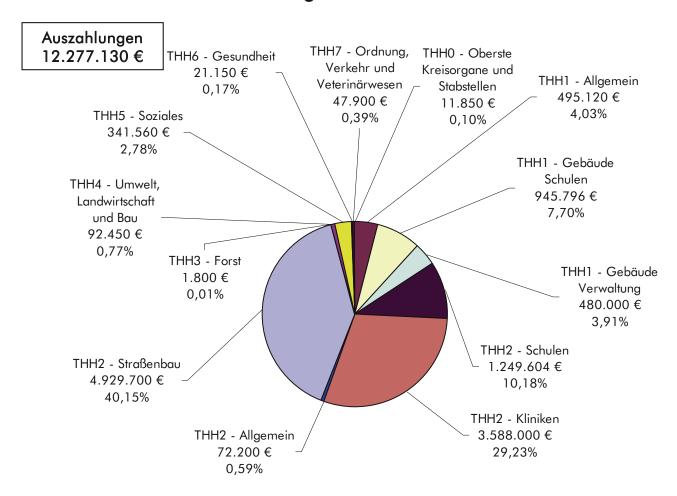




Gesamtfinanzhaushalt 2012 Einzahlungen nach Teilhaushalten



Gesamtfianzhaushalt 2012 Auszahlungen nach Teilhaushalten





EINFÜHRUNG DES NEUEN KOMMUNALEN HAUSHALTS- UND RECHNUNGSWESENS (NKHR) – UMSTELLUNG AUF DIE KOMMUNALE DOPPIK

Nachdem das Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsund Rechnungswesens (NKHR) im April 2009 verabschiedet wurde, haben insbesondere die Landkreise die Planungen zur Einführung der Kommunalen Doppik intensiviert. Die Rückmeldungen der Landkreise, die vor diesem Zeitpunkt als Piloten fungierten, waren trotz des Umstellungsaufwandes äußerst positiv. Mit der Umstellung des Buchungsstils geht auch die Bewertung des Vermögens einher, da die Vermögenswerte ein wichtiger Bestandteil der Bilanz sind. Aufgrund des umfangreichen Vermögensbestandes hat die Landkreisverwaltung 2008 begonnen, alle beweglichen Vermögensgegenstände zu inventarisieren und zu bewerten. Damit war der Grundstein gelegt, die weiteren Planungen zur Einführung der Doppik voranzutreiben.

Das Land Baden-Württemberg hat seinen Kommunen und Landkreisen eine Übergangsfrist zur Einführung des NKHR bis zum Jahr 2016 gewährt. Ab diesem Zeitpunkt sind alle Verwaltungen verpflichtet, das Haushalts- und Rechnungswesen auf Grundlage der kaufmännischen doppischen Buchführung anzuwenden. Der Kreistag des Ostalbkreises hat in seiner Sitzung am 1. März 2011 beschlossen, die Doppik zum 1. Januar 2012 einzuführen.

Zur Steuerung des Projekts wurde eine Projektgruppe eingesetzt, deren Teilnehmer aus Mitarbeitern der Kämmerei, der KIRU Ulm-Reutlingen, der Rechnungsprüfung und des Geschäftsbereichs luK bestand. Die Gruppe traf sich regelmäßig, um die einzelnen Themen innerhalb der Teilprojekte, wie etwa Vermögensbewertung, Haushaltsstruktur, Rechnungswesen/Kasse, Schnittstellen und Qualifizierung, zu besprechen.

VERMÖGENSBEWERTUNG

Auch ohne verbindliche Vorgaben und Regelungen haben die Kommunalverwaltungen begonnen, sich auf die geplante Umstellung vorzubereiten. Ein Schwerpunkt der Arbeiten ist die Aufstellung einer kommunalen Eröffnungsbilanz, in der das gesamte Vermögen dargestellt und bewertet wird. Auch der Ostalbkreis hat mit der Bewertung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens frühzeitig begonnen. Die Erfassung und Bewertung der beweglichen Vermögensgegenstände – in der Verwaltung als auch bei den Schulen – war in 2010 abgeschlossen worden. Die Bewertung der kreiseigenen Gebäude (Verwaltungs- und Schulgebäude) konnte im Herbst 2009 fertig gestellt werden. Die bedeutendste Vermögensposition nimmt das Infrastrukturvermögen, also Straßen und deren Bauwerke, ein. Diese Vermögensgüter wurden in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Straßenbau in 2011 bewertet. Parallel wurde die Anlagenbuchhaltung eingerichtet, in welcher alle Vermögenspositionen geführt werden, aus welchen in den Folgejahren Abschreibungen resultieren.

HAUSHALTSSTRUKTUR

Kernstück des Haushaltsplanes sind zukünftig sog. Produkte, die die bisherigen Gliederungselemente "Unterabschnitte" ablösen. Unter Produkten werden sämtliche Verwaltungsleistungen verstanden, die innerhalb eines Geschäftsbereiches erbracht werden. Dieser Ansatz soll ermöglichen, die Leistungen der Ver-

waltung unter den Gesichtspunkten Mengen, Kosten, Zeit und Qualität zu betrachten und Ergebnisse für die Steuerung des Verwaltungshandelns bereitzustellen.

Das Ergebnis der "Arbeitsgemeinschaft Produktkennzahlen Baden-Württemberg" ist ein verbindlich festgelegter Katalog von 481 Produkten. Der Kommunale Produktplan deckt alle Bereiche der Kommunalverwaltung ab, sodass jede Verwaltung für sich entscheiden muss, welche Verwaltungsleistungen als Produkte zukünftig in den Haushalt aufzunehmen sind. Gemeinsam mit der Kämmerei wurde bei der Landkreisverwaltung festgelegt, welche Produkte benötigt werden, um das Spektrum des jeweiligen Geschäftsbereiches so abzudecken, dass ausreichende Haushaltsinformationen zur Steuerung der Aufgaben vorliegen.

Mitte des Jahres 2009 wurden alle Geschäftsbereiche in persönlichen Gesprächsterminen von der Einführung des NKHR und der damit verbundenen neuen Haushaltsstruktur informiert. Die Geschäftsbereiche wurden aufgefordert zu prüfen, welche Produkte innerhalb ihres Aufgabenbereichs erstellt und umgesetzt werden müssen. Der Haushalt des Ostalbkreises umfasst aktuell ca. 300 Produkte. Vielfach wurden Produkte untergliedert, um den organisatorischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Hinzu kommen eine große Anzahl von Produkten im Dezernat Jugend und Soziales, die ausschließlich der Buchung von Sozialleistungen dienen.

Unterhalb eines jeden Produktes wurden Sachkonten angelegt, um die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten zu gliedern. Im KIRP sind so rund 28.000 Buchungsstellen aufgebaut worden. Um die Bebuchung für alle praktikabel zu gestalten, wurden sogenannte Kostenstellen angelegt,



die im Hintergrund die Verbuchung der Erträge und Aufwendungen übernehmen. Diese wurden mit Verteilerschlüsseln bestückt, die aus den Mitarbeiter-Zeitanteilen generiert wurden.

RECHNUNGSWESEN/KASSE

Mit der Einführung der Doppik hat sich auch das Kassengeschäft grundlegend geändert. Anstatt von Kassenresten sind zukünftig offene Forderungen zu bearbeiten. Der Ausweis dieser Positionen in der Bilanz erfordert aber eine sehr genaue Unterscheidung nach ihrer Art. Aufgrund des großen Datenbestandes müssen Zuordnungen dieser Art möglichst automatisiert ablaufen. Das Personen-Stammdaten-Management als zentrale Personendatenbank innerhalb des KIRP wurde bereinigt und an die neuen Anforderungen angepasst.

Im Bereich der Stammdaten wurden die Einnahmearten überarbeitet, neu benötigte Forderungs- und Verbindlichkeitenkonten aufgebaut sowie Überleitungstabellen vorbereitet. Letztere bilden die Grundlage für den Übertrag von kameralen Einnahme-/Ausgabe-Kassenresten in die doppische Kasse zu offenen Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Über 100.000 sogenannte offene Posten mussten mit Buchungsstart am 9. Januar 2012 im neuen doppischen System vorhanden sein.

SCHNITTSTELLEN

Ein Großteil der Geschäftsbereiche hat für die Leistungsgewährung, für die Abrechnung von Gebühren und Kostenersätzen usw. sogenannte Vorverfahren im Einsatz. Hierbei handelt es sich um speziell auf die Bedürfnisse der jeweiligen Aufgabengebiete zugeschnittene Softwarelösungen. Sofern das jeweilige Verfahren eine Ausgabeschnittstelle

besitzt und diese Daten auf die Erfordernisse der Finanzsoftware konfiguriert wurden, kann eine automatisierte Verbuchung in KIRP erfolgen. Durch den Wechsel der Kontierung – von Haushaltsstellen auf Produktsachkonten – mussten die einzelnen Schnittstellen so angepasst werden, dass die Verbuchung nach der neuen Systematik gewährleistet werden kann. Für rund 30 Verfahren mussten Besprechungen mit den Softwareherstellern terminiert werden, Lastenhefte und Anforderungsbeschreibungen erstellt, Testläufe absolviert und Softwareabnahmen durchgeführt werden. Von Beginn der Umsetzung dieses Teilprojektes an wurde der Geschäftsbereich luK für die teilweise sehr EDV-lastigen Fragestellungen als Projektpartner beteiligt.

QUALIFIZIERUNG

Die neuen gesetzlichen Grundlagen mussten vor der eigentlichen Umsetzungsphase allen am Projekt Beteiligten vermittelt werden. Dabei ist der Bedarf und Umfang der erforderlichen Kenntnisse sehr unterschiedlich. Aus diesem Grund wurden verschiedene Schulungen und Seminare angeboten, damit sich Kreistag, Führungskräfte und Mitarbeiter ausreichend informieren können.

Am 22. September 2010 fand ein ganztägiges Inhouse-Seminar im Landratsamt statt. Die Dozentin, Jutta Breitenstein (Lehrbeauftragte an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg), erläuterte die "Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Baden-Württemberg" in sehr praxisnaher und kompetenter Weise. Teilnehmer waren die Kämmerei, die Kommunalaufsicht sowie die Rechnungsprüfung.

Speziell für die Führungskräfte – Dezernenten und Geschäftsbereichsleiter – wurde ein weiteres Seminar organisiert. Am 9. Mai 2011 fand vormittags und nachmittags jeweils ein halbtägiges Seminar statt, in welchem in kompakter Form die neuen Regelungen im NKHR vorgestellt wurden. Insgesamt haben 43 Personen daran teilgenommen.

Da beim Ostalbkreis die Anordnungsbuchungen dezentral in den Geschäftsbereichen mit der Software KIRP gebucht werden, war es eine große Herausforderung, alle KIRP-Anwender mit den Informationen zu versorgen, die für die tägliche Arbeit erforderlich sind. Die Kämmerei hat sich entschieden, diese Qualifizierungsmaßnahme selbst durchzuführen, da die Bedürfnisse der KIRP-Anwender bekannt sind und so bei einer Schulung konkrete Praxisfragen beantwortet werden können. Einerseits musste Grundsatzwissen zum NKHR, andererseits die Anwendung der Software im doppischen System vermittelt werden. Im Juni/Juli 2011 wurden rund 120 KIRP-Anwender in sechs Schulungsterminen von den neuen Änderungen im Haushaltsrecht informiert. Bei den Anwenderschulungen im November 2011 haben 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in acht Terminen aus allen Geschäftsbereichen teilgenommen. Für beide Seminare wurden von der Kämmerei "Landratsamtsinterne" Schulungsunterlagen erstellt, die den Mitarbeitern die Möglichkeit geben, wichtige Themen nachzuschlagen. Im Anwenderhandbuch wurde alles wichtige zur Bedienung der KIRP-Software und zu allen Fragen rund um das Thema Buchungen zusammengefasst. Parallel wurden Newsletter erstellt, die in regelmäßigem Abstand im Extranet veröffentlicht wurden. Jeder Mitarbeiter hatte die Möglichkeit, in kurzer und kompakter Form die verschiedenen Aspekte des NKHR



kennenzulernen. Zusätzlich zu den Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der Geschäftsbereiche wurde eine Schulung für den Kreistag als Entscheidungsträger angeboten. Die Grundlagenschulung zum NKHR fand am 14. September 2011 mit 25 Teilnehmern statt. Fachschulungen für die Kämmereimitarbeiter in der KIRP-Software fanden im November bei der KIRU in Ulm statt.

EINBINDUNG DES KREISTAGES

Das Gremium wurde frühzeitig eingebunden. Mit dem Grundsatzbeschluss zur Einführung der Doppik hat sich der Kreistag des Ostalbkreises in seiner Sitzung am 1. März 2011 auch für die Bildung von organisationsorientierten Teilhaushalten entschieden. Zuvor wurde diese Thematik am 8. Februar 2011 im Ausschuss für Bildung und Finanzen vorberaten. Zur Erläuterung der neuen Haushaltsstruktur und der folglich veränderten Darstellung der Haushaltsansätze wurde den Kreisräten eine Informationsveranstaltung angeboten. 50 Kreisräte haben sich am 11. November 2011 unter Leitung von Landrat Klaus Pavel und Kreiskämmerer Karl Kurz die wichtigsten Haushaltspositionen sowie die Gesamtdarstellung des neuen Kreishaushalts aufzeigen lassen. Die Veranstaltung bot gleichzeitig die Möglichkeit, im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen gezielte Fragen aus dem Gremium zu beantworten. Die Schwierigkeit für die Kreisräte bestand darin, dass außer den Vergleichsberechnungen der Kämmerei keine echten Vergleichsdaten aus den Vorjahren bezüglich Planung und Rechnungsergebnis zur Verfügung standen.

PROJEKTUMSETZUNG UND ERFOLGSFAKTOREN

Wichtig war, dass vor dem eigentlichen Projektstart und der "heißen Phase" des Projekts ab dem Frühjahr 2011 viele Vorarbeiten abgearbeitet waren. Dies ist mit Sicherheit auch einer der wichtigsten Faktoren für den Projekterfolg. Von Vorteil für die Umstellung war sicher auch, dass die Finanzsoftware KIRP in der doppischen Version schon Jahre in anderen Bundesländern erfolgreich eingesetzt wurde. Zwar änderten sich die Inhalte, nicht aber die eigentliche Handhabung des Systems.

Das Kern-Projektteam der Kämmerei auf operativer Ebene bestand aus sechs Personen. Auch der Geschäftsbereich Rechnungsprüfung wurde eng in das Projekt eingebunden. Da die Umstellung und die Vorarbeiten frühzeitig begonnen wurden, wurde das Projektteam bei der eigentlichen Umstellung, insbesondere der technischen Umsetzung in KIRP, nicht verstärkt. Dies brachte in der Umstellungsphase für das Team einen erheblichen Mehraufwand mit sich, zumal beim Ostalbkreis zum 1. Januar 2012 auch das Jobcenter integriert werden musste. Das Projektteam war stets motiviert, auch die laufenden Aufgaben parallel zur Doppik-Umstellung bestmöglichst zu erledigen. Das Projekt "Doppik" ist aber noch nicht abgeschlossen. Das Tagesgeschäft läuft weitgehend problemlos ab, doch sind verschiedene Anpassungsarbeiten in allen Teilprojekten noch zu erledigen. Die Aufstellung der Eröffnungsbilanz wird der Schwerpunkt der Arbeiten im Jahr 2012 sein.

RECHNUNGSPRÜFUNG ÖRTLICHE PRÜFUNG

Die Rechnungsprüfung ist für die interne Finanzkontrolle in der Kreisverwaltung zuständig. Das Aufgabengebiet ist sehr vielseitig und spiegelt den Kreishaushalt einschließlich der Eigenbetriebe wider. Auch in den Jahren 2010 und 2011 hat

der Geschäftsbereich Rechnungsprüfung des Ostalbkreises die Jahresrechnung des Landkreises, die Jahresabschlüsse der Krankenhaus-Eigenbetriebe, der Hospitalstiftung zum Hl. Geist in Ellwangen sowie des Waldkrankenhauses Rainau-Dalkingen vor der Feststellung durch den Kreistag sachlich, rechnerisch und förmlich überprüft. Weitere Tätigkeiten waren die regelmäßigen Kassenprüfungen bei der Kreiskasse, den Sonderkassen sowie zahlreichen Zahlstellen und Handvorschuss-Kassen. Dem Geschäftsbereich obliegen außerdem die Prüfung des Nachweises der Vermögensbestände und Vorräte des Landkreises und seiner Eigenbetriebe sowie die Prüfung laufender Kassenvorgänge.

BETÄTIGUNGSPRÜFUNG

In seiner Sitzung am 8. November 2011 hat der Kreistag dem Geschäftsbereich Rechnungsprüfung ab 1. Januar 2012 nunmehr auch die Prüfung der Betätigung des Ostalbkreises bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Ostalbkreis beteiligt ist, als weitere Aufgabe übertragen. Die Unternehmen und Einrichtungen selbst sind nicht unmittelbar Gegenstand dieser so genannten Betätigungsprüfung. Deren Wirtschaftsführung wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft. Mit der Betätigungsprüfung wird vielmehr die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten des Landkreises als kommunaler Gesellschafter in den Beteiligungsunternehmen sichergestellt (z.B. Ausgestaltung von Gesellschaftsverträgen, Sicherung und Nutzung von Einflussmöglichkeiten). Sie erstreckt sich in erster Linie auf eine Kontrolle der ordnungsgemäßen Durchführung der Steuerungs- und Überwachungsaufgaben der Beteiligungsverwaltung des Landkreises.



SCHWERPUNKTPRÜFUNG IN DEN JAHREN 2010 - 2011

Zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung werden während des gesamten Jahres die Vorgänge der Verwaltung begleitend und nachgehend geprüft. Die verschiedenen Abteilungen des Geschäftsbereichs Rechnungsprüfung (Allgemeine Finanz-, Krankenhaus-, Personal-, Sozial- und Jugendhilfe-, Bau- und Überörtliche Prüfung) bilden bei der Auswahl der Prüfungsgebiete wechselnde Schwerpunkte. So wurden in den Jahren 2010 und 2011 unter anderem folgende Prüfungen durchgeführt:

- Schuldnerberatung: Abrechnung der Fallpauschalen mit dem Regierungspräsidium Stuttgart
- Forderungseinzug und Verbuchung nach Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
- Prüfung der Leistungen nach §§ 22 und 23 Abs. 3 SGB II

- Prüfung der Kostenerstattungsfälle bei Übergabe aus dem Leistungsbezug SGB II in den Leistungsbezug SGB XII
- Einzelfallprüfungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, insbesondere Kostenerstattung, Heranziehung zu den Kosten und Verfolgung von Kostenbeiträgen
- Verwendungsnachweise
- Stellenbewertung im Landratsamt Ostalbkreis und den Klinik-Eigenbetrieben
- Chefarzt- und Poolabrechnungen
- Vergaben
- Architekten- und Ingenieurverträge
- Prüfung von Straßenbaumaßnahmen
- Prüfung von Schlussabrechnungen von Investitionsmaßnahmen der Klinik-Eigenbetriebe und der allgemeinen Verwaltung

Neben der Prüfung abgeschlossener Vorgänge ist die begleitende Prüfung ein weiteres Tätigkeitsfeld des Geschäftsbereichs Rechnungsprüfung. Dies umfasst in hohem Maße die Beratung der Fachbereiche und Klinik-Eigenbetriebe bei schwierigen und komplexen Fragestellungen.

Die Rechnungsprüfung hat außerdem mitgewirkt bei der Umwandlung zur Optionskommune und der Einführung der kommunalen Doppik in der Landkreisverwaltung.

ÜBERÖRTLICHE PRÜFUNG

Daneben ist der Geschäftsbereich auch zuständig für die überörtliche Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der 23 Gemeinden des Ostalbkreises unter 4.000 Einwohnern, von vier Verwaltungsund Zweckverbänden, einer Stiftung sowie von zahlreichen Wasser- und Bodenverbänden.

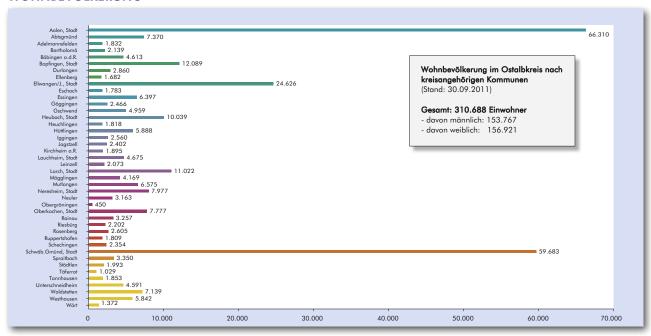
Wirtschafts- und EU-Strukturförderung



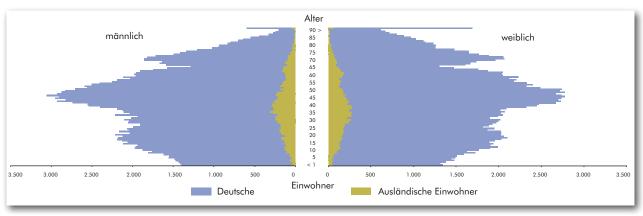
35

ZAHLEN - DATEN - FAKTEN

WOHNBEVÖLKERUNG



ALTERSAUFBAU DER BEVÖLKERUNG (STAND: 31.12.2010)

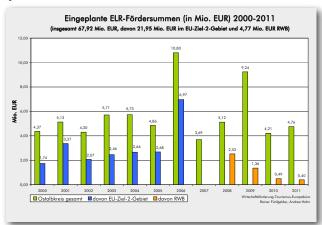


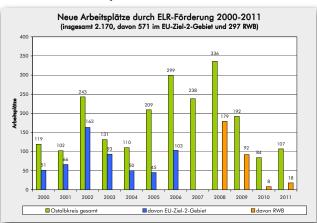
GEWERBE UND INDUSTRIE

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stand: 30.06.2010)	104.093
• davon in der Land- und Forstwirtschaft	0,4 9
• im Produzierenden Gewerbe	48,99
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	16,7 9
sonstige Dienstleistungen	34,0 9
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe pro 1.000 Einwohner	163
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich pro 1.000 Einwohner	169
Betriebe (Stand: 01.01.2011)	
Handels- und Genossenschaftsregister sowie Kleingewerbe	19.903
Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Betriebe	3.873
Wirtschaftskraft	
Steuerkraftsumme 2011 je Einwohner	928
Bruttowertschöpfung 2009 je Erwerbstätiger	54.746
Ungebundene Kaufkraft 2009 je Einwohner	15.110



ERSTRANGIG BEI DER ELR-FÖRDERUNG (ENTWICKLUNGSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM)





Durch Anfragen von Unternehmen, Privatpersonen und Kommunen bei der Wirtschaftsförderung des Ostalbkreises wird deutlich, dass das Interesse am ELR nach wie vor ungebrochen ist. Mit den Förderschwerpunkten

- Arbeiten,
- Grundversorgung,
- Gemeinschaftseinrichtungen und
- Wohner

werden durch das ELR zentrale Aufgabenfelder staatlicher Struktur- und gemeindlicher Entwicklungspolitik gefördert. Damit wird den Gemeinden die Möglichkeit geboten, Strukturentwicklung aus einem Guss zu betreiben. Besondere Förderschwerpunkte werden im gewerblichen Bereich derzeit bei Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt. Bei privaten Wohnen-Projekten wird vorrangig die Umnutzung von Gebäuden zu Wohnzwecken unterstützt. Beispielsweise können so leerstehende landwirtschaftliche Gebäude in den Ortskernen wieder mit Leben erfüllt werden. Gleichzeitig wird weiterer Flächenverbrauch "auf der grünen Wiese" vermieden. Den Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskomponenten der einzelnen Projekte wird dabei jetzt noch mehr Bedeutung zugemessen als dies bisher schon der Fall war.

Nach dem ELR-Rekordjahr 2009 mit einer zusätzlichen Sonderausschreibung wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Programmjahre 2010 und 2011 wieder auf dem gewohnt hohen Niveau eingependelt. Die sehr gute Förderbilanz für den Ostalbkreis im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum 2010 mit 4,21 Mio. EUR eingeplanter Fördermittel konnte im Programmjahr 2011 sogar auf 4,76 Mio. EUR gesteigert werden. Der Ostalbkreis lag damit im landesweiten Ranking der ELR-Förderung 2011 mit deutlichem Abstand an erster Stelle. Insgesamt 110 Förderanträge wurden 2010 und 132 Anträge 2011 über die Wirtschaftsförderung im Landratsamt an das Regierungspräsidium Stuttgart weitergeleitet. Dies entspricht einer Antragssteigerung um rund 16%. Bei Umsetzung aller eingeplanten Maßnahmen können insgesamt über 190 neue Arbeitsplätze entstehen. Insgesamt flossen in den Jahren 2000 bis 2011 rund 68 Mio. EUR in den Ostalbkreis und lösten ein Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 567 Mio. EUR aus. Über 2.100 Arbeitsplätze und 350 Ausbildungsplätze konnten so durch die Unterstützung aus dem ELR als bedeutendstes Konjunkturprogramm für kleine und mittlere Betriebe im ländlichen Raum geschaffen werden.

Über die EU-Strukturförderung im Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" (RWB) besteht die Möglichkeit, einzelbetriebliche Förderungen von kleinen und mittleren Unternehmen aus dem ELR mit EU-Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) kozufinanzieren. Voraussetzung dafür ist, dass es sich um innovative und umweltorientierte Investitionen von Firmen handelt, die die Entwicklungsstrategien der Europäischen Union unterstützen. Seit 2008 die aktive Förderphase begann, konnten bislang Zuschüsse in Höhe von rund 4,8 Mio. EUR für RWB-Projekte von Firmen in den Ostalbkreis fließen. Der Zuschuss setzt sich je zur Hälfte aus EU- und Landesmitteln zusammen.

Darüber hinaus greift die EU-Strukturförderung auch bei sogenannten EU-Leuchtturmprojekten (EULE) und in der Clusterförderung. Mit Unterstützung von Land und EU gibt es im Ostalbkreis zwei Leuchttürme in Aalen und Schwäbisch Gmünd. In einem zweistufigen Wettbewerbsverfahren des Landes wurden beide Anträge aus dem Ostalbkreis zu Modellprojekten gekürt. Die Bekanntgabe der Gewinner erfolgte am 18. Mai 2010 im Rahmen der Messe "Zukunft Kommune" in Stuttgart. Von den ursprünglich 22 eingereichten Grobkonzeptionen erreich-

Wirtschafts- und EU-Strukturförderung



ten 13 die zweite Wettbewerbsstufe. Letztlich wurden landesweit neun Projekte ausgewählt. Für die Projekte in Aalen und Schwäbisch Gmünd stehen nun Fördermittel des Landes und der EU bereit. Ziel des geplanten "Innovationszentrum an der Hochschule Aalen" ist die Einrichtung eines "Inkubators" für StartUps auf dem Campus, um Unternehmensgründungen und Unternehmensexpansionen häufiger, schneller, sicherer und dauerhafter zu machen. Nach erfolgreicher Startphase sollen die Unternehmen in der Region angesiedelt werden. Projektträger ist der Kommunalverbund Aalen-Abtsamünd-Essingen-Oberkochen. Das "Forschungs- und Qualifizierungszentrum für den Nachwuchs" in Schwäbisch Gmünd, bei dem ebenfalls mehrere Kommunen kooperieren, will mit differenzierten und auf den regionalen Bedarf abgestimmten Angeboten dem Fachkräftemangel wirksam und dauerhaft begegnen. Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sollen durch frühestmögliche Grundlagen- und Nachwuchsqualifizierung verbessert werden. Die Wirtschaftsförderung des Ostalbkreises war bei beiden Kommunalverbünden in die Planung und Ausarbeitung der Wettbewerbskonzeptionen eingebunden. EU und Land unterstützen die Modellvorhaben aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Unter Federführung der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WiRO wurde in enger Abstimmung mit den Wirtschaftsförderern und Forstexperten des Ostalbkreises sowie der Landkreise Heidenheim und Schwäbisch Hall außerdem ein erfolgreicher Förderantrag im Landescluster Forst und Holz gestellt. Mit EU-Mitteln werden nun die regionalen Potenziale entlang der Wertschöpfungskette untersucht

und Handlungsempfehlungen abgeleitet, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken. LEADER-AKTIONSGRUPPE **BRENZREGION** Ostalbkreis Börslinger Horf Setzinger Alb-Donau-Kreis

Die Gebietskulisse der LAG-Brenzregion 2007-2013

LEADER ist die Abkürzung für "Liason entre actions de developement de l'economie rurale", was soviel bedeutet wie "Verbindung von Handlungen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft". An diesem europäischen Förderprogramm, das in der aktuellen Förderperiode 2007-2013 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) und vom Land Baden-Württemberg kofinanziert wird, ist der Ostalbkreis mit Teilbereichen bereits zum zweiten Mal in der Förderkulisse Brenzregion zusammen mit dem Alb-Donau-Kreis und dem Landkreis Heidenheim vertreten. 13 Kommunen und rund 75.000 Einwohner

aus dem Ostalbkreis gehören zur Kulisse. Thematisch widmet sich die Brenzregion folgenden vier Themenbereichen:

- Stärkung des sanften Tourimus
- Förderung der Vermarktung regionaler Produkte
- Erhalt des natürlichen Erbes und
- Verbesserung der Lebensqualität

Im Rahmen von LEADER stehen dem Land für die Förderperiode 2007-2013 EU-Mittel in Höhe von rund 30 Mio. EUR zur Verfügung. Die eingesetzten EU-Mittel müssen im Rahmen der nationalen Kofi-

standort: ostalbkreis

Wirtschafts- und EU-Strukturförderung

nanzierung von Mitteln des Landes und der Kommunen oder privater Investoren aufgebracht werden. Seitens des Landes werden dafür insbesondere Fördermittel aus dem "Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum" (ELR) bereitgestellt. Daneben können auch Projekte im Rahmen der Landschaftspflegerichtlinie gefördert werden.

Seit 2011 stehen den insgesamt acht LEADER-Kulissen in Baden-Württemberg die Mittel aus der zweiten Tranche der Förderperiode zur Verfügung. Kurzfristig hat das Land 2011 auch die Möglichkeit eröffnet, Projekte in bestimmten Themenbereichen (Flächenmanagement, Radwegverbindungen, Barrierefreiheit, Kultur und Gesundheitsprävention) im Rahmen des sogenannten ILAG-Sonderprogramms mit einem erhöhten Fördersatz zu unterstützen. Durch den positiven Beschluss der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) konnten im Ostalbkreis in den Jahren 2010 und 2011 zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht und zum Teil bereits umgesetzt werden. Dazu gehören beispielsweise folgende Maßnahmen:



Das mit 750.000 Euro LEADER-Mitteln geförderte Limestor Dalkingen

aus kultureller, touristischer und auch aus fördertechnischer Sicht ein besonderes Highlight dar.

Insgesamt konnten seit Beginn der Förderperiode im Jahr 2008 LEADER-Fördermittel der EU und des Landes in Höhe von 2,12 Mio. EUR für die Projekte im Ostalbkreis eingeplant werden. Die Mittelbindung in der gesamten Brenzregion verläuft sehr gut. Mit den zusätzlichen Mitteln aus dem ILAG-Sonderprogramm stehen der Brenzregion insgesamt 6,75 Mio. EUR der Europäischen Union

BREITBAND

Ende 2009 hat die Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro der Landkreisverwaltung eine koordinierende Funktion bei der Verbesserung der Breitbandinfrastruktur übernommen. 28 Kommunen haben sich damals einer kreisübergreifenden Breitbandkonzeption angeschlossen, die vom Landkreis und dem Planungsbüro Geo Data GmbH erarbeitet wurde. Im Zuge der Umsetzung wurden die dringlichsten Erschließungsmaßnahmen geplant und Fördermittel über die Sonderlinie "Breitband" des Landes Baden-Württemberg beantragt. Insgesamt wurden bislang für 19 der beteiligten Kommunen 29 Förderanträge gestellt, bei denen es sowohl um Leerrohrverlegungen und Mitverlegungen als auch um Zuschüsse an Netzbetreiber oder modellhafte Vorhaben ging. So konnten Ausbaumaßnahmen angestoßen werden, deren Gesamtinvestitionskosten bei 3,4 Mio. Euro liegen. Das bislang bewilligte Fördervolumen beläuft sich auf rund 1,7 Mio. Euro. Ca. 60km Leerrohre wurden und werden durch diese Projekte verlegt, zum Teil bereits mit eingezogener Glasfaser. Ferner waren bei einem Wettbewerb des Bundes zum Breitbandausbau die Gemeinden

- Erlebniswelt "Aalenium" im Besucherbergwerk Tiefer Stollen, Stadt Aalen
- Musikprojekt "Bandsland", Stadt Bopfingen
- · Freilichtmuseum "Kelten am Ipf", Stadt Bopfingen
- Marketingmaßnahmen für den Limes-Park Rainau, Gemeinde Rainau
- Radwegprojekte in Bartholomä, Jagstzell, Lauchheim und Unterschneidheim
- Maßnahmen zur Barrierefreiheit, Gemeinde Bartholomä
- Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, Stadt Neresheim
- Museumserweiterung und Schaffung eines Kulturhofs auf dem Amalienhof, Gemeinde Bartholomä
- Neubau von Ferienwohnungen und Erweiterung eines Landhotels

Außerdem konnte am 24. Juli 2010 das Schutzhaus für das Limestor in Rainau-Dalkingen eingeweiht werden. Das Schutzhaus stellt sowohl zur Verfügung. Rund 5 Mio. EUR sind bereits in Projekten gebunden. Die aktuelle Förderperiode läuft noch bis Ende 2013.

Wirtschafts- und EU-Strukturförderung



Böbingen und Riesbürg erfolgreich. Jedoch stehen viele Kommunen trotz vorbildlicher Planung und des finanziellen Engagements vor dem Problem, keinen Netzbetreiber für die Infrastruktur zu finden. Diesem Problem soll durch eine fortgesetzte und noch intensivere interkommunale Zusammenarbeit im Ostalb-

kreis begegnet werden. Die Idee eines gemeinsamen flächendeckenden Vorgehens aller Kommunen hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei seinem Besuch im Ostalbkreis im Juni 2011 sehr begrüßt. Ziel ist der Auf- und Ausbau von zukunftsfähigen landkreisweiten und interkommunalen Hochgeschwin-

digkeitsnetzen. Neben der individuellen Beratung hat die Wirtschaftsförderung des Ostalbkreises zu dem Thema verschiedene Informationsveranstaltungen für alle Kommunen durchgeführt, so am 29. Oktober 2010, am 16. Mai 2011 und in der Bürgermeisterdienstversammlung am 28. November 2011.

EUROPAINFORMATIONSZENTRUM EUROPOINT OSTALB



Seit Anfang 2009 gibt es im Ostalbkreis das Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb, das zum Europe Direct-Netzwerk der Europäischen Kommission gehört und damit zu den wichtigsten Instrumenten der EU-Kommission, über das sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Informationen bieten und den Europäischen Organen Rückmeldungen geben kann. Der EUROPoint Ostalb ist eines von insgesamt sieben Zentren in Baden-Württemberg und schließt damit insbesondere auch eine Angebotslücke im ländlichen Raum. Bundesweit besteht das Netzwerk aus 58, europaweit aus rund 500 Zentren.

Um möglichst viel Publikum zu erreichen, wurde der Präsentationsbereich des EUROPoint Ostalb mit Broschürenauslage, Posteraushang, öffentlichem Internetzugang zu den Europaseiten und einer Informationswand im Erdgeschoss des Landratsamts in Aalen barrierefrei eingerichtet. Seit September 2011 ist der EUROPoint Ostalb zudem in Facebook präsent. Darüber hinaus steht das Team des EUROPoint in den Räumen der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro als Ansprechpartner für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Auf der Homepage des EUROPoint Ostalb unter www.europoint-ostalb. de sind Informationen zur Arbeit des Netzwerks, Hinweise zu Veranstaltungen und europäischen Wettbewerben, interessante Links und Kontakte sowie aktuelle politische Entwicklungen der EU abrufbar.

Im Sommer 2010 hat der EUROPoint Ostalb eine breit angelegte Informationskampagne an allen Schulen der Region Ostwürttemberg (ca. 200) gestartet. Mit Anschreiben an die Schulleitungen und Lehrer sowie einer Auswahl von Broschüren und Postern zu europäischen Themen wurde intensiv auf die Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten des EUROPoint für den Unterricht hingewiesen. Das Angebot des EUROPoint wird von den Schulen sehr gut nachgefragt.

Seit der EUROPoint Ostalb seine Arbeit aufgenommen hat sind viele Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt, Presseberichte veröffentlicht und zahlreiche Bürgeranfragen beantwortet worden. Dabei kooperiert der EUROPoint - je nach Thema - auch mit unterschiedlichen Veranstaltungspartnern. In den Jahren 2010 und 2011 sind von den über 25 Veranstaltungen die nachfolgenden besonders hervorzuheben:

AUSBILDUNGSPLATZ- UND STUDIENMESSE 2010

Am Samstag, 13. März 2010 fand die Ausbildungsplatz- und Studienmesse Aalen in den Räumen des Landratsamts Ostalbkreis und der Agentur für Arbeit statt, an der sich auch der EUROPoint Ostalb durch die Verankerung im Ostalbkreishaus beteiligt hat. Der Informationsbereich mit Broschürenauslage und öffentlichem Internetzugang konnte so bei der Messe einer breiten Öffentlichkeit (ca. 5.000 Messebesucher) präsentiert werden. Hierbei bestand die Möglichkeit, viele persönliche Gespräche zu führen, in denen zum einen das Europe Direct-Netzwerk mit seinen Angeboten erläutert werden konnte. Zum anderen konnten aktuelle Informationsmaterialien zum Vertrag von Lissabon sowie zu Fördermöglichkeiten für Schüler und Studierende und allgemein Wissenswertes zu Europa breit gestreut werden. Die Veranstaltung war ein wichtiger Impuls für die wachsende Bekanntheit des EUROPoint in der Region.

EUROPÄISCHER SCHÜLERWETTBEWERB

In der Turnhalle in Wört fand am 3. Mai 2010 die Preisverleihung zum 57. Europäischen Wettbewerb statt, der unter dem Motto des Europäischen Jahres 2010 "Gegen Armut und soziale Ausgrenzung" stand. Die Veranstaltung wurde



vom EUROPoint mitkoordiniert und durch einen Informationsstand begleitet, der im Anschluss an die Veranstaltung sehr stark von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Lehrern frequentiert war. Bei der Veranstaltung wurde zunächst im Freien unter großer Beteiligung der Kinder der Grundschule Wört und der Konrad-Biesalski-Schule (Ganztagesschule für Kinder und Jugendliche mit Köperbehinderungen) durch Landrat Pavel und dem Bürgermeister von Wört ein Europabaum gepflanzt. Dies wurde umrahmt von Liedvorträgen und Ansprachen. Die Preisverleihung in der Halle wurde ebenfalls von den Schulen mitgestaltet und mit speziellen Liedvorträgen zu Europa bereichert.



Die Kinder aus Wört mit Landrat Klaus Pavel und Bürgermeister Thomas Saur beim pflanzen des Europabaumes

SCHULPROJEKTTAG

Am 10. Mai 2010 hat sich der EUROPoint Ostalb am Schulprojekttag an der Kaufmännischen und Technischen Schule am Kreisberufsschulzentrum in Aalen beteiligt. Der EUROPoint war dabei mit seinem Informationsstand in einen Lernzirkel zu verschiedenen europäischen Themen eingebunden, den die Schüler durchlaufen mussten. Themen waren z.B. "Die Institutionen der EU", "Sprachen", "Arbeiten in Europa", "Der Europaauschuss des Bundestages" etc. Eine Station war auch einer Partnerschule im Elsass gewidmet. Der Lernzirkel wurde über vier Schulstunden verteilt von insgesamt 16 Klassen durchlaufen.

BEGEGNUNGEN AUF SCHLOSS KAPFENBURG

Am 28. November 2010 präsentierte sich der EUROPoint Ostalb im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Begegnungen" auf Schloss Kapfenburg zur Verleihung des Trude-Eipperle-Rieger-Preises. Hauptredner war EU-Energiekommissar Günther H. Oettinger.



EU-Energiekommissar Günther H. Oettinger im Gespräch mit Landrat Klaus Pavel und der Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn

EUROPÄISCHER WEIH-NACHTSBAUM



Die Kinder und Betreuerinnen des Kindergarten Hokuspokus mit dem Team des EUROPoint Ostalb am geschmückten Weihnachtsbaum

Der EUROPoint Ostalb hat Kindergärten angeboten, den Weihnachtsbaum am Europainformationszentrum europäisch zu schmücken. Die Kinder des Kindergartens St. Nikolaus in Aalen machten sich 2010 fleißig an die Arbeit. Es entstanden goldene Europasterne, die mit unterschiedlichen Länderflaggen bemalt wurden. Mit großem Eifer waren die Kinder mit ihren Betreuerinnen im Landratsamt, um den Baum zu schmücken und noch ein gemeinsames Weihnachtslied zu singen. Als Belohnung gab es Lebkuchen und

Kinderpunsch, Kinderbroschüren des EUROPoint Ostalb und einen Spiele-Gutschein für den Kindergarten. 2011 wurde der Baum vom Kindergarten Hokuspokus in Aalen-Wasseralfingen festlich geschmückt.

VERBRAUCHERMESSE KONTAKTA 2011

Der EUROPoint Ostalb hat sich mit einem Informations- und Aktionsstand an der Verbrauchermesse KONTAKTA vom 2. bis 6. Februar 2011 in Aalen beteiligt, die von rund 30.000 Menschen aus der gesamten Region besucht wurde. Dadurch bestand die Möglichkeit, das Europe Direct Netzwerk noch bekannter zu machen und viele persönliche Gespräche mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu führen. Mit einer Europa-Meinungsumfrage einschließlich Gewinnspiel sowie dem Europa-Quizrad wurden verschiedene Mitmachaktionen angeboten, die von zahlreichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen genutzt wurden.



Gut besucht war der Stand des EUROPoint Ostalb auf der Kontakta

EU-NOTRUFTAG 2011

Am EU Notruftag (11. Februar 2011) veranstaltete der EUROPoint Ostalb zum 20-jährigen Jubiläum der EU-Notrufnummer gemeinsam mit der Verkehrswacht der Polizeidirektion Aalen, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e. V. einen EU-Notruftag am Kreisberufsschulzentrum in Ellwangen. Am Beruflichen Schulzentrum in Aalen wurde

Wirtschafts- und EU-Strukturförderung



dieser Tag am 21. Februar 2011 und in Schwäbisch Gmünd am 7. April 2011 durchgeführt. Die einzelnen Klassen wurden jeweils für eine Stunde vom Unterricht freigestellt, um die verschiedenen Stationen durchlaufen zu können. Neben einem EU-Notrufquiz, speziellen Infos zum EU-Notruf und allgemeinen Informationen des EUROPoint Ostalb gab es einen Fahrsimulator, einen Rauschbrillen-Parcours, einen Defibrillator-Kurs und Informationen zum Straßenverkehr durch die Polizei.

Im Nachgang zum EU-Notrufquiz erfolgte die Preisverleihung an die Gewinner am 9. Mai 2011 im Landratsamt in Aalen. Mit dabei waren neben der Leiterin des EUROPoint Ostalb, Landrat Klaus Pavel, ein Vertreter der Kreissparkasse Ostalb als Sponsor des Hauptgewinns sowie ein Vertreter der Verkehrswacht als Sponsor des zweiten Preises.

BÜRGERFORUM "WIE SOLIDARISCH SOLL DIE EU SEIN?"

Am 17. Februar 2011 fand im Landratsamt in Aalen das Bürgerforum der EU-Kommission "Wie solidarisch soll die EU sein?" statt. Der EUROPoint Ostalb hatte dabei in der Organisation und Durchführung des Abends mitgewirkt und im Vorfeld ein Presseinterview zum Bürgerforum sowie zu den Ergebnissen der "Meinungsumfrage Europa" auf der KONTAKTA gegeben. Beim Bürgerforum stellten sich die Europaabgeordneten Dr. Ingeborg Gräßle, Heide Rühle und Holger Krahmer, der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich sowie der Leiter der Regionalvertretung der EU-Kommission in München, Dr. Henning Arp der Diskussion mit dem Publikum. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Radio 7-Redakteur Rainer Pompe.

WORKSHOPS FÜR AUSZUBILDENDE UND STUDIERENDE

Am 29. März 2011 wurde ein Europa-Azubiworkshop für 20 Auszubildende der Landkreisverwaltung durchgeführt. Dieser wurde vom EUROPoint vorbereitet und koordiniert und von zwei Teamern des Europa Juniorteams der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt.

INFORMATIONSVERANSTALTUNG "DIE ZUKUNFT DER EU-STRUKTURFÖRDERUNG NACH 2013" UND AUSSTELLUNG ÜBER EU-LEUCHTTURMPROJEKTE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Am 8. April 2011 wurde am Landesgymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd die Veranstaltung "Zukunft der EU-Strukturförderung nach 2013" durchgeführt. In der Veranstaltung ging es darum, die verschiedensten Europa-Akteure in der Region für die künftige Ausgestaltung der EU-Strukturförderung nach 2013 zu sensibilisieren und frühzeitig in den Diskussionsprozess einzubeziehen. Dabei wurde besonders die EU-2020-Strategie thematisiert. Zielgruppe waren Vertreter von Kommunen, Hochschulen, Wirtschaftsverbänden, Regionalverband, Agentur für Arbeit und politische Vertreter. Für den Input und die Diskussionsgrundlage sorgten Redebeiträge von Dr. Ingeborg Gräßle (MdEP), Eva Lieber (EU-Kommission GD Regio), Hartmut Alker (Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg), Florian Domansky (Europabüro der baden-württembergischen Kommunen) sowie von Landrat Klaus Pavel. Außerdem wurden von Erster Bürgermeisterin Jutta Heim-Wenzler (Stadt Aalen) und von Erstem Bürgermeister Dr. Joachim Bläse (Stadt Schwäbisch Gmünd) die beiden EU-Leuchtturmprojekte im Ostalbkreis vorgestellt. Die Veranstaltung bildete gleichzeitig den Auftakt für eine Ausstellung des Landes Baden-Württemberg zu geförderten EU-Leuchtturmprojekten. Die Ausstellung wurde im Anschluss an die Veranstaltung noch vom 11. bis 21. April 2011 im Landratsamt in Schwäbisch Gmünd präsentiert.

Die Vertreterin der EU-Kommission, Eva Lieber, nahm nach der Veranstaltung noch die Gelegenheit wahr, EU-geförderte Firmenprojekte im Ostalbkreis zu besichtigen.



v.l.: Hartmut Alker, Eva Lieber, Landrat Klaus Pavel und Florian Domansky



Besuch bei der Firma Heinzmann GmbH in Schwäbisch Gmünd-Degenfeld

PECHA KUCHA NIGHT "EUROPA"

Am 27. Mai 2011 führte der EURO-Point Ostalb gemeinsam mit dem Pecha Kucha Team Aalen eine Pecha Kucha Night zum Thema Europa durch. "Pecha Kucha" ist japanisch und steht für wirres Geplauder oder Stimmengewirr. Mittlerweile handelt es sich bei Pecha Kucha um einen weltumspannenden Trend mit Kultstatus, der vor allem in englischsprachigen Ländern aber auch im Ursprungsland Japan viele Anhän-



ger der Vortrags- und Redekunst hat. Es geht darum, Powerpoint-Vorträge in einem genau vorgegebenen Zeitfenster zu präsentieren. Ein Vortrag muss genau 20 Folien umfassen, die jeweils nach 20 Sekunden automatisch wechseln. Die Dauer eines Vortrags beträgt somit genau 6 Minuten und 40 Sekunden. Jeder Redner muss sich exakt an die Vorgaben halten. Damit wird es möglich, an einem Abend bis zu 12 kurzweilige Vorträge zu präsentieren, ohne das Publikum mit langatmigen Vorstellungen zu erschlagen. Gleichzeitig nimmt das Publikum viel mehr Informationen im Gedächtnis mit, da sich ieder Vortrag auf die absolut wesentlichen Kernaussagen beschränkt und häufig mit Bildern und Stichworten auf den Folien gearbeitet wird. In der Zeit nach den Vorträgen besteht dann Gelegenheit zu vertiefenden Gesprächen.

Der EUROPoint Ostalb hat eine solche Pecha Kucha Night zum Thema Europa veranstaltet. Dabei wurde mit zehn Vorträgen eine breite Themenpalette von EU-geförderten Projekten über ERASMUS bis hin zur europäischen Verkehrssicherheit präsentiert. Der Schülerchor der Waldorf-Schule Aalen gestaltete mit verschiedenen europäischen Liedern einen stimmungsvollen Auftakt. In der Pause sorgten die Europa-Miniköche für kulinarische Highlights und die Multi-Culture-Band der Schillerschule Aalen für den richtigen Beat. Für die Präsentatoren gab es als kleine Anerkennung EU-Brezeln und eine Europa-Tasse. Moderiert wurde die Veranstaltung von Thomas Maile, Gerburg Maria Müller und der Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn. Die Veranstaltung war in "Tag/Nacht der offenen Tür der Hochschule Aalen" eingebunden. In die abschließende Lasershow wurden Europa-Elemente eingebaut.

VERANSTALTUNG "DIE SCHULDENKRISE ALS BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DEN EURO"

Am 31. Oktober 2011 veranstaltete der EUROPoint Ostalb im Congress-Centrum Stadtgarten in Schwäbisch Gmünd einen Themenabend zum Euro. Unter dem Motto "Die Schuldenkrise als Bewährungsprobe für den Euro - ist der Euro noch zu retten?" referierte Herr Dr. h. c. Rudolf Böhmler (Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank) vor rund 300 interessierten Besuchern. In die anschließende Podiumsdiskussion brachte sich das Publikum mit verschiedenen Fragen ein. An der Diskussion beteiligt waren die beiden Europaabgeordneten Dr. Ingeborg Gräßle und Heide Rühle, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, Dr. h. c. Rudolf Böhmler sowie der Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Ostalb, Carl Trinkl. Moderiert wurde die Diskussion vom Mediendirektor der Schwäbische Zeitung GmbH & Co. KG, Joachim Umbach. Zum Ausklang der Veranstaltung wurde bei einem kleinen Imbiss von vielen Besuchern noch die Möglichkeit zu vertiefenden Gesprächen genutzt.



v.l.: Dr. h. c. Rudolf Böhmler, Claus Schmiedel MdL, Joachim Umbach, Dr. Ingeborg Gräßle, Heide Rühle, Carl Trinkl

EUROPEAN CHRISTMAS TREE DECORATION EXCHANGE

Auf Initiative des EUROPoint Ostalb beteiligten sich 2010 und 2011 jeweils zwei Schulen aus der Region Ostwürttemberg an der europaweiten Aktion "Christmas tree decoration exchange". Die Gesamtkoordination liegt bei einem Europe direct Zentrum in Großbritannien. Hinter der Aktion steckt die Idee, dass Schulklassen typische Weihnachtsbräuche und entsprechende Informationen ihres Landes bzw. ihrer Region in Paketen zusammenstellen und diese mit Schulen in anderen europäischen Ländern austauschen. In Europa beteiligen sich jedes Jahr insgesamt rund 160 Schulen an dieser Aktion. Jede Klasse stellt Pakete zusammen, die z. B. Weihnachtsschmuck, Lieder, Geschichten, Gebäck oder auch einen kurzen Film auf DVD enthalten, und verschickt diese Pakete an die anderen Schulen in der Austausch-Gruppe. Durch das Projekt lernen die Schüler auf kreative Weise und mit Spaß und Spannung etwas über andere europäische Länder, entwickeln Interesse und Verständnis für die eigene Kultur und die der Menschen in anderen Ländern und werden sich darüber bewusst, was es heißt, zu einem gemeinsamen Europa zu gehören. Im Idealfall bleibt die Verbindung zwischen den Schulen auch über den Austausch hinaus bestehen und es entwickeln sich weitere gemeinsame Projekte. Da der EUROPoint Ostalb als Koordinator innerhalb der Region Ostwürttemberg fungiert hat, hat das Informationszentrum ebenfalls Pakete der Schulen erhalten. Um die Menschen in der Region an den kreativen Ideen der Schüler aus ganz Europa teilhaben zu lassen, wurden in einer Art Adventskalender Fotos zum Inhalt der Pakete auf der Website und dem Facebook-Profil des EUROPoint eingestellt. Ferner wurden die Exponate im Landratsamt in Aalen ausgestellt.

Wirtschafts- und EU-Strukturförderung



KLIMAFORUM OSTALB

Die vom EUROPoint Ostalb gemeinsam mit dem EU-geförderten Energieberatungszentrum Energiekompetenz Ostalb e. V. initiierte Veranstaltungsreihe "Klimaforum" hat sich mittlerweile sehr gut etabliert. Am 9. Dezember 2011 fand daher vor rund 170 interessierten Besuchern das mittlerweile 3. Klimaforum Ostalb im Landratsamt in Aalen statt. Hauptredner des Abends war der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Franz Untersteller, zum Thema "Die Energiewende in Baden-Württemberg als Baustein europäischer Klimaschutzpolitik". Neben den Klima- und Energiezielen auf EU-, Bundes- und Landesebene wurden bei der Veranstaltung insbesondere auch die Ziele und Möglichkeiten auf Kreisebene erörtert. Landrat Klaus Pavel stellte daher die "Energieoffensive Ostalb" vor. Neben den beiden Rednern waren in einer anschließenden Podiumsdiskussion auch Dr. Nina Scheer und Wolfgang Helmle (Architekt und Gewinner des Energy-Award 2011) vertreten. Dr. Scheer stellte dabei das Projekt "Energieallee A 7" vor.



Podiumsdiskussion beim 3. Klimaforum Ostalb, v.l.: Wolfgang Helmle, Dr. Nina Scheer, Moderator Martin Unfried, Minister Franz Untersteller, Landrat Klaus Pavel

Auch das 2. Klimaforum Ostalb am 9. Dezember 2010 war mit hochkarätigen Referenten und Podiumsteilnehmern besetzt. Nach einem Auftakt von Landrat Klaus Pavel zu den Weichenstellungen für einen nachhaltigen Klimaschutz im Ostalbkreis bereicherte EU-Energiekommissar Günther Oettinger mit einer Videobotschaft die Veranstaltung. Prof. Dr. Martin Brunotte von der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg sowie der Vorstand der EnBW

ODR AG, Frank Hose, brachten sich mit weiteren Vorträgen ein. An der nachfolgenden Podiumsdiskussion waren außerdem der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter sowie der Vorsitzende des Regionalverbands Nordwürttemberg des Bundesverbands WindEnergie e.V., Erwin Schweizer, beteiligt. Im Vorfeld des Klimaforums fand ein Pressegespräch mit lokalen Zeitungen und Radiosendern statt, in dem neben der Veranstaltung selbst auch das Expeditionsmobil Nachhaltigkeit der Baden-Württemberg-Stiftung vorgestellt wurde, das parallel zum Klimaforum im Ostalbkreis an verschiedenen Orten Station gemacht hat.



Videobotschaft von Energiekommissar Oettinger beim 2. Klimaforum Ostalb

KONTAKTSTELLE FRAU UND BERUF

Das landesweite Programm der Kontaktstellen Frau und Beruf ist seit Herbst 2009 mit nunmehr zehn Standorten in Baden-Württemberg vertreten. Die Kontaktstelle Frau und Beruf Ostwürttemberg mit der Ansiedelung bei den beiden Landkreisen Ostalbkreis und Heidenheim ist die einzige, die auf zwei Geschäftsstellen verteilt ist. Vor allem mit einem dezentralen und individuellen Beratungsangebot für Frauen in den fünf Großen Kreisstädten Aalen, Ellwangen, Giengen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd ist die Kontaktstelle zwischenzeitlich eine feste Größe geworden. Die Fallzahlen sind seit Jahren auf hohem Niveau stabil (pro Jahr fast 300 Frauen), was den Bedarf für ein neutrales Beratungsangebot zur beruflichen Orientierung, insbesondere zum Wiedereinstieg – auch in eine mögliche Existenzgründung –, zeigt.

Weitere Bausteine sind Veranstaltungen, Vorträge, Workshops und Seminare zu facettenreichen Themen, mit denen Frauen sich in und auf dem Weg zurück in das Erwerbsleben konfrontiert sehen. So wurden in den Jahren 2010 und 2011 u. a. die Themen Rhetorik, Körpersprache, Erfolgsrituale für Business-Amazonen und Emotionale Intelligenz aufgegriffen.

Um diese und weitere Themen mit Breitenwirkung in die Region zu bringen, kooperiert die Kontakt-



tient" lautete der Vortrag von Rose-Martina Bosler am 25. Oktober 2010 im Ostalbkreishaus

stelle neben den Unternehmen mit weiteren Partnern aus der Region wie der IHK Ostwürttemberg, dem Regionalbüro des Netzwerkes für berufliche Fortbildung Ostwürttemberg, der Agentur für Arbeit, den Jobcentern und den Gleichstellungsbeauftragten der Behörden.



Wirtschafts- und EU-Strukturförderung



Trommeln für den Wiedereinstieg – verbale und musikalische Begrüßung beim Infotag Wiedereinstieg am 9. Juni 2010 im Ostalbkreishaus mit Landrat Klaus Pavel und Wirtschaftsbeauftragtem Rainer Fünfgelder

der Übergabe der Zertifikate am 22. Juli 2010 durch Susanne Wanner, Kontaktstellenleiterin der Geschäftsstelle Ostalbkreis (Mitte)

Zusammen mit diesen Kooperationspartnern initiierte die Kontaktstelle im Jahr 2010 erstmalig einen "Infotag Wiedereinstieg" in Aalen und Heidenheim. Mit einem breiten Vortrags- und Informationsangebot sprach dieser Tag alle Frauen an, die sich auf ihre berufliche Rückkehr vorbereiteten, egal ob in abhängige Beschäftigungsverhältnisse oder in die Selbständigkeit.

Um nahe an den Bedürfnissen der Unternehmen in der Region zu sein und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker voranzubringen, beteiligte sich die Kontaktstelle Frau und Beruf am Unternehmensnetzwerk "familyNET" und anderen Multiplikationsnetzwerken wie z.B. Ausbildung in Teilzeit.

Darüber hinaus kümmerte sich die Kontaktstelle Frau und Beruf in verschiedenen Projekten um die nachhaltige Förderung von Frauen. In 2010 wurde das in 2009 gestartete landesweite Coaching-Projekt "Frauen in Führung! – Mit Coaching und Netzwerken zum Erfolg" abgeschlossen. Erklärtes Ziel bleibt es, den Anteil von Frauen in den Führungsetagen von Firmen und Verwaltungen zu erhöhen.

Durch die im Jahr 2011 gestartete Zusammenarbeit mit der Hochschule Aalen trägt die Kontaktstelle Frau und Beruf mit dem jüngsten Projekt FEMINT "Frauen in MINT-Berufen" (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) der nachhaltigen Entwicklung einer qualifizierten Fachkräftebasis für die regionale Wirtschaft Rechnung. Im Rahmen der neu aufgelegten Projektreihe werden in einer professionellen Foto-Ausstellung und bei Informationstagen Schülerinnen an allgemein und berufsbildenden Gymnasien für Studienberufe im technischen Bereich interessiert, weibliche Studierende gefördert sowie der Wiedereinstieg von Frauen in technische Berufe unterstützt.



Das Plakat der Foto-Ausstellung des Projektes FEMINT



SOZIALES

BILDUNGS- UND TEILHABELEISTUNGEN FÜR KINDER, DIE WOHNGELD ODER KINDERZUSCHLAG BEZIEHEN

Mit der Änderung des zweiten und zwölften Sozialgesetzbuches (SGBII-Grundsicherung für Arbeitssuchende- und SGB XII-Sozialhilfe-) und des Bundeskindergeldgesetzes (BKKG) sind rückwirkend zum 1. Januar 2011 Leistungen für Bildung und Teilhabe für wohngeldberechtigte und kinderzuschlagsberechtigte Kinder möglich geworden.

Nach diesem "Bildungs- und Teilhabepaket" sind folgende Leistungen möglich:

- Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten für Schülerinnen und Schüler; Leistungen für eintägige und mehrtägige Ausflüge auch für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen
- pauschalierter persönlicher Schulbedarf (100 Euro/Schuljahr)
- Schülerbeförderungskosten
- Lernförderung für Schülerinnen und Schüler
- Zuschuss für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung für Schülerinnen und Schüler und für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung oder einen Hort besuchen
- Teilhabeleistungen am sozialen und kulturellen Leben für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (10 Euro monatlich)

Die Leistungen für Schüler können bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs gewährt werden.



Für Kinder im SGB II-Bezug ist das Jobcenter, für Kinder im SGB XII-Bezug ist die Sozialhilfe zuständig. Für Kinder mit Wohngeldbezug und Kinderzuschlag wurde durch den Bund bestimmt, dass die Länder die Zuständigkeit zu regeln haben. In Baden-Württemberg ist diese Zuständigkeitsregelung im Dezember 2011 rückwirkend zum 1. Januar 2011 erfolgt. Zuständig sind die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg.

Das Leistungsgesetz trat im April rückwirkend zum Jahresbeginn 2011 in Kraft. Nachdem die Zuständigkeit in Baden-Württemberg durch das Land nicht geregelt war, hat der Ostalbkreis im Interesse der antragsberechtigten Kinder, in erwarteter Zuständigkeit, die Bearbeitung dieser Leistungen bereits im Juli 2011 begonnen. Für die Kinder aus dem Stadtgebiet Schwäbisch Gmünd hat sich die Stadt Schwäbisch Gmünd bereit erklärt, die Aufgabenstellung zu übernehmen.

Die Umsetzung dieser neuen Aufgabe war ein Kraftakt. In der Anfangsphase haben teilweise bis zu zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeit oder Teilzeit) den Antragsstau abgearbeitet. Aktuell sind für die Aufgabe 1,5 Sachbearbeiter eingesetzt. Nach den Erhebungen zur Zahl der Leistungsberechtigten wird von rund 2.000 leistungsberechtigten Kindern in der Zuständigkeit des Ostalbkreises ausgegangen. Bis Ende 2011 wurden insgesamt 1.200 Anträge gestellt. Es ist zu erwarten, dass die Antragszahl zunimmt.

UNTERHALT

Bei der Gewährung von Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) gehen gemäß § 94 SGB XII Unterhaltsansprüche des Hilfeempfängers auf den Sozialhilfeträger über. Die privatrechtlichen Ansprüche werden in der Folge vom Sozialhilfeträger geltend gemacht. Hierzu wurde im Geschäftsbereich Soziales im Jahr 2000 das Sachgebiet Unterhalt eingerichtet. Die mittlerweile sechs Sachbearbeiterinnen (mit jeweils 50% Arbeitszeitumfang) unter Leitung einer Juristin verfügen über ein fundiertes privatrechtliches Spezialwissen.

Im Sachgebiet Unterhalt werden jegliche Ansprüche auf Unterhalt geprüft. Hauptsächlich handelt es sich um gesetzliche Ansprüche gegenüber dem getrennt lebenden oder dem geschiedenen Ehepartner sowie um Kindesunterhalt oder um gesetzliche Ansprüche auf Verwandtenunterhalt gegen Kinder nach Leistung von Sozialhilfe insbesondere bei Heimaufenthalten der Elterngeneration. In wenigen Fällen handelt es sich um Unterhaltsansprüche nach § 1615 | BGB (Unterhaltsanspruch von Mutter und Vater aus Anlass der Geburt eines Kindes).

Geprüft und geltend gemacht werden auch vertragliche Unterhaltsansprüche sowie Unterhaltsforderungen bei bereits bestehenden Unterhaltstiteln der Hilfeempfänger. Hier sind ggf. zunächst die für die Zwangsvollstreckung durch den Sozialhilfeträger erforderlichen Voraussetzungen (Titelumschreibung) zu schaffen.

Geprüft und veranlasst wird auch die ggf. erforderliche Rückübertragung der infolge der Sozialhilfegewährung



bereits übergegangenen Unterhaltsansprüche zur gerichtlichen Geltendmachung durch die Hilfeempfänger selbst oder deren Prozessbevollmächtigte. Die Geltendmachung im Wege der Rückübertragung wird begleitet und überwacht; erforderlichenfalls wird die Rückübertragung rückgängig und die Ansprüche in eigenem Namen geltend gemacht.

An die zunächst außergerichtliche Geltendmachung schließt sich erforderlichenfalls die gerichtliche Geltendmachung vor den Familiengerichten an.

In den Jahren 2008 bis 2011 wurden neben dem bereits vorhandenen Fallbestand durchschnittlich pro Jahr rund 660 Neufälle bearbeitet. Einnahmen aus Unterhalt konnten im vorgenannten Zeitraum in Höhe von durchschnittlich jährlich rund 420.000 Euro erzielt werden. In einigen Fällen wird der berechnete Unterhaltsbetrag vom Unterhaltspflichtigen direkt an den Hilfeempfänger gezahlt. Entsprechend verringert sich der Sozialhilfeanspruch.

In einigen Fällen ergibt die unterhaltsrechtliche Überprüfung im Sachgebiet Unterhalt, dass die errechneten Unterhaltsbeiträge der Unterhaltspflichtigen den Sozialhilfeaufwand decken oder gar übersteigen. In diesen Fällen kann die Sozialhilfeleistung eingestellt werden. Im Ergebnis sind das im Durchschnitt 13 Fälle jährlich.

Bezogen auf den Zeitraum für die Jahre 2008 bis 2011 errechnet sich – auf dem Hintergrund der statistischen Lebenserwartung der Unterhaltsberechtigten bzw. der durchschnittlichen Verweildauer im Sozialhilfebezug – eine Summe von rund 600.000 Euro im Jahresdurchschnitt, welche den Haushalt des Ostalbkreises ansonsten belastet hätte.

JUGEND UND FAMILIE

JUFAM – FACHZENTRUM FRÜHE HILFEN FÜR MÜTTER, VÄTER UND SCHWANGERE

Der Ostalbkreis war als Standort des Modellprojektes "Guter Start ins Kinderleben" frühzeitig und umfassend an der Entwicklung früher Hilfen für Schwangere, Mütter und Väter beteiligt. Bei der strukturellen Neuausrichtung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe hat der Ostalbkreis daneben im Schulterschluss mit Städten und Gemeinden, Trägern und Einrichtungen der freien Jugendhilfe und anderen Beteiligten systematisch den Ausbau früher Hilfen voran getrieben.

Unter Berücksichtigung der aktuellen fachlichen und gesetzgeberischen Anforderungen und Vorgaben hat der Geschäftsbereich "Jugend und Familie" ein "Fachzentrum frühe Hilfen für Mütter, Väter und Schwangere" eingerichtet, das sich gezielt um junge Familien, Schwangere und werdende Väter kümmert. Integriert wurden darin die seitherigen Aktivitäten aus "Guter Start ins Kinderleben", dem Elternbildungsprogramm "STÄRKE", den Tätigkeiten der Schwangerenberatung und den Tätigkeiten die durch das ab 1. Januar 2012 geltende Bundeskinderschutzgesetz entstehen.

Inhaltlich handelt es sich dabei um folgende fünf Arbeitsbereiche:

FÜR WERDENDE ELTERN UND FÜR ELTERN MIT KLEINKINDERN:

Wir beraten und helfen werdenden Mütter, Vätern und Eltern von Kleinkindern in allen Fragen von Partnerund Elternschaft, auf Wunsch auch zu Hause. An Methoden bieten wir z.B. entwicklungspsychologische Beratung an.



FÜR SCHWANGERE UND IM SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKT:

Wir beraten (auch anonym) in rechtlichen, sozialen, finanziellen und persönlichen Krisensituationen und im Schwangerschaftskonflikt mit Beratungsschein. Wir vermitteln finanzielle Hilfen.

FAMILIEN-HEBAMMEN/-KINDERKRANKENSCHWESTERN:

Wir unterstützen Mütter und Väter in Gesundheits- und Alltagsfragen, stehen als Lotsen zu passenden Angeboten zur Verfügung und beraten in Fragen der Kindesentwicklung.

LANDESPROGRAMM STÄRKE - FAMILIEN- UND ELTERNBILDUNG:

Wir unterstützen Träger bei der Entwicklung und Durchführung von Elternbildungskursen und informieren über Gutscheinkurse, Kurse für besondere Lebenssituationen und aufsuchende Hilfe.

FACHBERATUNG, FORTBILDUNGS-ANGEBOTE UND MEDIEN FÜR KOOPERATIONSPARTNER:

Wir initiieren und unterstützen Kooperation, Kommunikation und interdisziplinäre Zusammenarbeit im Bereich früher Hilfen. Wir entwickeln unser Netzwerk früher Hilfen im Ostalbkreis weiter und sorgen uns um passgenaue Angebote für Schwangere, werdende Väter, Mütter, Väter und Kinder. Wir unterstützen Fachkräfte im Bereich früher Hilfen durch Beratung, Infomaterial und spezifische Fortbildungsangebote.



DIE ELTERNBILDUNG BOOMT

Das Familien- und Elternbildungsprogramm STÄRKE ist 2011 im Ostalbkreis so richtig in Fahrt gekommen. 49 Kooperationspartner boten 36 verschiedene Gutscheinkurse und 30 verschiedene Kursangebote für Familien in besonderer Lebenssituation an. Sieben Träger führten aufsuchende Hilfe durch. 804 Familien lösten ihre Elternbildungsgutscheine beim Kursbesuch ein, wobei PEKiP-Kurse und Kurse, bei denen das Baby dabei sein konnte, dominierten. 443 Familien besuchten einen Kurs für Familien in besonderer Lebenssituation. Alleinerziehende und sehr junge Eltern, Familien mit kranken oder behinderten Familienmitgliedern und Familien mit Migrationshintergrund profitierten von diesen Kursen besonders. 48 Familien erhielten aufsuchende Hilfe und acht Alleinerziehende konnten an einem Familienbildungsurlaub teilnehmen.

UMSETZUNG DER ÄNDERUNGEN IM VORMUNDSCHAFTSRECHT

Öffentlichkeitswirksame Fälle von Kindesmisshandlungen und -vernachlässigungen zeigten, dass im Bereich der Vormundschaften/Pflegschaften die Qualität der Betreuung des Mündels mit steigender Mündelfallzahl pro zuständigem Mitarbeiter erheblich sinkt.

Die gesetzlichen Bestimmungen – seit 6. Juli 2011 in Kraft – verpflichten die Vormünder zu in der Regel monatlichem Kontakt mit ihrem Mündel in dessen üblicher Umgebung, sich persönlich in die Förderung und Gewährleistung der Pflege und

Erziehung einzubringen und dem Familiengericht einschließlich der Kontakthäufigkeit zu berichten.

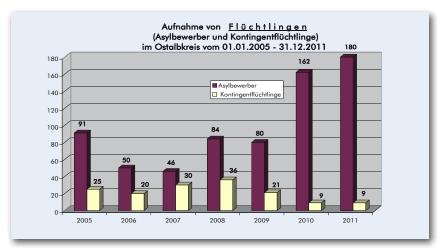
Die weitergehenden Vorschriften wie die Begrenzung der Fallzahl auf höchstens 50 Mündel für eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft, die Anhörung des Mündels vor Auswahl des Vormunds und die erweiterte Kontrolle durch das Familiengericht treten im Juli 2012 in Kraft.

Zur Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben sind für das Jahr 2012 drei zusätzliche Stellen und gezielte Fortbildungen für das Personal vorgesehen. Im Hinblick auf die Aufsicht und die Berichtspflicht finden Abstimmungsgespräche mit den Rechtspflegern der Familiengerichte Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen statt.

INTEGRATION UND VERSORGUNG

AUFNAHME UND UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Seit 2008 ist ein stetiger Anstieg des Asylbewerber-Zugangs zu verzeichnen, der sich seit Mitte 2010 erheblich verschärft hat. Die Zahl der dem Ostalbkreis zugewiesenen Flüchtlinge ist in den Jahren 2010 und 2011 im Vergleich zu den Vorjahren stark angestiegen. Wurden 2010 171 Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge zugewiesen, so waren 2011 bereits 189 Flüchtlinge aufzunehmen und in den beiden Gemeinschaftsunterkünften des Kreises unterzubringen. In den Gemeinschaftsunterkünften Schwäbisch Gmünd und Aalen waren 2010 durchschnittlich 194 Flüchtlinge und 2011 durchschnittlich 243 Flüchtlinge aus 19 Nationen untergebracht. Die Flüchtlinge kommen derzeit überwiegend aus verschiedenen afrikanischen Staaten sowie



aus Irak, Iran, Afghanistan und dem ehemaligen Jugoslawien.

Aufgrund der hohen Zugangszahlen musste die Aufnahmekapazität, insbesondere in der Gemeinschaftsunterkunft Schwäbisch Gmünd, in den letzten beiden Jahren kontinuierlich erhöht werden. Durch Ausbau des 4. Stocks der Gemeinschaftsunterkunft Schwäbisch Gmünd konnten zusätzliche Unterkunftsplätze geschaffen werden. Ende 2011 waren beide

Flüchtlingsunterkünfte des Ostalbkreises zu 90% mit Flüchtlingen belegt.

Die in den Gemeinschaftsunterkünften Schwäbisch Gmünd und Aalen untergebrachten Flüchtlinge erhalten neben einem monatlichen Taschengeld Sachleistungen nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbIG), welche ca. 40 % unterhalb der SGB II/XII-Regelsätze liegen. Seit 2011





Gemeinschaftsunterkunft Aalen

haben die Flüchtlinge der Gemeinschaftsunterkünfte die Möglichkeit, ihren Bedarf an Ernährung, Hygiene und Kleidung mittels Gutscheinen bei den im Ostalbkreis ansässigen linge während Einzelhändlern zu decken.

derzeit ca. 1.

Migranten im
dagogisch bet
hat dabei die
linge während
Deutschland i

Auch die Zahl der Flüchtlinge, die in den Städten und Gemeinden des Ostalbkreises wohnen und sozialhilfebedürftig sind, ist in den Jahren 2010 und 2011 gestiegen. So erhielten 2010 durchschnittlich 300 Personen kreisweit Leistungen nach dem AsylblG. Diese Zahl stieg im Jahr 2011 auf durchschnittlich 367 Personen. Die an diesen Personenkreis in Form von Geldleistungen gewährte Unterstützung durch den Landkreis liegt nach den Vorgaben des AsylblG ebenfalls ca. 40% unterhalb der SGB II/XII-Regelsätze.

Die beim Geschäftsbereich Integration und Versorgung tätigen Sozialdienst-Mitarbeiter sind neben der sozialen Beratung und Betreuung der Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte auch für die kommunal untergebrachten Flüchtlinge zuständig. Insgesamt werden Gemeinschaftsunterkunft Schwäbisch Gmünd

derzeit ca. 1.000 Flüchtlinge und Migranten im Ostalbkreis sozialpädagogisch betreut. Der Sozialdienst hat dabei die Aufgabe, die Flüchtlinge während ihres Aufenthaltes in Deutschland in allen Lebenslagen zu begleiten.

Neben der Beratung tragen Angebote und Projekte für die Flüchtlinge dazu bei, dass ihr Tag sinnvoll gestaltet werden kann und sie sich fortbilden können. So werden u.a. Informationsveranstaltungen zu wichtigen Themen wie Gesundheit und Schwangerschaft und Schulungen der Flüchtlinge im sparsamen Umgang mit Energie angeboten sowie Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit innerhalb und außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft geschaffen. Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung (Sportangebote, Fahrradwerkstatt, Frauen- und Männerinformationstreff, Kinderferienprogramm, Vermittlung in Vereine) tragen ebenso zu einer geregelten Tagesstruktur bei wie die Einbindung und Beteiligung von Flüchtlingen an Projekten und Aktionen Dritter wie

Kicken gegen Rechts, Internationales Festival und Tag des Flüchtlings. Das Zusammenleben von vielen Menschen unterschiedlichster Nationen auf engem Raum wie in den Gemeinschaftsunterkünften birgt viele Konflikte. Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz im Alltag durch verschiedene Projekte wie Streitschlichtung und interreligiöser Dialog unterstützt eine friedliches Zusammenleben der Bewohner.

Um Schüler und Einheimische für die Belange von Flüchtlingen und Migranten zu sensibilisieren, schulten Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Integration und Versorgung in den Jahren 2010 und 2011 verschiedene Schulklassen und Lehrer in interkultureller Kompetenz durch das Projekt "Große Welt – ganz klein". Das seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Kopernikus-Gymnasium Wasseralfingen durchgeführte Sozialpraktikum, wo sich Schüler Flüchtlingskindern annehmen und sie begleiten, wurde in den letzten beiden Jahren erfolgreich weitergeführt.



Projektarbeit in der Gemeinschaftsunterkunft Aalen und in Schwäbisch Gmünd



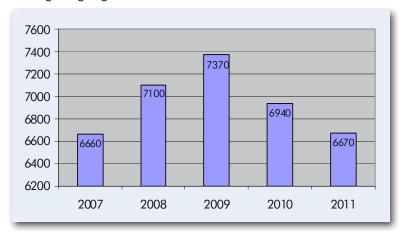
SCHWERBEHINDERTENRECHT

Sinn und Zweck des Schwerbehindertenrechts ist die Förderung der Selbstbestimmung und der gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft. Zudem sollen Benachteiligungen von behinderten Menschen vermieden oder diesen entgegengewirkt werden. Welche Rechte und Nachteilsausgleiche schwerbehinderten Menschen zustehen, ergibt sich u. a. aus dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX).

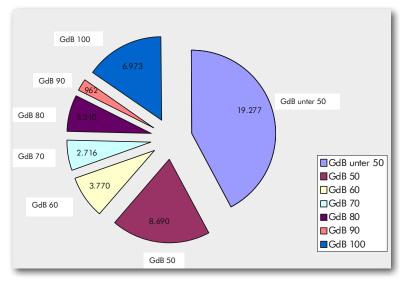
Zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen muss die Schwerbehinderteneigenschaft festgestellt und durch einen Schwerbehindertenausweis nachgewiesen werden. Die Zahl der Anträge ist im Vergleich zum Jahr 2009, in dem ein Höchststand erreicht wurde, nicht wesentlich zurückgegangen. Trotz dieser Entwicklung bewegen sich die Antragszahlen nach wie vor auf einem hohen Niveau.

Zum Ende des Jahres 2011 waren im Ostalbkreis 26.421 Menschen schwerbehindert. Die Zahl hat sich im Vergleich zum Jahr 2009 um 1.340 erhöht. Der Verwaltung ist es gelungen, die Vielzahl der Anträge zeitnah in durchschnittlich 2,3 Monaten pro Fall zu erledigen.

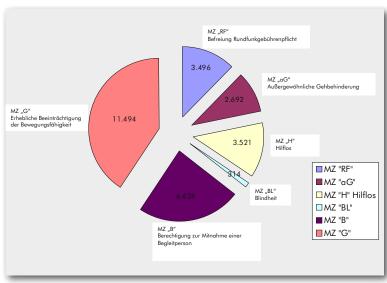
Antragseingänge im Ostalbkreis



Schwerbehinderte Menschen im Ostalbkreis mit einem GdB von 50 und mehr (Stand 31.12.2011)



Häufig vergebene Merkzeichen zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen





BLINDENHILFE

Zum Ende des Jahres 2011 erhielten 345 Menschen Leistungen nach dem Landesblindenhilfegesetz und dem Sozialgesetzbuch XII.

SOZIALES ENTSCHÄDIGUNGSRECHT

Das Landratsamt Ostalbkreis betreut 960 Rentenberechtigte nach dem Sozialen Entschädigungsrecht. Dies bedeutet Verantwortung für Menschen, die ob ihres persönlichen Schicksals eine besondere Fürsorge der Verwaltung benötigen. Neben dem Personenkreis der Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen sind dies im Wesentlichen Opfer nach dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Opferentschädigungsgesetz, dem Infektionsschutzgesetz und den Rehabilitierungsgesetzen. Die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz sind somit auch heute noch für viele Menschen von Bedeutung.

JOBCENTER OSTALBKREIS

DAS JOBCENTER WIRD ZUM GESCHÄFTSBEREICH DER LANDKREISVERWALTUNG

Durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 3. August 2010 wurde die Möglichkeit eröffnet, dass neben den bundesweit bisher 69 sogenannten Optionskommunen weitere kommunale Träger zur alleinigen Wahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zugelassen werden können. Auf der Grundlage eines einstimmigen Kreistagsbeschlusses hat der Ostalbkreis am 22. Dezember 2010 einen Antrag auf Zulassung als kommunaler Träger zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitsuchende beim baden-württembergischen Sozialministerium gestellt. Die Zulassung des Ostalbkreises als eine von sechs neuen Optionskommunen in Baden-Württemberg wurde im April 2011 durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestätigt.

Der Ostalbkreis tritt damit zum 1. Januar 2012 die Rechtsnachfolge der bisherigen gemeinsamen Einrichtung von Agentur für Arbeit Aalen und Ostalbkreis an und hatte im Jahr 2011 gemeinsam mit dem Jobcenter die Aufgabe, die Neuorganisation bis Ende des Jahres so vorzubereiten, dass ein reibungsloser Übergang gesichert werden konnte.

Der Wechsel der Trägerschaft wurde von einer internen Projektgruppe, zusammengesetzt aus Mitarbeitern sowohl des Jobcenters als auch der Landkreisverwaltung, unter Koordination des Geschäftsbereichs Personal und Organisation umgesetzt.

Bei der Landkreisverwaltung waren vor allem die Querschnittseinheiten in hohem Maße gefordert. Einer der Kernpunkte war auch der gesetzliche Übergang von 83 bei der Bundesagentur für Arbeit beschäftigten Mitarbeitern zur Landkreisverwaltung. Die betroffenen Mitarbeiter sollten durch ihren Wechsel keinen Nachteil insbesondere in finanzieller Hinsicht erfahren. Dabei waren Regelungen zweier sehr unterschiedliche Tarifverträge (Tarifvertrag der Bundesagentur für Arbeit -TV-BA und der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst - TVÖD) in Einklang zu bringen. Der Fachbereich Personal hatte dadurch für einen Großteil der Mitarbeiter individuelle Übergangsregelungen zu beachten.

Zusätzlich war die erforderliche Arbeitsinfrastruktur – vom Postlauf über die Anpassung der gebäudebezogenen Verträge bis zur Einbindung in das Beschaffungswesen der Landkreisverwaltung – aufzubauen. Der Bereich Information und Kommunikation stand vor der Herausforderung, die vier Jobcenter-Standorte in Aalen, Ellwangen, Schwäbisch

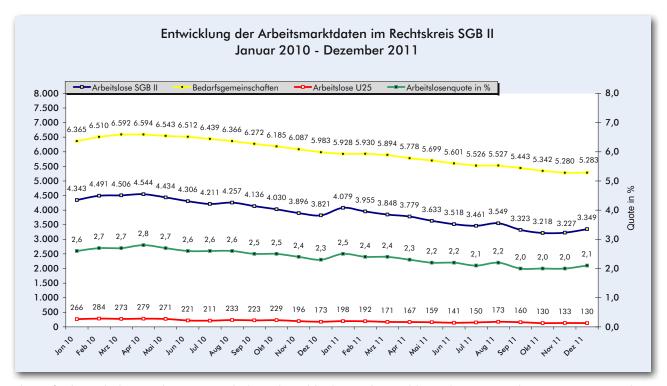
Gmünd und Bopfingen in die IT- und Telekommunikationsstruktur der Landkreisverwaltung einzubinden. Stark gefordert war daneben auch die Kreiskasse, die ab 2012 für die Beitreibung von über 10.000 Forderungen im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung nach dem SGB II zuständig ist.

Alle Beteiligten sind sich einig, dass der Übergang trotz höchster Komplexität der zu erledigenden Aufgaben gut gemeistert wurde. Damit ist sichergestellt, dass das Jobcenter auch künftig seine erfolgreiche Arbeit – nun in ausschließlicher Trägerschaft des Ostalbkreises – fortführen und weiter ausbauen kann.

ENTWICKLUNG DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE NACH DEM SGB II

Das Sozialdezernat wurde im Zuge der Eingliederung des Jobcenters in Dezernat für Arbeit, Jugend und Soziales umbenannt. Die Dienststellen des Jobcenters Ostalbkreis in Aalen, Bopfingen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd wurden in die Landkreisverwaltung integriert. Die 83 beim Jobcenter tätigen Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit wechselten zur Landkreisverwaltung. Gemeinsam mit 79 kommunalen Mitarbeitern sind sie unter dem Dach der Landkreisverwaltung für





die Aufgabenerledigung des SGB II im Ostalbkreis verantwortlich.

Da eine Nutzung der bisher durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Software ab Januar 2012 nicht mehr möglich war, wurde im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung eine neue Fachsoftware beschafft und viele Kundendaten in nicht unerheblichem Umfang manuell migriert. Im Übergangsprozesses mussten die Mitarbeiter des Jobcenters zahlreiche zusätzliche Arbeiten bewältigen. Dabei war es oberste Priorität, ab Januar 2012 die monatlichen Zahlungen von ca. 2 Mio. Euro an nahezu 10.000 hilfebedürftige Menschen in 5.300 Bedarfsgemeinschaften sicher zu stellen. Dies wurde von den Mitarbeitern des Jobcenters mit viel Engagement und Arbeitseinsatz geleistet.

Eine weitere Herausforderung war die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes, das ab dem 1. April 2011 umgesetzt werden musste. Die Bildungs- und Teilhabeleistungen werden Kindern und Jugendlichen gewährt, die Arbeitslosengeld II, Grundsicherung zum Lebensunterhalt, Wohngeld oder Kinderzuschlag erhalten.

Bei einer Mitarbeiterveranstaltung verabschiedete Landrat Klaus Pavel die langjährige Geschäftsführerin des Jobcenters Ostalbkreis, Martina Häusler, die zuvor schon die Arbeitsgemeinschaft zur Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis (abo) und die Gesellschaft des Ostalbkreises zur Beschäftigungsförderung (G.O.B.) geleitet hatte. Pavel würdigte dabei die Verdienste Häuslers um die Beschäftigungsförderung im Ostalbkreis. Mit einer Fülle von kreativen Impulsen und Projekten habe sie wesentlich dazu beigetragen, Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven zu eröffnen. Neuer Geschäftsführer des Jobcenters Ostalbkreis seit 1. Januar 2012 ist Thomas Koch, bislang Geschäftsführer des Jobcenters Heidenheim. Mit ihm, so Landrat Pavel, habe man einen erfahrenen Fachmann für eine neue und herausforderungsvolle Kreisaufgabe gewinnen können.

Für das Jahr 2012 gilt es, beschäftigungsorientierte Tätigkeiten und Maßnahmen für die langzeitarbeits-

losen Menschen in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Beschäftigungsträgern zu schaffen. Dass dies möglich sein wird, zeigt die Statistik. Seit Mai 2010 verringern sich die Zahlen kontinuierlich. Die Zahl der Hilfebedürftigen mit Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende) erreichte im Ostalbkreis im April 2010 ihren Höchststand. 9.295 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 3.420 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, zusammen also 12.715 Menschen in 6.594 Bedarfsgemeinschaften bezogen in diesem Monat Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen für Unterkunft und Heizung vom Jobcenter Ostalbkreis. Von Arbeitslosigkeit waren in diesem Berichtsmonat 4.544 Menschen im Rechtskreis SGB II betroffen, davon 279 Personen unter 25 Jahren. Die Arbeitslosenguote für den Bereich SGB II, berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen, lag in diesem Monat bei 2,8%. Bei Personen unter 25 Jahren belief sie sich auf 1,3%. Auch bei den Bedarfsgemeinschaften lag der Höchststand im April 2010 bei





6.594 Bedarfsgemeinschaften und fällt seit Mai 2010 kontinuierlich auf 5.342 im Oktober 2011 (-17,5%). Bis Oktober 2011 konnte auch die Zahl der Arbeitslosen im Bereich SGB II von 4.343 im Januar 2010 um 1.125 Menschen oder um 26% auf eine Arbeitslosenquote von 2,0% reduziert werden. Bei den Jugendlichen unter 25 Jahren wurde im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 51% gesenkt worden und hat mit 130 Personen eine Quote von 0,6% erreicht.

Bis zum Jahresende 2011 stieg die Zahl der Arbeitslosen und somit auch die Arbeitslosenquote für den Bereich SGB II leicht an. Die anteilige Arbeitslosenquote und die der unter 25-jährigen lagen damit unter dem Durchschnitt in Baden-Württemberg. Der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften und damit auch der Hilfebedürftigen hat sich auch auf die Leistungen der Grundsicherung im Ostalbkreis ausgewirkt. Für Leistungen zum Lebensunterhalt (Arbeitslosengeld

II und Sozialgeld) mussten 2010 insgesamt 28.146.727 Euro aufgewendet werden. Im Jahr 2011 ist die Zahlung um 18,18% auf 23.030.265 Euro zurückgegangen.

Leistungen für Unterkunft und Heizung wurden 2010 in Höhe von 23.289.983 Euro gezahlt. Auch hier ist bis Dezember 2011 ein Rückgang um 10,32% auf 20.887.447 Euro eingetreten.

GESCHÄFTSSTELLE EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (ESF)

Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) arbeitet die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der EU seit 1957 daran, den Menschen die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Berufsaussichten zu bieten. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik. Die gegenwärtigen Ziele sind:

- hohes Beschäftigungsniveau
- Gleichberechtigung von Frauen und Männern
- nachhaltige Entwicklung sowie
- wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt.







In der laufenden Förderperiode des Europäischen Sozialfonds 2007–2013 stehen dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg rund 100 Mio. Euro an ESF-Mitteln zur Förderung von regionalen Projekten zur Verfügung. Dem Ostalbkreis stehen in diesem Zeitraum jährlich 400.000 Euro ESF-Mittel zur Verfügung. Die regionalen Arbeitskreise erarbeiten zur regionalisierten Umsetzung des operationellen Programms Arbeitsmarktstrategien. Die Arbeitsmarktstrategie wird für die Jahre 2009 bis 2011 und 2012 bis 2014 aufgestellt. Im und für den Ostalbkreis entscheidet der ESF-Arbeitskreis unter Vorsitz von Landrat Klaus Pavel über die Arbeitsmarktstrategie und darüber, welche Projektanträge ein positives Votum erhalten.

Für 2013 wurde die Arbeitsmarktstrategie bei der regionalen ESF-Strategiesitzung im Frühjahr überprüft, überarbeitet und auf der Internetseite des Ostalbkreises veröffentlicht. Zur Vergabesitzung im Oktober 2011 lagen dem regionalen ESF-Arbeitskreis acht Projektanträge von unterschiedlichen Bildungsträgern vor. Sechs Anträge erhielten ein positives Votum. Die für das Jahr 2012 zur Verfügung stehenden Mittel von 400.000 Euro wurden hierbei komplett ausgeschöpft. Trotzdem haben sie nicht ausgereicht, um die Projekte in vollem Umfang zu fördern.

Der regionale ESF ist eines der wenigen Instrumente, die den Bildungsträgern und dem Landkreis die Möglichkeit bieten, auf den aktuellen Arbeitsmarkt abgestimmte innovative und passgenaue Projekte zu verwirklichen. Es fällt jedoch den Bildungsträgern immer schwerer, die geforderte 50 %-ige Kofinanzierung zu gewährleisten.



BERATUNG, PLANUNG, PRÄVENTION

SOZIALPLANUNG

FORUM SOZIALBERICHT

Fast jeder sechste Deutsche ist von Armut bedroht. Das sind 15,5% der deutschen Bevölkerung. Bedenklich ist, dass diese Zahl in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Im Jahr 2005 lag die Quote noch bei 12,5%. Vor diesem Hintergrund hat der Kreistag die Erstellung eines "Armutsberichts" beschlossen. Im Oktober 2009 wurde der Bericht unter dem Titel "Sozialbericht Ostalbkreis – Analyse belasteter Lebenslagen und Handlungsempfehlungen" vom Kreistag verabschiedet. Der Sozialbericht beschreibt und analysiert zentrale Probleme, stellt bestehende Hilfestrukturen einschließlich innovativer Ansatzpunkte dar und zeigt den Bedarf der Weiterentwicklung auf. Er versteht sich als ein Element innerhalb eines kontinuierlich fortlaufenden Entwicklungsprozesses, zu dem er Impulse beigetragen und Handlungsinitiativen angestoßen hat.

Auf der Grundlage dieses Berichts wurde ein Umsetzungskonzept für den Ostalbkreis erarbeitet. Der Auftakt für diesen Prozess erfolgte im Rahmen eines öffentlichen Forums am 17. April 2010 im Aalener Landratsamt. Mit rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand dieses Forum eine überaus große Resonanz sowohl in Fachkreisen als auch in der breiten Öffentlichkeit. Die hohe Teilnehmerzahl hat gezeigt, dass in weiten Bevölkerungskreisen nicht nur ein großes Interesse an diesem Thema besteht, sondern vor allem auch die Bereitschaft, an der Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation von Menschen in schwierigen Lebensverhältnissen mitzuwirken. In fünf Arbeitsgruppen haben sich die Teilnehmer intensiv



Großer Andrang beim Forum Sozialbericht

mit den verschiedenen Themenbereichen auseinandergesetzt und schließlich Vorschläge, Ideen und zum Teil konkrete Umsetzungsschritte erarbeitet. Weit über 70 einzelne Maßnahmen konnten beim Abschlussplenum vorgestellt werden.

Der Sozialausschuss und der Jugendhilfeausschuss haben sich in der Folge sehr ausgiebig mit diesem Maßnahmenkatalog befasst. Die vier Bereiche "Bildung", "Integration", "Behinderung/Pflege" und "Arbeit" kristallisierten sich als die zentralen Zukunftsaufgaben im Ostalbkreis heraus. Diese Bereiche können im kommunalen Aufgabenfeld selbst gestaltet und beeinflusst werden. Die Ergebnisse des Forums Sozialbericht werden die kreispolitischen Diskussionen in den kommenden Jahren beeinflussen und sind auch Basis künftiger Entscheidungen.

AUSBAU DER TAGESBETREUUNG FÜR KINDER UNTER DREI JAHREN

Seit 2005 ist der Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, gesetzlich geregelt. Das im Dezember 2008 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz) hat die Anforderungen an die Betreuung von Kindern unter drei Jahren nochmals erweitert. Es setzt Maßstäbe für mehr Betreuungsangebote und soll die Verbesserung der Betreuungsqualität entscheidend voranbringen. Ab 1. August 2013 räumt der Gesetzgeber zudem allen Kindern mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege ein. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe zum stufenweisen Ausbau des Betreuungsangebotes verpflichtet.



Seit 2006 befasst sich der Jugendhilfeausschuss regelmäßig mit dem erreichten Ausbaustand, dem ermittelten Bedarf und den geplanten Ausbaustufen. In diesem Zeitraum wurden im Ostalbkreis rund 1.480 Betreuungsplätze für Kinder unter

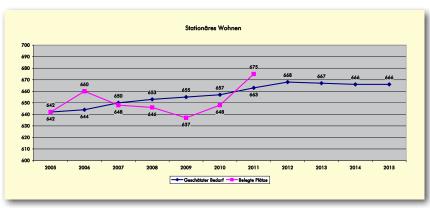


drei Jahren neu geschaffen. Das Angebot steigerte sich damit um mehr als das 5-fache. Bis zum Jahr 2013 ist ein weiterer Ausbau um rund 31% geplant. Damit nähert sich der Ostalbkreis der landesweit anvisierten Versorgungsquote von 34%.

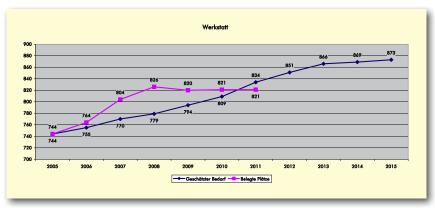
ZWISCHENBILANZ DER TEILHABEPLANUNG FÜR GEISTIG UND GEISTIG MEHRFACH BEHINDERTE MENSCHEN

Im November 2006 wurde der erste Teilhabeplan für Menschen mit Behinderungen im Ostalbkreis verabschiedet. Zielgruppe waren geistig und geistig mehrfach behinderte Menschen. Auf der Grundlage einer umfangreichen und soliden Datenbasis wurde in dem Bericht die Angebotsstruktur detailliert beschrieben und analysiert. Kernstück des Teilhabeplans war die Bedarfsvorausschätzung bis zum Jahr 2015. Die Ergebnisse wurden sowohl für den Ostalbkreis insgesamt als auch für verschiedene Planungsräume dargestellt. Ein Ausblick mit Fazit und Perspektiven bot schließlich wichtige Impulse für die zukünftige Gestaltung der Behindertenhilfe im Ostalbkreis.

In der Zwischenzeit sind auf der Grundlage dieser Teilhabeplanung wichtige Weichenstellungen im Ostalbkreis erfolgt und die Behindertenhilfe wurde entsprechend der Planvorgaben weiter entwickelt. Ziel der Bedarfsvorausschätzung bis zum Jahr 2015 war es, den künftigen Bedarf möglichst realistisch einzuschätzen. Etwa nach der Hälfte des Prognosezeitraums wurden die errechneten Zahlen nun überprüft, insbesondere inwieweit der voraus geschätzte Bedarf mit der tatsächlichen Belegung übereinstimmen. Ingesamt konnte eine weitgehende Übereinstimmung festgestellt werden, wobei der Ausbau des ambulant betreuten Wohnens wesentlich stärker erfolgt ist als erwartet. Die



Geschätzter Bedarf und belegte Plätze im Bereich Stationäres Wohnen



Geschätzter Bedarf und belegte Plätze im Bereich Werkstatt

Bedarfszahlen sind somit auch weiterhin bis zum Jahr 2015 Grundlage der Teilhabeplanung. Die Träger der Behindertenhilfe sind bestrebt, ihre Angebote in diesem Rahmen weiter zu entwickeln und zwar nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht.

TEILHABEPLAN FÜR MENSCHEN MIT CHRONISCHER PSYCHISCHER ERKRANKUNG UND SEELISCHER BEHINDERUNG IM OSTALBKREIS

Im zweiten Teilhabeplan des Ostalbkreises werden Menschen mit chronischer psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung in den Blick genommen. Im Mai 2009 fand die Auftaktveranstaltung für den Planungsprozess statt, der wiederum vom Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg fachlich begleitet und unterstützt wurde. In einem begleitenden Arbeitskreis haben sich außerdem Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen sowie

aller Akteure in diesem Arbeitsfeld engagiert eingebracht und die Planung maßgeblich mitgestaltet.

Der Teilhabeplan wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 20. September 2011 eingebracht und am 8. November 2011 vom Kreistag verabschiedet. Der Bericht versteht sich als Grundinformation über die Situation von Menschen mit chronischer psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung im Ostalbkreis sowie die vorhandenen Unterstützungsangebote. Auf der Basis einer fundierten Datenanalyse werden die Angebote bewertet und Perspektiven zur Weiterentwicklung aufgezeigt. Der Bericht bildet somit die Grundlage für die Ausgestaltung der Behindertenhilfe für diesen Personenkreis in den kommenden Jahren.



SOZIAL CONTROLLING

Die stetig steigenden Ausgaben im Sozialbereich stellen die Landkreisverwaltung vor eine große Herausforderung. Aus diesem Grund erfolgte im Jahr 2009 die Einrichtung einer Stelle "Sozialcontrolling". Hauptaufgabe des Sozialcontrollings ist die aktive Gestaltung der "Sozialen Sicherung" durch eine systematische Unterstützung der Entscheidungsträger, finanzielle Ressourcen gezielt einzusetzen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Sozialcontrollings stand die Weiterführung der im Jahr 2009 begonnen Projekte:

■ Berichtswesen:

Ziel eines Berichtswesens ist, den Entscheidungsträgern gezielt auf ihre Fragestellung ausgerichtete Informationen zu liefern. Zentrale Herausforderung war, ein System zu entwickeln, das auf die Bedürfnisse des Ostalbkreises abgestimmt ist. Bereits im Jahr 2009 wurden hierzu die notwendigen Vorarbeiten geleistet. Im Jahr 2011 wurden erstmals Daten in das Berichtswesen eingepflegt.

■ Externer Vergleich:

Bereits im Jahr 2009 führte der Ostalbkreis einen landkreisübergreifenden Kennzahlenvergleich durch mit dem Ziel, die Ausgaben der Eingliederungshilfe besser steuern zu können. Damals war die Analyse begrenzt auf die drei Hauptausgabenbereiche Stationäres Wohnen, Werkstatt und Förder- und Betreuungsbereich. Im Kennzahlenvergleich 2010/2011 wurden die restlichen Bereiche der Eingliederungshilfe, wie beispielsweise Integrative Leistungen Kindergarten, untersucht.

 Restrukturierung des Sachgebiets Eingliederungshilfe:
 Ziel der Neuorganisation war eine bessere Fallsteuerung durch Entlastung der Mitarbeiter. Zur Erreichung dieses Zieles wurden zwei Instrumente herangezogen: Reorganisation des Sachgebiets sowie Überprüfung der Arbeitsprozesse. Im Rahmen der Reorganisation wurde beispielsweise ein Back-Office eingerichtet, dessen Hauptaufgabe die Unterstützung der Sachbearbeiter ist. Der Bereich Überprüfung Arbeitsprozesse ist noch nicht abgeschlossen. Die Aufgabe diverser Arbeitsgruppen ist es, Mitarbeiter durch verbesserte Arbeitsabläufe zu entlasten. Der Abschluss dieses Projektes ist für das 1. Quartal 2012 geplant.

■ Vergütungssatzverhandlungen:

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) spielt laut Rahmenvertrag nach § 79 Abs. 1 SGB XII bei den Vergütungsverhandlungen eine zentrale Rolle. Der Ostalbkreis hat eine gemeinsame Vorgehensweise mit dem KVJS abgestimmt und 2010/2011 die Verhandlungen aktiv mit gestaltet.

Nach Aufbauarbeiten im Jahr 2009 waren die Jahre 2010/2011 von Umsetzungsmaßnahmen geprägt. Im Laufe der Zeit hat sich das Sozialcontrolling als geeignetes und effizientes Instrument zur Unterstützung der Entscheidungsträger etabliert.

SUCHTBEAUFTRAGTER

PRÄVENTION

Trotz zunehmender Anforderungen im Bereich der Suchthilfekoordination nimmt die Suchtprävention in der Arbeit des Beauftragten den nach wie vor größten Stellenwert ein. Rund 75 % der dokumentierten Tätigkeit wird in diesem Bereich durchgeführt. Eine eindrucksvolle Bestätigung für die Konzeption dieser Stelle wird auch durch die Zielebene gegeben, welche über das Jahr verteilt angesprochen wird.

Nahezu 80 % der Arbeit wird für die Organisation, Koordination oder die Schulung von Multiplikatoren wie Lehrern oder Fachkräften aus der Jugendarbeit in Fragen der Suchtprävention verwendet.

MÄDCHEN SUCHT JUNGE



Suchtbeauftragter Berthold Weiß (links) und Hubert Fischinger von der IKK classic präsentieren das Projekt "Mädchen Sucht Junge"

Mädchen Sucht Junge (MSJ) ist ein Musterbeispiel für eine effektive Umsetzung einer suchtpräventiven Projektidee.

Die Präventionsforschung weist in ihren neuesten Studien darauf hin, dass Maßnahmen zur Vorbeugung → sich an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen orientieren sollen. MSJ ist insbesondere im schulischen Kontext oder in der Jugendarbeit einzusetzen.

- →interaktiv gestaltet sein sollen.

 MSJ informiert über Hintergründe

 und Gefahren einzelner Suchtformen. Allerdings geht es hier nicht

 um eine reine Präsentation oder
 eine Anleitung für einen Vortrag,
 sondern um die interaktive Ausgestaltung mit Frage, Antwort und
 Rollenspiel mit einer Gruppe von
 Jugendlichen.
- → geschlechtsspezifisch ausdifferenziert sein sollen. Das Grundprinzip sieht hier vor, dass ein Mann mit den Jungen und eine Frau mit den Mädchen zu den einzelnen Themen arbeitet. Der Hintergrund für diese Überlegung ist eigentlich simpel die Gründe für ein Suchtverhalten sind bei Jungen und Mädchen häufig ebenso unterschiedlich wie das Verhalten, welches im schlechtesten Fall tatsächlich zur Sucht werden kann.



Das Projekt MSJ vereint all diese Vorzüge auf idealtypische Art und Weise. Die Landearbeitsgemeinschaft der kommunalen Suchtbeauftragten in Baden-Württemberg konnte mit diesem Projekt sowohl das Sozialministerium als auch die IKK classic für eine Finanzierungsbeteiligung gewinnen. Seit Sommer 2010 ist dieses Projekt nahezu ohne Unterbrechung an den Schulen im Ostalbkreis im Einsatz. Schulsozialarbeit, offene Jugendarbeit, Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Einrichtungen der stationären Jugendhilfe nutzen dieses Projekt, um alters- und zielgruppengerecht zu den Themen Alkohol, Nikotin, neue Medien oder auch Körperkult arbeiten zu können.

JUGENDSCHUTZ GEHT ALLE AN



Die Verantwortlichen von Suchtberatung, Jugendarbeit, Polizei und Landratsamt sind sich einig:

Jeder Jugendliche, der mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus landet, ist einer zuviel. Mit entsprechender Sorge war deshalb die Entwicklung beobachtet worden, welche bis zum Jahr 2008 im Ostalbkreis "Zuwachsraten" von bis zu 30 % je Jahr aufgezeigt hatte. 111 Kinder und Jugendliche waren 2008 die traurige Höchstmarke. Was das Gesundheitsministerium für die Bundesrepublik erst 2011 nachweisen konnte, ist im Ostalbkreis bereits im Jahr 2009 gelungen. Der unselige Trend konnte gestoppt und deutlich auf 86 zurück gedrängt und auch in 2010 nochmals leicht gesenkt werden. Hierzu hat ein ganzes Maßnahmebündel beigetragen. Das Kooperationsprojekt "Jugendschutz geht alle an" zwischen Kreisjugendring, Polizei und Landratsamt arbeitet seit Jahren daran, den Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit deutlich zu reduzieren



Die Gewinner des Wettbewerbs Be smart im Mai 2011 mit Sozialdezernent Josef Rettenmaier (rechts)

und darauf hinzuarbeiten, dass das Einhalten von Jugendschutzbestimmungen durch Erwachsene zu einer Selbstverständlichkeit wird. Unterstützt wird dieser präventive Ansatz durch ein Projekt der frühen Intervention, welches in den Jahren 2010 und 2011 zu einer festen Größe im Behandlungsangebot der Suchtberatungsstellen geworden ist:

BAST-A

ist ein Gruppenangebot, welches gerade für die

Gruppe von Jugendlichen entwickelt worden ist, die durch massiven Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit aufgefallen sind. Die zweitägigen Kurse, die in Aalen und Schwäbisch Gmünd durchgeführt werden, sollen den Jugendlichen ermöglichen, ihren eigenen Alkoholmissbrauch zu reflektieren und nach gesunden Alternativen zu suchen. Aus diesem Grund ist fester Bestandteil dieses Gruppenangebots immer ein erlebnispädagogischer Teil, welcher zum Beispiel durch Kletterprojekte einen "gesunden Kick" ohne Alkohol ermöglicht.

BE SMART - DON'T START

Fest etabliert ist im Ostalbkreis das Projekt "Be smart – don ´t start", das 2010 von Landrat Klaus Pavel bereits zum 10. Mal in Folge abgeschlossen werden konnte. War es nach Verabschiedung des Nichtraucher-Schutzgesetzes von vielen als überholt und überflüssig abgetan worden, hat sich die Zahl der teilnehmenden Klassen bei über 90 etabliert. Die Schülerinnen und Schüler dieser Klassen verpflichten sich, über den Zeitraum des gesamten Schuljahres nicht mit dem Rauchen zu beginnen. Neben dem vollständigen Verzicht auf den Tabakkonsum gehört zu den wichtigen Zielen der Tabakprävention, den Beginn des regelmäßigen Rauchens so weit als möglich zu verzögern. Dies gelingt dem Projekt in vorbildlicher Weise. Das Landratsamt hat deshalb in einer Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd das Projekt weiterentwickelt und zusätzliche pädagogische Einheiten erarbeitet, mit welchen sich Schülerinnen und Schüler von fünf ausgewählten Klassen zusätzlich mit dem Thema auseinandersetzen konnten. "Be smart" ist eines der am besten evaluierten Projekte zur Suchtprävention in der Bundesrepublik. Der Ostalbkreis ist seit vielen Jahren einer der Landkreise mit den meisten teilnehmenden Klassen in Baden-Württemberg.



SUCHTHILFE

Nach der Gründung des kommunalen Suchthilfenetzwerkes im Jahr 2009 galt es in den folgenden Jahren, dieses Netzwerk zu knüpfen und zu stabilisieren. Die Arbeit soll an drei ausgewählten Beispielen verdeutlicht werden.

■ SUCHT IM ALTER

Eine Folgeerscheinung der steigenden Lebenserwartung einerseits und des demografischen Wandels andererseits ist auch die Altersstruktur bei suchtkranken Menschen. "Sucht im Alter" ist keine Ausnahmeerscheinung mehr, sondern wird in Familien oder Einrichtungen der stationären oder ambulanten Altenhilfe zunehmend zu einem Problem. Der Ostalbkreis und die Suchtberatungsstellen setzen sich mit dieser Problematik seit vielen Jahren auseinander. Ein etabliertes Beratungsangebot an der PSB Diakonie, die dort angesiedelte Informationsgruppe und das Engagement der Landkreisverwaltung haben es möglich gemacht, dass im Ostalbkreis ein Projekt der Baden-Württemberg Stiftung angesiedelt wurde, das sich genau mit dieser Thematik auseinandersetzt. "Sucht im Alter" soll kein Angstthema für Fachkräfte in der Altenarbeit oder für Angehörige mehr sein, sondern offensiv und professionell angegangen werden. Ein Fachtag im Jahr 2010 konnte nicht nur die Problematik, sondern auch Lösungsansätze in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Altenhilfe aufzeigen.

■ GLÜCKSSPIELSUCHT

Auch die Glücksspielsucht ist eine dieser "Rand"-Suchtformen, die im Ostalbkreis kein Schattendasein führen, sondern seit vielen Jahren professionell angegangen werden. Ebenfalls bei der Kreisdiakonie angesiedelt gibt es ein etabliertes Beratungsangebot, welches durch Präventionsprojekte in Kooperation

mit der Sozialberatung Schwäbisch Gmünd e. V. angeboten wird. Das Thema wurde im Rahmen des "Aktionstags Glückspielsucht" am 29. September 2011erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Leiter der Suchtberatungsstelle Michael Weller und Mitarbeiterinnen der Landkreisverwaltung konnten durch kreative Projekte auf dem Marktplatz der Stadt Aalen darauf hinweisen, dass der durchschnittliche Glücksspieler im Ostalbkreis mit ca. 36.000 Euro verschuldet ist. Allein in den Großen Kreisstädten Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd stehen über 550 Geldspielautomaten, die von den Experten maßgeblich für die Entwicklung einer Glückspielsucht verantwortlich gemacht werden.

■ SUBSTITUTION VON DROGEN-ABHÄNGIGEN

Bereits zum 40. Mal traf sich im Februar 2011 das "Netzwerk Substitution", das aus substituierenden Ärzten, Beratungsstellen, Apotheken und dem Landkreis besteht und seit Mitte der 1990er Jahre regelmäßig zusammen kommt. Ziel des Netzwerkes ist es, die Behandlung nach gleichen Qualitätsstandards umzusetzen und zu einer Verbesserung der Lebenssituation von Drogenabhängigen beizutragen. Überschattet wurde die Arbeit des Netzwerks Substitution im Jahr 2011 von einer bislang nicht für möglich gehaltenen Anzahl von Drogentoten: Mit 18 Toten, die 2011 zu beklagen waren, waren dies annähernd dreimal so viele wie im langjährigen statistischen Mittel. Ursächlich für diese auch gegen den Landestrend massiv ansteigende Zahl war nach den Erkenntnissen der Kriminalpolizei zum einen eine hohe kriminelle Energie der Drogenabhängigen verbunden mit einem teilweise beängstigenden gesundheitlichen Allgemeinzustand, zum anderen aber ein sehr großzügiges Ver-

schreibungsverhalten von niedergelassenen Arztpraxen. Hierdurch wurde es den Drogenabhängigen sehr einfach gemacht, sich mit den unterschiedlichsten Schmerz- und Beruhigungsmitteln zu versorgen. Die unkontrollierte kombinierte Einnahme dieser Mittel führte in sehr vielen Fällen zu einem tödlichen Kreislaufversagen. Dem Landratsamt oblag es auch hier, eine Strategie zu entwickeln, welche unter Einbeziehung des Netzwerks Substitution ebenso wie der Kreisärzteschaften diesen Missbrauch von Medikamenten eindämmen sollte. Durch gezielte Informationen aller Apotheken und auch der niedergelassenen Arztpraxen durch den Geschäftsbereich Gesundheit des Ostalbkreises ist es gelungen, das Verschreibungsverhalten nachhaltig zu verändern und damit zum Jahresende 2011 eine Beruhigung der Situation zu erreichen. Deutlich wurde aber insbesondere die Bedeutung eines funktionierenden Suchthilfenetzwerks, um auch eine eskalierende Situation mit hohen fachlichen Standards bewältigen zu können.

KOORDINATIONSSTELLE PRÄVENTION

2010 konnte die Koordinationsstelle Prävention auf zehn Jahre erfolgreiche Arbeit in der Gewaltprävention im Ostalbkreis zurückschauen. In diesem Zeitraum konnten eine Sensibilisierung des Themas "Gewaltprävention" an Schulen, viele neu initiierte Projekte und deren Ausbau, sowie der Aufbau eines Netzwerks im Ostalbkreis erreicht werden. Mit vielfältigen Projekten in Schulklassen, Fortbildungen für Lehrer und Erzieher, Elternarbeit und Thematischen Reihen hat es die Koordinationsstelle in Kooperation mit Partnern wie Polizei, Kommune, Schule und Jugendhilfe erreicht, das Klima an vielen Schulen positiv zu verändern



und eine größere Offenheit und Ehrlichkeit gegenüber Gewaltfragen zu erlangen.

Trotzdem besteht immer noch ein hoher Bedarf an Methoden und Fortbildungen, um das Thema Gewaltprävention und Soziale Kompetenz noch früher in den Alltag der Kinder und Schüler zu integrieren. Oft fangen die Probleme der Kinder schon im Elternhaus an und werden im Kindergarten und in der Schule häufig nicht richtig angegangen, sodass viele Kinder oftmals keinen anderen Lösungsweg als Gewaltanwendung in Konfliktsituationen sehen und kennen. Auch deshalb wurde 2011 zum ersten Mal der Workshop für Multiplikatoren zur Sozialen Kompetenz "Klimawechsel" mit Dr. Andreas Abt angeboten. Der Workshop soll Pädagogen Möglichkeiten aufzeigen, wie das Thema "Selbstsorge" und die "Erweiterung des Reflexions- und Erfahrungshorizonts anhand dem Modell der Salutogenese" und das Konzept der "Sozialen Kompetenz" im Schulalltag etabliert werden können.



Die Integration von Projekten in den Schulalltag ist ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit, da nur durch eine konsequente Anwendung ein besseres

(Schul-)Klima geschaffen werden kann und die Kinder nur so dauerhaft ein größeres Repertoire an Lösungswegen in Konfliktsituationen erlernen. "Klimawechsel" wird auch im kommenden Jahr wieder stattfinden, um das Netzwerk für langfristig installierte Projekte weiter zu stärken.

Außerdem wurden, wie in den letzten Jahren auch, 2010 und 2011 wieder viele Einheiten mit Schulklassen zum Thema "Soziale Kompetenz", "Streitschlichtung" und "Mobbing" durchgeführt sowie Elternabende zu diesen Themen.



Schülerinnen und Schüler der Realschule Lorch beim Sozialen Kompetenztraining im Wald



Am
26. Januar 2011
zeigte Dr. Mechthild Schäfer, Privatdozentin am
Department für
Psychologie der
Ludwig-Maximilian-Universität

in München, im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes im Zuge der "Thematischen Reihe GewaltPrävention" unter großem Publikumsinteresse auf, welche Folgen ein schlechtes Klassenklima und niedrige soziale Kompetenz von Schülern haben kann. Sie referierte, organisiert durch die Koordinationsstelle Prävention, über die Entwicklung von Mobbing im Klassenzimmer, die optimalen Bedingungen für Mobbing und die Rolle der Mitschüler beim Mobbing. Außerdem machte sie deutlich, wie wichtig die genaue Beobachtung der Kinder ist, um möglichst früh eingreifen zu können und wie wichtig engagierte Elternarbeit ist, um auch den Eltern aufzuzeigen, welche Folgen ungelernter Umgang für ihre Kinder haben kann.

Auch das für Kinder und Jugendliche in der heutigen Zeit immer zentraler werdende Medium "Internet" wurde in den letzten Jahren in der Arbeit der Koordinationsstelle Prävention berücksichtigt. So wurde 2010 das

thematisch passende Jugendtheaterstück "HEXEN@JAGD.DE" der Spiel- & Theaterwerkstatt Ostalb e.V. in Kooperation mit der Koordinationsstelle Prävention installiert. Das Theaterstück möchte die Jugendlichen darin unterstützen, die Gefahren des Internets zu erkennen, Cybermobbing vorzubeugen und Regeln für einen fairen Umgang miteinander im Netz zu beachten. Jedoch ist auch hier eine weitere Thematisierung in den Schulen wichtig, um das Thema den Jugendlichen dauerhaft präsent zu halten und somit Cybermobbing erfolgreicher zu verhindern.



Außerdem fand im Jahr 2011 im Ostalbkreis das Musical "Streetlight" unter der Schirmherrschaft der Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch statt. Das Projekt richtete sich hauptsächlich an Jugendliche in Förder-, Haupt- und Beruflichen Schulen und bot ihnen Seminare zum Erlernen interkultureller und sozialer Kompetenz. Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund wurden ermuntert, ihre vielfältigen Fähigkeiten zu erkennen, diese auszubauen und sich als verantwortliche Mitbürger in unserer Gesellschaft zu engagieren. Das Projekt bestand aus mehreren Kursbausteinen, in denen Themen wie Gewalt, Empathie, Toleranz und gegenseitige Wertschätzung behandelt wurden, welche acht Wochen lang einmal in der Woche in den Schulalltag integriert wurden. Nachfolgend fand eine Projektwoche mit der internationalen Band "Gen Rosso" statt, in der die Schüler die Choreografie des Musi-



cals selbstständig erstellen konnten, ebenso die Aufführung des Musicals und die Nachbereitung. Das Projekt wurde im Rahmen des Schulalltags durchgeführt und konnte durch die Kooperation von "Starkmacher e.V." aus Mannheim, "act for transformation gem. eG" aus Aalen und der Koordinationsstelle Prävention am Kreisberufsschulzentrum Ellwangen durchgeführt werden. "Ich habe gemerkt, dass ich mit Anschreien die Menschen verletze, am Kursende konnte ich mich durchsetzen, ohne andere zu verletzen", war eine Aussage eines Teilnehmers, was den Erfolg des Projekts exemplarisch verdeutlicht.

BERATUNG BEI HÄUSLICHER GEWALT

PLATZVERWEIS UND HÄUSLICHE GEWALT

Seit 2001 ist diese Beratungsstelle beim Landratsamt Ostalbkreis angesiedelt. Bis Ende 2011 stieg die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt, die Kontakt suchten, auf 996 Personen. Davon kamen 230 Betroffene über das Platzverweisverfahren nach Einsätzen der Polizei, 752 Personen nahmen auf Eigeninitiative Beratungen in Anspruch und 14 Opfer suchten Hilfe wegen Stalking. Insgesamt waren 1.007 Kinder involviert.

WELCHE EIGENDYNAMIK HÄLT GEWALTBEZIEHUNGEN SO HÄUFIG SO LANGE AUFRECHT?



Die Gewaltspirale nach Walker

Beziehungen, in denen Gewalt ausgeübt wird, unterliegen häufig einer Dynamik, die unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten einem bestimmten Muster folgt. Typisch ist dabei, das die Gewalt sich zyklisch wiederholt, wobei mit der Zeit sowohl die Abstände zwischen den einzelnen Gewaltakten immer geringer werden als auch die Taten in ihrer Schwere zunehmen. Die erste Phase der Spirale bildet die eigentliche Gewalttat bzw. die -taten. Unmittelbar danach ist der Täter typischerweise über das eigene Tun entsetzt, empfindet tiefe Reue, entschuldigt sich beim Opfer und verspricht, dass es nie mehr vorkommen wird. Da er selbst von diesem Vorsatz überzeugt und die Reue zu diesem Zeitpunkt echt ist, wirken sie sehr glaubwürdig. Sie können das Opfer häufig bewegen, ihm/ihr "eine neue Chance zu geben".

In der nächsten Zeit bemüht sich der Täter um zuvorkommendes Verhalten. Es kommt zu einer neuen Annäherung, nicht selten zu einer "neuen Verliebtheit".

Weder die Gewaltausübung selbst noch die Konflikte, die ihr möglicherweise zugrunde liegen bzw. der durch die Gewalt ausgedrückte Dominanzanspruch, werden offen thematisiert.

Zugleich wird ein Prozess der Verantwortungsverschiebung in Gang gesetzt. Gemeint ist hier, dass der Täter beginnt, sein eigenes Handeln zunehmend mit äußeren Umständen oder dem Fehlverhalten des Opfers zu rechtfertigen.

Die unbearbeiteten Konflikte kommen wieder zu Tage. Irgendwann entscheidet der Täter, dass "es reicht" und er schlägt (bewusst) zu. Der Kreis schließt sich nun wieder und die Spirale dreht sich steigend weiter. Das Instrument des Platz- bzw. Wohnungsverweises der Täter durch die Polizei bietet hier ein ausgezeichnetes Instrument, stellvertretend für die Opfer den "Ausstieg" aus der Gewaltspirale zu ermöglichen.

ALTENHILFEFACHBERATUNG / BEHINDERTENKOORDINATION / PFLEGESTÜTZPUNKT

PFLEGESTÜTZPUNKT OSTALBKREIS – EIN ZUKUNFTORIENTIERTES ANGEBOT



Eröffneten offiziell den Pflegestützpunkt Ostalbkreis: Robert Riemer (Knappschaft), Sozialdezernent Josef Rettenmaier, Angela Kölle (Knappschaft), Sabine Rathgeb (Pflegestützpunkt), Viktor Hartl (BKK Landesverband Baden-Württemberg), Petra Pachner (Pflegestützpunkt), Claus Ungerer (Landwirtschaftliche Kranken- und Pflegekasse Baden-Württemberg), Andrea Palinkas (IKK classic), Josef Bühler (AOK), Landrat Klaus Pavel, Peter Schmeiduch (Sozialministerium Baden-Württemberg) und Joachim Müller (Verband der Ersatzkassen e. V.)



In einem immer komplexer werdenden Gesundheitssystem fällt es dem Einzelnen immer schwerer, aus einer Vielzahl von Hilfs- und Unterstützungsangeboten für sich die richtige Leistung zu finden. Der individuelle Hilfebedarf von Betroffenen und ihren Angehörigen ist sehr unterschiedlich. Daher benötigen Ratund Hilfesuchende in vielen Fällen eine Unterstützung. Der Gesetzgeber hat diesem Problem Rechnung getragen, indem er im Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom 1. Juli 2008 den Aufbau von Pflegestützpunkten initiierte und dort eine unabhängige, neutrale und individuelle Pflegeberatung auf der gesetzlichen Grundlage nach § 92c SGB XI festlegte.

Auch im Ostalbkreis hat man sich für den Aufbau eines Pflegestützpunktes entschieden. Am 29. September 2009 erfolgte der Beschluss des Kreistages. Bereits am 15. Juli 2010 konnte das neue Beratungsangebot des Pflegestützpunktes Ostalbkreis starten – als einer der ersten Landkreise in Baden-Württemberg.

Standort des Pflegestützpunktes Ostalbkreis ist das Landratsamt in Aalen. Weitere Beratungsbüros wurden in den Außenstellen des Landratsamtes in Schwäbisch Gmünd, Haußmannstr. 29 und in Ellwangen, Sebastiansgraben 34 eingerichtet. Ansprechpartner sind die Altenhilfefachberaterinnen Petra Pachner und Sabine Rathgeb.

Der Pflegestützpunkt soll allen Ratund Hilfesuchenden eine kostenlose und neutrale Beratung zu Fragen im Vor- und Umfeld einer Pflegesituation bieten. Die Fachkräfte übernehmen dabei als neutrale Lotsen eine Wegweiserfunktion durch die Vielzahl von Informationen und Hilfen rund um das Thema Pflege. Träger des Pflegestützpunktes Ostalbkreis sind neben dem Landkreis die AOK Ostwürttemberg, die Ersatzkassen, die IKK classic, die Landwirtschaftlichen Kranken- und Pflegekassen Baden-Württemberg, die Knappschaft und der Landesverband der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg. Durch die Betriebsträgerschaft des Landkreises wird die erforderliche Neutralität und gleichzeitig die Vernetzung aller Angebote in der Altenhilfe gewährleistet.

Eine weitere Aufgabe des Pflegestützpunktes ist die Vernetzung und Koordination, d. h. die enge Zusammenarbeit mit Trägern von Hilfs- und Unterstützungsangeboten.

Der Pflegestützpunkt dient als Impulsgeber zur Entwicklung neuer, wohnortnaher Versorgungskonzepte mit dem Ziel, die ambulante Pflege weiter zu stärken.

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und die Qualitätssicherung sowie die Mitarbeit bei der vom Land vorgesehenen wissenschaftlichen Evaluation sind weitere Bausteine im Aufgabenfeld des Pflegestützpunktes.

AUFBAU VON WOHNBERATUNGSSTELLEN

Der Wunsch der meisten Menschen ist es, auch im Alter in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Bei auftretender Hilfs- und Pflegebedürftigkeit können bauliche Schwellen und Ausstattungsmängel dazu führen, dass man trotzdem die eigene Wohnung verlassen muss oder sich dort nur noch mit fremder Hilfe zurechtfinden kann. Daher hat der Pflegestützpunkt als eine der ersten Maßnahmen den Aufbau von Wohnberatungsstellen initiiert und koordiniert. Im Herbst 2010 wurden zehn ehrenamtliche Personen aus den drei Kreisstädten zum ehrenamtlichen Wohnberater qualifiziert. Die Wohnberater beraten individuell und unabhängig und empfehlen eine auf die jeweilige Situation abgestimmte bauliche Anpassung der Wohnung, um einen Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Koordination

der Wohnberatung erfolgt über den Pflegestützpunkt Ostalbkreis.

ALTENHILFEFACHBERATUNG AUFBAU EINES OFFENEN PC-NETZWERKS

Am 24. Februar 2011 fand im Gro-Ben Sitzungssaal im Landratsamt in Aalen der Fachtag "Verbraucher 60+ -Sicher im Internet" statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Altenhilfefachberatung zusammen mit dem Kreisseniorenrat Ostalb e. V.. Die Resonanz war mit über 300 Teilnehmern überwältigend. Bei dieser ersten Konferenz im Ostalbkreis zum Thema "PC und Internet" äußerten viele Besucher den Wunsch nach einer kostenfreien Kontaktstelle für PC-Fragen. Am 7. Juli 2011 fand ein erstes Treffen zur Realisierung eines PC-Netzwerks für Senioren statt. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe aus 13 Mitgliedern, wie z. B. dem Stadtseniorenrat Aalen, Schwäbisch Gmünd und Lorch, Begegnungsstätte Spitalmühle und Bürgerspital, Volkshochschule Aalen und vielen weiteren Akteuren. Um das Netzwerk im ganzen Ostalbkreis aufzubauen wurde am 22. November 2011eine Informationsveranstaltung des PC-Netzwerks angeboten. In den Kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes in Aalen kamen über 50 Personen, die den Bedarf eines solchen PC-Netzwerkes bestätigten.

Ziele des PC-Netzwerks sind die Beratung und Hilfestellung rund um den PC durch erfahrene Mentoren. Das Netzwerk ist gleichzeitig ein offener Treff für ältere Mitbürger, die in verständlichen und "altersgerechten" Erklärungen die Möglichkeiten der PC- und Internetnutzung aufgezeigt bekommen. Start des offenen Treffs in Aalen ist am 16. Januar 2012; darauf folgt der Start in Schwäbisch Gmünd am 7. Februar 2012. Die Treffen sollen ein Mal im Monat stattfinden, weitere Standorte sollen folgen.



JUGEND VERSTEHEN - JUGEND VERNETZEN UND JUGEND VERTRETEN

Die enge Verbindung zwischen Jugendreferat und Kreisjugendring Ostalb e. V. war auch in den vergangenen zwei Jahren ein Erfolg. Der Leitsatz "Jugend verstehen - Jugend vernetzen und Jugend vertreten" wurde erneut aktiv inhaltlich umgesetzt. Trotz angespannter personeller Situation gelang es im Jahr 2010, eine neue und günstige Freizeit für Jugendliche zu schaffen - die Actionfreizeit am Bodensee: Kanu fahren, Hochseilgarten, biken, wandern und vieles mehr für wenig Geld! Untergebracht waren alle in Großzelten auf dem Campingplatz.



Nachdem die Fahrt nach Ravenna bereits im Jahr 2009 in den Sommerferien kaum noch nachgefragt wurde, sollte die Freizeit im Jahr 2010 erstmalig in den Pfingstferien statt finden und somit versucht werden, das Angebot zu retten. Nachdem dies aufgrund erneut mangelnder Nachfrage misslang, endete damit vorläufig ein langjähriges erfolgreiches Angebot.

Eines der Schwerpunktthemen 2010 waren die Gespräche mit den Kreistagsfraktionen, die den Kreisjugendring-Vorstand zu ihren Sitzungen einluden (CDU, SPD, FDP, Grüne und Freie Wähler). In den Gesprächen ging es vor allem darum, sich gegenseitig kennenzulernen und vor stets interessierten Zuhörern auch die Arbeit des Jugendrings vorzustellen. Ein Teil der Gespräche bestand auch aus aktuellen Themen und Fragestellungen wie z.B. Sonderurlaub, Jugendhilfeplanung, Stellensituation und die deshalb notwendige

Anpassung des Kreisjugendring-Jahresprogramms, Sicherung des Zuschussbudgets, Notwendigkeit der Freiräume für Jugendliche, Partizipation von Jugendlichen (mit, statt über Jugendliche reden!). Im Herbst des Jahres 2010 fanden zusätzlich Treffen des Kreisjugendrings mit allen Abgeordneten des Kreises aus Bundestag und Landtag statt. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen und den bereits benannten Themen standen dabei zusätzlich noch Punkte wie Senkung des Wahlalters, polizeiliches Führungszeugnis für Ehrenamtliche, die Landtagswahlaktion 2011, Bundeswehr in den Schulen und die Aussetzung der Wehrpflicht auf der Tagesordnung.



Als zu Beginn des Jahres 2011 auch die noch verbliebene hauptamtliche sozialpädagogische Stelle und somit auch die Geschäftsführung des Kreisjugendrings für längere Zeit ausfiel, bewährte sich die langjährige gute Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt. Die beiden Geschäftsstellenmitarbeiterinnen schafften es, gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Vorstand dank gro-Bem zusätzlichen Engagement und Aufwand, die laufenden Projekte, Freizeiten und Aktionen zu stemmen. Ab April 2011 bedeutete die dazugekommene Krankheitsvertretung mit 75% Stellenumfang eine spürbare Unterstützung des Teams.

Trotz des knappen Personals konnte die Sternfahrt für Kinder und Jugendliche mit Behinderung unter der Schirmherrschaft von Landrat Klaus Pavel 2010 auf dem Härtsfeldhof statt finden. Neben Reiten und Kutschfahrt wurde durch die Mitglieder des Kreisjugendring Ostalb e.V. wieder ein buntes Rahmenprogramm für Jedermann geboten – das ließ die Kinderaugen strahlen. Und auch im Jahr 2011 ging es bei der Sternfahrt im Schwabenpark ganz schön rund: Achterbahn, Gokart fahren, Streichelzoo und vieles mehr.



Zudem wurde zum zweiten Mal das Projekt "Kicken gegen Rechts" 2011 im Carl-Zeiss-Stadion in Oberkochen fast ausschließlich vom ehrenamtlichen Vorstandsteam "gestemmt". Dieser Aktionstag zeigte erneut weit über den Landkreis hinaus Wirkung und wird wohl auch zukünftig ein wesentlicher Programmschwerpunkt bleiben.



Ab Oktober 2011 war das Jugendreferat und somit die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings wieder personell voll besetzt. Mit der ersten sehr gut besuchten und durch hochwertige auswärtige Referenten unterstützten Bildungskonferenz in Aalen und den neu intensivierten Kontakten zum Trägerverein der ehemaligen Synagoge in Oberdorf konnten dann zum Jahresabschluss folgerichtig auch wieder neue Impulse zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit im Ostalbkreis gesetzt werden.



DIE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK STEHT NICHT ZUR DISPOSITION

Seit der Grundgesetzänderung 1994 ist klargestellt, dass die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter eine der wenigen Staatszielbestimmungen im Grundgesetz darstellt. Arbeit, Zeit, Geld und Macht sind noch lange nicht gerecht verteilt – mit vielen Nachteilen für Frauen, aber auch einigen für Männer. Geschlechterpolitik ist also nach wie vor notwendig. Denn in einer gleichberechtigten, gerechten und solidarischen Gesellschaft

- befinden sich Erwerbstätigkeit und Privatleben im Gleichgewicht,
- ist die Pflege hilfsbedürftiger Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe,
- werden Pflege- und Betreuungsberufe gesellschaftlich anerkannt und wertgeschätzt,
- ist Mutterschaft kein Anlass zur Diskriminierung,
- wird Gewalt gegen Frauen und Kinder als Ausdruck des patriarchalischen Gesellschaftssystems erkannt und bekämpft,
- ist die finanzielle Unabhängigkeit aller Frauen garantiert.

Deutschland ist die größte Wirtschaftsmacht in Europa, bei der Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern hinkt es jedoch sehr hinterher. Neu ist das nicht, doch die Empörung wächst, weil sich die Situation nicht ändert. Für jede geleistete Arbeitsstunde erhalten Frauen in Deutschland 23 % weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Im EU-Vergleich - hier beträgt der Unterschied 17,4% – ist das ein siebtletzter Platz. Fast alle EU-Länder konnten die Gehaltslücke verringern, nur in Deutschland ist sie nach anfänglichen Verbesserungen wieder gewachsen. Gründe dafür sind u.a., dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erst langsam in den Betrieben zu einem zentralen

Thema geworden ist, dass Frauen wegen Kindererziehung längere Zeit aus dem Erwerbsleben aussteigen, dass Frauen seltener in den besser bezahlten Branchen, Berufen und Karrierestufen anzutreffen sind als Männer und typische Frauenberufe schlechter bezahlt werden als typische Männerberufe.

Hier lag in den letzten Jahren ein großer Schwerpunkt der Gleichstellungsarbeit. Im Regionalen Bündnis für Familie Ostwürttemberg e.V., im FamilyNet und in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten wurden die Themen intensiv bearbeitet. 2010 wurde ein Leitfaden zum Thema Pflege entwickelt sowie ein bestpractice-Katalog zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daneben besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule, um Mädchen und Frauen mehr für technische Berufe zu begeistern. Auch der girls day ist ein geeignetes Forum, um Mädchen an technische Berufe heranzuführen, während beim boys day Jungen pflegerische und erzieherische Berufe kennen lernen können.

Ein weiterer wichtiger Grund, weshalb Frauen weniger verdienen ist, dass sie häufiger in Teilzeit arbeiten und weniger Überstunden machen. Teilzeit in Führungspositionen ist in den Unternehmen noch sehr selten und ebenso Männer, die in Teilzeit arbeiten.

Auch beim Thema "Frauen in Führungspositionen" geht es in Deutschland nur im Schneckentempo voran. "Müssen wir in diesem Bereich immer auf einem der letzten Plätze spielen und uns erst bewegen, wenn es Strafandrohungen aus Brüssel gibt?", fragten die Gleichstellungsbeauftragten und forderten eine

gesetzlich vorgeschriebene Quote. Unternehmen müssen mit Vereinbarungen klar Stellung beziehen, dass Frauen als Führungskräfte willkommen sind.

Damit Frauen den Mut haben, ihre eigenen Wege zielstrebig weiterzugehen und sich auf berufliche und private Herausforderungen einlassen, werden in Zusammenarbeit mit der Kontaktstelle Frau und Beruf und anderen Fortbildungseinrichtungen regelmäßig Seminare angeboten. Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Freizeit bedarf noch großer Anstrengung aller Beteiligten.



Zur Integrationsarbeit gibt es im OAK viele gelungene Projekte.

"Heimat ist - hier!" ist ein Projekt, das sich an Frauen

mit Migrationshintergrund richtet. Mehrere Seminare wurden bisher mit Erfolg durchgeführt. Die Frauen treffen sich weiterhin und beschäftigen sich neben politischen Themen auch mit Gesundheit, Kunst und Kultur.

Beim Thema Gewalt ist zu erkennen, dass die Netzwerke im Ostalbkreis intensiv und erfolgreich zusammenarbeiten und gemeinsam Fortbildungen anbieten. Zusammenfassend ist festzustellen, dass gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf öffentlich wahrgenommen und auch öffentlich diskutiert wird und dass zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie konkrete Ergebnisse sichtbar sind.



BILDUNGSREGION OSTALBKREIS

Bildung ist in der heutigen Gesellschaft eines der wichtigsten Themen, ein wesentlicher Schlüssel für die Weiterentwicklung einer Region und darüber hinaus für die persönliche Entfaltung eines jeden Einzelnen von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grund beteiligt sich der Ostalbkreis seit Beginn des Jahres 2010 am "Impulsprogramm Bildungsregionen" des Landes Baden-Württemberg, das zum Ziel hat, alle an Bildung Beteiligten zu vernetzen und die Bildungsqualität einer Region zu verbessern.



Das Team des Bildungsbüros: Projektverantwortlicher Ralf Wagenknecht, Volker Zimmer und Frank Henssler

Zu den zentralen Organen der Bildungsregion Ostalb zählen die Steuergruppe sowie das im Februar 2010 eingerichtete Bildungsbüro. Der Steuergruppe, die sich aus Vertretern des Landratsamtes, des Regierungspräsidiums Stuttgart, des Staatlichen Schulamtes Göppingen, der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd sowie den Kommunen zusammensetzt, obliegt die Gesamtverantwortung für die Gestaltung der Entwicklungsprozesse in der Bildungsregion. Das Bildungsbüro initiiert und koordiniert im Auftrag der Steuergruppe alle Aktivitäten der Bildungsregion und sorgt für die Vernetzung aller an Bildung beteiligten Akteure im Ostalbkreis. Organisatorisch gehört das Bildungsbüro zur Stabstelle des Landrats in der Landkreisverwaltung und wird vom Land kofinanziert.

Als erste Projekte bearbeitete das Bildungsbüro die Entwicklung eines Angebotkonzeptes zur Verbesserung der intensiven Sprachförderung und die Einrichtung eines internetbasierten Bildungsportals. Zu den Initialprojekten gehörte auch die Erstellung eines 1. Bildungsberichts.

BILDUNGSBERICHT "BILDUNG IM OSTALBKREIS 2011"



Der Bildungsbericht wurde in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd erstellt und im April des Jahres 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht erlaubt eine biographische Perspektive lebenslangen Lernens und umreißt einen Zeitraum von der frühen Kindheit bis in das Erwachsenenalter. Er stellt somit ein wichtiges Instrument zur Analyse der Bildungslandschaft im Ostalbkreis dar und ermöglicht die Darstellung von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken im Bildungsbereich.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Bildungsberichts eine positive Entwicklung der Bildungsregion in den letzten Jahren, verdeutlichen aber auch eine in Teilen heterogene Bildungslandschaft mit Entwicklungsperspektiven und -potentialen sowie Herausforderungen für die Zukunft.

1. BILDUNGSKONFERENZ

Die Ergebnisse und Erkenntnisse des ersten Bildungsberichts und die daraus abzuleitenden Handlungsmaßnahmen waren thematischer Inhalt der 1. Bildungskonferenz, die am 19. Juli 2011 unter Beteiligung von Kultusstaatssekretär Dr. Frank Mentrup im Ostalbkreishaus stattfand. Dr. Mentrup stellte in einem anregenden Vortrag die Eckpfeiler der Bildungspolitik der neuen Landesregierung vor. Nach einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Bildungsberichts durch den Projektverantwortlichen der Bildungsregion, Ralf Wagenknecht, hatten die Konferenzteilnehmer die Möglichkeit, in acht Kurzworkshops folgende Themen zu bearbeiten:

- 1. Erhöhung der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem
- Übergänge, Vernetzung und Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis



Kultusstaatssekretär Dr. Frank Mentrup (2. v. l.) im Gespräch mit Jörn P. Makko von Südwestmetall (links), Landrat Pavel (3. v. l.) und Ralf Wagenknecht (rechts) bei der 1. Bildungskonferenz



- Sicherung und Ausbau der Kinderbetreuung
- Flexibilisierung und Erhöhung der Durchgängigkeit der beruflichen Ausbildung
- Integration von Menschen mit Benachteiligungen, Behinderungen und Handicaps
- Erhöhung der Studierenden an den Hochschulen und Bindung der Absolventen an Unternehmen im Landkreis
- Stärkung der Transparenz und der Nachfrageerfüllung der Weiterbildungsangebote
- 8. Herausstellen der Bedeutung der Bildung für die Zukunft

sowie Weiterentwicklung der Bildungsregion

Insgesamt wurden in den Workshops über 90 Vorschläge und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet, die seitens des Bildungsbüros Anfang 2012 in einem Handlungskonzept zusammengeführt werden.

BILDUNG - DER ROHSTOFF DES OSTALBKREISES

Deutschland hat durch seine duale Ausbildung und die anschließenden Angebote zur Weiterbildung in den Beruflichen Schulen und bei anderen Bildungsträgern einen enormen Vorteil im internationalen Wettbewerb. Um den Fachkräftebedarf im Ostalbkreis zu sichern, müssen die Jugendlichen von den Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten überzeugt werden. Da der Ostalbkreis keine Bodenschätze besitzt, ist sein Rohstoff die schulische und berufsschulische Bildung sowie die Hochschulbildung.

Die Nähe zur Wirtschaft und die dortigen dynamischen Entwicklungen erfordern von den Beruflichen Schulen eine hohe Flexibilität und Innovationsbereitschaft. Berufsfachliche Entwicklungen und geänderte Kompetenzanforderungen an die Mitarbeiter in den Betrieben werden von den Beruflichen Schulen aufgegriffen und vorangetrieben. Dies schlägt sich in den modernen Unterrichtsmethoden, in der inhaltlichen Gestaltung der Bildungsgänge und in der räumlichen Ausstattung der Schulen nieder. Aufgrund des weitsichtigen Handelns des Ostalbkreises durch die Erweiterungsbauten an allen drei Kreisberufsschulzentren in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass jungen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, entweder eine duale Berufsausbildung (Lehre) oder eine vollschulische Berufsausbildung im Ostalbkreis zu erhalten. Die Beruflichen Schulen des Ostalbkreises haben wiederum flexibel auf die veränderte Situation reagiert und die nachfolgenden Ausbildungsgänge neu eingerichtet.

Technische Schule Aalen	 Berufsoberschule Fachrichtung Technik (Technische Oberschule) 1 Klasse Technisches Gymnasium, Profil "Technik und Management" 	
Justus-von-Liebig-Schule Aalen	 2 Ganztagesklassen BVJ, VAB und BEJ Fachschule für Sozialpädagogik in Teilzeitform 	
Kaufmännische Schule Aalen	 Berufsoberschule kfm. Richtung (Wirtschaftsoberschule) 1 weitere Klasse am Wirtschaftsgymnasium 	
Kreisberufsschulzentrum Ellwangen	 3 Ganztagesklassen BVJ, VAB und BEJ 2 Ganztagesklassen BK I Kaufmännisches Berufskolleg II 	
Gewerbliche Schule Schwäbisch Gmünd	 1 Ganztagesklassen BVJ, VAB und BEJ 1 Klasse Technisches Gymnasium, Profil "Technik und Management" 	
Kaufmännische Schule Schwäbisch Gmünd	 Kaufmännisches Berufskolleg II 	
Agnes-von-Hohenstaufen-Schule Schwäbisch Gmünd	▶ 1 Ganztagesklassen BVJ, VAB und BEJ	



AUSBILDUNGS- UND STUDIENMESSE DES OSTALBKREISES ERSTMALIG IM BERUFLICHEN SCHULZENTRUM IN AALEN

Die bereits seit 1997 jährlich stattfindende Ausbildungs- und Studienmesse des Ostalbkreises und der Agentur für Arbeit erfreut sich auch seitens der Aussteller immer größerer Nachfrage. Deshalb wurde die Messe im März 2011 erstmalig im Beruflichen Schulzentrum in Aalen durchgeführt. An den 135 Messeständen konnten sich die über 4.000 meist jugendlichen Besucher über vielfältige Berufsangebote informieren. Eine ständig steigende Zahl beteiligter Betriebe als auch zunehmende Besucherzahlen zeugen vom Erfolg dieser Veranstaltung.

PROJEKT ZUKUNFT (PLUS UND VBO)

Der Ostalbkreis sieht in der Bildung ein zentrales Schlüssel- und Zukunftsthema. Eine breite Palette von Schultypen sorgt dafür, dass Jugendliche eine Ausbildung entsprechend ihren persönlichen Begabungen und Neigungen erhalten können. Besonders schwer gestaltet sich jedoch der Übergang für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Der Ostalbkreis will es sich nicht leisten, Hauptschüler ohne realistische berufliche Perspektive aus der Schule zu entlassen. Deshalb wurde speziell für diese Zielgruppe das Projekt ZUKUNFT angelegt.

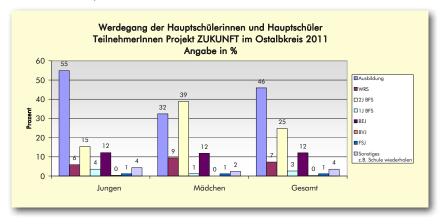
Viele dieser Schulabgänger wählen den einfachen Weg und melden sich nach dem Schulabschluss an einer weiteren Schule an, auch wenn dies nicht immer zu einem höheren Schulabschluss führt. Auf dem Ausbildungsmarkt werden aber genau diese Schulabgänger gesucht. Um diese Warteschleifen zu minimieren, beginnt das Projekt ZUKUNFT in



Klasse 8 und begleitet und unterstützt die Teilnehmer bis zum Abschluss. Wöchentlich sind die Mitarbeiter im Projekt ZUKUNFT verlässlich an den Schulen und arbeiten parallel zum Unterricht mit den Teilnehmern an deren Berufswegeplanung. Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes ist die Elternarbeit. Eltern werden durch Verträge zur aktiven Mitarbeit aufgefordert. Alle Beteiligten im Prozess "Übergang Schule-Beruf" sind untereinander stark vernetzt, so dass das im Vordergrund stehende Ziel, für jeden den bestmöglichsten Schulabschluss zu erreichen oder nach dem Hauptschulabschluss direkt in eine Ausbildung zu gehen, von allen mit der gleich hohen Priorität angesteuert wird.

Zum Schuljahresende 2011 konnten so 46% der Teilnehmer direkt nach dem Hauptschulabschluss eine

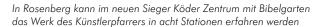
duale Ausbildung beginnen. 32% strebten einen höheren Schulabschluss an. Insgesamt hatten (nur) noch 24 Schüler im Ostalbkreis keinen Hauptschulabschluss erreicht. Halbjährlich treffen sich die Mitarbeiter Projekt ZUKUNFT mit den Geldgebern (Agentur für Arbeit, ESF, Staatliches Schulamt Göppingen, Ostalbkreis) und weiteren Beteiligten zur Weiterentwicklung und zur Evaluation und des Projektes. Nicht ein Mangel an Projekten, sondern die fehlende Verknüpfung, die mangelnde Transparenz und die kurzen Laufzeiten von unterschiedlichen Programmen in der Vergangenheit machten diese Art des flächendeckenden Übergangsmanagements, gesteuert durch den Landkreis, nötig. Das Projekt ZUKUNFT ist an den Hauptschulen im Ostalbkreis nicht mehr wegzudenken.













Das Sieger Köder Museum in Ellwangen lädt dazu ein, der Bibel in der Malweise und Malinterpretation Sieger Köders zu begegnen

Kunst und Kultur

MUSEEN IM OSTALBKREIS

Die Museumslandschaft des Ostalbkreises hat im Juli 2010 mit dem Schutzhaus über dem Limestor in Rainau-Dalkingen und im Mai 2011 mit dem Sieger Köder-Museum in Ellwangen sowie im Juni 2011 mit dem Sieger Köder Zentrum in Rosenberg eine attraktive und publikumswirksame Erweiterung erfahren. Somit ist die Anzahl der Museen auf 51 angestiegen, was den Ostalbkreis zu einer der reichsten Museumslandschaften in Baden-Württemberg macht.

Damit die Museen auch aus der Ferne auf Interesse stoßen, werden seit 2003 virtuelle Rundgänge durch die Museen im Internet unter www. ostalbkreis.de angeboten. Dazu gekommen sind in jüngster Zeit das Goldbergmuseum in Riesbürg-Goldburghausen und das Klostermuseum in Neresheim.

Der Internationale Museumstag und das Sommerferienprogramm sind beim Museumspublikum nach wie vor sehr beliebt. Mit Angeboten in 26 Museen (2010) und in 22 Museen (2011) am Museumstag steht der Ostalbkreis im Vergleich zu den übrigen Landkreisen Baden-Württembergs seit Jahren an der Spitze. Am Ferienprogramm 2011 haben

26 Museen und Freilichtanlagen (2010: 29) mit 133 Einzelveranstaltungen (2010: 146) teilgenommen. Zudem waren während der Sommerferien 19 Ausstellungen (2010:13) zu sehen. So kann in den Ferien keine Langeweile aufkommen.

Neben Einzelberatungen der Museen werden die Museumsmitarbeiter jährlich zu unterschiedlichen Themen geschult. Wird Museumspädagogik allgemein als Angebot für Kinder betrachtet, wird es im musealen Alltag wesentlich weiter gefasst und der demografischen Entwicklung längst Rechnung getragen. Aus diesem Grund wurde von der Museumsbeauftragten des Landkreises 2010 das Thema "Senioren im Museum" als Schulung angeboten. Im Jahr 2011 stand mit dem Schulungsthema "Sammlungsaufbau" eine Materie im Vordergrund, die der gegenseitigen Abgrenzung bei den Sammlungskonzepten und der Attraktivität der Museen dient. Den Besuchern können dadurch gezielt abwechslungsreiche Präsentationen gezeigt werden. Im Rahmen der zweimal jährlich stattfindenden Informationsforen war der Arbeitskreis Museen im Ostalbkreis in Abtsgmünd-Untergröningen im Schloss bei KISS - Kunst im Schloss

und im Mittelsteinzeit und Geschichten Museum, im Klostermuseum in Neresheim, am Limestor in Rainau-Dalkingen und in Aalen im Urweltmuseum zu Gast.

Das Limestor Dalkingen wird seit seiner Eröffnung organisatorisch und inhaltlich von der Museumsbeauftragten des Landkreises betreut, die auch alle Aufgaben rund um das UNESCO-Weltkulturerbe Obergermanisch-Rätischer Limes im Ostalbkreis als Limeskoordinatorin wahrnimmt. Im Limestor waren im Jahr 2010 rund 5.000 Besucher, 2011 konnten 10.908 Personen bei den Öffnungstagen, Aktionen und insgesamt 146 Führungen gezählt werden.



Das Limestor Dalkingen bei der Luftballonaktion des Aktionstages "Am Limes grenzenlos" mit den Rainauer Grundschulen anlässlich des UNESCO-Welterbetags 2011

Kunst und Kultur





Impressionen der verschiedenen Ausstellungen

AUSSTELLUNGEN

Werke regionaler Künstler, die teilweise weit über die Region hinaus bekannt sind, konnte der Ostalbkreis auch in den Jahren 2010 und 2011 bei verschiedenen Ausstellungen in den Verwaltungsgebäuden der Landkreisverwaltung in Aalen und Schwäbisch Gmünd präsentieren. Hierbei konnte wieder ein breites Spektrum an Malerei, Radierungen und Skulpturen gezeigt werden. Insbesondere sind die Namen folgender Künstler zu nennen: Alfred Bast, Ulrich Brauchle, Achim Brückner, Simon Maier, Thomas Michalk und Ulrich Veigel.

JUNGE PHILHARMONIE OSTWÜRTTEMBERG

Die Junge Philharmonie Ostwürttemberg konnte in den letzten beiden Jahren wieder auf einen beachtlichen Umfang an erfolgreichen Konzerten zurückblicken:

Nachdem der gemeinsame Auftritt mit dem renommierten Musikkabarettisten Hans Liberg bereits im Juli 2009 überzeugte, gab es im April 2010 in der vollbesetzten Aalener Stadthalle eine Neuauflage. Im Juni/Juli 2010 stellten die jungen Musikerinnen und Musiker mit Maximilian Sutter aus Aalen als Solist an der Trompete mit Werken von Ludwig van Beethoven, Alexander Arutjunian und Aram Chatschaturjan in Aalen, Heidenheim, Schwäbisch Gmünd und auf Schloss Kapfenburg ihr Kön-

nen unter Beweis. Mit zwei Konzerten auf Schloss Kapfenburg wurde die Projektphase 2010 mit Werken von Edvard Grieg, Hanns Eisler und Joseph Haydn beschlossen.

Beim Pfingstprojekt im Juni 2011 beeindruckte das Orchester in Böbingen, Heidenheim und Aalen mit Werken von Dmitri Schostakowitsch, Peter I. Tschaikowski und Alexander Borodin. Als Solist am Violoncello brillierte Michael Bosch aus Heidenheim. Gänzlich begeisterte die Junge Philharmonie Ostwürttemberg das Publikum jedoch bei ihrem Sommerprojekt mit hinreißenden Werken von Maurice Ravel (u. a. Bolero), Leonard Bernstein, José Pablo Moncayo, Arturo Marquez, Cécile Chaminade, Georges Bizet und Jerónimo Gi-

ménez. Durch die hervorragende Umsetzung der Stücke sowie die im Vordergrund stehenden lateinamerikanischen Rhythmen hielt es das Publikum schließlich nicht mehr auf den Sitzen. Als Solistin (Flöte) überzeugte Tabea Stadelmaier aus Schwäbisch Gmünd.

Uwe Renz leitete mit großer pädagogischer und musikalischer Kompetenz alle aufgeführten Projekte und Konzerte und ist somit nicht unwesentlich an der erfolgreichen Umsetzung und Aufführung der Werke beteiligt. Die Geschäftsführung der Jungen Philharmonie teilen sich Gabi Stark vom Geschäftsbereich Schulen und Bildung beim Landratsamt und Holger Kreuttner von der Kreissparkasse Ostalb.



Geschäftsbericht des Ostalbkreises 2010 – 2011



Partner in Europa KREISPARTNERSCHAFTEN

Zwischen der Provinz Ravenna/ Italien und dem Ostalbkreis besteht seit 1992 eine offizielle Partnerschaft. Regelmäßige und vielseitige Kontakte in den Bereichen Jugend, Schulen, Kultur, Sport, Wirtschaft, Soziales und Verwaltung beleben diese Partnerschaft. Inzwischen haben sich innerhalb der Kreispartnerschaft auch feste Verbindungen zwischen Städten und Gemeinden entwickelt. Der Ostalbkreis war bisher Initiator von insgesamt neun Städte- und Gemeindepartnerschaften mit Städten und Gemeinden der Provinz Ravenna in Italien.

Die jüngste Städtepartnerschaft haben nach langjährigen Kontakten der Aalener Oberbürgermeister Gerlach und Bürgermeister Zoffoli, Cervia, am 10. Mai 2011 in einem feierlichen Akt im Salzlager von



Francesco Giangrandi (rechts) übergab die Ehrenfahne im Rahmen einer Kreistagssitzung an Landrat Klaus Pavel (links)

Cervia mit ihren Unterschriften besiegelt. Insgesamt weilte eine 17-köpfige Delegation in Cervia, um die Vertragsunterzeichnungen mitzuverfolgen.

Eine herausragende Ehrung erhielt der Ostalbkreis in der Sitzung des Kreistags am 12. April 2011. Der damalige Präsident der Provinz Ravenna, Francesco Giangrandi, übergab an Landrat Klaus Pavel die "Italienische Fahne für besondere Verdienste". Die Auszeichnung wurde durch Staatspräsident Napolitano vergeben. Damit wurden die langjährigen intensiven Kontakte zwischen der Provinz Ravenna und dem Ostalbkreis gewürdigt.

Tourismus

TOURISMUSENTWICKLUNG

Deutschland wird als Reiseziel bei Urlaubern immer beliebter. Mit rund 370 Millionen Übernachtungen in 2010 ist es europaweit die Nummer eins vor Spanien und Italien. Auch im Ostalbkreis hat sich der Tourismus in den zurückliegenden Jahren stark entwickelt und ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor gewachsen. Ziel ist es, Freizeitwert und Lebensqualität zu steigern, Familien und Fachkräftepotenzial zu binden und sich zusammen mit anderen Landkreisen, Touristikgemeinschaften und Verbänden einheitlich und kosteneffizient zu präsentieren.

Die Schwäbische Alb als Destinationsmarke wurde von der Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg im Tourismuskonzept 2010 als eine der fünf Destinationen in BadenWürttemberg herausgestellt. Der Ostalbkreis präsentiert sich mit seinen Erlebnismarken unter dem Dach der Destinationsmarke Schwäbische Alb. Diese ist nicht allein durch die zehn Mitgliedslandkreise und alle Mitgliedskommunen sondern vor allem durch die einzigartige geologische und geografische Abgrenzung unverwechselbar. Tourismus macht jedoch nicht an Destinationsgrenzen halt, sondern bietet die Möglichkeit, raumübergreifend z.B. mit dem Remstal Richtung Stuttgart, in einzelnen Städteverbünden oder landschaftsbezogen z.B. mit dem Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald die Vermarktung zu fördern und eine Erweiterung der Angebotsmöglichkeiten auszuloten.

2010 und 2011 wurde das touristische Potenzial im Ostalbkreis weiter ausgebaut und mit interkommunalen und landkreisübergreifenden Kooperationen gefestigt. Neben einem gemeinsamen Namen, einem gemeinsamen Logo und einer gemeinsamen Website konnte eine klare Positionierung unter der Destinationsmarke der Schwäbischen Alb geschaffen werden.

Gästezahlen	2010	2011
Ankünfte	283.651	307.962
Übernachtungen	628.854	705.049

Die Übernachtungszahlen 2010 im Ostalbkreis fielen durchweg positiv aus. Vor allem im November und in den Sommermonaten Mai bis September sind die Übernachtungszahlen deutlich gestiegen. Dies ist



auch Ergebnis der erfolgreichen Vermarktung z.B. auf der CMT 2010 und 2011 oder dem Landwirtschaftlichen Hauptfest 2010. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste liegt konstant bei 2,2 Übernachtungen. Dabei muss einerseits zwischen Geschäftsreisetourismus und "echtem" Tourismus unterschieden werden. Andererseits ist auch ein Unterschied zur Art der Beherbergung und dessen Lage zu berücksichtigen. Ferienwohnungen, Pensionen und Privatzimmer im ländlichen Raum verzeichnen meist eine Aufenthaltsdauer von fünf Tagen und mehr.

TOURISMUSMARKETING





Präsentationswände und Website »WeltkulTour Schwäbische Alb - Ostalbkreis«

Der Schwäbische Alb Tourismusverband hat in seiner Marketingkonzeption die Erstellung eines albübergreifenden Corporate Designs festgelegt. Dieses steht den Mitgliedern, allen Städten und Gemeinden sowie allen Touristikgemeinschaften und Landkreisen, die das CD für ihre Publikationen nutzen wollen, zur freien Verfügung. Ziel ist es, dass auf der Schwäbischen Alb weitestgehend einheitliche Broschürenlayouts zu finden sind und somit das Gesicht der Alb auch durch die Publikationen einen Wiedererkennungswert erhält.

Mit drei neuen Präsentationswänden will der Ostalbkreis zukünftig auf kleineren Messen, beim "Tag der offenen Tür" sowie sonstigen Informationsveranstaltungen auf sich aufmerksam machen. Auf den 1 m x 2,40 m großen Messewänden wurden emotionale Motive aus dem Ostalbkreis abgebildet. Der Slogan "WeltkulTour erleben – gemeinsam

wohlfühlen – regional genießen" soll dabei auf die Kernthemen Kultur, Natur, regionale Produkte, Gastgeber und Gastronomie sowie Familienurlaub aufmerksam machen.

Im Internet sollen Gäste unter www. weltkultour-schwaebischealb.de grafisch ansprechend aufbereitete Informationen erhalten, die mit kurzen Texten und vielen Bildern Lust auf Urlaub machen. Die Website informiert über Attraktionen am Limes, bietet buchbare Angebote zum Radfahren und Wandern, verweist auf Gastgeberverzeichnisse, bietet eine Übersicht an Ausflugszielen und touristischen Angeboten und wird kontinuierlich ausgebaut. Im Service-Bereich haben Gäste die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren, eigene Erlebnisberichte einzustellen und Neuigkeiten zu erfahren.

NEUE STRATEGIEN

Die Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW) fördert den Tourismus in Baden-Württemberg beispielsweise durch ein übergreifendes Themen-Marketing, durch die Bearbeitung von Querschnittsthemen, nimmt Aufgaben der Marktforschung wahr und entwickelt Produkte. Gemeinsam mit den Touristikgemeinschaften des Landkreises wurde 2011 das Gastgeberverzeichnis toubiz eingeführt, welches seit 2009 bereits von der TMBW genutzt wird. Das Portal bietet Gästen die Möglichkeit, Gastgeber schnell zu finden und zu kontaktieren. Die allgemeine Buchungsmaske erlaubt dabei eine Suche aller eingepflegten Gastgeber. Alle Gastgeber können zudem über die Buchungsmaske der TMBW gefunden werden. Jede Touristikgemeinschaft hat zudem einen direkten Link auf den Gastgeberpool der eigenen Raumschaft, sodass auf der Website der jeweiligen Touris-



tikgemeinschaften sowohl auf die eigenen Gastgeber als auch auf alle Gastgeber zugegriffen werden kann.

Interkommunale Zusammenarbeit ist die Grundlage für ein wirksames Agieren im Tourismus, da es sonst nicht möglich ist, Destinationen effektiv zu vermarkten und aus der Perspektive des Gastes zu denken und zu handeln. Die Rolle des Landkreises besteht nicht darin, sich als Destination zu vermarkten, sondern vornehmlich in der Projektsteuerung, Leitbildentwicklung sowie der Entwicklung touristischer Konzeptionen. Unter der gemeinsamen Marke "Weltkultour Schwäbische Alb" vermarktet sich der Landkreis seit 2010 als Weltkulturregion auf der Schwäbischen Alb. Mit dem gemeinsamen Logo, welches sowohl vom Landratsamt Ostalbkreis als auch von der Touristikgemeinschaft Erlebnisregion Schwäbische Ostalb e.V. genutzt wird, wurde ein wichtiger Schritt hin zur gemeinsamen Vermarktung unternommen.



Logo WeltkulTour Schwäbische Alb

Am 30. November 2010 hat der Schwäbische Alb Tourismusverband zudem die Marketingpartnerschaft mit dem Biomehlproduzenten Max Ladenburger Söhne Heimatsmühle GmbH & Co KG aus Aalen bekanntgegeben. Zukünftig wird die Heimatsmühle in das Marketingkonzept des Schwäbische Alb Tourismusverbandes voll eingebunden sein. Von der albweiten Gästezeitung und Presseaktionen bis zu zahlreichen Promotionen auf Messen und Workshops - die Schwäbische Alb wird zukünftig ihre Verbundenheit mit der Heimat auch durch die regionalen Bio-Produkte der Heimatsmühle zeigen. Der Tourismusverband und



Verbandsvorsitzender Landrat Thomas Reumann, Franz X. Ladenburger und Landrat Klaus Pavel bei der feierlichen Unterzeichnung der Marketingpartnerschaft

die Heimatsmühle verfolgen dabei die gleichen Ziele: verwurzelt mit der Schwäbischen Alb zeigen beide Partner ihre starke Identität mit der Heimat.

NEUE PRODUKTE

Gäste suchen heutzutage nicht nur nach qualitativ hochwertigen Produkten, sondern vor allem auch nach individuellen Paketen, die Erlebnisse und Emotionen transportieren. In Zusammenarbeit mit Touristikern, Vertretern vom Schwäbischen Albverein, DEHOGA, der Deutschen Limesstraße e.V., den Limes-Cicerones und den Kommunen mit Limesanteil wurden buchbare Angebote entwickelt, die das Thema Weltkulturerbe Limes für Gäste erlebbar machen sollen.

In Zusammenarbeit mit Hohenlohe +Schwäbisch Hall Tourismus e.V. wurden 2010 Gruppenangebote zum Thema Bier erarbeitet. Die Schönheit und die Sehenswürdig-

keiten der Landschaften, Städte und Gemeinden, werden dabei mit dem Erlebnis der hohen Qualität heimischer Biere und der Gastronomie verbunden. Die Erlebnispauschalen führen nach Ellwangen und



Die Brauereierlebnisse werden mit einem besonderen Flyer vermarktet

Abtsgmünd-Untergröningen, nach Schwäbisch Hall, Crailsheim und Riedbach.

Der Ostalbkreis hat 2010 die Themenführerschaft für das Thema "Römer und Limes auf der Schwäbischen Alb" übernommen. Zusammen mit Touristikern sowie Römer- und Limesexperten aller Alb-Landkreise wurde 2011 die "Erlebniskarte Limes und Römer auf der Schwäbischen Alb" erstellt. Die Erlebniskarte bietet einen Überblick über die 24 Highlights zu den Spuren von Römern und Limes auf der Schwäbischen Alb und wird auf allen Messen verteilt, die vom Schwäbische Alb Tourismusverband sowie dessen Mitgliedern besucht werden.



Flyer »Römer und Limes auf der Schwäbischen Alb«

HIGHLIGHTS

Mit einem gemeinsamen Messestand präsentierten sich der Ostalbkreis, der Hohenlohekreis und der Landkreis Schwäbisch Hall vom 25. September bis 3. Oktober 2010 auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest in Stuttgart-Bad Cannstatt. Unter dem Motto "Entdeck' den Bauern in Dir" fand zum 98. Mal das Landwirtschaftliche Hauptfest im "Doppelpack" mit dem Cannstatter Volksfest auf dem Wasen statt. Die größte süddeutsche Fachausstellung für Land- und Forstwirtschaft bietet alle vier Jahre eine abwechslungsreiche Erlebniswelt rund um die Themen der heimischen Land-, Ernährungsund Forstwirtschaft.

Tourismus





Landrat Klaus Pavel und Klaus Maier MdL bei der Oldtimerfaszination Ostalb

Gemeinsamer Messeauftritt mit Schwäbisch Hall und Hohenlohe

Vom 14. bis 16. Mai 2010 wurde entlang der Rems von Aalen bis Remseck am Neckar "RemsTOTAL 2010" gefeiert. Der Auftakt zu RemsTOTAL fand am Freitag 14. Mai in der Stauferstadt Schwäbisch Gmünd statt, die auch die organisatorische Federführung für das Großevent innehatte. Am RemsTOTAL-Wochenende fanden entlang der Rems zahlreiche Veranstaltungen statt. Neben den Remstalkommunen unterstützten auch die Landkreise Ostalbkreis und Rems-Murr-Kreis diese Großveranstaltung. Der Tag des Remstals wurde am 16. Mai 2010 gefeiert. Neben Veranstaltungen, Aktionen und Festen gab es eine Oldtimer-Session mit rund 150 automobilen Raritäten.

Die KONTAKTA fand 2011 erstmals vom 2. bis 6. Februar 2011 in Aalen auf dem Messegelände im Greut statt. Als große Verbrauchermesse mit rund 250 Ausstellern ist die KONTAKTA ein Schaufenster der regionalen Leistungsvielfalt und eine gute Gelegenheit für Verbraucher, sich über das qualifizierte und breit gefächerte Angebot der Wirtschaft zu informieren.

Vom 30. April bis 10. Mai 2011 fand in Mannheim der traditionelle Mannheimer Maimarkt statt. Zusammen mit Schwäbisch Hall+Hohenlohe Tourismus sowie den Touristikgemeinschaften Erlebnisregion Limes im Ostalbkreis, dem Stauferland und der Heimatsmühle präsentierte sich der Ostalbkreis auf 15 m². Der Mannheimer Maimarkt ist eine der ältesten Institutionen Mannheims und wird seit 1613 jährlich durchgeführt. Aktuell ist der Mannheimer Maimarkt mit jährlich rund 350.000 Besuchern während der elf Mes-

Rainer Fünfgelder, Wirtschaftsbeauftragter des Ostalbkreises, Karl Hilsenbek, Oberbürgermeister Ellwangen, Roderich Kiesewetter, Mitglied des Deutschen Bundestages, und Martin Gerlach, Oberbürgermeister Aalen auf der KONTAKTA 2011

setage und ca. 1.400 Ausstellern auf rund 75.000 m² Deutschlands größte Regionalmesse.

Vor 125 Jahren meldete der Ingenieur Carl Benz offiziell den Benzmotorwagen Nummer 1 zum Patent an und wurde damit zum Automobilpionier. Dies hat das Land Baden-Württemberg zum Anlass genommen, den Automobilsommer 2011 auszurufen. Gemeinsam mit der Stadt Heubach, dem Oldtimerverein Ellwangen und dem Audiverein "1. Int. Audi 100/200 Typ 43 IG" fand aus diesem Anlass am 26. Juni 2011 in Heubach die "Oldtimerfaszination Ostalb" statt.

71



DIENSTLEISTUNGEN BEIM GESUNDHEITSDEZERNAT

AIDS-TEST UND AIDS-SPRECHSTUNDE

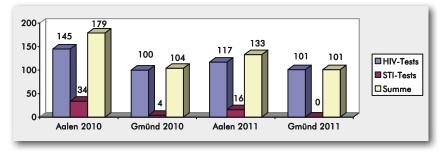
Zum Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember eines jeden Jahres beschäftigt sich so mancher kurzfristig mit dem Thema AIDS. Die potenzielle Gefahr, sich mit der HIV-Infektion anzustecken, besteht aber bei jedem ungeschützten Geschlechtsverkehr. In den Dienststellen des Geschäftsbereichs Gesundheit in Aalen und Schwäbisch Gmünd wird ganzjährig eine anonyme und kostenlose HIV-Sprechstunde durchgeführt. In Aalen findet sie mittwochs und in Schwäbisch Gmünd dienstags jeweils von 14:00 bis 16:00 Uhr statt. Dabei erfolgt eine Blutentnahme auf anti-HIV1 - und anti-HIV2-Antikörper.

Will man eine HIV-Infektion ausschließen, kann der HIV-Test erst 12 Wochen nach einer möglichen Ansteckung ein ausreichend sicheres Ergebnis liefern. Grund hierfür ist, dass die Bildung von HIV-Antikörpern in der Regel erst 12 Wochen nach der Infektion abgeschlossen ist. Ein negativer HIV-Test bedeutet also, dass 12 Wochen vor der Blutentnahme keine HIV-Infektion vorlag.

BERATUNG ZU WEITEREN SEXUELL ÜBERTRAGBAREN KRANKHEITEN

Im Rahmen der HIV-Sprechstunde erfolgt auch eine anonyme und kostenlose STI-Beratung. STI bedeutet "sexually transmitted infections", also sexuell übertragbare Erkrankungen. Oft ist es sinnvoll, neben dem HIV-Test auch auf andere sexuell übertragbare Krankheiten (STI) zu untersuchen. Dieser STI-Test auf Hepatitis B, Hepatitis C und Syphilis (oder Lues) ist kostenpflichtig. Alle Blutproben werden im Labor des Landesgesundheitsamts in Stuttgart untersucht. Die Testergebnisse können eine Woche später im Rahmen der STI-/HIV-Sprechstunde erfragt werden. Bei entsprechenden Symptomen muss unbedingt eine niedergelassene Ärztin oder ein niedergelassener Arzt aufgesucht werden, damit rechtzeitig eine Behandlung eingeleitet werden kann, um Spätfolgen zu vermeiden. Frauen und Mädchen wenden sich an Frauenärzte, Jungen an Urologen oder Hautärzte.

HIV- und STI-Testungen im Ostalbkreis:



Die Verteilung auf Männer und Frauen war im Jahr 2010 etwa gleich. Im Jahr 2011 waren 60% der STI-/HIV-Testpersonen Männer. Das größte Interesse gilt dem HIV-Test, der im Zeitraum 2010/2011 in einem Fall ein positives Testergebnis im Jahr 2010 ergab.

EINSCHULUNGSUNTER-SUCHUNG – FIT FÜR DEN SCHULBESUCH DURCH FRÜHE FÖRDERUNG

Die Kinder im Ostalbkreis werden regelmäßig im Vorfeld des Schulbesuchs vom Geschäftsbereich Gesundheit des Landratsamts ärztlich untersucht. Fand diese Untersuchung in früheren Jahren wenige Monate vor der Einschulung statt, so wird sie nunmehr bereits zum vierten Mal bei allen Kindern der "mittleren" Kindergartengruppe, also bei den Vier- bis Fünfjährigen, durchgeführt. Die Einschulungsuntersuchung ist eine Pflichtuntersuchung.

FÖRDERUNG EIN JAHR FRÜHER

Falls Auffälligkeiten festgestellt werden, steht noch ein ganzes Jahr für eventuell notwendige Fördermaßnahmen zur Verfügung. Ziel ist es, die Kinder fit zu machen für einen guten Schulstart. Nachdem die PISA-Studien der letzten Jahre zeigten, dass insbesondere unzureichendes Sprachverständnis der Kinder zum schlechten Abschneiden bei der Studie beigetragen hatte, wurden bei der neuen Einschulungsunter-



suchung die Sprache und das Sprachverständnis der Kinder in den Fokus genommen. Entsprechend wurde die Methodik der neuen Einschulungsuntersuchung vom Landesgesundheitsamt zusammen mit Sprachwissenschaftlern und Fachärzten für Kinder- und Jugendmedizin entwickelt.

Die medizinischen Assistentinnen des Geschäftsbereichs Gesundheit im Landratsamt Ostalbkreis führen eine Basisuntersuchung, das sog. "Screening", zu Sehen, Hören, Körpergröße und -gewicht, Sprache, Motorik, Malentwicklung, Mengenerfassung und zum Verhalten durch, Impfbuch und U-Heft werden eingesehen und dokumentiert. Ggf. wird eine Impfberatung oder eine



allgemeine Beratung durchgeführt, der freiwillige Elternfragebogen und der Erzieherinnenfragebogen werden dazu herangezogen. Zeigt das Screening unauffällige Ergebnisse, ist damit die Einschulungsuntersuchung beendet.

MATERIALIEN FÜR DIE SETK 3-5-UNTERSUCHUNG

Zur Untersuchung der Sprachentwicklung der Kinder führen die medizinischen Assistentinnen das Heidelberger Auditive Sprachscreening (HASE) durch. Wird hier ein auffälliger Befund erhoben, schließt sich ein zweiter ärztlicher Untersuchungsschritt an, eine Sprachentwicklungsuntersuchung (SETK 3-5) wird durchgeführt. Anhand des Ergebnisses dieser Sprachentwicklungsuntersuchung werden die Eltern hinsichtlich Sprachförderung oder Vorstellung ihres Kindes in der Sprachheilschule oder beim Kinderarzt beraten.

Der zweite Schritt der Einschulungsuntersuchung im letzten Kindergartenjahr bleibt ausgewählten Kindern vorbehalten, bei denen schwerwiegende Befunde trotz durchgeführter Fördermaßnahmen weiter bestehen oder nach Absprache zwischen Eltern, Kindergarten und Schule eine erneute ärztliche Untersuchung im Geschäftsbereich Gesundheit als notwendig erachtet wird. Meist ist dies der Fall, wenn die Schulfähigkeit dieser Kinder zu klären ist.

Im Jahr 2009 untersuchten die medizinischen Assistentinnen 2.870 von 3.007 Kindern im Ostalbkreis vor Ort in 209 Kindergärten mittels oben beschriebener Basisuntersuchung, im Jahr 2010 wurden 2.740 von 2.900 Kindern untersucht. Bei den nicht untersuchten Kindern handelte es sich um Kinder in Sondereinrichtungen und um Kinder, die Kindergärten außerhalb des Ostalbkreises besuchen.

In Kombination mit den freiwilligen Angaben der Eltern und der Erzieherinnen in den Einrichtungen ergaben die Untersuchungen, dass 27% (2009) bzw. 24,7% (2010) der Kinder nach dem ersten Sprachtest (HASE) einen weiteren Diagnosetest (SETK 3-5) benötigten und größtenteils (2010 zu 58% im SETK) intensiven Sprachförderbedarf hatten. Bei 15 bis 20% der Kinder wurden Auffälligkeiten in anderen Bereichen festgestellt. Dazu gehörten motorische Defizite, eine falsche Stifthaltung oder Probleme in der Mengenerfassung. Eltern von Kindern mit Förderbedarf wurden vom Geschäftsbereich Gesundheit informiert und insbesondere auch in Hinblick auf häusliche Fördermöglichkeiten beraten.

Der Ostalbkreis liegt mit den oben genannten Zahlen bei HASE und SETK im Landesschnitt: So wurde in ganz Baden-Württemberg bei 26,8% der mittels Basisuntersuchung untersuchten Kinder die weitere Abklärung mittels SETK notwendig und durchgeführt. Bei 75% dieser Kinder wurde so ein intensiver Sprachförderbedarf festgestellt. Die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchung 2009 flossen auch in den Bildungsbericht des Ostalbkreises ein und sind dort noch detaillierter dargestellt. Die Daten aus der Einschulungsuntersuchung 2010 wurden ebenfalls schon im Landesgesundheitsamt ausgewertet und liegen seit kurzem vor. Derzeit läuft die Einschulungsuntersuchung 2012 der Kinder, die 2013 eingeschult werden.

AMTSÄRZTLICHE GUTACHTEN SIND GEFRAGT

Die im Geschäftsbereich Gesundheit auf Grund gesetzlicher Grundlage angeforderten und erstellten Gutachten stellen einen weiteren großen Arbeitsbereich dar. So wurden im Jahr 2010 insgesamt

- 2.169 amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen,
- 2.440 Belehrungen und Nachbelehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz,
- im Rahmen der Tuberkuloseüberwachung, bei Aufenthaltsgenehmigungsverfahren u. a.
 384 Röntgenaufnahmen und
- 4.721 amtsärztliche zweite Leichenschauen durchgeführt.

Im Jahr 2011 waren es

- 2.028 amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen,
- 2.164 Personen wurden nach dem Infektionsschutzgesetz belehrt und nachbelehrt,
- für die Tuberkuloseüberwachung, bei Aufenthaltsgenehmigungen u. a. wurden 283 Röntgenaufnahmen erstellt,
- 4.354 amtsärztliche zweite Leichenschauen wurden durchgeführt.

VERSORGUNGS-MEDIZINISCHER DIENST

Im Geschäftsbereich Gesundheit werden auch die medizinischen Gutachten auf dem Gebiet des Schwerbehindertenrechts und des Sozialen Entschädigungsrechts für den Geschäftsbereich Integration und Versorgung des Landratsamts erstellt. Daneben werden die medizinischen Voraussetzungen zur Gewährung von Landesblindenhilfe begutachtet.

Eine Schwerbehinderung soll Benachteiligungen ausgleichen, die durch körperliche, geistige oder seelische Behinderungen entstehen, dadurch soll die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft und deren Rehabilitation nach dem SGB IX gefördert werden.





In den Jahren 2010 und 2011 wurden jeweils deutlich über 7.000 versorgungsmedizinische ärztliche Gutachten bearbeitet, im Schnitt gingen ca. 660 Anträge monatlich ein. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt etwas über zwei Monate. Den Löwenanteil machen ärztliche Stellungnahmen im Bereich des Schwerbehindertenrechts aus, also die medizinischen Begutachtungen zur Erlangung eines Schwerbehindertenausweises.

GUTACHTEN

SPEZIALGEBIET SOZIALES ENTSCHÄDIGUNGSRECHT

Der geschädigte Bürger hat in bestimmten Fällen von Gesundheitsschädigungen ein Recht auf soziale Entschädigung durch die staatliche Gemeinschaft nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Das soziale Entschädigungsrecht besteht im Wesentlichen aus dem Bundesversorgungsgesetz, dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Opferentschädigungsgesetz, dem Infektionsschutzgesetz und den Rehabilitierungsgesetzen. Im Jahr 2010 wurden 95 gutachtliche Stellungnahmen im Bereich Soziales Entschädigungsrecht erstellt, im Jahr 2011 waren es über 100 dieser umfangreichen Gutachten. Zum Stichtag 30. November 2011 kümmert sich der Ostalbkreis um insgesamt 975 Versorgungsberechtigte mit laufenden Leistungen nach dem sozialen Entschädigungsrecht. Nach versorgungsärztlichen Gesichtspunkten werden Schädigungsfolgen beurteilt, Stellungnahmen zu Pflegezulagen getroffen, Kurgutachten erstellt und Ansprüche von Witwen und Waisen überprüft.

GUTACHTEN ZUR LANDESBLINDENHILFE

Blinde Menschen und Menschen mit hochgradiger Sehbehinderung erhalten unter bestimmten medizinischen Voraussetzungen Zuwendungen nach dem Landesblindenhilfegesetz (LBHG). Zum Stichtag 30. November 2011 erfüllen im Ostalbkreis 375 Blindengeldempfänger die medizinischen Voraussetzungen zum Bezug von Landesblindenhilfe nach diesem Gesetz. Auch in diesen Fällen wird vom Versorgungsmedizinischen Dienst im Geschäftsbereich Gesundheit die medizinische Stellungnahme erstellt.

GESUNDHEITSNETZ OSTALBKREIS ENTWICKELT SICH WEITER

Etabliert, empfehlenswert und in guter Weiterentwicklung - die aktuellen Zugriffszahlen der Seite www.gesundheitsnetz-ostalbkreis.de bestätigen die Beliebtheit der Gesundheitsplattform des Ostalbkreises bei ihren Nutzern. In den Jahren 2010 bis 2011 haben sich die Zugriffzahlen signifikant erhöht. 2.450 aufgerufene Seiten pro Tag, das entspricht einem plus von 23% innerhalb eines Jahres, sprechen für sich. Das Portal hat sich seit dem Online-Start im September 2007 hervorragend entwickelt. Das Gesundheitsnetz verfügt mittlerweile über 170 aktive Mitglieder (ca. 30% Ärzte und 70 % weitere medizinische Helfer und Heiler) und enthält weitere 1.000 kostenlose Anbietereinträge.

Mitglieder und Besucher schätzen den Überblick über die Gesundheitsangebote im Ostalbkreis und die gut aufbereiteten, aktuellen Gesundheitsinformationen.

So wurde im Jahr 2011 beispielsweise informiert über die neue Einschulungsuntersuchung im Ostalbkreis – aber auch über allgemeine Themen zu Frauengesundheit, Ernährung, Infektionskrankheiten, Krebs, Diabetes, Rückenschmerzen, Impfungen, Schlaganfälle, Reisen, Allergien, Zahngesundheit und vieles mehr. Gleichermaßen informiert das Gesundheitsnetz über Notdienste, gesundheitsrelevante Veranstaltungen im Kreis und gibt entsprechende TV-Programmhinweise. Das Portal wird durch den Geschäftsbereich Gesundheit des Landratsamtes inhaltlich verantwortet, technisch von der VB-consult aus Aalen betreut und wurde im Jahr 2011 von der Barmer GEK, der Kreissparkasse Ostalb und den Aalener Nachrichten aktiv unterstützt.

Das Gesundheitsnetz Ostalbkreis versteht sich als zentrale und unabhängige Anlaufstelle aller Mitbürger in Sachen Gesundheit im Ostalbkreis. Interessenten können schnell, einfach und kostenfrei nach ihrem passenden Gesundheitsanbieter suchen und sich schon vor einem Besuch anhand des Profils einen Eindruck über den Anbieter verschaffen. Dementsprechend gibt es für Anbieter vier verschiedene, kostenpflichtige Eintragungsformen, um sich je nach Bedarf zu präsentieren. Schließlich ergaben schon vergangene Befragungen, dass eine Mitgliedschaft im Sinne eines Gütesiegelcharakters Seriosität und Vertrauenswürdigkeit gegenüber Patienten und der Öffentlichkeit erzeugt. Zum einen achten Patienten darauf, ob und wie ein Anbieter auf dem Portal vertreten ist, zum anderen nutzen die Mitglieder ihren Ein-





Thema der Woche Ende Dezember 2011: Dr. Askan Hendrischke berichtet aus seiner Arbeit in der Psychosomatischen Klinik am Aalener Ostalb-Klinikum

trag gerne als Homepageersatz, um ihre Angebote gebündelt und ohne Pflegeaufwand der Öffentlichkeit vorzustellen und mehr Bekanntheit zu erlangen.

TELEMEDIZIN UND GESUNDHEITSKONFERENZ ZUR STURZPRÄVENTION

nische Wunde" und "Tele-EKG" der Bevölkerung vorgestellt. Der Abend war unter dem Titel "Sturzrisiko rechtzeitig erkennen und optimal reagieren" angekündigt. Schwerpunkt war die Sturzprophylaxe, weil Stürze einschneidende Erlebnisse und Wendepunkte im menschlichen Leben sind.



Große Diskussionsrunde zum Abschluss (Bild der Podiumsteilnehmer)

Bei der 6. Gesundheitskonferenz des Ostalbkreises am 16. September 2010 wurden die Telemedizin-Projekte "Sturzprophylaxe", "ChroDie Bedeutung des Themas spiegelten die zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besucher wieder. Landrat Klaus Pavel unterstrich, dass der Landkreis dazu beitragen wolle, die Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger gesünder zu gestalten. Neben einer hervorragend aufgestellten Krankenhauslandschaft gehören für den Kreischef dazu auch der ambulante Bereich und die hausärztliche Versorgung, die mit Projekten wie der Telemedizin in Zukunft unterstützt werden können.

SENIOREN SOLLTEN IN DIE "MUCKI-BUDE"

Das Hauptreferat des Abends hielt Michael Maas, niedergelassener Internist in Unterkochen. Er demonstrierte anschaulich, dass Stürze zu erheblichen Einschränkungen führen, dass sie oft verantwortlich sind für Knochenbrüche und somit für eine erhebliche Mobilitätseinschränkung der Menschen. Er konnte aber auch eine gute Botschaft dem Publikum näherbringen: Durch Muskelaufbautraining lassen sich das Sturzrisiko und die Unbeweglichkeit im Alter deutlich verringern. Krafttraining und Fitness-Erhaltung sind gerade für Senioren wichtig, jeder sollte dabei durchaus an die jeweilige Belastungsgrenze gehen.

PROJEKT CHRONISCHE WUNDE

Dr. Peter Wirsing vom Wund-Zentrum des Ostalb-Klinikums Aalen stellte das Telemedizin-Projekt Chronische Wunde vor. Dabei wird eine Aufnahme einer offenen Wunde, z.B. eines offenen Beines oder eines Liegegeschwürs, mittels eines Handys gemacht und verschlüsselt an einen Wundspezialisten gesendet. Dieser gibt dieses Bild, das er mit einigen zusätzlichen Informationen zur Art der Wunde erhält, an den Hausarzt oder an den Pflegedienst mit Empfehlungen zur Therapie zurück. Damit ist ein wesentlicher Beitrag für eine Zweitmeinung eines Wundexperten geschaffen, der sonst, gerade im ländlichen Raum, für die Patienten und auch die Hausärzte nicht so leicht zu erreichen wäre.



PROJEKT TELE-EKG

Im letzten Referat stellte Professor Dr. Ulrich Solzbach das Projekt Tele-EKG vor. Dabei handelt es sich um Scheckkarten große Geräte, mit denen ein Patient selbstständig seinen Herzrhythmus aufzeichnen und dieses EKG anschließend über ein normales Telefon an den Herzspezialisten übersenden kann. Dieser kann auf einen Blick feststellen, ob die Rhythmusstörungen gefährlich sind oder nicht. Solzbach schilderte eindrücklich, dass diese Art der EKG-Aufzeichnung und Übermittlung einen wesentlichen Vorteil hat für Patienten, die gelegentliche Herz-Rhythmus-Störungen haben. Üblicherweise kommen diese Patienten oft in die Praxis, werden untersucht und die Rhythmusstörung kann zu diesem Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, da sie eben nur selten auftritt.

In der anschließenden Diskussionsrunde stellten sich neben den Referenten auch Heidi Kratochwille von der Sozialstation Abtsgmünd, Rainer M. Gräter, der Vorsitzende der Kreisärzteschaft, Dr. Helmut Hapke, Chefarzt der Geriatrischen Klinik in Aalen, sowie Prof. Dr. Holger Hebarth und Oberarzt Dr. Stefan Waibel vom Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd in Mutlangen den Fragen des Publikums. Nachgefragt wurde der praktische Aspekt der Sturzprophylaxe: Wo kann ich ein entsprechendes Training machen? Wo bekomme ich Anleitung und Hilfe, um die eben vorgeschlagenen Aktivitäten zu beginnen? Rainer M. Gräter wies auf die wichtige Rolle des Hausarztes hin, der auch bei diesen Fragen Hilfestellung geben und der Ansprechpartner sein kann, wenn Personen Interesse an den Telemedizinprojekten haben und mit aufgenommen werden wollen.

SPORTANGEBOTE IM KREIS TRANSPARENT MACHEN

Die Diskussion zeigte, dass die entsprechenden Sportangebote nicht bekannt sind. Als Fazit des Abends wurde festgehalten, eine Broschüre mit allen Sportangeboten in den Gemeinden für Senioren zu erstellen. Jeder, der etwas für seine Gesundheit und die Vermeidung von Stürzen tun will, soll dort entsprechende Hilfe finden.



Der Geschäftsbereich

Gesundheit hat diese Anregung umgesetzt und

im Frühjahr 2011 eine 60-seitige Broschüre mit allen Angeboten im Ostalbkreis herausgegeben. Diese wurde breit in der Bevölkerung gestreut und stieß auf außerordentlich großes Interesse.

Über die erfolgreichen Telemedizinprojekte, die der Ostalbkreis als Modellvorhaben für das Land BadenWürttemberg durchführt, hatte sich
Alexander Bonde, Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
in Baden-Württemberg, im Sommer
2011 nochmals ausführlich informieren lassen. Bei seinem Besuch
am 1. August trug er sich im OstalbKlinikum Aalen in das Goldene Buch
des Ostalbkreises ein.

ZAHNGESUNDHEIT IM OSTALBKREIS

RUNDUM GESUND IM MUND – JUGENDZAHNPFLEGE IM OSTALBKREIS SCHAFFT DAFÜR WESENTLICHE VORAUSSETZUNGEN

Bei der Jugendzahnpflege im Ostalbkreis wirken in der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit der Geschäftsbereich Gesundheit des Landratsamtes, die gesetzlichen Krankenkassen und die Kreiszahnärzteschaft zusammen. Gemeinsam werden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, dass vorbeugende Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Zähne schon früh beginnen und konsequent durchgeführt werden. Durch den Besuch der Zahnärztin des Gesundheitsamtes mit ihren Mitarbeiterinnen und der Fachfrauen für Zahngesundheit der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit in Kindergärten, Grundschulen, Hauptschulen und Förderschulen werden besonders viele Kinder und Jugendliche erreicht. Instruktionen zur Mundhygiene, Ernährungsberatung, Zahnschmelzhärtung durch Fluoride und die regelmäßigen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen tragen zur effektiven Präventionsarbeit bei.



v. I. n. r.: Minister Alexander Bonde, Landrat Klaus Pavel, Krankenhausdirektor Axel F. Janischowski und Gesundheitsdezernent Dr. Klaus Walter



PROPHYLAXE IM KINDERGARTEN

Im Schul-/Kindergartenjahr 2010/ 2011 besuchten die Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit 214 Kindergärten. Gemäß dem Motto des Tages der Zahngesundheit "Gesund beginnt im Mund - je früher, desto besser!" ist besonders erfreulich, dass die Kleinsten flächendeckend erreicht wurden, nämlich 10.695 von 10.761 Kindergartenkindern. Zahnärztliche Untersuchungen fanden im Berichtszeitraum bei 403 Kindern durch den Geschäftsbereich Gesundheit und bei 1.223 Kindern durch Patenzahnärzte statt. 75% der Untersuchten wiesen ein naturgesundes Milchgebiss auf, bei 19% der Kinder wurde eine Behandlungsbedürftigkeit festgestellt.

PROPHYLAXE IN DER SCHULE

In den Schulen des Kreises wurden knapp 6.300 Kinder durch die Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit erreicht. Bei der Untersuchung durch den ÖGD ist der Ostalbkreis in der glücklichen Lage, dass sie flächendeckend in allen 95 öffentlichen und privaten Grundschulen bei den Erstklässlern stattfinden konnte. In sogenannten Kombiklassen 1-2 wurden die Zweitklässler ebenfalls in die Untersuchung miteinbezogen. So konnten bei 95% aller Erstklässler zahnärztliche Befunde erhoben werden, landesweit wurden 84% aller Erstklässler untersucht. Erfreulicherweise hatten im Ostalbkreis fast alle Kinder dieser Altersklasse, nämlich 96%, naturgesunde bleibende Zähne. Vor 20 Jahren hatten nur ca. 58% der untersuchten Grundschüler ein gesundes bleibendes Gebiss. Bei den 725 Erstklässlern mit kariösen Zähnen waren fast immer die Milchzähne behandlungsbedürftig.

Viele später an den bleibenden Zähnen auftretende Probleme sind durch mangelnde Pflege der Milchzähne begründet. So kann unbehandelte Karies an Milchzähnen die bleibenden Zähne "anstecken". Außerdem dienen besonders die Milchbackenzähne als Platzhalter für die bleibenden Zähne und müssen bis zum 11./12. Lebensjahr erhalten bleiben. Ein vorzeitiger Milchzahnverlust kann zu Zahnfehlstellungen führen.

Die Ergebnisse der fünften landesweiten epidemiologischen Begleituntersuchung zur Gruppenprophylaxe an 12- und 15-Jährigen in Baden-Württemberg in 2010 zeigen, dass das Land im Vergleich eine Spitzenposition einnimmt. Doch zeigt sich eine Polarisierung auf: einer großen Gruppe von Kindern ohne Karieserfahrung steht eine kleine Gruppe von "Kariesproduzenten" gegenüber. Daher gilt es besonders in Risikogruppen vorzubeugen.

In den 18 Förderschulen des Kreises wurden über 1.600 Schüler zahnärztlich untersucht. Der Anteil der Schüler mit naturgesundem Gebiss liegt hier bei 70% der Untersuchten. Bei 368 Hauptschülern der 5. und 6. Klasse hatten 75% der Untersuchten naturgesunde bleibende Gebisse. Erfreulicherweise profitieren vom allgemeinen Kariesrückgang nicht nur die Kinder mit geringer Kariesgefährdung, sondern auch die Kinder mit hohem Kariesrisiko.



ZAHNSCHMELZHÄRTUNG DURCH FLUORIDE

Einen sehr starken präventiven Effekt stellt die Zahnschmelzhärtung durch

Fluoride dar. Mit Fluoriden werden Zähne gleich dreifach geschützt. So verbessern sie zum einen die körpereigene Widerstandskraft gegen Säuren, zum anderen hemmen sie den Stoffwechsel der Bakterien im Zahnbelag, wodurch die Produktion von Säuren, die den Zahnschmelz angreifen, drastisch reduziert wird. Außerdem fördern sie die Wiedereinlagerung wichtiger Mineralien in den Zahnschmelz und können damit beginnende Karies "reparieren".

Daher ist sehr erfreulich, dass in allen 18 Förderschulen des Kreises sowie in acht Grundschulen und zwei Kindergärten eine Fluoridprophylaxe angeboten und je nach Einverständnis der Eltern durchgeführt wird. Dabei handelt es sich um das Auftragen von Fluoridlack auf das Gebiss durch die Zahnärztin des Gesundheitsamtes oder das Einbürsten von Fluoridgelee unter Aufsicht der Lehrer und Erzieher. So bekamen im vergangenen Schuljahr 1.381 Kinder eine Fluoridprophylaxe.

AUSSTELLUNG "ZECKEN UND KRANKHEITEN"

Zecken werden als Überträger von Krankheiten gefürchtet. Im Ostalbkreis kann man sich durch einen Zeckenstich mit Borreliose und FSME infizieren. Der Ostalbkreis gehört nämlich zu den vom Robert-Koch-Institut (RKI) ausgewiesenen Risikogebieten für die von Zecken übertragene Hirnhautentzündung FSME. Um die Bevölkerung auf diese Gefahren aufmerksam zu machen, wurde eine Ausstellung im Aalener Landratsamt zu Zecken und den durch sie verursachten Krankheiten angeboten. Ärztinnen des Geschäftsbereichs Gesundheit boten Schulklassen kindgerechte und spannende Informationen rund um das Thema Zecken. Dieses Angebot im Juni 2010 stieß auf ein reges Interesse.

77







Manuela Pape, Ärztin im Geschäftsbereich Gesundheit, führt eine Schulklasse

Großformatige Infotafeln, Schaukästen, Filme und Animationen sowie echte Zecken unter dem Binokular gaben einen spannenden Einblick in das Leben der Zecken. Die Besucher erfuhren, dass Zecken sich ausschließlich von Blut ernähren, drei bis sechs Jahre alt werden und nur drei Mal in ihrem Leben Blut saugen müssen. Sie leben auf Gräsern und

Büschen an Waldrändern oder in Gärten und mögen es feucht und warm. Sie sitzen auf Grashalmen, an Buschzweigen oder im Unterholz und lassen sich von ihren Opfern im Vorbeigehen abstreifen. Um die richtige Stelle zum Blutsaugen zu finden, krabbeln die Zecken eine Weile auf ihrem Opfer herum. Die Einstichstelle wird durch Substanzen im

Speichel betäubt. Eine Blutmahlzeit kann viele Stunden dauern. Die weit verbreiteten Vorurteile, dass Zecken sich von Bäumen fallen lassen oder ihr Stechapparat ein Gewinde habe, konnten die Ärztinnen des Geschäftsbereich Gesundheit in den Führungen ausräumen.

OSTALB-KLINIKUM AALEN

Die drei Klinik-Eigenbetriebe des Ostalbkreises werden selbständig und eigenverantwortlich geleitet. Als Klinikum der Zentralversorgung deckt das Ostalb-Klinikum Aalen das komplette Spektrum der Akutversorgung ab. Es ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Ulm und bietet neben einer qualitativ hochwertigen Rundumversorgung der Bevölkerung im Raum Aalen auch viele spezielle medizinische Angebote von überregionaler Bedeutung auf Top-Niveau. Zum Ostalb-Klinikum gehört das Bildungszentrum Gesundheit und Pflege (Aus- und Weiterbildungsstätte für die Bereiche Kinderkrankenpflege, Krankenpflege, Operationstechnische Assistenz sowie Intensivpflege/ Anästhesie). In der ehemaligen Klinik am Ipf in Bopfingen betreibt das Ostalb-Klinikum eine Spezialpflegeeinrichtung für Menschen im Wachkoma. Für patientenferne Dienste wurde für den Eigenbetrieb Ostalb-Klinikum eine Service-GmbH gegründet, an der der Ostalbkreis zu 51% und die Firma KDS, Kempten, zu 49% beteiligt sind.

NEUES CT UND MRT IM OSTALB-KLINIKUM



Seit Mai 2010 hat das runderneuerte Institut für Diagnostische und Interventionelle Radiologie am Ostalb-Klinikum zwei hochmoderne medizinische Geräte, einen nagelneuen Computertomographen (CT) sowie einen klinikeigenen Kernspintomographen (MRT) der Firma Philipps. Das MRT im Ostalb-Klinikum schließt eine gravierende Versorgungslücke, der Bedarf an MRT-Untersuchungen im Kreis ist riesig. Standarduntersuchungen können nun ohne langfristige Planung durchgeführt werden. Außerdem eröffnen sich weitere Leistungsangebote im Bereich der Interventionstherapie, etwa der Schmerztherapie, und dies ohne Strahlenbelastung. Die Bilderflut des CT und MRT machten auch einen

Umbruch in Sachen Archivierung und Weiterverarbeitung notwendig. So wurde die Radiologie nun mit modernsten digitalen Techniken und Systemen ausgestattet.

AMBULANTES OP-ZENTRUM UND AUGENZENTRUM

Seit 16. August 2010 wird im Ambulanten OP-Zentrum am Ostalb-Klinikum operiert. Das Ambulante OP-Zentrum mit angegliederter Augenarztpraxis befindet sich auf insgesamt 700 Quadratmetern im zweiten Obergeschoss des Medizinischen Dienstleistungszentrums. Gebaut wurde das Ambulante OP-Zentrum vom Ostalb-Klinikum, die Räume vermietet es an die Dillinger Anästhesiepraxis Dr. Christoph Selig, die bereits seit 2008 im Ostalb-Klinikum tätig ist.

Die modern ausgestattete Einrichtung sowie deren bauliche Infrastruktur samt Klimatechnik und Lüftung wird vom Ostalb-Klinikum getragen und über Fremdmittel (ca. 1,4 Mio. Euro) finanziert. Die medizinische Ausstattung und Gerätetechnik (ca. 0,4 Mio.

Gesundheitswesen





Ambulantes OP-Zentrum am Ostalb-Klinikum

Chefarzt Priv. Doz. Dr. Michael Oberst

Hotelservice in der Frauenklinik

Euro) hingegen kommen von Dr. Selig sowie von der benachbarten Augenklinik des Dillinger Arztes Dr. Lenz. Der Augenarzt aus Dillingen kooperiert mit insgesamt elf Augenärzten auch aus Aalen. Mit 1.000 bis 1.200 Operationen pro Jahr wird er einen Teil der Kapazität des Ambulanten OP-Zentrums belegen, wobei einer der beiden neuen OP-Säle 7 und 8 für die Operateure im Ostalb-Klinikum reserviert ist. Die Kapazität des Ambulanten OP-Zentrums wird zwischen 2.000 und 3.000 Operationen im Jahr geschätzt.

CHEFARZT PRIV. DOZ. DR. MICHAEL OBERST WIRD NACHFOLGER VON PROF. DR. FRIEDRICH HAHN

Am 9. Juni 2010 ist Prof. Dr. Friedrich Hahn nach 25-jähriger erfolgreicher Chefarzttätigkeit feierlich in den Ruhestand verabschiedet worden. Direkt im Anschluss übernahm der Stuttgarter Priv. Doz. Dr. Michael Oberst als Nachfolger die Chefarztstelle der Abteilung für Orthopädie, Unfall- und Wirbelsäulenchirurgie am Ostalb-Klinikum. Der Ausbau zum Wirbelsäulenzentrum, der unter Priv. Doz. Dr. Oberst geplant ist, soll für Aalen und die Menschen in der Region ein weiterer Meilenstein in der medizinischen Versorgung sein. Auf hohem Niveau werden Chirurgie und Orthopädie zusammengeführt. Oberst ist Facharzt für Chirurgie mit Schwerpunkt Unfallchirurgie und Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie mit Schwerpunkt Spezielle Orthopädische Chirurgie. Er setzt seine Lehrtätigkeit weiterhin an der Universität Freiburg fort.

OSTALB-KLINIKUM AALEN TRÄGT DIE VERANTWOR-TUNG FÜR DIE NOTFALL-VERSORGUNG DES NEUEN STANDORTS NERESHEIM

Seit 1. August 2010 gibt es neben Aalen und Bopfingen einen weiteren Rettungsdienstbezirk Härtsfeld mit Standort in Neresheim, wodurch die notärztliche Versorgungslücke auf dem Härtsfeld geschlossen werden konnte. Nach den Bestimmungen des Rettungsdienstgesetzes kann nun eine Hilfsfrist bei der Notfallversorgung bis zum Eintreffen der Hilfe am Notfallort unter zehn Minuten gewährleistet werden. Das Ostalb-Klinikum Aalen ist damit neben Bopfingen und Aalen auch für die Organisation sowie die Sicherstellung des Notarztstandorts Neresheim verantwortlich. Mit niedergelassenen und eigenen Ärzten wird somit die gesamte Region Aalen, Bopfingen und Neresheim abgedeckt.

NEUER HOTELSERVICE IN DER FRAUENKLINIK

Ein "Service wie im Hotel" ist zukünftig das Motto der Frauenklinik des Ostalb-Klinikums. Mit einem kostenlosen Hotelservice soll der Aufenthalt für die Patientinnen so angenehm wie möglich gestaltet werden. Den Patientinnen soll das Gefühl vermittelt werden "Gast bei uns zu sein". Ein 14-tägiger Modellversuch im April 2011 stieß auf helle Begeisterung seitens der Patientinnen. Der zusätzliche Service steigert die Wohlfühlatmosphäre und trägt damit zu einer schnelleren Genesung bei. Die inzwischen eingestellte Servicekraft kümmert sich um persönliche Wünsche der Wöchnerinnen.

AUSBILDUNG IM OSTALB-KLINIKUM

Das Ostalb-Klinikum Aalen investiert iedes Jahr aufs Neue in Ausund Weiterbildung. 38 neue Azubis wurden von Pflegedirektor Günter Schneider, Bildungszentrumsleiterin Bettina Seidel und Personalleiter Alexander Latzko im Oktober 2011 begrüßt. Mit insgesamt mehr als 90 Auszubildenden ist das Ostalb-Klinikum damit ein großer Ausbildungsbetrieb mit Vielfalt. Angeboten wird eine Ausbildung in der Gesundheitsund Krankenpflege, Gesundheitsund Kinderkrankenpflege und in der Operationstechnischen Assistenz. Zudem werden Ausbildungsstellen im Verwaltungsbereich für Bürokaufleute und den DHBW-Studiengang für Bachelor of Arts, Fachrichtung "BWL-Gesundheitswirtschaft", angeboten.











Landrat Klaus Pavel (M.) und Gerhard Mayer-Vorfelder (r.), ehemaliger DFB-Präsident beim sportmedizinischen Symposium

Prof. Dr. Marco Siech (M.) bei einer minimalinvasiven Operation

Krankenhausdirektor Axel F. Janischowski (Dritter von rechts) im Planungsgespräch

NEUE OPERATIONS-METHODE IN DER ORTHOPÄDIE UND UNFALLCHIRURGIE

Seit Mai 2011 setzt Chefarzt Priv. Doz. Dr. Oberst bei Knie-, Hüftgelenk- und Wirbelsäulenoperationen ein modernstes Navigationsgerät ein, welches Schritt für Schritt durch die Operation führt. Mit dieser Technik erhöht sich die Präzision bei vielen Eingriffen auf fast 100 %, wie Studien gezeigt haben. Zugleich reduziert sich die Röntgenstrahlendosis für den Patienten wie auch für das OP-Team. Anstatt vieler Röntgenbilder gibt das Navigationsgerät Rückmeldung, wo etwa der Operateur in welchem Winkel die Bohrung ansetzen muss.

1. SPORTMEDIZINISCHES SYMPOSIUM OSTWÜRTTEMBERG

Initiator dieser Veranstaltung war der Chefarzt der Klinik für Orthopädie, Unfall- und Wirbelsäulenchirurgie, Priv. Doz. Dr. M. Oberst. Die erste Veranstaltung am 7. und 8. Oktober 2011 fand in Kooperation zwischen dem VfR Aalen und dem Ostalb-Klinikum Aalen statt. Namhafte Mediziner sprachen in sehr interessanten Referaten über fußballtypische Verletzungen. Diese Veranstaltung war nicht nur an Ärzte und medizinisches Fachpersonal, sondern auch an Aktive, Trainer und Betreuer gerichtet.

ZERTIFIZIERUNG DES AALEN PANKREAS-CENTRUM APC

Neben den beiden zertifizierten Organzentren Brust- und Darmcentrum, die beide bereits mehrere Re-Zertifizierungen und Audits erfolgreich bestanden haben, ist das PankreasCentrum das dritte zertifizierte Organzentrum am Ostalb-Klinikum Aalen. Fachübergreifend können Patienten mit gut- und bösartigen Tumoren, aber auch akuten und chronischen Entzündungen des Pankreas therapiert werden. Die Chirurgie der Bauchspeicheldrüse und insbesondere der seltenen zystischen Pankreastumore stellt einen der klinischen Schwerpunkte der Chirurgischen Klinik I des Ostalb-Klinikums Aalen unter der Leitung von Prof. Dr. Marco Siech dar. Die Spezialisten der beteiligten Kliniken und Kooperationspartner legen hier unter Wertung aller erhobenen Befunde die weitere Behandlungsstrategie im Konsens fest, um den Patienten die Behandlung mit der besten Prognose und der bestmöglichen Lebensqualität zu empfehlen.

ZENTRUM FÜR ALTERSMEDIZIN

Am Ostalb-Klinikum entsteht ein völlig neuartiges Zentrum für Altersmedizin. Durch die Schließung der Geriatrischen Reha-Klinik der Samariterstiftung in Aalen im Herbst 2011 drohte eine Lücke in der geriatrischen Versorgung. Der Ostalbkreis hat deshalb mit dem Zentrum für Altersmedizin in Rekordzeit ein innovatives Modell entwickelt und baulich auf den Weg gebracht.

Am Ostalb-Klinikum Aalen wird in diesem Zentrum künftig ein ganzheitliches Angebot geschaffen von der Prävention über die Akutmedizin bis hin zur Rehabilitation. Vorgesehen sind 12 Betten für Akutmedizin und 45 Betten für Rehabilitation (1. Stufe ab 2012 mit 24 Betten; 2. Stufe ab 2014 mit 45 Betten). idealer Weise verbunden mit einer Tagesklinik mit rund 15 Betten. Das Aalener Geriatrie-Konzept wird sich an den Bedürfnissen der Patienten orientieren und sucht daher nach einem ganzheitlichen Ansatz, der die historisch gewachsenen Strukturen der einzelnen Fachabteilungen überbrückt. Ein multiprofessionelles Team unter Leitung von Chefärztin Iris Hesselbach kümmert sich um die Patienten.

Gesundheitswesen





ST. ANNA-VIRNGRUND-KLINIK ELLWANGEN

NEUE WEGE IN DER ZUSAMMENARBEIT MIT SELBSTHILFEGRUPPEN

Als erstes Krankenhaus in Baden-Württemberg erhielt die St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen die Auszeichnung "Selbsthilfefreundliches Krankenhaus". Das Netzwerk für Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen, vertreten durch Dr. Dagmar Siewerts, verlieh der St. Anna-Virngrund-Klinik damit als insgesamt dritte in Deutschland das Prädikat für die konsequente und strukturierte Arbeit mit den Selbsthilfegruppen des Ostalbkreises. Bereits seit 2006 werden vom Arbeitskreis Selbsthilfe. bestehend aus Vertretern unterschiedlichster Selbsthilfegruppen, der Kontakt- und Informationsstelle gesundheitliche Selbsthilfegruppen der AOK Ostwürttemberg (KIGS) und der St. Anna-Virngrund-Klinik, Kriterien für eine kontinuierliche, strukturierte Zusammenarbeit erarbeitet. Ein wesentliches Ziel der Zusammenarbeit von Selbsthilfe und Klinik besteht darin, betroffenen Patientinnen und Patienten über den stationären Aufenthalt hinaus Hilfe und Unterstützung im Umgang mit ihrer Krankheit anzubieten. Insbesondere bei chronischen, nicht heilbaren Erkrankungen liegt hierbei ein besonderer Schwerpunkt auf der psychosozialen Begleitung durch ebenfalls von der gleichen Krankheit betroffenen Patientinnen und Patienten.

Klaus Föll, Sprecher der TK Baden-Württemberg, Pflegedirektor Berthold Vaas und Krankenhausdirektor Jürgen Luft bei der Übergabe des Qualitätssiegels und Preises

Dr. Dagmar Siewerts (vierte v. l.) bei der Verleihung des Prädikats "Selbsthilfefreundliches Krankenhaus"

Dem eigenen Anspruch der Selbsthilfefreundlichkeit folgend wollte sich die St. Anna-Virngrund-Klinik anhand objektiver Kriterien bewerten lassen. So wurden bereits im Jahr 2008 verschiedene Qualitätskriterien definiert, selbst bewertet und Maßnahmen zur Verbesserung eingeleitet sowie in der täglichen Praxis umgesetzt. Die enge Zusammenarbeit der St. Anna-Virngrund-Klinik mit Selbsthilfegruppen wurde am 15. Juli 2010 mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Kooperationserklärung öffentlich besiegelt. Durch die am gleichen Tag unterzeichnete vertragliche Erklärung mit der Agentur für Selbsthilfefreundlichkeit Baden-Württemberg wurde ein externes Bewertungsverfahren auf der Basis objektiver Qualitätskriterien gestartet.

In einer Feierstunde würdigte die St. Anna-Virngrund-Klinik das große Engagement aller Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfegruppen und ihrer Mitglieder. Ihr täglicher Einsatz ermöglichte letztendlich der St. Anna-Virngrund-Klinik die Auszeichnung als "Selbsthilfefreundliches Krankenhaus".

TK-KLINIKUS VERLEIHUNG

Für die im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich gut bewertete Qualität erhielt die St. Anna-Virngrund-Klinik das Qualitätssiegel und den Preis "TK-Klinikus" der Techniker Krankenkasse (TK). Als

Ergebnis einer Patientenbefragung erhielten nur Kliniken die Auszeichnung "TK-Klinikus", die in allen fünf Bewertungsdimensionen über dem bundesweiten Durchschnitt lagen:

- Allgemeine Zufriedenheit
- Behandlungsergebnis
- Medizinisch-pflegerische Versorgung
- Information und Kommunikation
- Organisation und Unterbringung

Eine besonders hervorragende Qualität wurde der St. Anna-Virngrund-Klinik in der pflegerischen Betreuung und der Raumhygiene attestiert. Ebenso besonders positiv bewertet wurden die kurze Wartezeit vor medizinischen Untersuchungen und die verständliche Beantwortung von Patientenfragen einschließlich der hierfür vom Personal für die Patienten investierten Zeit.

ZERTIFIZIERUNG "QUALIFIZIERTE SCHMERZ-THERAPIE"

2003 wurde das Projekt "Schmerzfreies Krankenhaus" mit dem Ziel
ins Leben gerufen, die Schmerztherapie in deutschen Krankenhäusern zu verbessern. Basierend auf
den Erkenntnissen dieses Modellprojektes, welches zeigte, dass
eine qualifizierte Schmerztherapie
sowohl im operativen wie auch im
konservativen Bereich medizinische
Behandlungsvorteile erzielt, entschloss sich die Betriebsleitung der
St. Anna-Virngrund-Klinik im Jahr



2006 die Zertifizierung "Qualifizierte Schmerztherapie" in Angriff zu nehmen.

Das Zertifikat zeichnet Kliniken aus, die anhand definierter Kriterien nachweisen können, dass eine qualifizierte ärztliche und pflegerische Schmerztherapie bei ihren Patientinnen und Patienten durchgeführt wird. Die Umsetzung und vor allem der Effekt klinikinterner Leitlinien zur Anwendung wirksamer und sicherer Medikamente- und Analgesieverfahren werden durch strukturierte Patienten- und Mitarbeiterbefragungen in der Klinik im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens überprüft. Darüber hinaus wird das Vorhandensein bestimmter Strukturen, wie die Einrichtung einer Schmerzdokumentation, regelmäßiger Schulungen zum Thema Schmerz und die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, bewertet.

Die St. Anna-Virngrund-Klinik erhielt am 6. Oktober 2010 als 31. Klinik bundesweit und als 7. Klinik in Baden-Württemberg das Zertifikat "Qualifizierte Schmerztherapie" durch die zuständige Zertifizierungskommission, die Certkom e. V.



MEDIZINISCHE NEUHEITEN -"WOHNORTNAHER, STARKER UND VERLÄSSLICHER GESUNDHEITSPARTNER SEIN"

MULTIMODALE SCHMERZTHERAPIE

Mit der multimodalen Schmerztherapie offeriert die St. Anna-Virngrund-Klinik seit dem Jahr 2010 ein neues Behandlungsangebot. Der multimodale Therapieansatz basiert auf einer Kombination aus schmerztherapeutischer, psychotherapeutisch-psychologischer, krankengymnastischer, egotherapeutischer und medikamentöser Behandlung beispielsweise von Patienten mit chronischem Schmerzleiden, insbesondere Schmerzen im Bereich des Bewegungsapparates (chronischer Rückenschmerz). In diesem Bereich besteht eine deutlich zunehmende Nachfrage nach stationären Behandlungskapazitäten.

Hinzu kommt ein breites Feld weiterer Indikationsgebiete, die ebenfalls mit den begleitenden, langjährig chronifizierten Schmerzzuständen der betroffenen Patientinnen und Patienten nur durch eine interdisziplinäre multimodale vollstationäre Schmerztherapie überhaupt Erfolg versprechend behandelt werden können. Die häufigsten Indikationsgebiete sind:

- Tumorschmerzen
- Arterielle Verschlusskrankheiten
- Kopf- und Gesichtsschmerzen
- CRPS (Morbus Sudeck)
- Sonstige Schmerzen am Bewegungsapparat

Bedingt durch die onkologischen Behandlungsschwerpunkte in der Urologie, der Allgemein- und Viszeralchirurgie und der Inneren Medizin (Gastroenterologie und Hämatologie/Onkologie) ergibt sich auch aus dem stationären Versorgungsangebot ein zusätzlicher Behandlungsbedarf für Schmerztherapie.

ZENTRUM KOLOREKTALE CHIRURGIE – KEINE CHANCE DEN DARMERKRANKUNGEN



Die St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen gründete im März 2011 das Zentrum kolorektale Chirurgie (Darmchirurgie Ellwangen), um Patienten mit gutartigen und bösartigen Tumoren im Darm zukünftig noch besser und individueller behandeln zu können. Der Begriff kolorektal bezieht sich auf den Dickdarm (Kolon) und den Mastdarm (Rektum). Die Klinik bietet so neben einer ausgezeichneten breiten Basisversorgung einen wichtigen Schwerpunkt in der Patientenversorgung der Region.

Professor Dr. med. Rainer Isenmann leitet dieses Zentrum als Chefarzt der Allgemein- und Visceralchirurgie. Die Patienten werden im Zentrum von einem 30-köpfigen Team (einschließlich Kooperationspartnern) aus Medizin, Pflege, Radiologie, Strahlen- und Physiotherapie, Stomaund Ernährungsberatern betreut. Für das Zentrum liegen Behandlungspfade vor, in denen alle Schritte von der Diagnose über die Therapie und Nachsorge festgelegt sind.

ABTEILUNG FÜR KINDER-UND JUGENDPSYCHIATRIE, -PSYCHOTHERAPIE UND -PSYCHOSOMATIK



v. l. n. r.: Frau Rauscher-Lacher, Landrat Pavel, Prof. Dr. Braun-Scharm, Frau Dr. Sauter



Nach der Eröffnung der Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA) in Ellwangen (2005) und Schwäbisch Gmünd (2006) konnte zum Jahresbeginn 2011 eine weitere Außenstelle in Aalen eröffnet werden. Damit sind die Angebote der ambulanten psychiatrischen und psychosomatischen Diagnostik und Behandlung von Kindern und Jugendlichen in allen drei Großen Kreisstädten des Ostalbkreises gegeben. Die Psychiatrischen Institutsambulanzen ergänzen das Angebot der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychosomatik an der St. Anna-Virngrund-Klinik, die seit dem 1. Juli 2003 den Versorgungsauftrag in der Region Ostwürttemberg wahrnimmt.

Aufgrund der beruflichen Veränderung von Prof. Dr. Braun-Scharm wurde ein Wechsel in der Leitungsposition dieser Abteilung erforderlich. Mit der Wahl von Dr. Denise Rossaro zur neuen Chefärztin konnte diese wichtige Führungsposition hoch kompetent und nahtlos zum 1. April 2011 besetzt werden.



Dr. Denise Rossaro

MEDIZINISCHE INNOVATION RIS / PACS

Mit der Einführung und Etablierung eines digitalen Röntgeninformationssystems (RIS) und eines dazugehörigen Bildarchivierungssystems (PACS) setzte die St. Anna-Virngrund-Klinik im Jahr 2011 ein absolutes "Investitions-Highlight". Dies gilt sowohl für das Investitionsvolumen als auch für die Bedeutung in der täglichen Praxis.

Der Quantensprung in der radiologischen Diagnostik wird aus der Ablaufoptimierung ersichtlich. Die Röntgenbilder stehen sofort an allen Arbeitsplätzen zur Verfügung. Ein Ausdruck oder Botengang wird dadurch überflüssig. Die Befundung wird auf diese Weise wesentlich beschleunigt und erleichtert. Zusätzlich entstehen durch die digitale Bildbearbeitung völlig neue Möglichkeiten in der Röntgendiagnostik verbunden mit einer verbesserten Behandlungsqualität.

BAUARBEITEN AM BAUAB-SCHNITT 4 – NEUBAU FÜR INNERE GEHT VORAN

Nach dem Abriss des Altbaus Innere Medizin im Jahr 2010 wurde mit dem Richtfest des Neubaus im Juli 2011 ein wichtiges Etappenziel erreicht. Zwischenzeitlich wird der Innenausbau mit Hochdruck vorangetrieben. Mitte 2012 werden der Neubau Innere Medizin und weitere Funktionsbereiche (BA4) bezogen. Mit dem Abschluss dieser Baumaßnahme ist die St. Anna-Virngrund-Klinik komplett erneuert. Die Innere Abteilung als größter medizinischer Bereich der Klinik wird in diesen Räumlichkeiten ihr neues Zuhause finden. Auf zwei Etagen in direkter Anbindung an die Funktionsbereiche werden die Behandlungswege für die Patienten deutlich kürzer. Moderne Behandlungsräume und Patientenzimmer schaffen die Voraussetzungen für eine hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung. Nach Abschluss dieser Baumaßnahme hat die Region um Ellwangen mit der St. Anna-Virngrund-Klinik ein modernes, freundliches und offenes Krankenhaus samt Wohlfühlatmosphäre.

KOOPERATIONSNETZ SOLL WACHSEN

Im Bauabschnitt 4 entstehen auf der Eingangsebene außerdem



oben: Übergabe der Baugenehmigung für Bauabschnitt 4 an Landrat Klaus Pavel, Mitte: Abriss des Altbaus Innere Medizin, unten: Richtfest des Neubaus im Juli 2011

Räume für die Erweiterung des "Arzt + Therapie Zentrums" (ATZ). Bisher bestehen bereits Kooperationen mit externen Anbietern der Dialyse, der Schmerztherapie sowie der Logopädie und Ergotherapie. Mit der Ansiedlung weiterer Ärzte und Therapeuten möchte die St. Anna-Virngrund-Klinik die Sektoren übergreifende Versorgung zwischen stationären und ambulanten Anbietern intensivieren und neue Kooperationsmöglichkeiten entwickeln.



STAUFERKLINIKUM SCHWÄBISCH GMÜND

GEMEINSAMER CAMPUS

Das Jahr 2010 war das erste vollständige Geschäftsjahr, in welchem die beiden früheren Betriebsteile Stauferklinik in Mutlangen und Margaritenhospital Schwäbisch Gmünd an einer Stelle auf dem Campus des Stauferklinikums zusammengeführt arbeiteten. Die Unternehmensziele, die für das erste Jahr der gemeinsamen Arbeit an einem Standort gesetzt wurden, wurden deutlich überschritten. Dies war nicht ohne weiteres zu erwarten, da doch rund 230 Mitarbeiter aus dem Margaritenhospital in den Betrieb des Stauferklinikums zu integrieren waren und auch medizinisch völlig neue Felder, wie beispielsweise die Pädiatrie, in den organisatorischen Ablauf des Gesamtklinikums einzuordnen waren. Mit großem Engagement und vielfältigem persönlichen Einsatz aller Mitarbeiter ist diese Herausforderung sehr gut gemeistert worden. Dies spiegelt sich in der deutlich angestiegenen Patientenzahl und auch im betriebswirtschaftlichen Erfolg 2010.

Nachdem im Oktober 2009 die große Baumaßnahme "Integration Margaritenhospital und Restsanierung Stauferklinikum" weitgehend abgeschlossen werden konnte, liefen bis April 2010 noch die Sanierungsmaßnahmen im Zentral-OP. Der Bau des Parkhauses südlich des MediCenters I konnte mit der offiziellen Einweihung am 1. Oktober 2010 abgeschlossen werden. Nach dem 1. Spatenstich am 5. März 2010 können dank schnellen Baufortschritts 236 Stellplätze auf acht Ebenen nach nur rund sechs Monaten bereits von den Besuchern des Klinikums genutzt werden. Vom neuen Parkhaus aus ist nun der Eingangsbereich des Klinikums ebenerdig und auf kurzer



Landrat Klaus Pavel (4. v. l.), der Schwäbisch Gmünder Oberbürgermeister Richard Arnold (5. v. l.) und der Mutlanger Bürgermeister Peter Seyfried (6. v. l.) eröffnen das neue Parkhaus

Distanz erreichbar. Mit der Realisierung dieses Bauwerkes in der Größenordnung von rund 2,5 Mio. Euro wurden die großen Baumaßnahmen auf dem Campus des Stauferklinikums zum Abschluss gebracht und der zuvor sehr deutliche Mangel an Parkraum behoben.

AUSBAU DES MEDIZINISCHEN LEISTUNGSANGEBOTES

Auch im Jahr 2010 konnte das medizinische Leistungsspektrum des Stauferklinikums deutlich weiter ausgebaut werden. Im Jahr 2009 haben drei neue Chefärzte (Gefäßund Thoraxchirurgie, Allgemeinund Viszeralchirurgie, Pädiatrie) den Dienst aufgenommen. Die in diese personellen Veränderungen gesetzten Erwartungen haben sich mehr als erfüllt.

VERSORGUNG VON FRÜH-GEBURTEN UND RISIKOKINDERN – PERINATALZENTRUM LEVEL 1

Die im September 2005 seitens des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) gesetzten Kriterien in der Versorgung von Frühgeburten und Risikokindern wurden zur Jahresmitte 2010 nochmals wesentlich verschärft. Künftig sollten nur noch die Kliniken in dieser Versorgungsstufe tätig werden können, welche eine Vielzahl von hochkomplexen Strukturkriterien erfüllen können und darüber hinaus nachweisen, dass sie jährlich mindestens 30 Kinder mit einem Geburtsgewicht unter 1.250 Gramm versorgt haben. In Sondierung der Situation zwischen Pädiatrie, Geburtsmedizin und Verwaltung kam man, insbesondere angesichts der Anzahl der Level 1-Kinder schon bis zur Jahresmitte, zu dem Ergebnis, dass in gemeinsamer Anstrengung auch dieses Ziel im Rahmen der Budgetverhandlung für das Jahr 2010 realisierbar ist. Die abschließende Verhandlung mit den Kostenträgern zum Budget 2010 fand erst am 26. Oktober 2010 statt. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Klinikum bereits 25 Level 1-Kinder nachweisen. Dies zeigte den Kostenträgern, dass für den großen Bereich zwischen Stuttgart, Ulm, Augsburg, Nürnberg und Würzburg ein weiteres Versorgungsangebot erforderlich ist. Erst Anfang Februar 2011 signalisierten die letzten Kostenträger, dass sie mit der Budgetvereinbarung 2010 einem Level 1-Standort am Staufeklinikum zustimmen werden.

Das Stauferklinikum hat sich 13 vorwiegend aus dem süddeut-



schen Raum stammenden Kliniken in einer Sammelklage gegen den G-BA gegen die neu festgesetzten Level 1-Kriterien angeschlossen. In einem Eilverfahren vor dem Landessozialgericht Brandenburg konnte eine einstweilige Verfügung gegen den G-BA-Beschluss durchgesetzt werden. In der Folge zog der G-BA seine im Juni 2010 verschärfend festgesetzten Kriterien zurück. Damit kann der Ostalbkreis eine wohnortnahe Versorgung anbieten und den betroffenen Eltern große Belastungen durch wochen- und monatelange Klinikaufenthalte weit entfernt von ihrer Familie ersparen.

GEFÄSS- UND THORAXCHIRURGIE/ALLGEMEIN-UND VISZERALCHIRURGIE

Diese beiden Abteilungen sind im Jahr 2009 unter neuer Leitung (Gefäß- und Thoraxchirurgie Dr. med. Julian Zimmermann, Allgemein- und Viszeralchirurgie PD Dr. med. Jens Mayer) gestartet. Beide Abteilungen konnten sich im Jahr 2010 in enger personeller und räumlicher Verflechtung zueinander gut etablieren. Insbesondere der Bereich Gefäß- und Thoraxchirurgie zeigt, dass hier ein Versorgungsbedarf innerhalb des Einzugsbereiches des Stauferklinikums besteht, der zuvor nicht beziehungsweise nur unzureichend abgedeckt werden konnte. Im Bereich der Allgemeinund Viszeralchirurgie wurde durch PD Dr. Mayer verstärkt das minimalinvasive Operieren realisiert, was bei den Patienten zu deutlich verkürzten Liegezeiten führt.

WIRBELSÄULENZENTRUM

Diese Abteilung startete zum 1. September 2009 bzw. wurde zu diesem Zeitpunkt als Segment aus der Abteilung für Traumatologie und Orthopädische Chirurgie herausgelöst. Das Wirbelsäulenzentrum unter Leitung von Chefarzt Dr. med. Roland Rißel erfuhr im



Das Stauferklinikum ist jetzt ein zertifiziertes "Babyfreundliches Krankenhaus"

Jahr 2010 eine mehr als dynamische Entwicklung. Die Nachfrage nach dem speziellen Leistungsangebot dieser Abteilung zeigt, dass hier viel Potential für eine weitere Entwicklung gegeben ist.

ZERTIFIZIERUNG ALS "BABY-FREUNDLICHES KRANKENHAUS"

Nach rund dreijähriger Vorbereitungszeit konnte die sehr anspruchsvolle Zertifizierung als "Babyfreundliches Krankenhaus" durch WHO und UNICEF im November 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe unter Leitung von Chefarzt Dr. med. Erik Schlicht verfügt nun neben dem Brustzentrum und dem Gynäkologischen Krebszentrum über das dritte zertifizierte Zentrum.

Das Stauferklinikum hat unter etwa 1.000 geburtshilflichen Kliniken in Deutschland als 57. Klinik diese Auszeichnung erhalten. Dieses Prädikat zeigt, dass dem Thema Geburt, das mit der Zusammenlegung beider Klinikstandorte an das Stauferklinikum zurückgekommen ist, hohe Priorität eingeräumt wird.

ERWEITERTES SPEKTRUM AM ZENTRUM FÜR INNERE MEDIZIN

Das Team von spezialisierten Medizinern um Chefarzt Prof. Dr. med. Holger Hebart hat Verstärkung bekommen. Leitender Arzt Dr. med. Siegbert Herb ist Facharzt für Innere Medizin mit den Schwerpunkten Pneumologie (Erkrankungen der Atemwege und der Lunge), Hämatologie und internistische Onkologie (Blut- und Tumorerkrankungen). Dr. Herb hat am 1. Februar 2011 seine Arbeit am Stauferklinikum aufgenommen. Er wird als Leitender Arzt für Lungenheilkunde und Tumoren der Lunge und des Rippfells einen Bereich innerhalb des Zentrums für Innere Medizin etablieren, wo kompetent und nach aktuellen Standards Erkrankungen der Atemwege, der Lunge und des Rippfells diagnostiziert und therapiert werden. Das Erkrankungsspektrum umfasst akute Verschlechterungen von chronisch obstruktiver Bronchitis, Lungenemphysem und Asthma bronchiale, des weiteren Lungenentzündungen, Lungengerüsterkrankungen, Flüssigkeitsansammlungen im Rippfellraum, bösartige Erkrankungen der Lunge und des Rippfells. Die breite Ausrichtung des Stauferklinikums ermöglicht die interdisziplinäre



Zusammenarbeit bei schwierigen Fällen. Gerade auch die Präsenz des Lungenchirurgen Dr. med. Julian Zimmermann rundet die therapeutischen Möglichkeiten in der Behandlung von Lungen- und Rippfellerkrankungen ab.

START DER SPEZIALISIERTEN AMBULANTEN PALLIATIVVERSORGUNG

Schwerstkranken Menschen mit begrenzter Lebenserwartung, die bis zum Tode in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung bleiben möchten, wird kompetente medizinische pflegerische Hilfe mit dem Start der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV) am 3. März 2011 angeboten. Der Versorgungsvertrag zwischen dem Stauferklinikum für das Palliative-Care-Team SAPV Ostalb und den Kostenträgern wurde in einer Feierstunde unterzeichnet. Landrat Klaus Pavel freute sich in seiner Begrüßung darüber, dass die Qualität der palliativmedizinischen Betreuung, die im Stauferklinikum angeboten wird, jetzt auch auf den ambulanten Bereich ausgedehnt wird. Das Stauferklinikum hat seit 2009 die Initiative ergriffen und einen Arbeitskreis koordiniert, der niedergelassene und Klinikärzte, ambulante Pflegedienste, Hospizdienste und Seelsorger mit ins Boot genommen hat. Die formalen Voraussetzungen, die erfüllt werden mussten, waren gewaltig: Die Qualifizierung der beteiligten ärztlichen und pflegerischen Mitarbeiter, die Abdeckung des großen Flächenlandkreises Ostalbkreis und die Gewährleistung einer 24-Stunden-Rufbereitschaft an 365 Tagen im Jahr.

Im SAPV ist es gelungen, 15 Kooperationspartner aus zehn verschiedenen Bereichen, ambulant und stationär, zu vernetzen. Es ist für die professionellen Helfer wichtig, dass der schwerstkranke Patient und seine Angehörigen jederzeit die Hilfe



Für das Stauferklinikum unterzeichnete Krankenhausdirektor Walter Hees (vorne links) den Versorgungsvertrag für die ambulante Palliativversorgung

abrufen können, die gebraucht wird. In Baden-Württemberg ist dieser Vertrag der zehnte, der unterzeichnet wurde. Nur vier der Strukturen werden von Kliniken getragen.

ZERTIFIZIERUNG ALS REGIONALES TRAUMAZENTRUM

Das Zentrum für Traumatologie und orthopädische Chirurgie am Stauferklinikum optimiert seit Jahren die Behandlung von schwerverletzten Patienten, dies in enger Kooperation mit den anderen Abteilungen des Hauses. Die unverzügliche und reibungslose Kooperation zwischen den Abteilungen stellt die Grundbedingung für eine optimale Behandlung vor allem in den ersten Minuten und Stunden dar. Um die Versorgung schwerstverletzter Patienten in Deutschland auf ein noch besseres Niveau zu heben, hat die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie/Orthopädie vor rund drei Jahren beschlossen, regionale und überregionale Traumazentren zu bilden und diese nach einheitlichen Qualitätsstandards zu zertifizieren. Nach Abschluss dieses Prozesses wird garantiert, dass die Schwerverletztenversorgung gleich hohen Qualitätsstandards genügt, die Abstimmung zwischen den einzelnen

Kliniken optimal läuft. Eingebunden in diesen Prozess sind auch die Rettungsdienste.

Im Rahmen dieses Zertifizierungsprozesses hat sich am Stauferklinikum die Abteilung Unfallchirurgie/Orthopädie qualitäts- und standardmäßig neu aufgestellt und den Zertifizierungsprozess für das Traumanetzwerk der Universität Ulm durchlaufen. Seit dem 31. März 2011 ist das Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd nun zertifiziertes Regionales Traumazentrum. Damit konnte im Rahmen des Audits eindrücklich nachgewiesen werden, dass die Anforderungen zur Behandlung von Schwerverletzten nach den Kriterien des Weißbuches der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie erfüllt sind. Im Rahmen der Einstufung zum Regionalen Traumazentrum ist das Stauferklinikum eingebettet in das Traumanetzwerk Ulm, an dem weitere Lehrkrankenhäuser beteiligt sind. Die Kliniken sind eng miteinander vernetzt und teleradiologisch mit der Universität Ulm verbunden.





20 Patienten können in der Staufer-Reha in diesem Therapiebecken nach Operationen weiterbehandelt werden

STAUFER-REHA GEHT IN BETRIEB

Nach der Akutversorgung in der Abteilung für Traumatologie und Orthopädische Chirurgie und dem Wirbelsäulenzentrum folgte bislang für viele Patienten die Verlegung in eine stationäre Reha-Einrichtung. Vielfach wurde an die Klinikleitung der Wunsch herangetragen, ob es nicht möglich wäre, die Reha-Maßnahme in der Physiotherapie des Stauferklinikums durchzuführen. Besonders ältere Patienten scheuen den Aufenthalt in einer relativ weit entfernten Einrichtung. Von der ersten Idee, am Stauferklinikum eine ganzheitliche Patientenversorgung bei Operationen im orthopädischen und prothetischen Bereich anzubieten, bis zur Einweihung der ambulanten Staufer-REHA am 15. September 2011 sind mehr als vier Jahre vergangen.

20 Patienten können nun wohnortnah und individuell physiotherapeutisch nach Operationen weiterbehandelt werden. Die Staufer-REHA
steht allen Patienten offen, auch
denen, die an anderen Kliniken
operiert wurden, sofern sie in einem
Umkreis von 25 km von Mutlangen
wohnen. Dann können diese Patienten täglich vom Fahrdienst, der

von der Staufer-REHA organisiert wird, von zu Hause abgeholt und nach Beendigung des Tagespensums wieder zurückgebracht werden.

NEUGRÜNDUNG SERVICE GESELLSCHAFT

Mit rund 30 Mitarbeitern startete am 1. Juli 2011 die Service Gesellschaft Stauferklinikum mbH. Der Krankenhausausschuss hatte am 20. Juli 2010 und der Kreistag am 12. Oktober 2010 der Ausgliederung von Mitarbeitern der Bereiche Reinigungsdienst, Küche/Catering, Wäscherei, Innerbetrieblicher Transport und Logistik, Zentrale Sterilisation, Pforte/Archiv, Haustechnik und Hygienefachkraft zugestimmt. Geschäftsführer der Servicegesellschaft ist Walter Hees, Prokuristen sind Martin Weller und Franz Xaver Pretzel. Die Administration wurde auf die Firma Klinikdienste Süd in Dietmannsried übertragen. Zum Jahreswechsel 2011/2012 waren 41 Mitarbeiter in der Service Gesellschaft beschäftigt.

GRÜNDUNG DES "BUNTEN KREISES SCHWÄBISCH GMÜND E.V."

Einen weiteren Mosaikstein in der Entwicklung der Kinderheilkunde am Stauferklinikum bildet die Gründung des "Bunten Kreises Schwäbisch Gmünd e. V." im Juni 2010. Mit der Etablierung dieser Einrichtung hat das Klinikum die Möglichkeit einer nachhaltigen Unterstützung der Familien nach stationärer Entlassung in die häusliche Umgebung. Durch diese Einrichtung können zusätzliche Mittel entsprechend dem Versorgungsangebot nach den Regelleis-



Die Gründungsmitglieder des "Bunten Kreises"



tungen des SGB V erreicht werden. Darüber hinaus – und das hat die Entwicklung schon nach wenigen Monaten gezeigt – kann der Bunte Kreis auch Spendengelder einsetzen.

TOUR GINKGO TOURT FÜR DIE KINDERKLINIK

Seit 1992 veranstaltet die Christiane-Eichenhofer-Stiftung Benefizradtouren zugunsten schwerst- und chronisch kranker Kinder. Die Tour Ginkgo war im Jahr 2010 für drei Tage im Ostalbkreis zu Gast. Vom 8. bis 10. Juli 2010 fuhren etwa 110 Teilnehmer durch eine Vielzahl von Gemeinden des Ostalbkreises und auch einige Gemeinden des westlich angrenzenden Rems-Murr-Kreises. Hervorzuheben ist das unermüdliche Engagement von Christiane Eichenhofer und ihrem vielfältigen und routinierten Helferteam. Weiter zu erwähnen ist auch die spontane und beeindruckende Unterstützung durch viele Städte und Gemeinden des Ostalbkreises und einiger Gemeinden des Rems-Murr-Kreises. Nur so konnte die Tour 211.000 Euro an Spendengeldern "erradeln". Diese Gelder stehen nun schwerkranken Kindern zur Verfügung.



AMBULANTES OPERIEREN AM MARGARITENHEIM SCHWÄBISCH GMÜND

Im Oktober 2010 konnten die Verhandlungen zwischen "Ambulantes Operieren Gmünd" (AOG) und dem Landkreis abgeschlossen werden. Die AOG nahm zum 1. November

2010 ihren Betrieb im Haus der Gesundheit - Margaritenheim auf. Die AOG ist Mieter des OP-Bereiches im Margaritenheim und stellt Räumlichkeiten und auch Personal für ambulante Operationen zur Verfügung. Nutzer dieses Ambulanten OP-Zentrums im Margaritenheim sind vor allem niedergelassene orthopädischen Ärzte aus Schwäbisch Gmünd, die HNO- und urologischen Belegärzte des Stauferklinikums, soweit sie ambulant operativ tätig sind, sowie das Stauferklinikum selbst. Die fachliche Leitung dieses Ambulanten Operationszentrums liegt in Händen von Dr. med. Annelie Völcker, welche zugleich weiterhin in Teilzeitbeschäftigung Leitende Ärztin der Anästhesie des Stauferklinikums ist.

zent. Da eine Mindestanforderung von 60 abgegebenen Fragebogen pro Klinik im Vorfeld der Untersuchung festgelegt wurde, konnten in Baden-Württemberg 107 Krankenhäuser detailliert bewertet werden. Über alle teilnehmenden Kliniken in Deutschland wurde in allen fünf Kategorien ein Durchschnittswert ermittelt. Liegt eine Klinik fünf Mal über diesem Durchschnittswert, wird sie von der Techniker Krankenkasse ausgezeichnet.

Das Stauferklinikum war unter den ausgezeichneten Kliniken. Als Stärke des Klinikums wurden die medizinische Kompetenz der Ärzte und die gute Betreuung durch die Pflegekräfte genannt.



Landrat Pavel (Mitte) und Walter Hees (rechts) erhalten die Auszeichnung der Techniker Krankenkasse

VON TECHNIKER KRANKEN-KASSE AUSGEZEICHNET

Die Techniker Krankenkasse hat im Jahr 2011 ihre Mitglieder deutschlandweit über ihre Erfahrungen in den Kliniken befragt in den Kategorien allgemeine Zufriedenheit, Behandlungsergebnis, medizinischpflegerische Versorgung, Information und Kommunikation und Organisation und Unterbringung. Die Rücklaufquote lag bei über 61 Pro-

KLINIKUM KOOPERIERT MIT PÄDAGOGISCHER HOCH-SCHULE

Seit Oktober 2010 wird an der Konzeption eines Therapie begleitenden Sport- und Bewegungsangebots für Tumorpatienten in der Region Schwäbisch Gmünd gearbeitet. Ziel des Projekts ist es, unmittelbar nach der Erstdiagnose Angebote zur körperlichen Aktivität unterbreiten zu können und den Kontakt zu



entsprechenden Sportgruppen am Wohnort herzustellen. Das Projekt wurde in Kooperation zwischen dem Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd unter der Leitung von Prof. Dr. med. Holger Hebart, Chefarzt am Zentrum für Innere Medizin, und Prof. Dr. Carl-Walter Kohlmann, Direktor des Instituts für Humanwissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, entwickelt. Es wird eine Konzeption erstellt und die Umsetzbarkeit und Wirksamkeit des Bewegungsangebots hinsichtlich Therapieerfolg, Gesundheit und Lebensqualität der Patienten analysiert.

Im Rahmen eines weiteren Kooperationsprojekts besucht bereits seit 2009 einmal jährlich eine Studentengruppe des Bachelor-Studiengangs "Gesundheitsförderung" das Stauferklinikum. Krankenhausdirektor Walter Hees informierte die Studenten im Rahmen des Seminars "Gesundheitsökonomie" über Organisation und Abläufe des Stauferklinikums sowie über aktuelle Entwicklungen und Probleme im Gesundheitswesen und deren Auswirkungen auf die Klinik. Die Studenten verfolgen die Entwicklungen des Stauferklinikums stets mit großem Interesse. Eine Studentin konnte nach ihrem Bachelor-Abschluss direkt im Sozialdienst des Stauferklinikums angestellt werden. Initiiert wurde der jährliche Vortrag von Vertretungsprofessorin Dr. Claudia Wiebcke. Ihr Nachfolger Prof. Dr. Tim Engartner führt den Austausch mit dem Stauferklinikum nun fort.

2. OSTWÜRTTEMBERGER CHIRURGENTAG – ÜBERREGIONALER UNFALL-CHIRURGISCHER KONGRESS

Am 18. November 2011 fand der 2. Ostwürttemberger Chirurgentag im Mutlanger Forum statt. Unter der Kongressorganisation der Unfallchirurgischen Abteilung des Stauferklinikums mit ihrem Leiter Dr. Manfred Wiedemann trafen sich die unfallchirurgischen Repräsentanten der Kliniken Crailsheim, Ellwangen, Aalen und Heidenheim und referierten mit mehreren Gästen, auch aus dem niedergelassenen Bereich, zu den zentralen Themen der unfallchirurgischen Versorgung älterer Menschen. Unfallchirurgische Abteilungen sind tagtäglich mit Verletzungen älterer Menschen beschäftigt und sehen sich oft mit schweren Knochenbrüchen konfrontiert, zu deren operativen Lösung besonders anspruchsvolle Techniken und Taktiken erforderlich sind. Komplizierend sind meist zahlreiche Zusatzerkrankungen älterer Menschen, wie Osteoporose, Adipositas, Stoffwechselerkrankungen oder Demenz.

Oberstes Ziel ist, den Patienten durch eine schnelle, optimale, früh belastungsstabile und schmerzarme Versorgung wieder zur Selbstständigkeit und damit in sein soziales Umfeld zu führen. Die Kooperation wird fortgesetzt, regelmäßige Treffen der Leiter der Abteilungen sind geplant. Eine nächste Veranstaltung dieser Art wird im Jahr 2012 auf der Kapfenburg stattfinden.

PRÄVENTION – START DES ANTIRAUCHERPROJEKTS "OHNE KIPPE"

Zum Ende des Schuljahres 2010/11 startete Dr. med. Julian Zimmermann, Chefarzt der Klinik für Gefäß- und Thoraxchirurgie, sein Antiraucherprojekt "Ohne Kippe". Einmal im Monat werden drei bis vier Schulklassen aus dem gesamten Ostalbkreis über die Gefahren des Rauchens aufgeklärt: in einem Grundlagenvortrag über die schädigende Wirkung des Nikotins, in einem Filmbeitrag über eine Lungenspiegelung und in persönlichen Gesprächen mit Patienten, die über ihr Raucherschicksal und ihre Erfahrungen sprechen. Die Primärprävention bei noch nicht rauchenden Jugendlichen (Klassenstufe 7 bis 9) ist ein Erfolg versprechender Ansatz. Das Stauferklinikum ist nach Heidelberg und Esslingen die dritte Klinik in Baden-Württemberg, die sich mit der Aktion "Ohne Kippe" für die Antiraucheraufklärung bei Jugendlichen stark macht.









Landrat Klaus Pavel überreicht den Mietern im Rahmen der Eröffnungsfeier Brot und Salz als Willkommensgruß

VOM MARGARITEN-HOSPITAL ZUM HAUS DER GESUNDHEIT

MODERNES MEDIZINISCHES DIENSTLEISTUNGSZENTRUM AN TRADITIONSSTANDORT

Nach dem Umzug von Geburtshilfe und Pädiatrie auf den Campus des Stauferklinikums in Mutlangen Ende 2009 hat sich das Margaritenheim mitten in Schwäbisch Gmünd zum Haus der Gesundheit gewandelt. Aus dem Gebäude – 1889 ursprünglich als Zigarrenfabrik errichtet – hat sich ein innovatives und ganzheitliches Dienstleistungszentrum entwickelt, unter dessen Dach sich ein hervorragendes medizinisches Angebot befindet. Im Rahmen der feierlichen Eröffnung am 27. Mai 2011 konnte Landrat Klaus Pavel das traditionsreiche Haus offiziell seiner neuen Nutzung übergeben.

Vor 90 Jahren haben die Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal das Margaritenheim für Mutter und Kind eröffnet. Nach einer erfolg- und abwechslungsreichen Geschichte hat der Ostalbkreis zum 1. Januar 2000 das Margaritenhospital von der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern zum Hl. Vinzenz von Paul in Untermarchtal e. V. übernommen. Schon nach kurzer Zeit entstand die Vision, das traditionsreiche Margaritenhospital zu einem "Haus der Gesundheit" im Herzen von Schwäbisch Gmünd zu entwickeln. Aus dieser Vision wurde mit der Einweihung Wirklichkeit. Neue vielfältige medizinische Dienstleistungen stehen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Raumschaft Schwäbisch Gmünd zur Verfügung und ergänzen das medizinische Angebot der bestehenden Praxen im Zentrum Schwäbisch Gmünds und des Stauferklinikums. Neben dem medizinischen Angebot ist das Haus der Gesundheit inzwischen auch zu einem kommunikativen Treffpunkt geworden. Der neu gestaltete Haupteingang mit seiner großzügigen Wartezone und das neue Café laden zum Verweilen ein.

Im Interesse einer nachhaltigen medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis haben Kreistag und Kreisverwaltung es als selbstverständliche Aufgabe gesehen, die Entwicklung des Margaritenheims zu einem interdisziplinären Haus der Gesundheit zu fördern und zu begleiten. Unter der Federführung der Ostalb Service GmbH und Krankenhausdirektor Axel F. Janischowski konnte die Projektentwicklung erfolgreich vorangebracht werden, die Schwäbisch Gmünder Architekten Preiß haben dazu ein innovatives architektonisches Gesamtkonzept entwickelt. Die S-Projektverwaltungsgesellschaft Ostalb mbH der Kreissparkasse Ostalb hat schließlich mit einer Gesamtinvestition in Höhe von 15,2 Mio. Euro die Voraussetzungen für moderne Strukturen der medizinischen Dienstleistung auf über 8.000 m² Nutzfläche realisiert.

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung



REGIONALE STRUKTUREN, GLOBALER WERDENDE HANDELSWEGE UND NEUE VERMARKTUNGSWEGE – EINE HERAUSFORDERUNG AN DIE VETERINÄR- UND LEBENSMITTEL-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Zentrale Aufgabe des Geschäftsbereiches Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung ist es, im Sinne des vorbeugenden Verbraucherschutzes für Gesundheit von Mensch und Tier tätig zu sein. Hinter dieser kurz und abstrakt erscheinenden Formulierung steckt jedoch die erhebliche und vielschichtige Palette an Aufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Überwachung von Lebensmitteln tierischer und pflanzlicher Herkunft bis zur Überwachung des Verkehrs tierischer Nebenprodukte und der Überwachung des Arzneimitteleinsatzes bei Tieren.

Die Arbeit des Geschäftsbereiches Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung ist dabei von zwei grundlegenden Einflüssen geprägt:

- Umsetzung neuer oder geänderter rechtlicher Vorgaben, die u. a. mit der Tiergesundheitsstrategie der Europäischen Union (2007 - 2013) einhergehen und von dieser beeinflusst werden.
- Gestaltung, Umsetzung und Durchführung von Kontrollen nach einem noch stärker risikoorientierten Ansatz in den Bereichen Tiergesundheit und Lebensmittelüberwachung.

Voraussetzung für die sowohl qualitativ als auch quantitativ kompetente Erledigung der Dienstgeschäfte ist das fachlich verzahnte Arbeiten der Beschäftigten des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung. Bewerkstelligt wird dies durch die Zusammenarbeit von Lebensmittelkontrolleuren, Tierärzten und Verwaltungskräften.

SICHERE LEBENSMITTEL DURCH FLÄCHENDECKENDE LEBENSMITTELÜBERWACHUNG

Die besondere Herausforderung bei der Aufgabe an eine flächendeckende Lebensmittelüberwachung im Ostalbkreis besteht darin, dass es bei einem derartig ländlich strukturierten Flächenlandkreis eine große Anzahl verschiedenster überwachungspflichtiger Lebensmittelbetriebe gibt. Mit dem seit 2004 geltenden EU-Lebensmittelrecht und daraus resultierenden bundes- und landesrechtlichen Folgeregelungen ist dem Prinzip "Lebensmittelüberwachung – vom Stall bis auf den Tisch" Rechnung zu tragen. Im Ostalbkreis gibt es trotz des Strukturwandels der letzten Jahre in der Landwirtschaft mit fast 8.000 Lebensmittel produzierenden, verarbeitenden und vermarktenden Betrieben einen besonderen Reichtum an überwachungspflichtigen Unternehmen. Dementsprechend ist auch das nachgelagerte mittelständig strukturierte Lebensmittelhandwerk mit einer nicht unerheblichen Zahl an Betrieben vertreten, die der Lebensmittelüberwachung unterliegen.

Im Jahr 2011 gab es 61 zugelassene selbstschlachtende Metzgereien, 95 Metzgereien ohne Schlachtung und 151 Direktvermarkter im Ostalbkreis. Für die Lebensmittelüberwachungsbehörde des Landratsamtes Ostalbkreis besteht die Aufgabe, die Betriebe zu überwachen, zu beraten und regelmäßig einer Risikobeurteilung in Bezug auf Produktart, Produktionsumfang, Hygienestatus, durchgeführter Eigenkontrollen und Zuverlässigkeit des Betreibers zu unterziehen. Daraus wird die

entsprechende Kontrollfrist für jeden Betrieb abgeleitet.

Die Lebensmittelüberwachung hat aber auch in weiteren verarbeitenden und dienstleistenden Unternehmen für die Lebensmittelsicherheit durch ihre Kontrolltätigkeit zu sorgen. Dazu zählten im Jahr 2011 313 Großküchen und Kantinen und 1.416 Gaststätten und Imbisseinrichtungen. Im Jahr 2010 lag ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt darin, die nach dem EU-Lebensmittelhygienerecht zulassungspflichtigen Küchen und Kantinen im Zulassungsverfahren weiter zu begleiten und dieses abzuschließen. Bis Dezember 2011 waren 24 Küchen im Ostalbkreis zugelassen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in 2011 lag bei der Überprüfung und einer damit verbundenen eventuellen Zulassungspflicht für Wild vermarktende Betriebe.

Durch immer globaler werdende Handelsstrukturen bei Herstellern von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen war der Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung in den Jahren 2010 und 2011 sehr stark gefragt und gefordert. So sind im Ostalbkreis Unternehmen ansässig, die erfolgreich international tätig sind oder sich durch Innovation und Spezialisierung in Nischenbereichen besonders etablieren. Allein im Jahr 2010 wurden durch die Lebensmittelüberwachungsbehörde des Landratsamtes Ostalbkreis im Bereich Lebensmittel und Kosmetika 200 Exportzertifikate für unterschiedliche Produkte ausgestellt, Tendenz steigend. Dies setzt jedoch



voraus, dass im Vorfeld kompetent und zuverlässig eine fachliche und rechtliche Prüfung und Bewertung der Sachverhalte erfolgt.

Ein weiterer Aufgabenbereich, den die Lebensmittelüberwachung aufgrund sich aktuell entwickelnder Vermarktungswege verstärkt seit 2011 im Blick hat, ist das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Kosmetika durch Unternehmen, die sich größtenteils oder ausschließlich des Internethandels bedienen und ihren Sitz im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Ostalbkreis haben.

Auf allen Stufen der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln und in allen Betriebsarten sind die Lebensmittelkontrolleure und Tierärzte vor Ort in den Betrieben tätig. Von Januar 2010 bis Dezember 2011wurden dabei im Fachbereich Lebensmittel (ohne Primärerzeuger) 6.098 Kontrollen durchgeführt. Bei der überwiegenden Anzahl der kontrollierten Betriebe waren die Mängel geringfügig. In 112 Fällen wurde eine gebührenpflichtige Verwarnung ausgesprochen, in 94 Fällen wurde auf Grund von Feststellungen bei Kontrollen und Probenahmen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet, in fünf Fällen wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Durch 333 Verwaltungsverfahren (Anhörungen und Ordnungsverfügungen) wurde die Beseitigung von Mängeln in Lebensmittelbetrieben durchgesetzt.



RISIKOORIENTIERTE PROBENAHME = EFFEKTIVER VERBRAUCHERSCHUTZ

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Sicherstellung der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen stellt die Entnahme von Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeproben dar. Um dabei die richtigen Proben zu entnehmen, wird das im Jahr 2008 von einer Arbeitsgruppe des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum eingeführte Modell zur risikoorientierten Probenahme genutzt (RIOP Baden-Württemberg). Dieses Modell soll die Probenahme zur Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes möglichst effizient an den entscheidenden Stellen gewährleisten. Dafür ist jedoch Voraussetzung, dass die individuelle Betriebsstruktur des jeweiligen Kreises mit ihren aktuellen Veränderungen berücksichtigt wird. Im Ostalbkreis werden dabei jährlich über 1.700 Proben entnommen. Diese werden am Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt in Fellbach untersucht. Die Art der Untersuchung - nach dem oben beschriebenen risikobasierten Ansatz – umfasst mögliche Keimbelastung, Untersuchung auf Rückstände wie Arzneimittel oder Pestizide ebenso wie Kennzeichnungsmängel oder zur Täuschung des Verbrauchers geeignete Aussagen. Im Rahmen der im Jahr 2010 durch die Öffentlichkeit viel beachteten Beiträge und Diskussionen um irreführende Bezeichnungen für qualitativ minderwertige Schinkenimitate oder sogenannten Analogkäse wurden z.B. auch im Ostalbkreis unter diesem Blickwinkel Proben im Handel und in gastronomischen Einrichtungen zur Untersuchung entnommen. Neben den zu entnehmenden Planproben wurden aber auch anlassbezogene Proben z.B. bei Verbraucherbeschwerden oder Verdachtsfällen von lebensmittelbedingten Erkrankungsfällen erhoben.

SCHNELLWARNSYSTEM RASFF – EIN WEITERES INSTRUMENT DER LEBENSMITTELÜBERWACHUNG IN ZEITEN MIT GLOBALER WER-DENDEN HANDELSSTRUKTUREN

Über das Schnellwarnsystem RASFF (Rapid Alert System for Food and Feed = Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel) ist jede Lebensmittelüberwachungsbehörde der EU einem Informationssystem angeschlossen, das über die Vertriebswege und Handelsströme von nicht sicheren oder sogar gesundheitsgefährdenden Lebens- oder Futtermitteln informiert. Sofern im Rahmen der Überwachung und Probenuntersuchung festgestellt wird, dass ein Lebensmittel als nicht sicher oder als gesundheitsgefährdend beurteilt worden ist bzw. ein Lebensmittelunternehmer der zuständigen Behörde mitteilt, das Anhaltspunkte für das Inverkehrbringen eines nicht sicheren Lebensmittels bekannt geworden sind, sind über die in den Unternehmen bestehenden Rückverfolgungssysteme die Handelswege zu ermitteln. Die entsprechenden Informationen werden über dieses System somit anderen betroffenen Lebensmittelüberwachungsbehörden mitgeteilt, damit die Außerverkehrnahme des entsprechenden Produktes und weitere Maßnahmen durch die Lebensmittelüberwachung schnell und effizient realisiert oder überwacht werden kann. In den Jahren 2010 und 2011 gingen beim Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachungen rund 260 Schnellwarnmeldungen ein, die durch Überprüfungen belieferter Unternehmen (Rückrufe, Außerverkehrnahmen oder Ermittlung weiterer Vertriebswege z. B. bei Einzelhandelsketten) abzuarbeiten waren. Von den beiden in den Medien ausführlich berichteten Krisen im Jahr 2010 (Dioxinskandal durch verunreinigtes Futter und die EHEC-Erkrankungsfälle durch Sprossen) war der Geschäftsbereich

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung



Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung des Ostalbkreises erfreulicherweise nicht betroffen.

INFORMATION UND BERATUNG

Um langfristia das Niveau der Lebensmittelhygiene und Lebensmittelsicherheit bei Unternehmen, die Lebensmittel in Verkehr bringen und somit den lebensmittelrechtlichen Vorschriften unterliegen, weiter zu entwickeln und zu verbessern, bedienen sich Tierärzte, Lebensmittelkontrolleure und Verwaltungskräfte des Geschäftsbereiches eines weiteren Instrumentes - der Beratung und Durchführung von Informations- und Schulungsveranstaltungen. Zu diesem Zweck wurden auch in den Jahren 2010/11 zahlreiche Informationsveranstaltungen für verschiedene Interessengruppen durchgeführt. Besonders hervorzuheben sind dabei vier Schulungsabende im Jahr 2011für mehrere hundert Jägerinnen und Jäger im Bereich der Trichinenprobennahme und der Wildbrethygiene in Aalen und Schwäbisch Gmünd. Daneben wurden Vorträge bei Verbänden von Lebensmittelunternehmern und Direktvermarktern zum Thema Lebensmittelhygiene gehalten. Zu erwähnen ist auch eine durchgeführte Informationsveranstaltung für Wirtschaftsbeteiligte des Ostalbkreises im Jahr 2011zu erforderlichen Dokumenten und Verfahrensabläufen beim Export von Produkten, die dem Lebensmittelrecht unterliegen.

FLEISCHHYGIENE

Auch im Bereich der Fleischhygiene waren durch das EU-Lebensmittelhygienepaket weitere Aufgaben zu bewerkstelligen. Durch die im Lebensmittelhygienepaket festgelegte Eigenverantwortlichkeit des Lebensmittelunternehmers bestehen rechtlich festgelegte Verpflichtungen durch betriebliche Eigenkontrollen, z.B. im Bereich der mikrobiologi-

schen Untersuchungen insbesondere bei sensiblen Lebensmitteln, wie etwa Hackfleisch, Fleischerzeugnissen oder Fleischzubereitungen, die Lebensmittelsicherheit sicherzustellen und zu gewährleisten. Aber auch wenn hier die Verantwortlichkeit primär beim Lebensmittelunternehmer liegt, sind die Durchführung und das Ergebnis bzw. evtl. getroffene Maßnahmen des Lebensmittelunternehmers seitens der Lebensmittelüberwachung zu überprüfen. In diesem Zusammenhang konnten im Jahr 2011 rund 200 Anträge auf Ausnahmegenehmigung zur Reduktion der Beprobungshäufigkeit nach Verordnung (EG) Nr. 2073/2005 bearbeitet werden. In der Vorbereitung auf die erforderliche Akkreditierung der Trichinenuntersuchungsstellen nahmen sechs der acht Trichinenuntersuchungsstellen im Ostalbkreis in 2010 und 2011 zur Sicherstellung der Qualität der Untersuchung an einem Ringversuch teil. Zu den Aufgaben im Bereich der Fleischhygiene gehört auch die Überwachung von zwei für die Versorgung mit Geflügelfleisch überregional bedeutenden Geflügelzerlege- und -verarbeitungsbetrieben. Bei drei Farmwildschlachtbetrieben im Ostalbkreis konnte das Zulassungsverfahren weitgehend abgeschlossen werden.



GESUNDE TIERE – VORAUSSETZUNG FÜR GESUNDE LEBENSMITTEL

Im Ostalbkreis als einer der viehreichsten Kreise Baden-Württembergs sind zahlreiche Aufgaben bei der Betreuung der Tierhalter

ein regelmäßiges und zeitintensives Routinegeschäft, welches es auch in sogenannten "Friedenszeiten" nicht zu vernachlässigen gilt. Die Registrierung aller Tierhalter, die Überwachung der Kennzeichnung der Tiere und deren Verwaltung in Bestandsregistern und Datenbanken ist grundlegende Voraussetzung, um bei einem hoffentlich ausbleibenden Tierseuchenfall schnell und effizient Tierbewegungen und damit verbundene mögliche Infektionswege ermitteln und beseitigen zu können. In Zeiten des immer globaler werdenden Handelsverkehrs ist dies aber auch zusammen mit der Überwachung des Gesundheitsstatus dieser Betriebe unbedingte Voraussetzung für die Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen zum Verbringen von Tieren durch den Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung.

TIERGESUNDHEIT

Die klassischen Tierseuchen wie Maul- und Klauenseuche, Tuberkulose oder Tollwut wurden in den letzten Jahrzehnten mit Hilfe intensiver tierärztlicher Bekämpfungsprogramme getilgt. Daher sind im Bereich der Tiergesundheit derzeit Monitoringprogramme und Verfahren zur Überwachung des Erhalts der Seuchenfreiheit eine Aufgabe des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung.

Des Weiteren sind gemäß der eingangs beschrieben neuen Tiergesundheitsstrategie der EU im Rahmen von Monitoringprogrammen Untersuchungen in Schweine-, Rinder- und Geflügelbeständen mit unterschiedlichen Nutzungsrichtungen auf die Verbreitung sogenannter Zoonoseerreger, also Krankheitserreger, die von Tier auf Mensch z. B. über die Lebensmittelkette übertragbar sind, ein Arbeitsschwerpunkt in den Jahren 2010/2011 gewesen.





Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Fortführung und Intensivierung der BHV-1-Sanierung der Rinderbestände – bei ca. 1.350 Rinder haltenden Betrieben im Ostalbkreis stellt dies eine umfangreiche und mit Konsequenz durchzuführende Tätiakeit dar, damit einerseits der Prozentsatz von 93 % BHV-1 freien Betrieben Mitte 2011 erreicht werden konnte und andererseits auf der eingeleiteten Zielgeraden möglichst schnell die 100 %-Marke erreicht wird, um den bisher erlangten Sanierungserfolg zu sichern. Seit Beginn des Jahres 2011 besteht die Aufgabe, eine weitere Rinderkrankheit zu bekämpfen - die BVD - Bovine Virusdiarrhoe.

CROSS COMPLIANCE – VERKNÜPFUNG VON ZAHLUNGSANSPRÜCHEN AUS EU-MITTELN MIT DER EINHALTUNG VON MINDESTSTANDARDS

Die Zahlungsansprüche von Landwirten aus EU-Mitteln sind daran gekoppelt, dass auf den Betrieben die relevanten gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Zur Überprüfung dieser Verpflichtung werden sogenannte systematische Cross Compliance-Kontrollen durchgeführt. Diese Kontrollen wurden mit Tierkennzeichnung, Tierseuchen, Lebensmittel- und Futtermittelproduktion und Tierschutz zwischenzeitlich auf alle Bereiche ausgedehnt. Die Auswahl und Zuteilung der zu kontrollierenden Betriebe erfolgt dabei anhand einer zentralen Risikoanalyse. Im Rahmen der systematischen Kontrollen wurden dabei vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung im Jahr 2010 123 Kontrollen und im Jahr 2011 101 Kontrollen bei Tierhaltern durchgeführt. Neben diesen Stichproben müssen sogenannte "Cross Checks" durchgeführt werden. Dabei wird in Betrieben die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen überprüft, wenn sich anlässlich anderer Kontrollen oder durch sonstige Informationen Erkenntnisse über Unregelmäßigkeiten ergeben.

TIERSCHUTZ

Der Aufgabenbereich der Tierschutzüberwachung beinhaltet nicht nur die breite Palette der Kontrolle von landwirtschaftlichen Tierhaltungen. Alle Tiere haltenden Betriebe unterliegen grundsätzlich der Überwachung durch Tierärzte des Geschäftsbereichs. Neben der klassischen landwirtschaftlichen Rinder-, Schweine- oder Schafhaltung sind weitere gewerbliche Tierhaltungen wie Reit- und Fahrbetriebe, Zoofachgeschäfte, Hunde- oder Katzenzuchten aber auch Tierpensionen oder pensionsähnliche Einrichtungen tierschutzrechtlich zu überwachen. Für derartige Betriebe (nicht abschließende Aufzählung) besteht eine grundsätzliche Erlaubnispflicht nach dem Tierschutzgesetz. Da derartige Vorhaben sich zunehmender Beliebtheit erfreuen, ist auch hier ein Ansteigen der zu prüfenden Tierhaltungen mit Erlaubniserteilungen in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen.



Zusätzlich ist die Arbeit im Bereich des Tierschutzes geprägt von einer Vielzahl an Einzelfällen, welche in ihrer Bedeutung und Tragweite ernst genommen und bearbeitet werden müssen. So sind in den Jahren 2010 188 und 2011 225 Tierschutzanzeigen aufgenommen und diese Tierhaltungen zusätzlich zu routinemäßigen Kontrollen überprüft worden. Daneben gilt es aber auch immer wieder Problemfälle, welche einen sehr hohen Arbeitsaufwand über

längere Zeiträume erfordern, erfolgreich im Sinne des Tierschutzes zu bearbeiten. In Nutztierhaltungen des Ostalbkreises wurden im Jahr 2010 510 tierschutzrechtliche Kontrollen durchgeführt.

Zur Beseitigung von Verstößen wurden in den Jahren 2010/2011 90 Verwaltungsverfahren eingeleitet. Gegen Tierhalter, die gegen tierschutzrechtliche Vorschriften verstoßen und dabei den von ihnen gehaltenen Tieren erhebliche Leiden oder Schmerzen zugefügt hatten, wurden 23 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet, sechs Fälle wurden an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Ein Phänomen, das in den letzten Jahren von den Mitarbeitern des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung zunehmend und mit Sorge beobachtet wird, ist das sogenannte "animal hoarding", also das krankhafte, suchtartige Sammeln von Tieren.

Zur Sicherstellung der tierschutzrechtlichen Anforderungen an den
Tiertransport wurden im Rahmen
von Schwerpunktaktionen auch in
den Jahren 2010 und 2011 gemeinsam mit Polizei und Autobahnpolizei
Kontrollen von Tiertransporten
durchgeführt.



ÄNDERUNG DES VERMESSUNGSGESETZES

Das Vermessungsgesetz wurde zum 10. Dezember 2010 geändert. Ziel war dabei insbesondere, den Anteil der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbV) an den Liegenschaftsvermessungen zu erhöhen. Seit 1. Juli 2011 sind Katastervermessungen zur Zerlegung von Flurstücken von ÖbV durchzuführen. Die Unteren Vermessungsbehörden können solche Vermessungen nur noch durchführen, wenn der Landkreis beteiligt ist und übergangsweise bis Ende des Jahres 2013 auf Antrag einer Gemeinde.

Neben den ÖbV können die unteren Vermessungsbehörden weiterhin noch folgende Liegenschaftsvermessungen durchführen:

- im Rahmen von Baulandumlegungen und Flurneuordnungsverfahren
- an langgestreckten Anlagen (insbesondere Verkehrsflächen) mit einer Länge von über 100 m
- Grenzfeststellungen
- Gebäudeaufnahmen
- Aufnahmen der tatsächlichen Nutzung und von topographischen Gegenständen

Eine weitere wichtige Änderung betrifft die Abmarkung von Flurstücksgrenzen. Die Abmarkungspflicht wurde generell aufgehoben, auch für neue Grenzen. Der Antragsteller entscheidet als mündiger Bürger selbst, ob er eine Abmarkung von Flurstücksgrenzen wünscht. Dies hat dann Auswirkung auf die Höhe der Gebühr einer Katastervermessung.

Wichtigste Aufgabe der unteren Vermessungsbehörde ist damit die Führung des Liegenschaftskatasters. Dies beinhaltet zum einen die laufende Fortführung aus Anlass von Liegenschaftsvermessungen, gleichgültig ob sie selbst oder von ÖbV durchgeführt wurden. Zum anderen sind die Daten des Liegenschaftskatasters laufend zu modernisieren und weiter zu entwickeln.

WEITERENTWICKLUNG DES LIEGENSCHAFTSKATASTERS

Seit seiner Entstehung im 19. Jahrhundert wird das Liegenschaftskataster ständig fortentwickelt. Besonders in den vergangenen Jahren haben sich auf Grund der technischen Entwicklung laufend neue Chancen zur Optimierung der Verfahren ergeben. Die modern geführten und strukturierten Geobasisdaten liefern die Basis für alle raumbezogenen Informationen, mit denen vor allem Infrastrukturaufgaben gelöst werden und die Sicherung von Grund und Boden gewährleistet wird. Hierbei hat die Einheitlichkeit der amtlichen Daten immer mehr an Bedeutung gewonnen. Zu diesem Zweck werden Standards für die Erhebung und die homogene Führung der Daten des Liegenschaftskatasters sowie für die Bereitstellung von Produkten abgestimmt und für die Anwendung qualifiziert. Die Homogenisierung der Daten ist auch Voraussetzung für die Einführung des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem ALKIS, die kurz bevorsteht. ALKIS löst die bisherigen Systeme ALB (Automatisiertes Liegenschaftsbuch) und ALK (Automatisierte Liegenschaftskarte) ab und beseitigt damit auch die bisherige teilweise redundante Datenhaltung.

Die Vorarbeiten für die Migration der Daten nach ALKIS wurde in verschiedenen Projektgruppen durchgeführt.

AKTUALISIERUNG DES LIEGENSCHAFTSKATASTERS

Wichtig für die Nutzer ist auch die Aktualität des Gebäudenachweises im Liegenschaftskataster. Aus diesem Grund wurden weiterhin verstärkt neue und veränderte Gebäude aufgemessen. Um noch nicht aufgenommene Gebäude festzustellen, wurden Vergleiche von Luftbildern mit dem Liegenschaftskataster und örtliche Erhebungen durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Nutzungsarten der Flurstücke aktualisiert.

UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNG FÜR DEN FACHBEREICH FLURNEUORDNUNG (FNO) UND LANDENTWICKLUNG

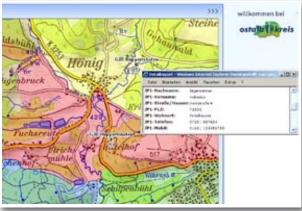
Wie bereits in den Vorjahren wurde in den Jahren 2010 und 2011 Arbeiten für den Geschäftsbereich Flurneuordnung und Landentwicklung durchgeführt, die eng mit dem Liegenschaftskataster zusammenhängen. So wurde in verschiedenen Verfahren die Umfangsgrenze bestimmt. In den Flurneuordnungsverfahren Iggingen und Aalen-Beuren wurden von Mitarbeitern des Geschäftsbereichs Vermessung und Geoinformation bedingte Grenzen vor allem in Waldgebieten festgelegt und aufgemessen. Hier war zum einen großes Verhandlungsgeschick mit den Teilnehmern und zum anderen viel fachliches Können bei der Aufmessung der neuen Grenzen in einem topographisch sehr schwierigen Gelände gefordert. Insgesamt hat der Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation in den beiden vergangenen Jahren den Geschäftsbereich Flurneuordnung und Landentwicklung mit jeweils ca. 3,5 Personenjahren unterstützt.

UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNG FÜR DEN FACHBEREICH LANDWIRTSCHAFT

Auch in den Jahren 2010 und 2011 stellte der Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation eine Projektgruppe bestehend aus qualifizierten Vermessungstechnikern für den Geschäftsbereich Landwirtschaft zur Verfügung. Aufgabe war die Bearbeitung und Kontrolle der im "Gemeinsamen Antrag"



Vermessung und Geoinformation



Jagdkataster

Versiegelungskataster

beantragten Beihilfen landwirtschaftlicher Betriebe über InVeKoS, das "Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem" in Baden Württemberg. Mit Hilfe des Geografischen Informationssystem Entwicklung Landwirtschaft (GISELa) und anhand des Gemeinsamen Antrags wurden die Vor-Ort-Kontrollen vorbereitet. Widersprüche in den beantragten Schlägen wurden örtlich geklärt.

Weitere Tätigkeit war die Bearbeitung der Bruttokulisse. Über Luftbilder wurden landwirtschaftlich nicht nutzbare Flächen wie Hofräume, Wege, Wald und Gewässer in GISELa ermittelt und von den jeweiligen Flurstücksflächen abgezogen. Verschiedentlich waren auch hier örtliche Einmessungen durchzuführen.

Dritte Aufgabe der Projektgruppe war auf Grund der Schutzgebietsund Ausgleichsverordnung des Landes Baden-Württemberg (SchALVO),
in festgelegten Wasserschutzgebieten bei der Untersuchung der
Nitratwerte im Boden mitzuwirken.
Die Unterstützungsleistung für den
Geschäftsbereich Landwirtschaft
betrug in den Jahren 2010 und 2011
je fünf Personenjahre.

GEOINFORMATION

Das Geoinformationssystem "Geoportal" für die interne Verwaltung des Landratsamts und für Kommunen sowie auch die "ostalbmap" als Informationssystem für die Öffentlichkeit wurden weiterentwickelt.

ZUSAMMENARBEIT MIT KOMMUNEN

Der Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation betreut derzeit 13 Kreisgemeinden in der Größe zwischen 1.800 und 8.200 Einwohner beim Einsatz des Geoportals. Durch die gemeinsame Nutzung der Daten durch das Landratsamt wie auch der Gemeinden sind hier große Einspareffekte zu erzielen. So müssen die Daten nicht von mehreren Stellen getrennt erfasst und gespeichert werden, sondern sind für alle im gleichen System verfügbar. Für die Speicherung der versiegelten Flächen, die bei der Veranlagung der Niederschlagswassergebühr entscheidend sind, wurde ein entsprechendes Modul generiert. Dieses ermöglicht den Kommunen auf einfache Art und Weise, die mit hohem Aufwand ermittelten Flächen fortzuschreiben und bildet damit eine verlässliche Basis für die Gebührenfestsetzung.

DIGITALISIERUNG VON BEBAUUNGSPLÄNEN

Im Rahmen einer Kooperation wurden 380 Bebauungspläne der Stadt Ellwangen digital aufbereitet. Für die Landkreisverwaltung sind diese nun im Geoportal verfügbar, die Stadtverwaltung Ellwangen, die ein anderes Geoinformationssystem nutzt, führt die Bebauungspläne in ihrem System. Durch die Mehrfachnutzung konnte hier eine Kostenteilung erreicht werden.

JAGDKATASTER

Die digitale Erfassung der ungefähr 400 Jagdbögen der gemeinschaftlichen Jagdbezirke und der staatlichen Jagdreviere konnte abgeschlossen werden. Es liegen nun flächendeckend für den gesamten Kreis die räumliche Abgrenzung der Reviere sowie die Daten der zuständigen Jagdpächter vor. Neben der Nutzung der Daten innerhalb der Geschäftsstelle des Kreisjagdamts bot sich auch eine Abfragemöglichkeit für die Polizeidienststellen an. Diese wurde zwischenzeitlich realisiert. Bei einem Wildunfall kann über das Geoportal mit wenigen Mausklicks treffsicher der zuständige Jäger ermittelt und alarmiert werden.

ZENSUS 2011: ABGRENZUNG DER INTERVIEWER-BEZIRKE

Bei der Volkszählung wurden nach dem Zufallsprinzip ca. 5.000 Adressen ausgewählt, deren Bewohner befragt wurden. Dazu wurden ungefähr 200 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte eingeteilt. Die Zuweisung dieser Interviewer zu den Adressen konnte durch das Geoinformationssystem relativ schnell und übersichtlich durchgeführt werden. Durch eine Verknüpfung der Adressen mit der räumlichen Position war es möglich, sinnvoll abgegrenzte und ungefähr gleich große Bezirke zu bilden und diese auch exakt in Kartenübersichten darzustellen.



STRASSENBAU

Originäre Aufgaben des Geschäftsbereichs Straßenbau sind die Planung, der Bau und die Erhaltung der Kreisstraßen. Darüber hinaus führt der Ostalbkreis für 1.040 km Bundes-, Landes- und Kreisstraßen den Betrieb und die Unterhaltung durch. Dazu gehört auch der Winterdienst.

JAHRHUNDERTWINTER ZIEHT DEN OSTALBKREIS IN SEINEN BANN

2010 und 2011 waren für den Betriebsdienst geprägt von zwei sehr heftigen Winterperioden mit länger anhaltenden, intensivsten Schneefallereignissen. Sowohl personell als auch finanziell lagen die Belastungen für die Mitarbeiter der Straßenmeistereien und den Ostalbkreis an der Grenze des Machbaren. Insgesamt mussten 5,2 Mio. Euro für den Winterdienst auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in 2010 aufgewendet werden. Davon hatte der Ostalbkreis 1,82 Mio. Euro zu tragen. Für das Jahr 2011 fielen Gesamtkosten von rund 3 Mio. Euro an, der Kreisanteil daran betrug rund 1 Mio. Euro.

Ein weiterer Schwerpunkt für den Betriebsdienst als Folge der starken Winterperioden 2010 und 2011 war die Behebung von Frostschäden. Auf Bundes- und Landesstraßen wurden allein im Jahr 2011 insgesamt ca. 930.000 Euro aufgewendet, die von den Straßenmeistereien umgesetzt wurden. Die Frostschadenbeseitigung bei den Kreisstraßen verursachte in 2010 einen Aufwand von 426.000 Euro und in 2011 Kosten in Höhe von rund 600.000 Euro.

RADVERKEHRSKONZEPT OSTALBKREIS

Der Ostalbkreis weist der Förderung des Radverkehrs unter den Aspekten der Verkehrssicherheit sowie der Mobilitätssicherung, der Bewegungsqualität und den Zielen des Klimaschutzes eine hohe Bedeutung zu. Eine wichtige Grundlage dafür ist ein gut ausgebautes Radverkehrsnetz, das für die Fahrten zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen und zur Freizeitgestaltung möglichst direkte verkehrssichere und befahrbare Wege anbietet. Auf der Basis des Bestands an Radwegen wird deshalb zur Behebung von Defiziten und als Entscheidungsgrundlage für die Weiterentwicklung für Politik und Verwaltung ein neues Radverkehrskonzept Ostalbkreis entwickelt.

Nach einer umfangreichen Bestandsaufnahme und Defizitanalyse wurde ein Prüfnetz entwickelt, aus dem der Handlungsbedarf und Prioritäten zur Verbesserung der Wegeinfrastruktur abgeleitet werden sollen. Abgeschlossen werden soll das Konzept durch eine den heutigen Anforderungen entsprechend übersichtliche Wegweisung, verbunden mit einem digitalen Kataster in 2012 und 2013.

STRASSENPLANUNG

Neben der Ausführungsplanung, d. h. der Ausarbeitung der baureifen Pläne für die Maßnahmen

- K 3236 RGW Neuler Sulzdorf
- K 3253 Leintal Utzstetten
- K 3325 Waiblingen B 19
- K 3329 Neubau Brücke über die DB

wurde die Entwurfsplanung zur Erlangung des Baurechts und zur Vorbereitung des Grunderwerbs für die Vorhaben

- K 3263 RGW Laubach - Neubronn
- K 3267 RGW Zimmern - Böbingen
- K 3315
 Trochtelfingen Härtsfeld

begonnen, weiter vorangebracht oder abgeschlossen.

NEU- UND AUSBAUMASSNAHMEN, ERHALTUNGSMASSNAHMEN

Mit einem umfangreichen Neu- und Ausbauprogramm sowie mit einer Vielzahl von Erhaltungsmaßnahmen konnte der Ausbauzustand und die Substanz des Kreisstraßennetzes weiter wesentlich verbessert werden. Durch die Wahl sparsamer Bauweisen und die Reduzierung des Ausbaustandards konnten die bereit gestellten Mittel sehr wirtschaftlich verwendet und große Wirkung erzielt werden. Dabei kommen insbesondere Verfahren zum Einsatz, bei denen der teerhaltige Fahrbahnaufbau vor Ort aufgefräst und unter Bitumen- und Zementzugabe zu einer starren Tragschicht aufgearbeitet wird (Kaltrecycling). Auf diese starre Tragschicht wird eine Riss überbrückende Splittschicht aufgebracht, die je nach Verkehrsbelastung mit bituminösen Trag-, Binder- und Deckschichten überbaut wird. Das Verfahren stellt sicher, dass teerhaltige Bestandteile nicht mit Wasser in Verbindung gelangen und damit dauerhaft versiegelt sind. Eine Fahrbahn kann so für rund 35 - 45 Euro/m² Instand gesetzt werden. Ein regulärer Vollausbau würde Kosten in Höhe von 70 - 90 Euro/m² verursachen.

Als Neu- und Ausbaumaßnahmen,

die in der Mittelfristigen Finanzplanung des Ostalbkreises finanziert waren, konnten nachstehende Maßnahmen begonnen, weitergeführt oder fertiggestellt werden:

in 2010:

• K 3228

Beseitigung Bahnübergang Eichkapelle Ellwangen-Rindelbach, Los 2: Straßenbau (fertiggestellt)

• K 3228

Beseitigung Bahnübergang Eichkapelle Ellwangen-Rindelbach, Los 3: Grundwasserwanne (begonnen)



- K 3325 Waiblingen B 19 (begonnen)
- K 3236 RGW Neuler Sulzdorf (fertiggestellt)
- K 3253 Utzstetten bis K 3258 (weitergeführt)
- K 3247 OD Ottenried (fertiggestellt)
- K 3320 OD Buch (fertiggestellt)
- K 3206 OD Oberwilflingen (fertiggestellt)
- K 3319 OD Dalkingen BA I (fertiggestellt)
- K 3321 OD Unterknausen (fertiggestellt)

in 2011:

K 3228

Beseitigung Bahnübergang Eichkapelle Ellwangen-Rindelbach, Los 3: Grundwasserwanne (weitergeführt)

- K 3325 Waiblingen B 19 (fertiggestellt)
- K 3253 Utzstetten bis K 3258 (fertiggestellt)
- K 3232 von der L 1075 bis zur K 3233 ohne OD Ramsenstrut (begonnen)

Die Beseitigung der Bahnübergänge Eichkapelle und Maus in Ellwangen-Rindelbach ist die derzeit größte laufenden Straßenbaumaßnahme des Ostalbkreises. Mit ihr wurde im Herbst 2009 begonnen. Mit dem Einschub der neuen Eisenbahnüberführung in den Bahndamm im Juni 2011 wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht. Die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist für Anfang 2013 vorgesehen.

Als **Belagsmaßnahmen** wurden ausgeführt:

2010:

- K 3212 OD Gaxhardt L 2385
- K 3214 OD Pfahlheim
- K 3223 Haisterhofen Neunstadt

- K 3234 L 1073
 Schönberger Hof Zumholz
- K 3239 Reichenbach Dewangen
- K 3239 Dewangen Fachsenfeld
- K 3241/K 3233
 Burghardsmühle Adelmannsfelden inkl. OD Burghardsmühle
- K 3258 OD Leinzell
- K 3279 Lindenhof Bargau
- K 3299
 Dossingen Dorfmerkingen
- K 3301 Abzw. Ohmenheim -Hohlenstein
- K 3327
 Hohenstadt Reichertshofen
- K 3330 Rotenhar Kreisgrenze
- K 3333 OD Schrezheim
- K 3228 Abzweig B 290
 - Beginn BÜ Maßnahme
- K 3206 OD Unterwilflingen

2011:

- K 3210 Eck am Berg Tannhausen (OD Tannhausen)
- K 3228 OD Dankoltsweiler
- K 3270 B 29 Strauben (Walkersbacher Tal)
- K 3298 Dorfmerkingen L 1080
- K 3299 Dossingen - Dorfmerkingen
- K 3328 Ruppertshofen - Wasserturm
- K 3209 OD Nordhausen
- K 3268 Großdeinbach Wetzgau
- K 3257 B 298 Durlangen
- K 3319 OD Dalkingen BA II

Zunehmend an Bedeutung gewinnen die Bauwerksinstandsetzungen. Nur durch eine rechtzeitige fachgerechte Unterhaltung und Sanierung kann die vorgesehene Lebensdauer der Bauwerke erreicht oder verlängert werden. Saniert wurden in

<u>2010:</u>

 K 3292 Brücken über DB und Kocher bei Oberkochen-Nord

2011:

 K 3292 Brücke über DB bei Oberkochen-Süd

WEITERE SCHWERPUNKTE

Weiterer Schwerpunkt in den letzten beiden Jahren war die Zustandserfassung und -bewertung der Kreisstraßen im Jahr 2010. Hier konnten im Vergleich zur letzten Zustandserfassung und -bewertung im Jahr 2006 die Erfolge der erhöhten Mittelbereitstellung deutlich sichtbar gemacht werden. Lag das im Jahr 2006 festgestellte und innerhalb von fünf bis maximal acht Jahren zu behebende Defizit beim Substanzerhalt bzw. beim Ausbauzustand noch bei rund 248 km Kreisstraßen (51,7% der Kreisstra-Ben), so verblieben 2010 nur noch rund 148 km (30,8 %) in den Kategorien kurzfristig, vordringlich oder überfällig zu sanieren. Ausfluss des noch immer bei knapp einem Drittel der Kreisstraßen unbefriedigenden Fahrbahnzustands ist eine weiterhin erhöhte Mitteleinplanung für die Sanierung von Fahrbahnbelägen im aktuellen mittelfristigen Ausbauprogramm für die Kreisstraßen und -radwege.

Großen Raum eingenommen hat wie in den Vorjahren die politische Begleitung des Ausbaus der Bundesund Landesstraßen. Rund zwei Drittel der Landesstraßen sind akut sanierungsbedürftig. Der große Nachholbedarf wird in den nächsten Jahren dazu führen, dass einigen Streckenabschnitten ohne sehr aufwendige Straßenunterhaltungsmaßnahmen die Unpassierbarkeit droht. Der verkehrsgerechte Ausbau der B 29 zwischen Schwäbisch Gmünd und der Landesgrenze zu Bayern durch den Bund, insbesondere der rasche Bau der Ortsumfahrung Mögglingen, sind zentrale Forderung der Kreispolitik. Auch die weiteren baureifen Abschnitte des Bundesstraßennetzes müssen zügig zum Ausbau kommen.



STRASSENVERKEHR

KFZ-ZULASSUNGSSTELLEN

ABGASUNTERSUCHUNG (AU) WIRD IN HAUPTUNTERSUCHUNG (HU) INTEGRIERT

Seit 2010 ist die "Untersuchung der Abgase" – wie sie nun heißt – ein fester Bestandteil der technischen Überwachung für alle abgasuntersuchungspflichtigen Fahrzeuge. In diesem Zuge entfällt die Anbringung einer AU-Plakette auf dem vorderen Kennzeichen. Seit 2010 erkennen HU-Prüfer eine ordnungsgemäße Durchführung der AU/AUK nur an, wenn die AU-Nachweise mit Merkmalen vorliegen, die Fälschungen erschweren. Das Ergebnis der AU/ AUK ist dem HU-Prüfer anhand des AU-Nachweises vorzulegen, welches neben der AU-Kontrollnummer in den Untersuchungsbericht übernommen wird. Die Einhaltung der Abgasvorschriften wird damit nur noch mit der HU-Plakette und dem HU-Untersuchungsbericht bescheinigt.

UMWELTZONE SCHWÄBISCH GMÜND

Zum 1. März 2008 trat die Umweltzone Schwäbisch Gmünd in Kraft. Seit der Einrichtung der Umweltzone dürfen nur noch Fahrzeuge in die Innenstadt von Schwäbisch Gmünd fahren, die eine Feinstaubplakette zugeteilt bekommen haben oder für die eine Ausnahmeregelung besteht.

Halter emissionsarmer PKW, LKW, Omnibusse haben die Möglichkeit, den Emissionsgrad ihres Fahrzeugs durch Anbringen einer Plakette auszuweisen, um so bei Beschränkungen des Verkehrs innerhalb einer von Städten und Gemeinden eingerichteten Umweltzone fahren zu dürfen. Diese Feinstaub-Plaketten sind erhältlich bei den Zulassungsbehörden, bei den anerkannten Abgasuntersuchungswerkstätten und bei den technischen Überwachungsorganisationen wie TÜV, DEKRA und GTÜ.

Im Jahr 2010 hat das Landratsamt für 309 Fahrzeuge und im Jahr 2011 für 255 Fahrzeuge eine Einzelausnahmegenehmigung erteilt, davon waren 280 Fahrzeuge bzw. 223 Fahrzeuge für gewerbliche Nutzung.

Ab Jahresbeginn 2012 darf in der Umweltzone Schwäbisch Gmünd im Übrigen nur noch mit Fahrzeugen der Schadstoffklasse 3 (gelbe Plakette) oder mit einer Ausnahmegenehmigung gefahren werden.

Plakettenverkauf beim Landratsamt Ostalbkreis

	Schadstoffgruppe	2010	2011 (Stand 31.12.2011)
2 AA-8 100	Schadstoffgruppe 2 rote Plakette	180	115
3 and 100	Schadstoffgruppe 3 gelbe Plakette	811	632
4 AAN III	Schadstoffgruppe 4 grüne Plakett	17.545	19.055

WEITER STEIGENDE KFZ-ZULASSUNGEN

Die Zulassung von Kraftfahrzeugen hält im Ostalbkreis unvermindert an. Insgesamt setzt sich damit der seit Jahren anhaltende Zulassungstrend auch in 2011 fort.

KRAFTFAHRZEUGBESTAND IM OSTALBKREIS 2010/2011

Stichtag 31. Dezember		2010	2011	Verände- rungen in %
	PKW	173.988	177.069	+ 1,77 %
	Kraftomnibusse	299	296	+ 1,01 %
00-0000	Lastkraftwagen	7.965	8.245	+ 3,52 %
	Zugmaschinen	14.220	14.445	+ 1,58 %
6	Krafträder	18.128	18.571	+2,44 %
	Anhänger	29.639	30.701	+ 3,58 %
(sonstige)	Sonstige Kraftfahrzeuge und Arbeitsmaschinen	2.276	2.244	+ 1,43 %
	Insgesamt	246.515	251.571	+ 2,04 %

FÜHRERSCHEINSTELLEN

BEGLEITETES FAHREN AB 17 JAHREN

Nach Durchführung des dreijährigen Modellversuchs "Begleitetes Fahren ab 17 Jahren" und den sehr positiven Ergebnissen wurde das "Begleitete Fahren ab 17 Jahren" zum 1. Januar 2011 verbindlich und dauerhaft in die Fahrerlaubnisverordnung aufgenommen.

Die Berechtigung dieser Einführung lässt sich auch an den jährlich steigenden Anträgen ablesen. So wurden im Jahr 2010 insgesamt 2.493 Anträge auf "Begleitetes Fahren ab 17 Jahren" gestellt und 2.075 Prüfbescheinigungen ausgestellt. Bis zum dritten Quartal 2011 waren es 1.896 gestellte Anträge und 1.603 erteilte Prüfbescheinigungen.



GÜTERKRAFTVERKEHR/ SCHWERTRANSPORTE

KORRIDORSPERRUNG IM OSTALBKREIS ÖSTLICH DER A7 FÜR LKW MIT MEHR ALS 12 T ZULÄSSIGES GESAMTGEWICHT

Der Ostalbkreis hat zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen aufgrund der veränderten Verkehrsverhältnisse, die durch die Erhebung der Maut nach dem Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge hervorgerufen worden sind, eine sogenannte "Korridorsperrung" zum 1. Januar 2011 vorgenommen, d.h. dass für die Verkehrsverbindungen

- B 29 / K 3305
- L 1060 / L 1029
- L 1076
- L 2223 / K 3209 / K 3206
- L 1084 / K 3297 / L 1080 / K 3316

im Bereich zwischen der Autobahn A7 und der östlichen Kreisgrenze ein Fahrverbot für den Durchgangsverkehr von Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 12t besteht. Von diesem Fahrverbot kann das Landratsamt auf entsprechenden Antrag hin eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Bis zum 31. Dezember 2011 wurden rund 4.150 Ausnahmen erteilt.

SCHWERTRANSPORTE IM OSTALBKREIS

Die den Ostalbkreis durchfahrenden Schwertransporte nehmen erheblich zu. Dies zeigt nachfolgende Aufstellung, nach der es im Jahr 2008 noch ca. 2.500 Schwertransporte und im Jahr 2011 bereits ca. 3.500 Schwertransporte waren:

Schwertransporte		
2008	2.561	
2009	2.522	
2010	2.727	
2011	3.535	

So wurde z.B. im Februar 2010 wohl einer der größten Schwertransporte, welcher den Ostalbkreis bisher durchfuhr, abgewickelt. Hierfür musste u. a. auch die K 3237 in Hüttlingen zum Abstellen des Transports gesperrt werden.





Bei dieser gestiegenen Anzahl der Schwertransporte ist auch das im Dezember 2007 eingeführte bundeseinheitliche Verfahrensmanagement für Groß- und Schwertransporte -VEMAGS-, welches mittlerweile von 82 % der Unteren Verkehrsbehörden in Baden-Württemberg und 36% des Transportgewerbes angewendet wird, vorteilhaft und Voraussetzung zur Bewältigung der erheblich gestiegenen Anträge auf Durchführung eines Schwertransportes. Im Ostalbkreis liegt der Anteil der mit VEMAGS arbeitenden Transportunternehmen bei annähernd 100 %.

ZENTRALE BUSSGELDSTELLE

ORDNUNGSWIDRIGKEITEN-VERFAHREN

Die Zentrale Bußgeldstelle hat innerhalb der Landkreisverwaltung die Aufgabe, Ordnungswidrigkeiten zu ahnden, die auf dem Gebiet des Ostalbkreises begangen werden. Ordnungswidrigkeitenverfahren können von der Polizei, von einzelnen Geschäftsbereichen der Landkreisverwaltung und anderen Institutionen an die Zentrale Bußgeldstelle zur weiteren Bearbeitung abgegeben werden. Das größte Gewicht haben dabei die Verkehrsordnungswidrigkeiten. Hierzu zählen alle Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz, die Straßenverkehrsordnung und die Straßenverkehrszulassungsordnung bzw. Fahrzeug-Zulassungsverordnung (z. B. Geschwindigkeitsüberschreitungen, Rotlichtverstöße, Unfälle u. v. m.).

Von der Zentralen Bußgeldstelle erfolgt die Geschwindigkeitsüberwachung in Form von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen und mobilen Geschwindigkeitsmessungen. In der Ortsdurchfahrt Mögglingen (B29) erfolgt zusätzlich eine Rotlichtüberwachung mit vier Überwachungsanlagen und der ständigen Belegung mit einer Kamera im Wechsel. Folgende Rotlichtverstöße wurden registriert:

2010: 3392011: 623

Die Zahl der bearbeiteten Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren ist seit 2009 insgesamt leicht rückläufig:

2009: 32.917 2010: 32.015 2011: 31.900

Die Anzahl der "sonstigen Ordnungswidrigkeitenverfahren", wie z.B. aus dem Ausländerrecht, Baurecht, Umweltrecht, Lebensmittelrecht, Fahrpersonalrecht sowie aus den Bereichen Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Versorgung bleibt seit 2009 mit leichten Schwankungen ungefähr gleich:

2009: 1.7812010: 1.8172011: 1.697

Dabei fällt die Höhe der Bußgelder in diesen Rechtsgebieten verglichen mit den Verkehrsordnungswidrigkeiten überwiegend erheblich höher aus.



ÖPNV MIT OSTALBMOBIL



In den Jahren 2010 und 2011 wurde in den Kreistagsgremien und in der Öffentlichkeit intensiv die Finanzsituation im Bereich Schülerbeförderung und ÖPNV diskutiert. Hierzu fanden unter anderem zwei Klausurtagungen des Umweltausschusses statt. Um eine sachliche Grundlage für die Diskussionen zu schaffen, wurde ein Wirtschaftlichkeitsgutachten beauftragt, das die Standards, Organisationsformen und Strukturen untersuchte und konkrete Maßnahmen zur Einsparung von Mitteln des Landkreises aufzeigte.

Der Etat von ÖPNV und Schülerbeförderung wurde daraufhin im Jahr 2011 um 2,25 Mio. Euro gekürzt. Dazu wurden weitreichende Beschlüsse gefasst, wie eine Eigenanteilserhöhung, eine Fahrpreiserhöhung bei OstalbMobil und der Wegfall verschiedener Fahrpreis- und Fahrplanangebote. Um die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV langfristig zu verbessern, wurde die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes eingeleitet.

Trotz der finanziellen Einschränkungen konnte die Attraktivität des ÖPNV weiter erhöht werden. So wurde zum 1. April 2010 die kostenlose Fahrradbeförderung in den Zügen im Ostalbkreis (mit Ausnahme der Brenzbahn) eingerichtet. Mit dem zum 1. Januar 2012 eingeführten MetropolTagesTicket wurde die Mobilität innerhalb der Metropolregion Stuttgart verbessert. Intensive Bemühungen zum Zusammenschluss der Verkehrsunternehmen führten zur Gründung von FahrBus Ostalb.

Mit OstalbMobil haben die Fahrgäste bereits seit über vier Jahren die Möglichkeit, mit einem Fahrschein die mehr als 100 Linien aller 20 Busunternehmen und der DB Regio AG im gesamten Ostalbkreis zu nutzen.

SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 wurden im Ostalbkreis 21 Werkrealschulen neu eingerichtet. Die Schülerbeförderungskosten der 1.464 Werkrealschüler hat der Ostalbkreis zu tragen. Zum Teil mussten auch zusätzliche Busverbindungen geschaffen werden. Für den Ostalbkreis bedeutete dies einen Mehraufwand von rund 220.000 Euro pro Jahr.

Mit Beginn des Schuljahres 2010/ 2011 wurde in Abtsgmünd ein zweizügiges katholisches freies Gymnasium eröffnet. Für Schüler dieses Gymnasiums wurde am 12. September 2011 ein neuer Buslinienverkehr von Eschach über Schechingen und Heuchlingen nach Abtsgmünd eröffnet.

VERKEHRSSICHERHEITSAKTION "FIFTYFIFTY-TAXI"



Auch 2010/2011 war die Verkehrssicherheitsaktion "fiftyFifty-Taxi" ein großer Erfolg. 2010 wurden 13.940 Bons und 2011 sogar 14.920 Bons an die Verkaufsstellen ausgegeben. Das "fiftyFifty-Taxi" ermöglicht es Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter bis zu 25 Jahren, an Freitag- und Samstagabenden und an Abenden vor gesetzlichen Feiertagen im gesamten Ostalbkreis Taxen zum halben Fahrpreis zu benutzen. Zu diesem Zweck werden sogenannte "fiftyFifty-Bons" im Wert von 10,00 Euro zu einem Preis von 5,00 Euro durch die fast 80 Toto-Lotto-Verkaufsstellen im Ostalbkreis verkauft.

reises 2010 – 2011 101



Baurecht und Naturschutz





Wachholderheiden im Naturschutzgebiet Neresheim-Zwing

Landschaftspflege in Naturschutzgebieten durch Schafbeweidung

Baurecht und Naturschutz

NATURSCHUTZ

Die Untere Naturschutzbehörde hat die Aufgabe, Eingriffe in Natur und Landschaft wie z. B. Baumaßnahmen auf ihre Zulässigkeit zu prüfen. Eingriffe können nur dann zugelassen werden, wenn sie durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des Naturschutzgesetzes kompensiert werden. Es gilt der Grundsatz: der Natur muss das zurückgegeben werden, was ihr an anderer Stelle genommen wird. Bisher musste derjenige, der einen Eingriff in Natur und Landschaft veranlasste, selbst eine Maßnahme zum Ausgleich schaffen. Seit dem 1. April 2011 gibt es nun die Möglichkeit für jedermann, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf Vorrat anzulegen und dann an jemand anderen zu verkaufen, wenn derjenige eine solche Maßnahme braucht, damit dessen Eingriff zugelassen werden kann. Verzeichnet werden diese Vorrats-Maßnahmen in einem "Ökokonto" bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW). Das Ökokonto ist für

Investoren und potenzielle Maßnahmenträger jederzeit online einsehbar (www.lubw.baden-wuerttemberg. de/servlet/is/76045/).

Seit dem 1. April 2011 sind die Genehmigungsbehörden außerdem dazu verpflichtet, festgesetzte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in ein Kompensationsverzeichnis einzutragen. Das Verzeichnis wird ebenfalls von der LUBW für ganz Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt (www.lubw.bwl.de/servlet/is/71791/). Es erleichtert allen Beteiligten die Kontrolle, ob und wann die Maßnahmen umgesetzt worden sind. Das Nähere regelt die Kompensationsverzeichnis-Verordnung des Landes-Baden-Württemberg.

NATURSCHUTZBEAUFTRAGTE IM OSTALBKREIS

Mit Beschluss des Ausschusses für Umweltschutz und Kreisentwicklung vom 3. Dezember 2010 wurden Beate Jakob bis 31. März 2016 und Christoph von Woellwarth bis 12. September 2013 als Naturschutzbeauftragte wiederbestellt. Beate Jakob ist zuständig für den Dienstbezirk "Aalen, Essingen und Hüttlingen" und Christoph von Woellwarth für den Dienstbezirk "Schwäbisch Gmünd und Waldstetten". Mit Werner Vonhoff, Klaus Seidel, Georg Haas und Klaus Köhle steht für den Ostalbkreis ein Team von sechs Naturschutzbeauftragten zur Verfügung.

FÖRDERUNG DES FEUERWEHRWESENS

Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und die Errichtung von Feuerwehrhäusern sowie als Pauschale je aktivem Feuerwehrangehörigen und Angehörigen der Jugendfeuerwehr wurden vom Landratsamt Ostalbkreis Fördermittel des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2010 von rund 1.054.000 Euro und im Jahr 2011 von rund 840.000 Euro bewilligt.



BAURECHT

GENEHMIGUNGSVERFAHREN IM BAURECHT

2010	Genehmigungs-, Kenntnisgabeverfahren	1.305
	Bauvoranfragen Befreiungen	215
	Insgesamt	1.520
2011	Genehmigungs-, Kenntnisgabeverfahren	1.367
	Bauvoranfragen Befreiungen	230
	Insgesamt	1.597

Während die Zahl der Wohnbauvorhaben in den letzten Jahren stagnierte, war im Jahr 2011 ein Anstieg an größeren gewerblichen Vorhaben zu verzeichnen.

INKRAFTTRETEN DER LBO-NOVELLE

Zum 1. März 2010 trat eine Novelle der Landesbauordnung in Kraft. Eine

wichtige Änderung ist die Einführung des sogenannten vereinfachten Genehmigungsverfahrens, das als dritte Säule neben Baugenehmigungs- und Kenntnisgabeverfahren in bestimmten Fällen gewählt werden kann und vor allem zu einem schnelleren Abschluss führen soll. Gegenüber dem üblichen Baugenehmigungsverfahren ist der Umfang der Prüfungen hier erheblich reduziert. Denn mit Ausnahme des Abstand-

flächenrechts werden hier sämtliche Vorschriften des Bauordnungsrechts nicht mehr geprüft. Das vereinfachte Verfahren soll vor allem bei Wohngebäuden und kleineren sonstigen Gebäuden angewandt werden.

Die neue Landesbauordnung enthält darüber hinaus kürzere Fristen im Baugenehmigungsverfahren sowie die Möglichkeit einer frühzeitigen Einbindung auch der Nachbarn, deren Grundstücke nicht angrenzen, um Verzögerungen durch spätere Einwände auszuschließen. Eine weitere Beschleunigung für den Bauherrn wird zudem dadurch erreicht, dass die Zahl verfahrensfreier Vorhaben erweitert wurde.



Die Baustelle der Carl-Zeiss SMT zwischen Oberkochen und Königsbronn



GEWERBEAUFSICHT ARBEITSSCHUTZ

GEMEINSAME DEUTSCHE ARBEITSSCHUTZSTRATEGIE - GDA

Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie ist eine von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern gemeinsam getragene, bundesweit geltende Strategie im Bereich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie bildet die Grundlage für ein abgestimmtes Handeln, um die gemeinsam festgelegten Arbeitsschutzziele, insbesondere eine Reduzierung von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen, zu erreichen. Arbeitsschutz soll Innovationen unterstützen, nicht hemmen. Die Gewerbeaufsicht hat im Rahmen der GDA folgende Arbeitsprogramme durchgeführt:

- Gesund und erfolgreich arbeiten im Büro
- Arbeitsschutz in der Zeitarbeit
- Feuchtarbeit und Kontakt mit Haut schädigenden Stoffen
- Transport (innenbetrieblicher Verkehr, Flurförderzeuge etc.)
- Bau- und Montagearbeiten

Zwischen Juli 2010 und Dezember 2011 haben die Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht 164 Revisionen durchgeführt. Es wurden Betriebe aus verschiedenen Branchen und unterschiedlicher Betriebsgröße überprüft. Sofern Mängel festgestellt wurden, wurden die betroffenen Betriebe entsprechend beraten und aufgefordert, die festgestellten Defizite zu beheben. Bei der GDA-Aktion konnte insgesamt festgestellt werden, dass insbesondere größere Betriebe kaum Mängel aufwiesen sowie sehr kooperativ und positiv mit dem Thema Arbeitssicherheit umgingen. Dagegen wurden in Kleinbetrieben oft gravierende Defizite und eine eher ablehnende Haltung gegen-



über den Arbeitsschutzmaßnahmen festgestellt. Vor diesem Hintergrund waren die Aktionen im Rahmen der GDA notwendig und sollten deshalb auch in Zukunft weitergeführt werden. Vor allem auf die Beratung der Betriebe wird verstärkt Wert gelegt werden.

BETRIEBSSICHERHEIT

CHLORGASANLAGEN IN SCHWIMMBÄDERN

Im Ostalbkreis gibt es insgesamt 26 Schwimmbäder, davon 14 Hallenbäder und 12 Freibäder unter kommunaler Führung. Bei der Schwerpunktaktion Chlorgasanlagen wurden jeweils fünf Freibäder und fünf Hallenbäder überprüft. Die Überprüfung erstreckte sich auf den vom Umweltministerium Baden-Württemberg vorgegebenen Fragebogen zur Sicherheit von Chlorgasanlagen sowie weitere arbeitsschutzrechtliche Anforderungen, wie z. B. Gestaltung der Arbeitsstätten und Arbeitszeiten der Beschäftigten.

Die bei den Überprüfungen festgestellten Mängel bezogen sich weniger auf die technischen Sicherheitsanforderungen einer Chlorgasanlage selbst, sondern auf Mängel im organisatorischen Bereich der Prävention und der Personalausstattung der Bäder (z.B. fehlende oder nicht ausreichende Beschilderungen, fehlende Notfall- und Alarmpläne, Fehlen von Sicherheitsübungen, fehlende Betriebsanweisungen, nicht direkt griffbereite persönliche Schutzausrüstung).

VERKAUF VON SILVESTERFEUERWERK



Alljährlich überprüft die Gewerbeaufsicht des Ostalbkreises zwischen Weihnachten und Neujahr den Verkauf und die Lagerung von Silvesterfeuerwerkskörpern. In den Jahren 2010 und 2011 wurden 30 Verkaufsstellen sowie 20 Lagerräume kontrolliert und hierbei in ca. 40 % der überprüften Geschäfte Mängel festgestellt. Zu beanstanden war u.a., dass:

- Brandschutztüren nicht ordnungsgemäß verschlossen waren,
- im Verkaufsraum zu große Mengen gelagert wurden,

Umwelt und Gewerbeaufsicht



- Verkaufsstände nicht ständig beaufsichtigt wurden bzw. von der Kasse aus nicht einsehbar waren,
- an den Verkaufsständen bzw. in unmittelbarer Nähe desselben leicht entzündliche und brennbare Materialien (Feuerzeuge, Streichhölzer, Brennspiritus, Scheibenreiniger, u. ä.) gelagert wurden,
- die Aufstellung eines Containers nicht mit der für den Brandschutz zuständigen Stelle abgesprochen wurde.

Obwohl viele der festgestellten Mängel nur geringfügig waren und alle Mängel umgehend behoben werden konnten, wird eine regelmäßige Kontrolle des Verkaufs und der Lagerung von Silvesterfeuerwerk auch künftig für erforderlich angesehen.

IMMISSIONSSCHUTZ

GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR INTENSIVTIERHALTUNGEN

Heranrückende Wohnbebauung auf der einen und immer größere emittierende landwirtschaftliche Tierhaltungsbetriebe auf der anderen Seite führen vermehrt zu Konflikten zwischen Wohn- und landwirtschaftlicher Nutzung.

In den letzten Jahren wurden im Ostalbkreis zunehmend mehr Genehmigungsanträge für Schweinehaltungsanlagen und Masthähnchenställe gestellt. Der Schwellenwert für eine immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht liegt z.B. für Masthähnchenanlagen derzeit bei 30.000 Tierplätzen und 1.500 Tierplätzen bei Mastschweinen. Hierbei werden die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die von der Anlage ausgehenden Immissionen, eingehend geprüft. Bei Verfahren bis zu einer Tierplatzzahl von z.B. 39.999 Masthähnchen oder 2.000 Mastschweinen erfolgt eine Öffentlichkeitsbeteiligung nur nach Maßgabe des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Da es insbesondere in den Jahren 2010 und 2011 bei einzelnen Verfahren aufgrund befürchteter Geruchs-, Lärm- und Staubimmissionen zu Konflikten, vor allem mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Standortgemeinde, gekommen ist, ist vor der Antragstellung eine sorgfältige Standortauswahl sowie eine frühzeitige Information der Bürgerschaft durch den Antragsteller zu empfehlen. Generell gilt, dass Entwicklungsmöglichkeiten bereits bei der Standortwahl (Abstände zur Wohnbebauung, bestehende Hauptwindrichtung) vom Antragsteller/ Betreiber mit berücksichtigt werden sollten, da bei einer Erweiterung stets auch die bereits vorhandene Immissionsbelastung relevant ist (Summationswirkung).

Im Ostalkreis befinden sich derzeit 13 immissionsschutzrechtlich genehmigte Intensivtierhaltungsanlagen. In den Jahren 2010 und 2011 wurden vom Landratsamt Ostalbkreis als Unterer Immissionsschutzbehörde bei vier Tierhaltungsbetrieben immissionsschutzrechtliche Anzeige- oder Genehmigungsverfahren durchgeführt.



Hähnchenmastanlage

GENEHMIGUNGSVER-FAHREN IM BEREICH DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Ein wichtiger Tätigkeitsschwerpunkt des Geschäftsbereichs Umwelt und Gewerbeaufsicht lag in den Jahren 2010 und 2011 im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich der Biogasanlagen und Biomasseheizkraftwerke. Neben der Windenergie tragen die Biogasanlagen entscheidend zur Entwicklung einer dezentralen Energiewirtschaft bei.

BIOGASANLAGEN

Als Quelle für die Energieversorgung werden auch im Ostalbkreis zunehmend Biogasanlagen genutzt. Zum Einsatz kommen hierbei Anlagen, die Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen oder biologischen Abfallstoffen aus der Landwirtschaft erzeugen. Bei dem anfallenden Gas handelt es sich um ein biotechnisch erzeugtes Gas, das bei der Zersetzung unterschiedlicher Biomassen in einer sauerstoffarmen Umgebung entsteht. Anfallendes Substrat und andere Reststoffe können danach wiederum in den organischen Stoffkreislauf eingebracht werden.

Im Ostalbkreis gibt es derzeit 23 landwirtschaftliche (privilegierte) Biogasanlagen. Privilegiert war eine landwirtschaftliche Biogasanlage bislang u.a. dann, wenn die elektrische Leistung der Anlage 0,5 MW nicht überschreitet. Im Juli 2011 wurde das Baugesetzbuch nun dahingehend geändert, dass für privilegierte Biomasseanlagen der bisherige Grenzwert von 0,5 MW installierter elektrischer Leistung durch 2,0 MW Feuerungswärmeleistung und die (kumulative) Beschränkung der Kapazität der Anlage auf 2,3 Mio. Normkubikmeter Biogas pro Jahr ersetzt wurde. Vorausgesetzt, dass die sonstigen Anforderungen erfüllt sind, können durch diese Änderun-



Umwelt und Gewerbeaufsicht







Modernes Biomasseheizkraftwerk

gen die meisten der im Ostalbkreis bislang immissionsschutzrechtlich genehmigten Biogasanlagen eine höhere Leistung genehmigen lassen. Einzelne Biogasanlagenbetreiber haben hiervon bereits Gebrauch gemacht.

Obwohl im Vergleich zum unmittelbar angrenzenden Bayern die Anzahl landwirtschaftlicher Biogasanlagen wesentlich geringer ist, haben sich die Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen im Ostalbkreis bereits drastisch erhöht. Sollte diese Erhöhung der Pachtpreise nicht gestoppt werden können, ist davon auszugehen, dass sich insbesondere neue Anlagen "nicht mehr rechnen", zumal nach der aktuellen Vergütungsstruktur des EEG für Strom aus Biogas der Einsatz von Mais und Getreidekorn im Kalenderjahr auf 60 Masseprozent beschränkt wurde.

WINDKRAFT

In Bezug auf die Windenergie sind die im derzeit noch gültigen Regionalplan Ostwürttemberg zur Nutzung von Windenergie ausgewiesenen Vorrangflächen im Ostalbkreis nahezu alle bebaut. Im Kreis sind bislang 28 immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt 50,6 MW errichtet und in Betrieb. Die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg hat am 22. Juli 2011 beschlossen, den Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans fortzuschreiben. Aufgrund der Fortschreibung und der geplanten Änderung des Landesplanungsgesetzes, wonach den im Regionalplan ausgewiesenen Vorrangflächen zukünftig keine Ausschlusswirkung mehr zukommt, ist für Ende 2012 und die Folgejahre mit einer großen Anzahl komplexer Genehmigungsverfahren, im Rahmen derer jeweils eine Vielzahl von Trägern öffentlicher Belange zu beteiligen ist, zu erwarten.

VERBRENNUNG VON BIOMASSE

Aufgrund immer weiter steigender Öl- und Gaspreise in den letzten Jahren wird sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich verstärkt auf die Verbrennung von Biomasse (meist Holz) gesetzt, um Wärme und z. T. auch Strom zu erzeugen. Neben kleineren, nicht genehmigungsbedürftigen Feuerungsanlagen hat der Anteil von immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen deutlich zugenommen. Insbesondere ein immer stärker werdender Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Produzenten ist die Folge. Beispielhaft sei hier die Spanplatten-, Papier- und Zellstoffindustrie genannt, die Sägemehl für ihre Produkte benötigt. Der Bedarf an Sägemehl kann zwischenzeitlich aufgrund der Pelletproduktion nicht mehr gedeckt werden, was zu einer deutlichen Erhöhung der Preise und das mit der Folge geführt hat, dass v.a. die Papier-, Zellstoff- und Spanplattenindustrie kaum mehr an die dringend benötigten Rohstoffe kommt. In den Biomassefeuerungen der Sägewerke selbst werden meist nur noch die Resthölzer (Spreißel, Kappstücke u. ä.) und die Rinde verbrannt, also Reststoffe, die sich anderweitig nicht kostendeckend nutzen lassen. Da dieses Material z.T. sehr feucht ist, müssen an die Ofen- und Abgasreinigungstechnik erhöhte Anforderungen gestellt werden.

Ein weiteres Problem tritt bei der Verbrennung von Biomasse im privaten Bereich auf. Hier wird Biomasse (hauptsächlich Holz) meist in kleinen Feuerungen verbrannt, die technisch nicht auf dem neuesten Stand sind bzw. bei denen keine Abgasnachverbrennung oder -reinigung möglich ist, was zu deutlich höheren Schadstoffemissionen als bei Großanlagen führt. Dies liegt zum einen daran, dass die Grenzwerte für Großanlagen viel strenger sind als bei Kleinfeuerungen, vor allem aber auch an der viel effizienteren Ofen- und Abgasreinigungstechnik bei Großfeuerungen. Beim Bau von privaten Kleinfeuerungsanlagen, die meist so klein sind, dass sie nicht genehmigungsbedürftig sind (z. B. Kachelöfen und Kaminöfen), werden die entstehenden Emissionen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Das führt dann letztendlich zu einer immer weiter steigenden Zahl von Nachbarschaftsbeschwerden, denen teilweise auch von Seiten der Gewerbeaufsicht nachgegangen werden muss.

Umwelt und Gewerbeaufsicht





Im Ostalbkreis wurde im Jahr 2010 ein Biomasseheizkraftwerk mit über 12 MW Feuerungswärmeleistung errichtet, mit dem ein Großsägewerk seinen kompletten Wärmebedarf für die Betriebsgebäude und die über 20 Trockenkammern erzeugt und zusätzlich – sozusagen als Nebenprodukt – noch Strom erzeugt, der ins öffentliche Netz eingespeist wird. Als Brennstoff dienen allein die im Sägewerk anfallende Rinde sowie Sägeresthölzer (Spreißel und Kappstücke), die in Form von Hackschnitzeln verfeuert werden.

ÜBERPRÜFUNG DER STEIN-BRÜCHE IM OSTALBKREIS

Im Ostalbkreis gibt es fünf immissionsschutzrechtlich genehmigte Steinbrüche. Diese sind nach den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu überprüfen und soweit erforderlich durch nachträgliche Anordnungen den immissionsschutzrechtlichen Anforderungen entsprechend nachzurüsten.

Im Sommer 2011 verunglückte im Ostalbkreis ein Jugendlicher, welcher über eine Steinbrucheinzäunung gestiegen und eine Steilwand hinabgestürzt war, tödlich. Dies wurde zum Anlass genommen, sämtliche Einzäunungen der Steinbrüche systematisch zu überprüfen. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die vorgeschriebenen Einzäunungen genehmigungskonform vorhanden sind.

ANLAGENÜBERWACHUNG MITTELS LANDESWEITER ANLAGENDATENBANKEN

Das Kataster für überwachungsbedürftige Anlagen (Anka) nach dem Produktsicherheitsgesetz und der Betriebssicherheitsverordnung wird seit dem Jahre 2006 von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) betrieben. Mit der internetbasierten Datenbank des Anka werden die Prüftermine aller überwachungsbedürftigen Anlagen im Ostalbkreis überwacht. Es handelt sich derzeit um rund 1.500 Aufzugsanlagen und ca. 2.600 Druckgeräte wie Dampfkessel, Druckbehälter, Füll- und Tankstellen sowie Lagerbehälter für entzündliche Flüssigkeiten. Neben der Information der Anlagenbetreiber über die Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung waren die Sicherstellung fristgerecht erfolgender Überprüfungen und die Verfolgung sicherheitserheblicher Mängel ein Schwerpunkt der Aufgabenerledigung 2010 und 2011.



Übersicht über die nach dem Produktsicherheitsgesetz und der Betriebssicherheitsverordnung überwachungspflichtigen Anlagen

Die Gewerbeaufsicht wird auch zukünftig mit einem abgestimmten Konzept sowohl für die Benutzer von überwachungsbedürftigen Anlagen (z. B. von Aufzügen) als auch für die Beschäftigten den Arbeits- und Gesundheitsschutz durch geprüfte, mängelfreie Betriebseinrichtungen sicherstellen.

Neben dem Anka werden Anlagen zur Lagerung wassergefährdender Stoffe im Ostalbkreis in einer landesweiten Datenbank verwaltet. Hierzu mussten insbesondere in den Jahren 2010 und 2011 sämtliche Daten der ursprünglichen Datenbank des Ostalbkreises (ca. 8.200 Anlagen) in die landesweite Datenbank übertragen werden. Eine Überprüfung der nunmehr verwendeten Datenbank des Landes auf Quantität und Qualität ergab für den Ostalbkreis ein vorbildliches Ergebnis.

BODENSCHUTZ UND ALTLASTEN

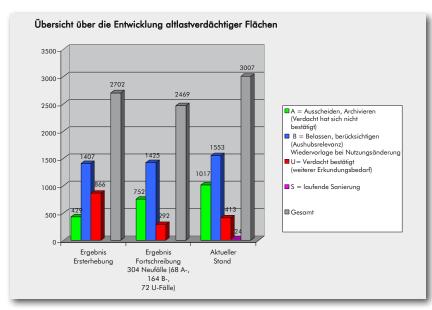
FORTSCHREIBUNG DER ERSTERFASSUNG ALTLAST-VERDÄCHTIGER FLÄCHEN IM OSTALBKREIS

Das Landratsamt Ostalbkreis ist als Untere Bodenschutz- und Altlastenbehörde u. a. für die Erfassung und Bearbeitung von altlastverdächtigen Flächen zuständig. Zu den altlastverdächtigen Flächen gehören Altstandorte (stillgelegte Industrie- und Gewerbeflächen, auf denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde) und Altablagerungen (ehemalige Müllplätze, künstliche Auffüllungen), welche in einer landeseinheitlichen Datenbank, dem Bodenschutz- und Altlastenkataster (BAK), erfasst werden.

Da sich die im BAK eingetragenen Daten durch Betriebsschließungen, Wechsel von Betriebsstandorten und durchgeführte Erkundungsmaßnahmen fortlaufend ändern, wurde die von 1998 bis 2001 erfolgte



Flurneuordnung und Landentwicklung



kreisweite Ersterhebung in einer Fortschreibung von 2007 bis Ende 2010 auf einen neuen Stand gebracht. Die Kosten dieser Fortschreibung betrugen rund 550.000 Euro und wurden zu 100% aus dem Altlastenfonds des Landes Baden-Württemberg gefördert.

Ziel der Fortschreibung war, die seit der Ersterhebung neu hinzugekommenen Flächen zu erheben. Dabei handelte es sich um 304 Neufälle, die entsprechend ihrem Gefährdungspotential im BAK dokumentiert wurden (A-Ausscheiden, Archivieren; B-Belassen, Entsorgungsrelevanz; OU-Untersuchungsbedarf). Zusätzlich mussten rund 2.165 Altfälle aufgrund geänderter gesetzlicher Vorgaben (Bundes-Bodenschutzgesetz) und der weiter entwickelten Dokumentationsstandards überarbeitet werden. Nicht erhoben wurden dabei laufende Gewerbebetriebe sowie Schadensfälle in denselben.

Die Erhebungsergebnisse sind insbesondere in der Bauleitplanung, bei baulichen Maßnahmen sowie bei Grundstücksverkäufen zu beachten. Sie liefern wichtige Erkenntnisse darüber, an welchen Standorten eine Gefährdung für Mensch und Umwelt bestehen könnte und schaffen für Eigentümer und Käufer von Grundstücken eine sichere Planungsgrundlage und damit verbunden mehr Rechtssicherheit. Die Grundstückseigentümer von altlastverdächtigen Flächen, für die ein weiterer Untersuchungsbedarf für erforderlich erachtet wurde, wurden zum Großteil bereits vom Landratsamt Ostalbkreis über das Erhebungsergebnis schriftlich informiert.

Verhältnis Altstandorte/Altablagerungen im Ostalbkreis:



Flurnevordnung und Landentwicklung

FLURNEUORDNUNG ALS KREISÜBERGREIFENDE AUFGABE

Die Landkreise Heidenheim und Ostalbkreis haben 2010 eine gemeinsame Dienststelle Flurneuordnung und Landentwicklung gebildet, die ihren Sitz in Ellwangen hat und grundsätzlich alle Flurneuordnungsverfahren in diesen beiden Kreisen bearbeitet.

In den Jahren 2010 und 2011 wurden 26 Flurneuordnungsverfahren im Dienstbezirk bearbeitet, davon drei vom Flurneuordnungsamt des benachbarten Landkreises Schwä-

bisch Hall. Diese wurden bereits vor der Verwaltungsreform 2005 angeordnet. Die Verfahren im Ostalbkreis betreffen etwa 5.000 Grundstückseigentümer mit rund 20.000 ha Besitzflächen und haben ein Gesamtkostenvolumen von ca. 64 Mio. Euro.

ÖKOLOGISIERUNG DER FLURNEUORDNUNG

Die Flurneuordnung ist ein Instrument, mit dem ein dauerhafter Ausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Aufgabenbereichen Infrastruktur, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie Freizeit mit ihren unterschiedlichen Ansprüchen an Grund und

Boden sichergestellt werden kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung durch den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit landund forstwirtschaftlicher Betriebe. Integraler Bestandteil der Flurneuordnung ist das Aufgabenfeld der Landespflege. Im Bewusstsein, dass die Qualität des ländlichen Raums nicht nur vom Menschen und seiner Wirtschaftskraft, sondern ebenso von einer abwechslungsreichen und ökologisch intakten Kulturlandschaft bestimmt wird, werden Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur gleichrangig mit solchen zur Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft realisiert.

Flurneuordnung und Landentwicklung



Das Aufgabenfeld der Landespflege hat sich in den letzten Jahren aufgrund der Weiterentwicklung der Naturschutzgesetze über die Erhaltung und Entwicklung von Natur und Landschaft hinaus erweitert. Insbesondere die europäischen Vorgaben bezüglich der Natura 2000-Gebiete und die Regelungen zum besonderen Artenschutz wirken sich stark auf die Bearbeitung heutiger Flurneuordnungen aus.

Um den Schutzbemühungen zur Wahrung der biologischen Vielfalt und dem Erhalt artenreicher Kulturlandschaften Rechnung zu tragen, wurden flurneuordnungsspezifisch ökologische Erfassungs-, Bewertungs- und Planungsinstrumente entwickelt. So kommen in jedem Flurneuordnungsverfahren die "Tierökologische Voruntersuchung", die "Ökologische Ressourcenanalyse" und ein zweistufiger "Pflegeplan" für die neu geschaffenen Landschaftselemente zur Anwendung. Im Bedarfsfall erfolgen zusätzlich "Spezielle artenschutzrechtliche Prüfungen".

Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse fließen direkt in die Wege- und Gewässerplanung ein und finden ihren Niederschlag im "Landschaftspflegerischen Begleitplan". Werden Baumaßnahmen in ökologisch sensiblen Bereichen erforderlich, kommen im Einzelfall vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen ("CEF-Maßnahmen") zur Anwendung. Zudem werden oft Bauzeitenpläne erstellt, um die Beeinträchtigung geschützter Arten auf ein Minimum zu reduzieren.

Ein eigener Landespfleger sorgt in der gemeinsamen Dienststelle für die naturschutzfachlich gute Verfahrensbearbeitung. In der gesamten Planungsphase und auch bei der Ausführung werden die anerkannten Naturschutzverbände und die Naturschutzverwaltung partnerschaftlich miteinbezogen.

Ein beispielhaftes Ergebnis dieses Prozesses ist die durchgängig in drei aneinander grenzenden Flurneuordnungen geschaffene Aufwertung der Schneidheimer Sechta, die sich zu einem Paradies für Wiesenbrüter und anderer geschützter Arten entwickelt hat. Hauptwirtschaftswege zu melden, die modernisiert werden müssen. Die Verwaltung hat die dringendsten Projekte ausgewählt und mithilfe kleiner Flurneuordnungsverfahren Baumaßnahmen, Finanzierung und Bodenordnung umgesetzt. Durch die eingeschränkte Zielsetzung, die kleinräumigen Verfahrensgebiete (meist bis zu 10 ha) und nur wenige Beteiligte konnte das "FOKUS-Ver-



Schneidheimer Sechta, ein Paradies für Wiesenbrüter und andere geschützte Arten

Damit wird im Ostalbkreis bereits praktiziert, was die neue Landesregierung landesweit erreichen möchte: Die Ökologisierung der Flurneuordnung.

SCHNELLE FLURNEUORDNUNGS-VERFAHREN

In der Regel umfassen Flurneuordnungsverfahren mehrere Hundert Hektar Fläche mit mehreren Hundert beteiligten Grundstückseigentümern und vielschichtigen Zielsetzungen. Deshalb ist eine Projektdauer zwischen zehn und zwanzig Jahren durchaus üblich. Bedingt durch die Wirtschaftskrise 2009 hat die damalige Landesregierung ein Landesinvestitionsprogramm für die Flurneuordnungsverwaltung aufgelegt, um die darbende Bauwirtschaft direkt zu unterstützen. Hierfür wurden die Gemeinden aufgefordert,

fahren" (Flurneuordnung optimiert, konzentriert und schnell) angewandt werden. In der Dienststelle Ellwangen wurden die Flurneuordnungen Durlangen (Sonderprogramm), Riesbürg-Pflaumloch (Sonderprogramm), Ellwangen-Pfahlheim (Sonderprogramm) und Dischingen (Sonderprogramm) in nur 13 Monaten von der Anordnung bis zur Schlussfeststellung bearbeitet. Dabei wurden ca. 473.000 Euro investiert, wovon die Gemeinden 75% als Landeszuschuss erstattet bekamen.

Geschäftsbericht des Ostalbkreises 2010 – 2011



Flurneuordnung und Landentwicklung

AUS DEN LAUFENDEN FLURNEUORNUNGSVERFAHREN

Im Projektablauf der Flurneuordnungen werden immer wieder wichtige Zwischenergebnisse erzielt, sogenannte Meilensteine. Im Berichtszeitraum waren das beispielsweise:

Name der Flurneuordnung	Meilenstein
Hermaringen (B 492)	Bekanntgabe des Flurbereinigungsplans
Ellwangen/Rainau (A 7)	Ausführungsanordnung
Unterschneidheim	Technischer Abschluss
Ellwangen-Ost (A 7)	Ausführungsanordnung + Technischer Abschluss
Jagstzell (Radweg)	Bekanntgabe des Flurbereinigungsplans + Ausführungsanordnung
Sontheim-Brenz (B 492)	Wahl des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft + Wertermittlung
Mögglingen (B 29)	Wahl des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft + Wertermittlung + Besitzeinweisung zum Bau der Westtangente

EVENTS

Große Projekte bieten immer wieder Gelegenheiten zum fachlichen Austausch und Anlässe zum Würdigen des Erreichten. Guter Brauch ist es inzwischen, einmal im Jahr alle Vorsitzenden der Teilnehmergemeinschaften des Dienstbezirks zu einer Exkursion in ein laufendes Projekt einzuladen.

Am "lebenden Beispiel" werden die verschiedenen Möglichkeiten der praktischen Umsetzung von Flurneuordnungen diskutiert. Auf diese Weise entsteht eine Vernetzung der Teilnehmergemeinschaften, von der alle profitieren. 2010 fand diese Veranstaltung im Verfahren Bopfingen-Kerkingen/Oberdorf (Sechta-Eger) statt, 2011 in Tannhausen. Ebenfalls seit mehreren Jahren bietet Landrat Klaus Pavel den regionalen Akteuren aus Politik und Verbänden sowie der interessierten Bürgerschaft jährlich die Möglichkeit, die Flurneuordnung bei einer Wanderung oder Radtour vor Ort, zuletzt in Aalen-Beuren, kennenzulernen. Als öffentlichkeitswirksame Ereignisse sind noch

der Start der Baumaßnahmen in Lauchheim-Hülen durch den "Ersten Spatenstich", im Verfahren Iggingen die Übergabe des neuen Feldwegenetzes in Besitz und Unterhalt an die Gemeinde und im Verfahren Lauchheim-Röttingen die Übergabe der landschaftspflegerischen Anlagen in Eigentum und Pflege an die Stadt Lauchheim zu nennen. Außerdem wurde 2010 der Abschluss der Verfahren Unterschneidheim und Unterschneidheim-Zöbingen mit einem Fest gewürdigt. 2011 konnten zwei Abschlussfeste begangen werden: Die Flurneuordnungen Ellwangen-Ost (A 7) und Tannhausen sind praktisch zu Ende.



Beim Abschlussfest in Tannhausen



Exkursion der TG-Vorsitzenden

Beim Start der Flurneuordnung Lauchheim-Hülen



GRUNDWASSER-SCHUTZ UND OBERFLÄCHENNAHE GEOTHERMIE

Die Nutzung der oberflächennahen Geothermie mit Grundwasserwärmepumpen, Erdwärmekollektoren und insbesondere durch Erdwärmesonden ist eine expandierende Technologie zur umweltfreundlichen Wärmeversorgung von Gebäuden und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Durch die in den letzten Jahren bekannt gewordenen Schadensfälle bei Geothermie-Bohrungen, insbesondere in Staufen und Schorndorf, wurden Fragen zur Sicherheit und Beherrschbarkeit dieser Technologie aufgeworfen. Für die prosperierende Geothermiebranche drohte ein beträchtlicher Imageschaden.

Auch im Ostalbkreis sind je nach örtlichen Geologie und bei unsachgemäßer Planung und Ausführung derartige Schäden nicht auszuschließen. Um weitere Schadensfälle zu vermeiden, müssen die ausführenden Bohrfirmen künftig hohe Qualitätstandards an Planung, Ausführung und Überwachung erfüllen, die im Rahmen des Zulassungsverfahrens vom Geschäftsbereich Wasserwirtschaft geprüft werden. Dazu zählen ein ausreichender Versicherungsschutz, qualifiziertes Bohrpersonal und die Bewertung der zu erwartenden geologischen und hydrogeologischen Gegebenheiten. Zum Einsatz kommen dabei besondere Techniken, wie Schutzverrohrungen und eine Begrenzung der Bohrtiefe. In Gebieten mit kritischen Untergrundverhältnissen müssen externe und unabhängige Sachverständige zur Bauüberwachung eingesetzt werden. Zusätzlich wird die ordnungsgemäße Ausführung der Bohrarbeiten stichprobenartig vom Geschäftsbereich Wasserwirtschaft vor Ort überwacht. Mit diesem



Bündel an Maßnahmen können zum einen die Gefahren für Gebäude und Grundwasser minimiert werden, zum anderen wurde eine Basis geschaffen, auf der verloren gegangenes Vertrauen in diese zukunftsträchtige Technologie zurück gewonnen werden kann.

ABWASSERBESEITIGUNG



Bei einem grundlegenden Sanierungsbedarf von Sammelkläranlagen stellt sich immer die Frage, die bestehende Anlage zu modernisieren oder an eine größere, leistungsfähigere Anlage anzuschließen. Durch moderne Pumpen- sowie Verlegetechniken lassen sich heutzutage auch größere Entfernungen wirtschaftlich überwinden. Größere Anlagen sind bei deutlich höherer Stickstoff- und Phosphorelimination im Betrieb stabiler und schützen die Gewässer in hohem Maße vor Schmutzeinträgen bei vergleichsweise geringen spezifischen Betriebskosten je Einwohner. Daher steht zu Beginn des weiteren Vorgehens immer eine Untersuchung über die langfristig wirtschaftlichste und ökologisch beste Lösung.

Diese Frage stellte sich auch für die künftige Abwasserreinigung des Lauchheimer Stadtteils Röttingen und des Bopfinger Stadtteils Aufhausen. Es zeigte sich, dass die beste Lösung der gemeinsame Anschluss an die Sammelkläranlage Bopfingen darstellt, für dessen Umsetzung das Land Baden-Württemberg Fördermittel bereitgestellt hat. Die dabei berücksichtigten Aufwendungen lagen einschließlich der Anpassungsarbeiten auf der Kläranlage in Bopfingen bei ca. 2,3 Mio. Euro.

Die Kläranlage in Röttingen wurde aufgegeben. Die Kläranlage Aufhausen konnte zu einem Regenüberlaufbecken umgebaut werden und damit die Regenwasserbehandlung verbessern. Das Abwasser wird künftig über neue Pumpwerke und 4 km lange Druckleitungen von Röttingen über Aufhausen zur Ortskanalisation in Oberdorf geleitet. Beide Druckleitungen wurden im Pflugverfahren grabenlos verlegt. Ab Oberdorf fließt das Abwasser im natürlichen Gefälle über die bestehende Ortskanalisation zur Sammelkläranlage Bopfingen, die auf eine Reinigungskapazität für 30.000 Einwohner ausgelegt ist. Außerdem konnten im Zuge dieser Maßnahme Außengehöfte zwischen Aufhausen und Oberdorf über Einzelpumpwerke an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen werden. Die umgesetzte Lösung weist nicht nur wirtschaftliche Vorteile auf. Auch die relativ empfindlichen Gewässer im Oberlauf werden von den Kläranlageneinleitungen entlastet, wodurch sich die Wasserqualität verbessern und stabilisieren kann. Dieses Projekt ist ein herausragendes Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit.

Geschäftsbericht des Ostalbkreises 2010 – 2011



OBERIRDISCHE GEWÄSSER

Der Wasserverband Sechta-Eger hat im März 2011 unter der technischen Leitung des Geschäftsbereiches Wasserwirtschaft den Aalbach zwischen Zöbingen und Unterschneidheim im Einstaubereich vom Hochwasserrückhaltebecken Aalbach ökologisch umgestaltet. Der gestreckte und monotone Bachverlauf wurde hin zu einem naturnahen mäandrierenden



Beim Graben des neuen Bachlaufes. Durch den kleinen Bachquerschnitt wird bereits bei erhöhtem Wasserabfluss das Wiesental überschwemmt und dadurch die alten feuchten Bachwiesen wieder geschaffen. Bereits jetzt trifft man Silberreiher, Kiebitz, Bekassinen und Zwergschnepfen an, die an anderen Orten des Ostalbkreises kaum noch vorkommen

Gewässer entwickelt. Dabei konnte auf die positiven Erfahrungen aus der Umgestaltung der Sechta von 2007 zwischen Unterschneidheim und Tannhausen und 2009 zwischen Oberdorf und Itzlingen zurückgegriffen werden.

Der vorhandene Querschnitt wurde auf nur noch ca. 20% der bisherigen Größe verringert. Durch den geschwungenen Verlauf hat sich die Gewässerlänge verdoppelt und damit



Aufgrund des rechteckig gegrabenen Kastenprofils mit senkrechten Wänden entwickelt sich das neue Bachbett von alleine. Durch den winterlichen Frostwechsel und die Wasserströmung hat sich bereits in kurzer Zeit ein natürliches Bachprofil entwickelt. Auf teure und nur bedingt naturnahe Modellierungen wurde daher bewusst weitgehend verzichtet

das Gefälle halbiert. Die Überflutungshäufigkeit der Auen erhöhte sich deutlich. Die Anhebung der Sohle führte auch zu einem Anstieg des Grundwasserstandes. Durch eine abschnittsweise Verfüllung des alten Gewässerverlaufes konnte außerdem eine Tümpelkette geschaffen werden. Durch die großräumige Umgestaltungen wurde das Gebiet ökologisch aufgewertet. Es ist erfreulich, dass eine Vielzahl von Pflanzen und Tiere dort nun wieder heimisch geworden sind.



Durch eine abschnittsweise Verfüllung des alten Gewässerverlaufes konnte eine Tümpelkette geschaffen werden

Wald und Forstwirtschaft

FORSTEINRICHTUNG: WALD IST FIT FÜR DIE ZUKUNFT

Die vergangenen beiden Jahre waren die Förster im Ostalbkreis mit der "Forsteinrichtung" beschäftigt. Alle zehn Jahre werden im Zuge der Forsteinrichtung vom Fachbereich "Waldbau, Klimawandel, Forsteinrichtung, FGeo" des Landesbetriebs ForstBW in Zusammenarbeit mit den Forstbeamten der Landkreise zentrale Fragestellungen für die Waldbewirtschaftung bearbeitet. Die wichtigste Aufgabe der Forsteinrichtung ist die Sicherung der Nachhaltigkeit.

Die Forsteinrichtung besteht aus den drei Teilbereichen Zustandserfassung, Erfolgskontrolle und Planung. Der Zustand des Waldes wird umfassend erhoben: Baumarten, Bestandsalter, Holzvorräte, Verjüngungsflächen, Wildverbiss, ökologische Kenngrößen wie Mischbestände, Biotope und FFH-Flächen. In größeren Betrieben werden Inventuren auf Stichprobenbasis durchgeführt, die einen detaillierten Einblick in die Wälder ermöglichen. Bei der Erfolgskontrolle wird die Entwicklung des Waldes und die Bewirtschaftung seit der letzten Forsteinrichtung begutachtet.

Auf Grundlage des Waldzustandes und der Waldentwicklung wird vom Forsteinrichter in enger Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Forstleuten eine Planung für die nächsten zehn Jahre erstellt. Bei Revierbegängen legen sie für jeden Waldbestand forstliche Maßnahmen in Punkto Waldpflege, Holzeinschlag, Durchforstung, Walderschließung, Naturverjüngung und Pflanzung fest. Darüber hinaus werden von der Forsteinrichtung auch die Themen Waldnaturschutz, Erholungsvorsorge und Sicherstellung der Schutzwirkungen des Waldes bearbeitet und dafür Maßnahmen geplant.

Wald und Forstwirtschaft



Die Ergebnisse werden dem Waldbesitzer oder seinen Vertretern vorgestellt. Die Forsteinrichtung muss vom Waldbesitzer abgenommen werden. Abschließend werden für jeden Forstbetrieb die Ergebnisse in einem Zahlen- und Kartenwerk zusammengestellt.

Bei einer Waldfläche von insgesamt 60.000 ha im Ostalbkreis haben die Forsteinrichter 34.000 ha bearbeitet. Neben dem Staatswald (22.000 ha) wurden 72 Betriebe des Körperschafts- und Privatwaldes mit 12.000 ha Fläche neu eingerichtet.

Der Sturm "Lothar" und die darauf folgenden Käferkalamitäten führten zu hohen außerplanmäßigen Holzanfällen und einer Verlagerung der Baumartenverteilung zu mehr Laubbäumen. Aktuell haben die Nadelbäume noch ein leichtes Übergewicht; Hauptbaumarten sind die Fichte und die Buche. Aufgrund von Sturmwürfen und Käferbefall mussten große Flächen zwangsweise verjüngt werden, wobei die natürliche Verjüngung soweit als möglich genutzt wurde. Dies führte zu einem überproportional hohen Anteil junger Bestände (bis 20 Jahre), sie nehmen fast ein Viertel der Waldfläche ein. Durch die reichlich vorhandenen Verjüngungsvorräte kann die notwendige Verjüngung alter Bestände zukünftig ganz überwiegend mittels Naturverjüngung erfolgen.



Anteil der Waldentwicklungstypen im Staatswald Ostalbkreis

Waldzustand				
Nadel-/Laubbäume				
- Nadelbäume	54%			
- Laubbäume	46%			
Hauptbaumarten				
- Fichte	41%			
- Buche	27%			
Vorrat / Zuwachs	,			
- Vorrat insgesamt	11 Mio. VFm			
- Vorrat pro Hektar - Zuwachs pro Jahr	320 VFm/ha 9 Efm/ha			
<u>'</u>	7 LIIII/IId			
Altersverteilung	000/			
- Junge Bestände (bis 20 J.) - Alte Bestände (über 120 J.)	23%			
Verjüngung	1070			
- Verjüngungsvorrat insgesamt	28% der Fläche			
davon Buche	29%			
davon Ahorn / Esche	21%			
davon Fichte	29%			
- VerjVorrat in Beständen ab 60 J.	46% der Fläche			
Ökologische Kenngrößen (nur Sto	aatswald)			
Waldfunktionen	1			
Wasser- und Quellschutzgebiete Bodenschutz	8.679 ha 3.346 ha			
Erholungswald	3.538 ha			
Naturschutz	3.000.10			
FFH-Fläche (Natura 2000)	2.218 ha			
Waldbiotope	490 ha			
•	736 Biotope			
Waldrefugien	615 ha			

Planung				
Waldpflege				
- Durchforstung - Jungbestandspflege - Wertästung	16.000 ha 7.650 ha 40.800 Bäume			
Holzeinschlag				
- Gesamtnutzung pro Jahr - Nutzung pro Hektar und Jahr	260.000 EFm 7,7 Efm/ha			
Verjüngung				
Geplante Verjüngungsfläche - aus Naturverjüngung - aus Pflanzung - Laubbäume - Nadelbäume	1.537 ha 81% 19% 53% 47%			

Trotz der Hypotheken durch die Kalamitäten (Sturm, Käfer) der vergangenen 20 Jahre ist der Wald in einem guten Zustand. Großflächig vorhandene Mischbestände und eine ausgewogene Verteilung auf Laubbäume und Nadelbäume gewährleisten ein hohes Maß an Stabilität. Der ökologische Zustand hat unter anderem von dem zunehmenden Laubbaumanteil profitiert. Er soll durch gezielte Maßnahmen

weiter verbessert werden. Im Staatswald wurde mit der Forsteinrichtung das Alt- und Totholzkonzept eingeführt, über die Fläche verteilt auf über 600 ha Waldrefugien ausgeschieden und aus der Bewirtschaftung genommen.

Der Gesamtvorrat liegt mit 11 Mio. Kubikmeter (Vorratsfestmeter, Vfm) oder 320 Vfm/ha kalamitätsbedingt auf keinem besonders hohen,



aber noch akzeptablen Niveau. Der Zuwachs von 9 Kubikmeter (Erntefestmeter, Efm) pro Hektar und Jahr liegt über der geplanten Nutzung (7,7 Efm/ha und Jahr). Die jährliche Gesamtnutzung von 260.000 Kubikmeter ergibt pro Tag eine Rohstoff- bzw. Energiestoffmenge von 30 LKW-Ladungen. Bei planmäßiger Nutzung, d.h. ohne größere Schadereignisse, ist im kommenden Jahrzehnt mit einem Vorratsaufbau zu rechnen.

DAS ALT- UND TOTHOLZ-KONZEPT IM STAATSWALD OSTALBKREIS

OSTALBKREIS

Nutzungsverzicht von kleineren

Totholz ist ein wichtiger Lebensraum für viele geschützte Arten

Unsere heutige Waldbewirtschaftung muss vielen Anforderungen gerecht werden. Neben der Erzeugung des Rohstoffes Holz muss sie sicherstellen, dass der Wald auch die aus der Schutz und Erholungsfunktion resultierenden Ansprüche nachhaltig erfüllen kann. Um dieses Ziel im Rahmen der naturnahen Waldwirtschaft noch besser zu erreichen, hat der Landesbetrieb ForstBW für den Staatswald ein Alt- und Totholzkonzept (AuT-Konzept) eingeführt. Mit dem AuT-Konzept wird sichergestellt, dass in ausreichendem Umfana Alters- und Zerfallsphasen von Wäldern für den Naturschutz erhalten bleiben. Das Angebot an stehendem

Beständen und Baumgruppen. Im gesamten Wald werden Kleinbestände und Baumgruppen ausgewählt und nicht weiter bewirtschaftet. Die Bäume bleiben der natürlichen Entwicklung und Alterung überlassen bis zur Zersetzung des entstehenden Totholzes. Durch die Kombination unterschiedlich großer Flächen und Gruppen entstehen auf der ganzen Waldfläche verteilt Zentren mit uralten und absterbenden Bäumen, seltenen Einzelbaumstrukturen und größeren Mengen an stehendem und liegendem Totholz.

und liegendem Totholz wird aus-

gebaut und so ein ausreichendes

Lebensraumangebot für zahlreiche

Arten wie Spechte, Fledermäuse (z. B.

Bechsteinfledermaus) und Käfer (z. B.

Mit der Umsetzung des Konzepts erreicht ForstBW als Waldbewirt-

schafter Rechtssicherheit im Hin-

blick auf das Artenschutzrecht.

Aspekte der Verkehrssicherheit und

Unfallverhütung werden gleichfalls berücksichtigt und mit den ökolo-

gischen Zielsetzungen abgewogen.

Das AuT-Konzept beruht auf dem

Heldbock) nachhaltig gesichert.

Beim AuT-Konzept werden je nach Ausdehnung, Verteilung und Auswahlkriterien drei Schutzelemente unterschieden:

- · Waldbestände (Waldrefugien),
- Gruppen von Bäumen (Habitatbaumgruppen) und
- naturschutzrechtlich besonders geschützte Einzelbäume

Waldrefugien sind Bestände und Bestandteile ab etwa 1 ha Größe, die dauerhaft aus der Bewirtschaftung genommen werden

Habitatbaumgruppen sind Baumgruppen aus etwa 15 Bäumen, die in Beständen ausgewählt und markiert werden und periodisch – bis zum Zusammenbruch und natürlichem Zerfall – aus der Bewirtschaftung genommen werden.



Markierung einer Habitatbaumgruppe im Wald

Habitatbäume sind Bäume mit Fortpflanzungsstätten geschützter Arten mit geringem Aktionsradius, die auch außerhalb von Habitatbaumgruppen nicht genutzt und ebenfalls markiert werden.

ForstBW plant, bis zum Jahr 2020 rund 7% der Staatswaldfläche in Baden-Württemberg einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Mit eingerechnet sind dabei die bestehenden Bannwälder und die Kernzone des Biosphärengebietes Schwäbische Alb.

UMSETZUNG IM OSTALBKREIS

Im Ostalbkreis wurde das gesamte AuT-Konzept erstmalig vollständig umgesetzt. Im Zuge der Erneuerung der Forsteinrichtung wurden zum 1. Januar 2011 auf insgesamt



614 ha Waldrefugien ausgewiesen und damit dauerhaft aus der Nutzung genommen. Schwerpunkt der Verteilung liegt hier in den Buchenbeständen am Albtrauf.

Geplant sind außerdem insgesamt 1.500 Habitatbaumgruppen mit zusammen ca. 300 ha Fläche. Die Ausweisung, Erfassung und Markierung der Habitatbaumgruppen erfolgt fortlaufend durch die Revierleiter, immer bei der Hiebsvorbereitung im einzelnen Waldbestand.

Alt- und Totholz-Konzept im Ostalbkreis

Gesamtfläche

Staatswald Ostalbkreis: 22. 378 ha

Fläche Waldrefugien: 614 ha

Fläche Habitatbaumgruppen: 300 ha

Nutzungsverzicht: 4,2 % der Holzbodenfläche

INTERNATIONALES JAHR DER WÄLDER 2011

2011 war das Internationale Jahr der Wälder, ausgerufen durch die 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Weltweit sollte damit die Bedeutung nachhaltiger Waldbewirtschaftung für eine nachhaltige Entwicklung vermittelt und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf den Wald, die Waldbewirtschaftung und sein Produkt Holz gelenkt werden. Sämtliche mit dem Wald verbundene Organisationen waren unter dem gemeinsamen Kampagnenthema "Entdecken Sie unser Waldkulturerbe" aufgefordert, mit eigenen Beiträgen auf die Bedeutung des Waldes hinzuweisen und insbesondere auf seine wirtschaftliche Bedeutung aufmerksam zu machen und die Menschen vor Ort zu begeistern.

JAHRESPROGRAMM "ENTDECKEN SIE UNSER WALD-KULTURERBE"

Herzstück der Aktivitäten im Ostalbkreis zum Internationalen Jahr der Wälder war ein eigenes Veranstaltungsprogramm mit dem Titel "Entdecken Sie unser Waldkulturerbe –



Wald vor Ort erleben", mit dem Bürgerinnen und Bürger auf eine Entdeckungsreise in den Wald geführt werden sollten.

42 Wald-Veranstaltungen boten jedermann Gelegenheit, einen frischen Blick auf den Wald zu richten und ihn mit allen Sinnen zu erfahren – egal ob alt oder jung, groß oder klein, Laie oder Profi. Im Angebot waren geführte Waldspaziergänge zu Naturschutzfragen oder zur historischen Waldbewirtschaftung genauso wie Fortbildungen für Waldpädagogen, Kinderferienangebote oder Touren mit dem Förster hoch zu Ross oder auf dem Mountainbike.

Mit rund 700 teilnehmenden Personen und zahlreichen weiteren Besuchern bei Beiträgen auf Messen oder Märkten war das Programm außerordentlich gut angenommen. Grundlage für diesen Erfolg war das große Engagement und der Ideenreichtum der Forstkollegen in den Revieren, die einen Großteil der Termine geplant und durchgeführt haben.

AKTION HOLZBANK

Ein weiterer Baustein der Kampagne war die Aktion "Holzbänke". Allein im Ostalbkreis warben über 70 der massiv gefertigten Holzbänke für den Wald.



Holzbank als Sitzgelegenheit, Blickfang und Botschafter für den Wald am Bucher Stausee

Jede Bank wurde aus genau einem Kubikmeter heimischem Tannenholz gefertigt. Mit einer entsprechender Beschriftung verkündete jede Bank sehr anschaulich, wie lange es dauert, bis diese Menge Holz wieder nachwächst, z.B. 45 Sekunden in allen Wäldern des Ostalbkreises, 1,7 Stunden im Stadtwald Heubach oder 12 Stunden im Gemeindewald Neuler. Ein Großteil der Bänke lädt in Schulen, auf öffentlichen Plätzen oder am Waldrand auch nach dem Jahr der Wälder weiterhin zum Verweilen ein.

WALDTAGE ELLWANGEN / JAGSTZELL

Unter dem Motto "Waldtag statt Alltag" veranstaltete der Geschäftsbereich Wald und Forstwirtschaft am 19. und 20. Juni 2010 die Waldtage bei Dankoltsweiler-Keuerstadt.

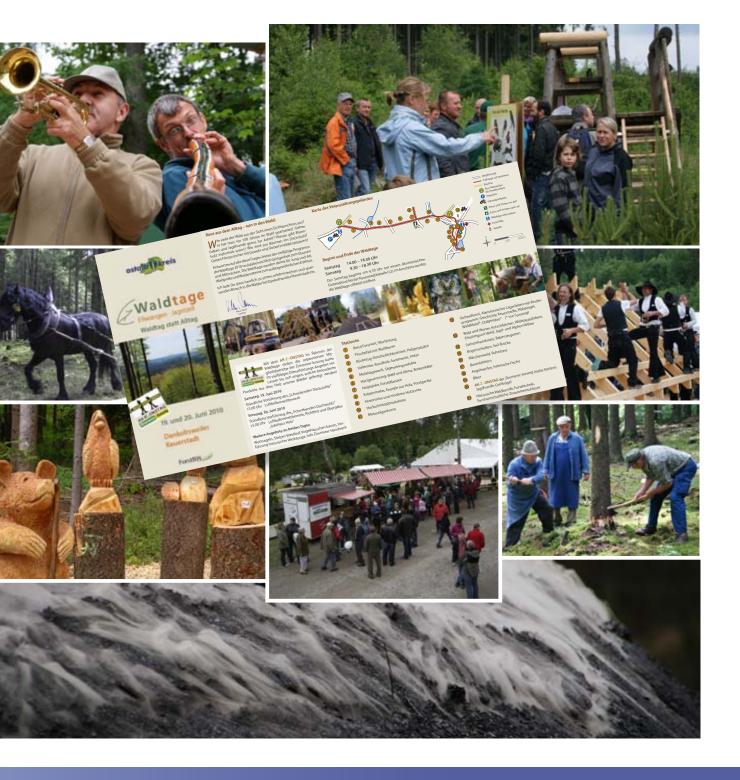
Wie bereits in den Jahren zuvor strömten wieder Tausende Besucher zu den Waldtagen, um die vielfältigen Stationen und Informationspunkte rund um das Thema Wald zu bestaunen. Mit über 100 Angeboten an 21 Stationen im Wald und 20.000 Besuchern konnten sowohl das Angebot als auch die Nachfrage betreffend Rekorde verzeichnet werden. Ein besonderer Schwerpunkt bei den Waldtagen 2010 waren die alten Waldberufe. Schindelmacher, Besenbinder, Seegrasspinner, Korbflechter und Harzer präsentierten ihre fast vergessene Handwerkskunst. Bäume wurden mit



Axt und Hobelzahnsäge gefällt und mit Pferden gerückt. Eigens für die Waldtage wurde auch ein Kohlenmeiler errichtet und angefeuert.

Als Partner der Waldtage präsentierte sich erstmals auch die Zimmerer-Innung Aalen mit einem eigenständigen Programm. Die Zimmerer in ihrer Zunftkleidung beeindruckten unter anderem mit ihrer Vorführung eines "Schwebenden Dachstuhls".

Die Resonanz auf die Waldtage war durchweg positiv. Einziger "Kritikpunkt" verschiedener Besucher war die Tatsache, dass ein Tag nicht ausreichte, um die vielen tollen Angebote wahrzunehmen. Veranstaltungen wie die Waldtage sind nur zu realisieren, wenn sich neben den eigenen Mitarbeitern Vereine, Firmen und ehrenamtliche Helfer in großem Maße engagieren. Besonderer Dank richtet sich daher in besonderem Maße an ebenjene, die sich aus ihrer Liebe zum Wald und zur Natur bei den Waldtagen eingebracht haben.





ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE, BERATUNG

Während sich die für die Ostalblandwirtschaft so wichtigen Milchpreise in den vergangenen eineinhalb Jahren positiv entwickelten, war die Situation der Schweinehalter aufgrund dauerhaft niedriger Erzeugerpreise sehr angespannt. Genau in dieser Zeit mussten die Zuchtsauenhalter notwendige bauliche Anpassungen ihrer Ställe an die verschärften Bestimmungen der Schweinenutztierhaltungsverordnung angehen. Dies brachte viele Betriebe zusätzlich in finanzielle Schwierigkeiten. Erfreulicherweise zogen die Erzeugerpreise für Ferkel und Mastschweine zu Beginn des Jahres 2012 nach langer Durststrecke endlich wieder an.

Bei der Investitionsförderung haben die sehr attraktiven Förderkonditionen der letzten Jahre (u. a. bis zu 35% Zuschuss) dazu geführt, dass über die Hälfte der gestellten Anträge nicht bewilligt werden konnte. In den letzten beiden Jahren konnten im Ostalbkreis folgende Investitionsfördervorhaben bewilligt werden:



Eine für den Ostalbkreis recht typische Milchvieh-Betriebszweigaussiedlung, hier der Betrieb Josef Frosch in Ellwangen-Pfahlheim

setzungen deutlich eingeschränkt. Die Warteliste investitionswilliger Betriebe wird daher immer länger. Sehr frühzeitige Planungen und Beratungen werden unumgänglich.

Das gesamte Investitionsvolumen geförderter Maßnahmen erreichte im Jahr 2011 eine neue Rekordhöhe von über 23 Mio. Euro im Jahr 2011 bzw. 11 Mio. Euro über dem Mittel der drei Vorjahre. Infolgedessen erhöhte sich auch das entsprechende bewilligte Zuschussvolumen um 1,5 Mio. Euro auf über 4 Mio. Euro. Die Zahlen machen deutlich, dass zukunftsorientierte Betriebe im Ostalbkreis auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bereit

geplanter landwirtschaftlicher Betriebsstandorte im Außenbereich anspruchsvoller wird. Immissions- und naturschutzrechtliche Fragestellungen sowie eine zunehmend kritische Bevölkerung haben immer aufwendigere und komplexere bau- oder immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zur Folge. Auch Planungen zu künftigen baulichen Erweiterungen der Gemeinden werden unter Immissionsschutzgesichtspunkten abgewogen und begleitet.

MILCHVIEHHALTUNG IST SCHWERPUNKT

Bedingt durch den hohen Grünlandanteil ist Milchviehhaltung der zentrale Produktionsschwerpunkt der Landwirtschaft auf der Ostalb. Hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit kann sich die Ostalb hier bundesweit mit Top-Regionen messen. Der beim Geschäftsbereich Landwirtschaft angesiedelte und vom Land geförderte Milchvieh-Beratungsdienst Ostalb e.V. leistet durch seine Beratung einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung dieses Vorsprunges.

Im Zuge der EU-Agrarreform soll die landwirtschaftliche Produktion stärker auf Weltmarktbedingungen ausgerichtet und gleichzeitig differenzierten ökologischen Anforderungen gerecht werden. Die Struktur der bislang 29 Mio. Euro jährlicher Ausgleichszahlungen für landwirtschaftliche Betriebe wird sich dadurch grundlegend ändern. Dieser Prozess wird beratungsintensiv begleitet.

	2010	2011
Anzahl der Förderfälle insgesamt	38	47
davon große Investitionen	18	29
davon Rinderställe	6	15
Schweineställe	7	11
Legehennenställe/Masthähnchen	1	
Getreidelager / Mehrzweckhallen	3	2
Gärtnerei	1	1
davon kleine Investitionen (z.B. Kapazitätserweiterungen, bauliche Anlage u.a.)	20	18

Der gemessen an seinem Anteil an der hiesigen Tierhaltung sehr hohe Anteil an Investitionsmaßnahmen in der Schweinehaltung ist auf die gesetzlich bedingten Anpassungen der Aufstallung zurückzuführen. Aufgrund knapper Mittel wurden zwischenzeitlich die für 2012 zur Verfügung stehenden Investitionsfördermittel landesweit massiv gekürzt. Zudem wurden die Fördervoraus-

sind, Zukunftsinvestitionen in die Wettbewerbskraft ihrer Betriebe zu tätigen. Angesichts der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik und der unsicheren marktpolitischen Rahmenbedingungen ist eine fundierte und langfristig orientierte betriebswirtschaftliche Beratung der Betriebe wichtiger denn je.

Es ist zu beobachten, dass die Weiterentwicklung bestehender oder



REGENERATIVE ENERGIEN

Die Entwicklung regenerativer Energien verläuft aufgrund der Energiewende rasant. In Deutschland decken die erneuerbaren Energien mittlerweile fast 11 % des Endenergieverbrauchs. Den Löwenteil stellt dabei mit gut zwei Dritteln Anteil die aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugte Bioenergie. Vor allem die Biogaserzeugung hat sich besonders rasch entwickelt.

Im Ostalbkreis sind derzeit 23 Biogasanlagen mit durchschnittlich 351 Kilowatt bzw. insgesamt rund 8.415 Kilowatt elektrischer Leistung in Betrieb. Weitere fünf Anlagen (drei Erweiterungen und zwei Anlagen mit überwiegender Gülleeinspeisung) mit insgesamt 645 Kilowatt sind in Planung bzw. im Bau. Insgesamt ist die Entwicklung der Biogasanlagen im Ostalbkreis im Vergleich zu der in vergleichbaren landwirtschaftlich produktionsstarken Regionen durchaus noch überschaubar, aber dennoch im Hinblick auf das Landschaftsbild unübersehbar.

Für die Erzeugung von Biogas wird überwiegend und in immer größerem Umfang Silomais angebaut. Der Mais überzeugt flächendeckend durch sehr hohe Erträge, eine gute Wirtschaftlichkeit, eine hohe Energieausbeute, einen leichten Anbau sowie eine schlagkräftige Ernte- und Lagerungstechnik.

Seit 1991 hat sich der Maisanbau im Ostalbkreis in den Regionen etwas unterschiedlich, jedoch insgesamt um ca. 36% erhöht. Unter dem Schlagwort der "Vermaisung der Landschaft" werden vor allem die Erosionsgefahr und eventuelle Veränderungen des Landschaftsbildes durch den Maisanbau in der Öffentlichkeit kritisch hinterfragt.

Es ist eine künftige Aufgabe des Geschäftsbereiches Landwirtschaft, Alternativen zum Maisanbau unter hiesigen Praxisbedingungen zu entwickeln. Grundsätzlich können Getreidearten wie etwa Wintertriticale durchaus echte Alternativen zum Silomais sein, wenn nicht nur das Korn, sondern die ganze Pflanze geerntet wird. Auch Gräser sowie Mischungen aus Gräsern, Klee und Luzerne sowie Sudangras können interessant werden. Der Anbau von Zuckerhirse ist vereinzelt schon zu beobachten, auch wenn Hirse ursprünglich eher wärmere Regionen bevorzugt. Auch blühende Dauerkulturen wie die durchwachsene Silphie oder einige Wildpflanzenmischungen können interessant werden. Um fundierte Beratungsempfehlungen zu Alternativen zum Mais geben zu können, plant der Geschäftsbereich Landwirtschaft daher Versuche unter Praxisbedingungen im Raum Ellwangen. Voraussichtlich wird die neue EU-Agrarpolitik ab 2014 vielfältigere Fruchtfolgen fordern. Dadurch würden alternative Pflanzen zum Silomais präferiert. Die Beratung nimmt diese Entwicklungen frühzeitig auf.

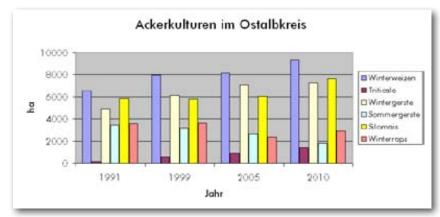
KOMPETENZZENTRUM HAUSWIRTSCHAFT UND ERZIEHUNG

Das Angebot des Kompetenzzentrums Hauswirtschaft und Erziehung erstreckt sich von Eintagesworkshops über Seminarreihen bis hin zu Lehrgängen mit Berufsabschluss. Es zeichnet sich tendenziell ab, dass vermehrt Gruppen Workshops im Kompetenzzentrum buchen. Eine Zielgruppe, auf die verstärkt zugegangen wird, sind benachteiligte Menschen.

GEMEINSCHAFTSPROJEKT "REGIONALVERMARKTER OSTALB"



Lebensmitteleinkauf ist Vertrauenssache, denn deren Qualität zeichnet sich neben messbaren Faktoren wie Vitamingehalt und Schadstoffbelastung auch durch die direkte Nähe von Erzeuger und Verbraucher aus. Zur Förderung der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte entstand unter Federführung des Geschäftsbereichs Landwirtschaft ein Internetportal für die Regionalvermarkter, das am 24. September 2010 online ging. Zum Online-Start von www.regionalvermarkter-ostalb.de präsentierten sich die beteiligten Regionalvermarktungsbetriebe im Aalener Landratsamt mit einem großen Bauernmarkt und boten auch Mittagstisch sowie Kaffee und Kuchen an.





WAFFENRECHT

Schwerpunkt der Arbeit der Unteren Waffenbehörde war die Prüfung der sicheren Waffenaufbewahrung. Alle 2.557 im Ostalbkreis registrierten Waffenbesitzer haben die sichere Aufbewahrung ihrer Waffen nachgewiesen. Zusätzlich hat die Waffenbehörde noch 27 Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt. Dabei kam es zu erheblichen Beanstandungen, es wurden vier Zwangsgeldverfahren und 16 Bußgeldverfahren eingeleitet. Der Trend zur Abgabe von Schusswaffen hielt unverändert an. Zurückzuführen ist dies überwiegend auf das Blockiergebot für Erbwaffen. Viele Erbwaffenbesitzer geben wegen der teuren Blockiersysteme ihre Waffen lieber freiwillig ab.



Waffentransport zur Vernichtung durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst

AUSLÄNDERRECHT

Die Zahl der im Ostalbkreis lebenden Ausländer ist vor allem durch den Zuzug aus den osteuropäischen Beitrittsländern der EU, Polen, Rumänien und Ungarn, im Gegensatz zum früheren Trend wieder gestiegen. Polnische Staatsangehörige stellen jetzt mit 586 Personen nach der Türkei mit 2.277 und Italien mit 1.085 Personen die drittstärkste Ausländergruppe.

Rumänische und bulgarische Staatsangehörige genießen noch nicht volle Freizügigkeit – für eine nichtselbständige Erwerbstätigkeit benötigen sie die Zustimmung der Agentur für Arbeit zur vorgesehenen



Der neue elektronische Aufenthaltstitel – eAT

Beschäftigung. Dagegen unterliegt eine selbständige Erwerbstätigkeit keinen Zustimmungsvorbehalten. Es ist naheliegend, dass Arbeitssuchende aus diesen Ländern den Zustimmungsvorbehalt durch die Anmeldung eines Gewerbes umgehen wollen. So waren im Jahr 2011 verstärkt Scheinanmeldungen festzustellen, in einem Fall haben gar elf rumänische Staatsangehörige unter derselben Adresse in einem Zweifamilienhaus ein Gewerbe angemeldet, wobei weder Mieter noch Hausbesitzer etwas über diese "Bauunternehmer" wussten.

Im September 2011 wurden die seitherigen, in den Reisepass eingeklebten Aufenthaltserlaubnisse durch eine Plastikkarte mit einem Speicherchip ersetzt. Der "elektronische Aufenthaltstitel" – eAT – enthält nunmehr biometrische Daten und ermöglicht eine Online-Ausweisfunktion und die qualifizierte elektronische Signatur.

Der eAT wurde aufgrund einer EU-Verordnung eingeführt, die einheitliche und fälschungssichere Aufenthaltstitel in Europa verlangt. Die Karte wird wie die deutschen Ausweise bei der Bundesdruckerei in Berlin hergestellt. Die Bestellung kann nur elektronisch erfolgen, der Antragsteller muss wegen Erfassung seiner biometrischen Daten und der Freischaltung der Signierfunktion zur Antragstellung und zur Abholung persönlich erscheinen. Das Verfahren ist damit wesentlich zeitaufwändiger und komplizierter geworden.

EINBÜRGERUNG

In den Jahren 2010 und 2011 wurden 575 Ausländer eingebürgert. Im Frühjahr 2011 hat der Ostalbkreis eine Werbekampagne für Einbürgerung durchgeführt. Ein Info-Flyer wurde an Schulen, ausländische Kulturvereine und Bürgermeisterämter im Ostalbkreis zur Weitergabe und Auslage versandt.



Die wichtigsten Herkunftsländer waren Türkei, Kosovo, Russland und Sri Lanka.

HEIMAUFSICHT

Der Trend in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen geht weg von den Großeinrichtungen hin zu überschaubaren, wohnortnahen





Häusern. Auch in den Heimen selbst werden die Pflegestationen zunehmend durch kleinere Hausgemeinschaften mit eigener Küche und Aufenthaltsräumen ersetzt.

Die Heimaufsicht ist derzeit für 51 Altenpflegeeinrichtungen und 16 Einrichtungen der Behindertenhilfe zuständig. Ältere Einrichtungen werden derzeit Zug um Zug saniert oder es entstehen Neubaupläne. Die Vorgaben der neuen Landesheimbauverordnung, die als Regelfall das Wohnen in Einzelzimmern vorsieht, dürften im Ostalbkreis auch ohne

behördliches Eingreifen von den Trägern schon allein aus Wettbewerbsgründen umgesetzt werden. Heimrechtliche Anordnungen waren auch in den vergangenen Jahren die Ausnahme. Nur in einem Fall konnte mit dem Träger keine Einigung zur Frage der Kostenbeteiligung bei der Begleitung von Heimbewohnern zum Arzt erzielt werden. Nachdem in der 1. Instanz das Verwaltungsgericht Stuttgart die Rechtsauffassung der Heimaufsicht bestätigt hat, wonach die Einrichtungen verpflichtet sind, bei Bedarf eine Begleitung zum Arzt unentgeltlich zu stellen, ist das Berufungsverfahren derzeit beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim anhängig.

JAGDRECHT

In den letzten Jahren wurden sämtliche Jagdbezirke mit Unterstützung des Geschäftsbereiches Vermessung und Geoinformation in einer webbasierten Jagdkarte erfasst. Im Zuge dieser Arbeiten wurden häufig "weiße Flecken", also jagdbezirksfreie Flächen entdeckt, die dann benachbarten Jagdbezirken angegliedert werden mussten.

Abfallwirtschaft

NEUES ABFALLRECHT UND ALTERNATIVE SAMMELSYSTEME

Nach der Novelle der europäischen Abfallrahmenrichtlinie soll die Abfallwirtschaft nachhaltig zu Ressourcenschonung und Umweltschutz beitragen. Die Bestimmungen der Abfallrahmenrichtlinie sollten in der Bundesrepublik Deutschland bis Ende 2010 in nationales Recht, das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, umgesetzt werden.

Zum Jahresbeginn 2010 hat die Abfallwirtschaftsgesellschaft GOA daher im Einvernehmen mit der Landkreisverwaltung und der Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd in Schwäbisch Gmünd-Südstadt und im Ortsteil Degenfeld das alternative Abfall-Sammelsystem "Rohstofftonne" befristet versuchsweise eingeführt. Dabei konnten vier Abfallfraktionen in separaten Säcken - Hausmüll, Bio-Abfall, Altpapier und Verkaufsverpackungen - gemeinsam in einer Abfalltonne alle 14 Tage zur Abfuhr bereitgestellt werden. Nach der Einsammlung wurden die Säcke in einer einfachen Anlage sortiert. Ziel des Versuchs war, mit weniger Logistikaufwand mehr

Komfort für die Bürger anzubieten. Gleichzeitig sollte eine Verbesserung der Wertstoffqualität und -menge sowie weniger Verkehrsbelastung durch Sammelfahrzeuge und damit ein Beitrag zum Klimaschutz erreicht werden. Die erwarteten Vorteile des neuen Sammelsystems stellten sich weitgehend ein und die am Versuch teilnehmenden Haushalte waren auch überwiegend zufrieden. Wegen der unklaren Rechtslage aufgrund der noch immer anhaltenden Diskussion über wesentliche Passagen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurde der Versuch zum 30. Juni 2011 beendet.

Den wesentlichen Streitpunkt im neuen Abfallrecht stellte die Zulässigkeit gewerblicher Sammlungen für Wertstoffe aus Haushalten dar. Die von Bundesregierung und Bundestag vorgeschlagene Liberalisierung der gewerblichen Sammlungen begegnet starkem Widerstand aus den Kommunen und dem Bundesrat. Es wurde befürchtet, dass sich private Sammler auf die werthaltigen Abfälle konzentrieren und die Kommunen



den wenig lukrativen Rest erledigen müssen, was letztendlich zu Erhöhungen der Abfallgebühren führen kann. Ende 2011 wurde das Gesetz daher an den Vermittlungsausschuss verwiesen. Erst nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes soll auch ein weiteres Gesetz verabschiedet werden, welches die einheitliche Wertstofferfassung ("Wertstofftonne") regelt.

Zur Verbesserung des Komforts hat die GOA in der Gartensaison 2011 im Stadtgebiet Heubach die "Gartentonne" als entgeltpflichtiges Zusatzangebot zum System der Grünabfallerfassung getestet. Die 2401-Gartentonne wurde alle 14 Tage geleert. Trotz des Entgelts für die Leerungen haben erfreulich viele Gartenbesitzer eine Gartentonne



angefordert. Der Versuch wird in der Gartensaison 2012 in Heubach fortgesetzt und möglicherweise auf weitere Städte und Gemeinden ausgeweitet.

WERTSTOFFERFASSUNG

Die "Rohstoffwoche" vom 16. bis 23. Oktober 2010 stand ganz im Zeichen der Ressourcenschonung. Auf allen 19 Wertstoffhöfen und -zentren der GOA im Ostalbkreis wurde deutlich gemacht, welche Rohstoffe für eine Rückführung in den Wertstoffkreislauf geeignet sind und wie sie ohne großen Aufwand gesammelt werden können. Der Devise "global denken, lokal handeln" wurde damit eine praktische Dimension verliehen.

Kleiderspende

ALTPAPIER

Die 2008 kreisweit eingeführte "Blaue Tonne" für Altpapier hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Über 60.000 Haushalte im Ostalbkreis nutzen zwischenzeitlich dieses freiwillige und kostenlose Zusatzangebot zur Altpapiererfassung. Daneben unterstützt die GOA auch weiterhin die traditionellen und bewährten Altpapiersammlungen durch immerhin über 330 Vereine und Organisationen im Ostalbkreis. Zudem können Altpapier und Kartonagen auch auf den Wertstoffhöfen abgegeben werden. Die meisten Wertstoffhöfe sind zwischenzeitlich mit leistungsstarken Kartonagenpressen ausgestattet.



genhersteller Willi Stadler feierlich in Betrieb genommen. Am Bauteil der Anlage waren 12 Bau- und Handwerksbetriebe aus der Region beteiligt, an die rund 75% der Bausumme geflossen ist. So bleibt die Wertschöpfung aus der Altpapiersammlung und auch weitgehend aus den Baumaßnahmen für die Sortieranlage in der Region.

KREISPUTZETE

Sowohl im Jahr 2010 als auch im Jahr 2011 wurden Kreisputzeten durchgeführt. Die neunte Gemeinschaftsputzete im Ostalbkreis fand am 2. April 2011 unter dem Motto "Für meine Ostalb" statt. Die Rekordzahl von mehr als 14.600 freiwilligen Helferinnen und Helfern zeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, in ihrer Freizeit die Schäden zu beseitigen, die im Laufe des Jahres der Ostalblandschaft zugefügt wurden. Insgesamt wurden 2011 über 85 Tonnen Müll (2010: 105 Tonnen) eingesammelt. Die Aktion wurde wie in den Vorjahren von der Abfallwirtschaftsgesellschaft GOA unterstützt. Alle Beteiligten haben einen Zuschuss zum Abschlussvesper oder für die Vereinskasse erhalten.

Wetall well und Willy Hörger auf dem Aalener

GOA-Geschäftsführer Henry Forster, Landrat Klaus Pavel und Willy Hörger auf dem Aalener Wertstoffhof

Passend dazu konnte im April 2011 ein weiterer neuer Wertstoffhof in Hüttlingen seiner Bestimmung übergeben werden. Dieser neue Wertstoffhof bietet mit seiner erweiterten Annahmepalette, den verlängerten Öffnungszeiten und der modernen, benutzergerechten Gestaltung den Kunden eine komfortable Abgabemöglichkeit für alle anfallenden Wertstoffe.

Mit dem Bau der modernen Altpapiersortieranlage auf dem Ellert schließt sich der Kreislauf des Altpapiers in der Region: von der Erfassung des Altpapiers der Haushalte im Ostalbkreis über die Vereinssammlungen, Blaue Tonne und Wertstoffhöfe über die Sortierung auf dem Ellert bis hin zu der Verwertung des aufbereiteten Altpapiers in einer Papierfabrik im Ostalbkreis. Die 2,7 Mio. Euro teure Sortieranlage wurde im November 2011 von Landrat Klaus Pavel, Geschäftsführer Henry Forster, Willy Hörger und Anla-

ABFALLGEBÜHREN

Nach der letzten Absenkung der Abfallgebühren im Jahr 2009 sind die Gebühren 2010 und 2011 konstant geblieben. Der Kreistag des Ostalbkreises hat am 25. Oktober 2011 beschlossen, im Jahr 2012 die Jahresgebühren für die Haushalte im Ostalbkreis erneut um 8,65 % zu senken.

Kreissparkasse Ostalb. Gut für die Region.



















Der Ostalbkreis, seine Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, Kommunen und Vereine zeichnen sich durch außergewöhnliche Qualitäten und Leistungen aus. Die Kreissparkasse Ostalb engagiert sich auch in Zukunft als verlässlicher Partner für die weiterhin positive Entwicklung der Region. **Kreissparkasse Ostalb. Gut für die Region.**

Fotos Titelseite

(v. r. n. l.) Limestor Rainau-Dalkingen, Ministerpräsident Kretschmann und Landrat Pavel, Eröffnung "Haus der Gesundheit" Schwäbisch Gmünd, Anja Jantschik Waldtage in Ellwangen/Jagstzell, Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd, Ostalb-Klinikum Aalen, Innovationszentrum KBSZ Ellwangen, "EU-Leuchtturmprojekt" Firma Heinzmann GmbH, Degenfeld

Fotos

Jantschik, Anja
Forst Baden-Württemberg
Fotostudio Max Weißhaupt GmbH
GOA
Landratsamt Ostalbkreis
Ostalb-Klinikum Aalen
Remszeitung
Schmidt, Wolfgang
Schwäbische Post
Siedler, Thomas
St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen
Stadt Aalen
Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd
Wötzel, Erich

Limes Cicerone Dr. Manfred Baumgärtner

IMPRESSUM

Herausgeber

Landratsamt Ostalbkreis Stuttgarter Straße 41 73430 Aalen Fon 07361 503-1312 Fax 07361 503-1437 E-Mail info@ostalbkreis.de www.ostalbkreis.de

Redaktion

Susanne Dietterle, Pressereferentin

Layout und Gestaltung

Antje Zimmermann

Druck und Verarbeitung

Wahl-Druck GmbH, Aalen

Papier

Circle Silk Premium White FSC®-zertifiziertes Bilderdruckpapier aus 100% Recycling

© Landratsamt Ostalbkreis/6-2012



